



7. März 1932

WALTHER KOCH . GOETHE UND DER EURO- PÄISCHE GEDANKE

MITTEN in der Wirrnis der wirtschaftlichen und politischen Krise wurden die Menschen aufgerufen am 22. März der 100jährigen Wiederkehr des Todestags Goethes zu gedenken. In einer Zeit, da Haß und Gemeinheit üppig aufschießen, klingt es wie ein Hohn, wenn wir den Blick zu dem Mann erheben wollen, der verkündete: »Edel sei der Mensch, hilfreich und gut.« Aber wenn eine Zeit die Mahnung an Goethe nötig hat, so grade die unfrige, die sich anschickt auch das Letzte des in ihm verkörperten Geistes im Stich zu lassen. Darum müssen wir uns von Goethe sagen lassen, wie deutscher Geist und europäischer Auftrag nicht von einander zu trennen sind. Weder ist es angängig aus Goethe alles das zusammenzufuchen und zusammenzuflicken, was aus diesem unversalen Genius den »nationalen Goethe« als »Wegweiser für unsere Tage« bauen könnte, wie das eine Zusammenstellung von aus dem Zusammenhang herausgeriffenen, unbelegten Goetheziten versucht, noch genügt es in Goethe einzig und allein den Weltbürger zu sehen, der, losgelöst von jeder heimatlich-nationalen Bindung, rein international-humanistisch zu verstehen wäre. Das eine verfälscht, das andere vereinfacht das Bild Goethes. Das eigentlich Große an Goethe war und ist vielmehr der tiefe Zusammenklang von Nation und Menschentum, von deutschem und europäischem Geist. Wenn irgendeiner uns organische Zusammenschau lebendiger Kräfte, also auch den Zusammenhang deutscher Volks- mit europäischer Gesamtkultur aufweisen kann, dann ist es Goethe. Das lebendige Band, das die Teile zusammenhalten soll, zu finden, ist das letzte Streben eines Faust; auch wir haben heute überall nur Teile in der Hand. Ganz besonders, wenn wir die Gesamtlage unseres Kontinents betrachten, der in unmittelbarer Gefahr ist an seiner Zerstückelung zu verbluten. Daher ist es auch von unmittelbarer Aktualität sich in dieses organische Denken Goethes, wie es ganz besonders auch in seinen naturwissenschaftlichen Schriften zur Geltung kommt, zu verfenken, um aus Goethischem Lebens- und Weltverständnis heraus sich einen neuen Zugang zur Lösung der scheinbar unlösbaren europäischen Konflikte zu bahnen. Es kommt eben nicht nur auf die Anwendung dieser oder jener

einzelnen Maßnahme zur Behebung der Wirtschaftskrise und ihrer Folgen an, es bedarf auch einer ganz tiefen Befinnung auf die Lebensgrundlagen unserer europäischen Kultur. Wenn der auch geistig bedingten Selbsterfleischung Europas nicht noch in letzter Stunde Einhalt geboten werden kann, dann hat, mit den anderen, auch das deutsche Volk seine Rolle ausgespielt.

Man kann natürlich nur Hinweise geben, wie Goethe in der Vollendung seines Lebenswerks voll die Polarität europäischer Geisteswelt als Deutscher und Europäer zugleich mit all ihren Spannungen und Lösungen durchlebt und gestaltet hat. Goethe ist wirklich ein Mensch der Mitte gewesen, der immer wieder alle Einzelkraft in das Ganze einzuordnen suchte. In seinem landschaftlichen Ursprung ein Kind des Rhein- und Maingebiets, das sich nach Westen und zugleich nach Süden öffnet und die lebendige Brücke zum innern Deutschland bildet, ist er noch ein Franke in der großen universalen Bedeutung des Fränkischen Reichs Karls des Großen, das, wurzelnd in dem deutschen Frankentamm, doch den ganzen Kontinent Europas beschattet hat. In der alten Kaiserstadt, die der Franken Furt ihren Namen verdankt, wuchs er auf zu einer Zeit, die ihn in den Tagen des Siebenjährigen Kriegs, dieses großen Ringens zwischen französischer und englischer Weltmacht, schon früh mit dem westlichen Nachbarn in engere Beziehung brachte. In seinen Lebensaufzeichnungen lesen wir von seinem lebendigen Interesse am französischen Schauspiel, das die Besatzungsarmee mitbrachte, an Racine, Corneille, Voltaire, Molière. Wir lesen vom Königsleutnant de Thorane und hören, daß er »fritzisch«, das heißt persönlich für seinen Helden Friedrich begeistert, damit aber, ebenso wie Friedrich selbst, der große Freund französischer Literatur und französischer Geistesart, alles andere als etwa antifranzösisch geworden wäre. In Leipzig, das ihm ein »Klein Paris« war, lebte er vielmehr ganz und gar in der Luft des französischen Rokokos. »On se croirait presque à Paris«, schrieb er damals von dieser deutschen Stadt. Und umgekehrt: In der französischen Stadt Straßburg, die er als Stadt des großen Meisters Erwin von Steinbach empfand, bricht bei ihm die Liebe zur deutschen Kunst und Art elementar hervor. Das Volkstum mit seinen Volksliedern wird ihm in der Freundschaft mit dem Entdecker der Stimmen der Völker in Liedern, Herder, lebendig. Die Reformationswelt des männlichen Dürer, die er im Elsaß unmittelbar empfand, wurde dann in seinem Götz und seinem Urfaust gestaltet. Die Wendung zum gotischen Element löste ihn fürs erste aus der formalen Universalkultur des 18. Jahrhunderts, bedeutet aber für ihn nicht das letzte Wort sondern nur den Durchbruch zu einer neuen, höhern Synthese eigener deutscher Ursprünglichkeit und universal europäischer Geistesbildung. Schon im Elsaß hat Goethe diese Doppelwelt bewußt empfunden, wie das der elsässische Literaturhistoriker Ernst Barthel in seinem sehr beachtenswerten Werk über Goethe aus eigenem Verständnis für die Mittlerrolle des Elsaß gedeutet hat: »Polarität des Gegensätzlichen, dieses Urphänomen, ist überhaupt im Elsaß so scharf wie in wenig Ländern; wer das Straßburger Münster im Sinne Goethes verstanden hat, wird auch die Menschen jenes Landes in ihrer Gegensätzlichkeit begreifen können.«

Ebenso wenig wie Goethe je darauf verfiel, wie es heutige Parolen fordern, etwa für den Osten gegen den Westen zu optieren, da ihm Deutschsein identisch war mit dauerndem Austausch mit der westlichen romanischen Kultur, hat er das "Nordische" gegen den romanischen Süden ausgespielt. Vielmehr

Ist es gerade das Große an Goethe, das uns heute fast ganz zu fehlen scheint: dieses selbstverständliche Wurzeln in eigenem deutschen Wesen, das sich ebenso selbstverständlich wie eine Blume den Strahlen südlicher Sonne öffnet und, weit entfernt daran zugrunde zu gehen, im eignen Wachstum davon unendlich gefördert wird. So war die Flucht nach Italien nach den Jahren der ersten Weimarer Zeit eine ungeheure Befreiung für Goethe, wie dieses Eintauchen in die romanisch-südländische Tradition antiken Erbes sicher noch lange nicht seine heilende und fruchtbare Bedeutung für wahres deutsches Geistwerden verloren haben dürfte, so sehr man heute auch in enger Selbstisolierung völkischer Selbstanbetung diesen Abfall deutscher Geistigkeit von ihrer hohen europäischen Universalität betreiben mag. Der Genius eines Goethe, aber auch eines Grünewald, eines Mozart, eines Kant, eines Ranke und vieler anderer deutscher Geistesführer mehr, klagt eine solche Verengung des Verrats am Eignen an, dem seine Sendung im Land des Herzens Europas gerade in der tiefverstandenen Mittlerchaft romanisch-germanischer Völkerwelt gewiesen ist. Es ist richtig: Goethe wurde von dem abstrakten Idealismus der damaligen jüngern Generation in ihrer Begeisterung für die Ideen der Großen Französischen Revolution nicht mit fortgerissen (wie er auf der andern Seite später auch der Deutchtümelei der Urburschenhafter der sogenannten Befreiungskriege kühl gegenüberstand). Zu groß war seine Abneigung gegen alles abstrakt Gewalttame. Trotzdem sprach er nach der Kanonade von Valmy, als sich die alte feudale Welt dem Frankreich der Revolution unterlegen zeigte, das berühmte prophetische Wort: »Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und ihr könnt sagen, ihr seid dabeigewesen.« Noch und grade heute ist es gut nachzulesen, wie Goethe damals in seinem Bericht über die Campagne in Frankreich so menschlich das französische Land und Volk schildert.

Und wieder sehen wir Goethe in einer oft nicht verstandenen Weise rein menschlich die Geschehnisse der Politik betrachten, die 1806 zur französischen Besetzung Deutschlands führten. Wir stehen ja meist in Gefahr die kriegerischen und diplomatischen Ereignisse der Zeit von 1806 bis 1815 unter stark gefühlsbetontem Aspekt als Kampf Preußens gegen Napoléon zu sehen, während doch diese Konflikte ohne den Hintergrund des welthistorischen Gegensatzes Napoléons zur britischen Weltmachtpolitik gar nicht verstanden werden können. Das ist hier in den äußerst aufschlußreichen Aufsätzen Ludwig Quessels bereits 1917 und 1921 nachgewiesen worden, und den Lesern kann nur empfohlen werden sie heute wieder vorzunehmen. Erst wenn wir in echt universalhistorischer Weite diese Kämpfe von einer höhern Warte aus zu betrachten vermögen, können wir ein Verständnis für die auffällige Zurückhaltung Goethes in jenen Tagen gewinnen. 1806, nachdem die ersten Unbilden der französischen Besetzung Weimars, dank dem Eingreifen des französischen Marschalls Lannes, überwunden waren, antwortete Goethe auf die Frage, wie er durch die Tage der Schmach und des Unglücks hindurchgekommen sei: »Ich habe gar nicht zu klagen, etwa wie ein Mann, der von einem festen Felsen hinab in das tobende Meer schaut und den Schiffbrüchigen zwar keine Hilfe zu bringen vermag, aber auch von der Brandung nicht erreicht werden kann, und nach irgendeinem Alten soll das sogar ein behagliches Gefühl sein. So habe ich wohlbehalten dagestanden und den wilden Lärm an mir vorüberziehen lassen.« Goethe wies Deutschland damals nur

eine große und heilige Sache zu, nämlich die »im Geiste zusammenzuhalten, um in dem allgemeinen Ruin wenigstens das bis jetzt noch unangetastete Palladium der deutschen Literatur aufs eifrigste zu bewahren«. In unserm mechanisierten Denken wäre es uns schon not auch die Xenie Goethes zu beachten, die wieder auf diese deutsche Verpflichtung hinweist:

»Wo ich den deutschen Körper zu suchen habe, das weiß ich,
Aber den deutschen Geist, sagt mir, wo findet man den?«

Goethe glaubte eben an den Geist, der sich den Körper baut, und sah seine Aufgabe darin diesem geistigen Wesen zu dienen.

So trat er auch in jenem denkwürdigen Gespräch in Erfurt am 2. Oktober 1808 Napoléon gegenüber, dem er zeitlebens die denkbar größte Verehrung darbrachte. Berthold Vallentin hat, mit dem gesamt menschlichen Blick der Lebenswelt Stefan Georges, den Zusammenklang beider Heroen folgendermaßen gedeutet: »In Goethe wird das hell und gewiß: das Übernationale, Ur- und Gesamt menschliche, das sich eines Volkes nur als des notwendigen Bindemittels, Gestaltungsstoffes, zur Verwirklichung, zur Verkörperung bedient. Darum Goethes scheinbare Fremdheit vom aktuellen Raum- und Zeitzustand, seine Vertrautheit, Verwurzelung im ökumenischen Raum. Napoléon war ihm der nächste, der einzig wirklich Nahe in seiner Zeit. Es ist tiefstes Weltgesetz und zugleich herrlichste Bestätigung für die Erfüllung wahrhaftiger Notwendigkeiten, wie sie zu Erfurt zusammenschossen.« Wie ausschlaggebend die Begegnung mit Napoléon für Goethe war, das hat Nietzsche erkannt und mit folgenden Worten bestätigt: »Das Ereignis, um dessen willen er seinen Faust, ja das ganze Problem Mensch umgedacht hat, war das Erscheinen Napoléons.« Und Goethe selbst bekennt zu Eckermann am 11. März 1828 von Napoléon: »Sein Leben war das Schreiten eines Halbgottes von Schlacht zu Schlacht und von Sieg zu Sieg. Von ihm könnte man sehr wohl sagen, daß er sich in dem Zustand einer fortwährenden Erleuchtung befunden. Weshalb auch sein Geschick ein so glänzendes war, wie es die Welt vor ihm nicht sah und vielleicht auch nach ihm nicht sehen wird.« Friedrich Gundolf faßt dann, auch wieder aus Georgelchem Weltverständnis heraus, die Polarität beider Geister in seinem Goethebuch so zusammen: »Für Napoléon war das Menschliche ein rein staatliches Phänomen, für Goethe das Staatliche nur ein menschliches. Er hat Napoléon nie als eine politische Gestalt, also auch nicht mit Bezug auf sein Vaterland betrachtet sondern als eine mächtige Naturerscheinung, eine Verkörperung dämonischer Kräfte, die ihren Weg quer durch Völker und Staaten nehmen müßte, und deren Wirkungen, selbst wenn sie seinen eigenen Lebenskreis bedrohte, er ohne Haß und Liebe, aber mit der von Nutz- und Staatsrück sichten nicht beirrten Ehrfurcht des Sehers vor allem Erforschlichen und dem darin waltenden Unerforschlichen aufnahm.«

Wir können hier nicht der Begegnung Goethes und Napoléons im einzelnen nachgehen, wie ich es vor Jahren in einer unveröffentlichten historischen Studie getan habe. Nur auf einen zentral wichtigen Punkt sei hier noch hingewiesen: daß sich das Gespräch auch um eine Persönlichkeit drehte, die beiden gleich wichtig war, um Caesar, sein Werk und sein Ende. Wie der Kanzler Friedrich von Müller berichtet, sagte Napoléon zu Goethe: »Sie sollten den Tod Caesars auf eine vollwürdige Weise, großartiger als Voltaire, schreiben. Man müßte der Welt zeigen, wie Caesar sie beglückt haben würde,

wie alles ganz anders geworden wäre, wenn man ihm Zeit gelassen hätte seine hochsinnigen Pläne auszuführen.« Hier sieht Napoléon im Bild Caesars sein eignes Werk, die Schaffung eines großen, unfern Kontinent und wohl auch den Nahen Orient umfassenden Imperiums, das das Reich Caesars erneuern und fortsetzen sollte. Das Ziel Napoléons war, wie Vallentin es in der Tendenz richtig erfaßte, »das Grand Empire, das Universalreich, das Römische Reich, die Wiedererschaffung der immer geistig zu fordernden Unität der Welt nach seinem Bilde«. Der Vereinigte Europäische Kontinent, wie er in Napoléons Kampf gegen das Britische Weltreich Gestalt gewann, ist es, den zu verwirklichen heute unser aller Aufgabe ist. Goethe hat diesen schöpferischen Europagedanken in dem objektiven Schaffen Napoléons über alle nationalistisch-tagespolitische Verkennung seines eigentlichen Willens hinaus im tiefsten verstanden. Wie klein mußte ihm daher der Haß derer erscheinen, die gegen Napoléon zu Feld zogen. »Rüttelt nur an euren Ketten, der Mann ist euch zu groß.« Dieses Wort Goethes blieb wahr, auch als es England gelungen war Napoléon nach Sankt Helena zu bringen. Denn der Europäische Gedanke, wie er sich in Napoléon manifestierte, hat sich als stärker erwiesen; er ist im 20. Jahrhundert lebendiger noch als um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts, und er diktiert der kommenden Generation die Schaffungsaufgabe. Goethe konnte daher in den Jubel über die Überwältigung Napoléons durch die Koalition nicht einstimmen. Zwar übernahm er 1815 die Verfertigung eines Festspiels Des Epimenides Erwachen; aber es war, wie Gundolf sagte, »die opernartig aufgeputzte Glossierung eines weltgeschichtlichen Ereignisses durch einen innerlich unbeteiligten Betrachter«.

So kommt Gundolf zu der Folgerung, daß Goethe keinen staatl. völkischen Patriotismus kannte und seiner ganzen Natur nach nicht haben konnte. In Goethe verkörpert sich eben jenes echte Deutschtum, das in striktem Gegensatz zu jeder krampfhaften Deutschtümelei aus innerer Stärke heraus zugleich das andere als Ausgleich und Ergänzung mitumfaßt und grade in einer engen Zusammenarbeit des deutschen und des französischen Volks auf allen Gebieten, aus Schicksalsverbundenheit heraus, den Weg der Zukunft sieht. Diesem Deutschtum mag Goethes Haltung vorbildlich sein, die er nach jenen "Freiheitskriegen" in die denkwürdigen Worte faßte: »Wie hätte ich nun Lieder des Hasses schreiben können, ohne Haß! Und, unter uns, ich haßte die Franzosen nicht, wiewohl ich Gott dankte, als wir sie los waren. Wie hätte auch ich, dem nur Kultur und Barbarei Dinge von Bedeutung sind, eine Nation haßen können, die zu den kultiviertesten der Erde gehört, und der ich einen so großen Teil meiner eigenen Bildung verdankte!« Goethe fühlte sich deutsch als Rhein-Main-Franke, der dieses Deutsche in engster Berührung mit der romanischen Überlieferung des alten Roms wußte. Daß selbst ein so ausgesprochener Patriot wie Ernst Moritz Arndt die universale, zugleich deutsche und europäische Geisteshaltung verstand, geht aus seinen Äußerungen im Historischen Jahrbuch von 1814 hervor: »Doch ragten einige hervor aus allen, und einer so hoch, daß er wie ein göttliches Wunder steht. Das ist Goethe der Dichter, nicht aus der Zeit geboren sondern auf der einen Seite ein Bild der teutschen Vergangenheit und auf der andern ein Bild ihrer Zukunft.« Dieses Bild der deutschen Zukunft ist heute noch nicht verwirklicht.

Wie sehr Goethe Nähe und Ferne zu verbinden wußte, wie er aus dem Kleinsten ins Größte zu leben verstand, lehren wir, wenn wir ihn 1814-1815 auf

den Reisen an den Rhein die alte deutsche Vergangenheit entdecken sehen. Die Besuche bei den Brüdern Boisserée in Heidelberg, seine Begegnungen mit Freiherr vom Stein, seine Freude an der volkstümlichen Farbigkeit des rheinischen Katholizismus anlässlich des Sankt-Rochus-Festes bei Bingen, seine Ausführungen über Kunst und Altertum am Rhein, Main und Neckar zeigen Goethe wieder Bahnen wandeln, die ihn schon als Studenten im Elsaß zur deutschen gotischen Vergangenheit geführt hatten. Er wird hier von der romantischen Welt berührt, wie er ehemals Zeitgenosse der Stürmer und Dränger war. Diese Freude an der bunten Mannigfaltigkeit zeigt sich auch in Goethes Verständnis für einen wahrhaft föderalistischen oder, sagen wir lieber, regionalistischen Aufbau des Ganzen von unten. »Und so wünsch' ich den Patriotismus zu finden, zu dem jedes Reich, Land, Provinz, ja Stadt berechtigt ist. Denn, wie wir den Charakter des Einzelnen erheben, welcher darin besteht, daß er sich nicht von den Umgebungen meistern läßt, sondern dieselben meistert und bezwingt, so erzeigen wir jedem Volk, jeder Volksabteilung die Gebühr und Ehre, daß wir ihnen auch einen Charakter zuschreiben, der sich in einem Künstler oder sonst vorzüglichen Manne veroffenbart.« In der Einleitung zu seinem bedeutenden Buch über Stein hat Georg Koch mit feinem Verständnis für das tiefste Wesen Goethescher Art grade auf dieses Goethesche Grundgesetz als Rhythmus von Ausdehnung und Zusammenziehung hingewiesen. So verbinden sich bei Goethe Weite und Nähe: Volk kann nicht ohne Welt, aber auch nicht ohne Heimat gedacht werden. Deutschland braucht eine landschaftliche Gliederung in der Nähe, ebenso eine Bezogenheit in der Weite auf Europa und dadurch aufs Weltganze.

Wie Goethe neben der Liebe zum Nahen, wie sie sich in der Wiederentdeckung altdeutscher Kunst am Rhein zeigt, doch zugleich auch den Drang zur größten Weite besaß, wird in seiner nunmehr erfolgenden Hinwendung zu der Welt des Orients kund. Goethes West-östlicher Diwan, dieses große Zeugnis seiner Orientflucht in den Jahren der Selbsterfleischung Europas, beginnt mit den wundervollen Versen:

»Nord und West und Süd zerplittern,

Throne bersten, Reiche zittern:

Flüchte du, im reinen Osten

Patriarchenluft zu kosten!«

Und bald darauf setzt der Sang der Talismane wie voller Glockenklang ein:

»Gottes ist der Orient!

Gottes ist der Okzident!

Nord- und südliches Gelände

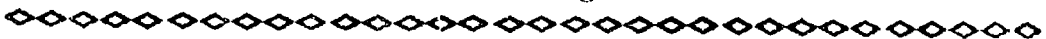
Ruht im Frieden seiner Hände.«

Goethe steigt in diesen Jahren zu den Müttern, zu dem Ursprung des Menschengeschlechts im Morgenland hinunter und findet dort die Quelle alles abendländischen Lebens in ihrer Reinheit und Tiefe. Sind doch alle Religionen, die Europa befruchtet haben, aus dem Orient zu uns gekommen. Europa kann diese Verbindung mit der Geisteswelt des Orients nicht aufgeben, ohne seine letzten Grundlagen damit zu zerstören. Zu der südländischen Lebenswelt der Antike, die ihm Italien schenkte, kommt nun also noch diese ungeheure östliche Ausweitung des Morgenlands hinzu, ein Erbe Goetheschen Geistes, das, heute so gut wie vergessen, noch ungehoben der Zukunft vorbehalten bleibt. Künftige Zeiten werden auch erst ganz entdecken, wie grade

in dieser univetsalen Weltfrömmigkeit Goethes eine Europa erneuernde Kraft geborgen ist, die entbunden und belebt werden sollte. Aus dieser Goetheschen Weltchau wird auch die Tatsache einer wirklichen Weltliteratur klar, die kein wirres Gemengel aller möglichen Produktionen aus aller Herren Ländern darstellt sondern ein organisches Sichöffnen dem Andern, das zur Entwicklung der eignen Produktion beitragen kann. Nach Gundolf ist diese Art Goethescher Weltliteratur nicht einfach geistige Weltbenutzung oder Welt-austausch (wie eine Art geistigen Freihandels), vielmehr geistige Weltdurchdringung, Weltausgleich, »Bewahrung des Fremden im Eignen, des Eignen im Fremden, Durchleben der fremden Formen mit eigener Seele, fremden Gehalts im eignen Leib«. Es geht Goethe hier um ein höheres europäisches Mensch-tum, an dem jede der europäischen Nationen nur von dem gesicherten Be-stand ihrer eignen nationalen Kultur aus mitbauen kann.

Mit dem Werk Goethes strömt deutsch-europäische Geisteswelt wieder zu allen europäischen Nachbarvölkern zurück, die selbst diesen Strom mit eignen Kräften gespeist haben. Wie bereits in seiner Jugend sein Werther im Aus-land, besonders in Frankreich (dort gedruckt 1774) die stärksten Wirkungen, zum Beispiel grade auch auf Napoléon, ausübte, so wuchs nun sein Einfluß, auch vermittelt durch Germaine de Staël, auf das französische Geistesleben ganz ungeheuer. Die französischen Romantiker, vor allem Victor Hugo, ebenso Stendhal, Balzac, Mérimée, Delacroix und Béranger, standen mit Goethe in geistiger Verbindung. Andererseits übte Goethe große Wirkungen auf die fran-zösische Wissenschaft aus, die sich von aller materialistisch-deistlichen Auf-klärung entschieden abwandte. Auch muß man sich daran erinnern, wie regen Anteil Goethe an dem großen geologischen Streit zwischen Cuvier und Geof-froy Saint-Hilaire genommen hat. Eckermann berichtet uns von dieser außer-ordentlich bedeutenden Rolle Goethes in Frankreich: »Hier sah ich, welcher Einfluß Goethen auf das neue Leben der französischen Literatur zugestanden wird, und wie die jungen Dichter ihn als ihr geistiges Oberhaupt verehren und lieben.« So ist es nur eine Fortsetzung dieser Ausstrahlung Goethes auf das französische Geistesleben, wenn auch heute das geistige Frankreich sich mit dem geistigen Deutschland anschiekt des über die Erden-spanne hinaus in ganz Europa wirkenden Goethe zu gedenken. In Paris ist unter dem Vorsitz des Wissenschaftlers und Politikers Paul Painlevé, mit Unterstützung des Dich-ters Paul Valéry und des frühern Unterrichtsministers Anatole de Monzie, ein Goethekomitee zusammengetreten, das die Goethefeier organisiert. Die Pariser Nationalbibliothek veranstaltet eine Goetheausstellung. Selbst der Führer der Action Française, Léon Daudet, wird am 17. März in dem größten Pariser Konzertsaal einen Vortrag über Goethe halten. Aufführungen von Goethedramen und eine Reihe von Goetheveröffentlichungen sowie die Her-ausgabe von Goethefondernummern bedeutender Zeitschriften ergänzen das Bild eines den größten Deutschen tief verehrenden geistigen Frankreichs. André Gides Ruf »Mehr Goethe!« wird dort nicht umsonst verhallen.

Aber auch bei uns brauchen wir mehr Goethegeist, mehr deutsch-europäisch-menschheitliche Weltgelinnung. Wenn zu dem Zwang wirtschaftlicher Not und politischer Planung das Bewußtsein dieser tiefen geistigen Verbundenheit der europäischen Nationen dazukommt, wie es in Goethe lebte, wird unser alter Kontinent eine neue Zukunft gewinnen.



HERMAN KRANOLD · BRITISCHES UND EUROPÄISCHES IMPERIUM IM WERDEN



WAHRLICH, die Familie Chamberlain kann sich sehen lassen. Der Vater, Joseph Chamberlain, ist im 4. Jahrzehnt seines Lebens 3mal Bürgermeister der Industrie- und Proletariergroßstadt Birmingham und wird 1876, 40jährig, als Wahlkreispartner und enger politischer Freund des Führers der victorianischen Radikalen, Freihändlers und Kleinengländers John Bright ins Unterhaus gewählt, dem er dann bis zu seinem Tod, am 2. Juli 1914, angehörte. 1880 bis 1885 ist er im Kabinett Gladstone Präsident des Handelsamts, ein Radikaler, sozialreformerisch stark interessiert und tätig, ein ausgesprochener Freund des kleinen Mannes, des organisierten Industrieproletariers, der sein Wähler ist. 1886 kam Gladstone nach kurzem konservativen Zwischenpiel mit Hilfe der irischen Abgeordneten wieder zur Regierung, Chamberlain übernahm das selbe Ministerium, legte es aber nach 48 Tagen nieder, weil der Home-Rule-Gesetzentwurf, mit dem der liberale Staatsmann die irischen Parlamentsstimmen bezahlen mußte, ihm eine Gefährdung des Britischen Reichs schien. Seine Bemühungen die Liberale Partei im Sinn eines sozialreformerischen Imperialismus umzugestalten scheiterten, und 1887 ging er als liberaler Unionist zur Bündnispolitik mit der damals von Robert Arthur Talbot Gascoyne Cecil Marquess of Salisbury geführten Konservativen Partei über, da ihm diese wenigstens eine Chance für seine Reichspolitik bot. In Salisburys Kabinett wurde er 1895 Staatssekretär für die Kolonien, und er blieb es, als 1902 Arthur James Balfour seinen Onkel als Ministerpräsident eretzte. Er führte während seiner Amtszeit den Südafrikanischen Krieg und beendete ihn 1902 durch den Vertrag von Vereeniging, der durch seine kluge Schonung der Beliegten den Grund zu dem schnellen Zusammenwachsen der britischen Kolonien nördlich des Kaps der Guten Hoffnung zur Südafrikanischen Union /1910/ abgab. 1900 begründete er den Australischen Bund. Nebenher schuf er 1897 die britische Arbeiterunfallversicherung.

Unter seinem Vorsitz trat 1902 die 4. Kolonialkonferenz in London zusammen. Die Ministerpräsidenten der Selbstverwaltungskolonien billigten das Prinzip der Vorzugszölle für Waren britischer Herkunft beim Eingang in die Kolonien und »forderten die britische Regierung auf den Erzeugnissen und Waren der Kolonien Vorzugsbehandlung zuzubilligen, entweder durch Zollfreiheit oder durch Zollherabsetzung für jetzt und die Zukunft«¹. Führend in dieser Bewegung unter den Selbstverwaltungsgebieten der britischen Überseewelt war auch damals Canada, das schon 1897 allen britischen Waren eine Ermäßigung von 25 %, seit 1900 sogar von 33½ % der Zölle gewährt hatte, ohne zunächst Gegenleistungen des Mutterlands in Anspruch zu nehmen. Nun war aber im Jahr 1902 ein Finanzzoll in Gestalt einer Einfuhrregulierungsgebühr in Höhe von 5 Mark pro Tonne auf Weizen von dem freihändlerischen Schatzkanzler Michael Edward Hicks-Beach eingeführt worden. Daher knüpfte Canada das Versprechen weiterer Vorzugszölle an die Bedingung, daß Großbritannien dem canadischen Weizen einen Nachlaß

1) Siehe *Tariff Reform*, in Nelson's Encyclopaedia XXII /London ohne Jahr/ Seite 39. Auch in der übrigen Darstellung ist dieses ausgezeichnete Lexikon vielfach benutzt worden; daneben Whitaker's Almanack /London 1930/; einiges Material enthält ferner der Artikel Schutzsystem im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VII /Jena 1926/, besonders Seite 287 und 288.

auf diesen Zoll gewähre. Damit wäre der Finanzzoll in der Tat zu einem Schutzzoll geworden. Chamberlain selbst riskierte es nicht recht für die "Verteuerung des Brots des kleinen Mannes" einzutreten, und so wurde 1903 der Zoll für Weizen jeder Herkunft ganz abgeschafft, statt daß er für canadischen Weizen rabattiert wurde. In dieser Zeit bildete sich in Chamberlain die Überzeugung immer klarer heraus, daß eine engere Zusammenanschließung des Britischen Reichs nur möglich ist, wenn die Reichsteile einander Vorzugszölle gewähren, das heißt praktisch, wenn das Mutterland Zölle auf Produkte einführt, die die Kolonien interessierten, so daß es ihnen eine Vorzugsbehandlung einräumen kann. Am 15. Mai 1903 versuchte er in öffentlicher Rede die Konservativen im Sinn dieser Politik herumzureißen². Er hatte aber keinen Erfolg, trat vom Ministeramt zurück und brach mit seiner Agitation 1905 bei den Wahlen vor dem Sozialreformprogramm der Liberalen nieder, in der Hauptsache, weil unter dem Einfluß Balfours und Hicks-Beachs die Konservativen eine völlig unklare Politik in der Frage der Vorzugszölle betrieben, bis sie schließlich 1910 den Getreidezoll ausdrücklich verwarfen.

21 Jahre gingen ins Land. Es kam, wie Chamberlain es vorausgesehen hatte. Da das British Empire nicht zum Wirtschaftsverband entwickelt, die britische Industrie immer mehr auf den Wettbewerb mit dem deutschen Exportindustrialismus gedrängt worden war, und sich dieser Kampf für sie als mit ökonomischen Mitteln ungewinnbar erwies, mündete diese Entwicklung in entsetzlicher Folgerichtigkeit in den Krieg Englands gegen Deutschland; die Politik wurde nunmehr mit den berühmten »anderen Mitteln« fortgesetzt.

Den Krieg hat England gewonnen; es gewann die deutschen Handelschiffe, es gewann den reichsten und größten Teil der deutschen Kolonien, es gewann sogar die leidenschaftliche Dankbarkeit der regierenden und der oppositionellen Führer des deutschen Volks. Aber der Erfolg blieb aus. Arbeitslosigkeit, Absatzmangel bedrückten die britische Industrie, die Fehlbeträge im auswärtigen Handel werden größer und größer, in Canada konkurriert zunehmend die Industrie der Vereinigten Staaten, in Indien die Industrie Japans, in Ostafrika die Textilindustrie von Bombay, überall im Britischen Reich die Industrie Europas das britische Produkt nieder. Von 1924 bis 1930 liegt der Überschuß der Einfuhr in das Mutterland über die Ausfuhren aus ihm dem Wert nach zwischen 6480 und 9500 Millionen Mark jährlich, und selbst die großen Einkommen aus Verfrachtung und ähnlichem können nicht hindern, daß der Überschuß der Zahlungsbilanz immer weiter schrumpft³. Trotz allen zeitweiligen Rückschlägen, von denen wir einen besonders schweren jetzt erleben, hat der Zusammenschluß des Europäischen Kontinents doch Fortschritte gemacht. Gerade die klügsten Verfechter der britischen Reichseinheit haben

2) Zur Geschichte der Chamberlainischen Tarifreformbewegung siehe besonders *Hewins The Apologia of an Imperialist I* /London 1929/; dort auch, Seite 251, das für die ganze Richtung Joseph Chamberlains und seiner unbedingten Anhänger charakteristische Geständnis: »Konservatismus, losgelöst von seiner historischen Politik der Sozialreform, hatte keinerlei Chance vor dem Land.« Aus dieser sozialreformerischen Stellung entsprang das ursprüngliche Zurückweichen vor Lebensmittelzöllen, das der Bewegung 30 Jahre Verpätung des Erfolgs gebracht hat.

3) Siehe *Committee on Finance and Industry Report* (den sogenannten MacMillanbericht) /London 1931/ Seite 305. Vergleiche zu dem Ganzen auch *MacDougall Sheltered Markets* /London 1925/; darin besonders, Seite 63 bis 90, eine Darstellung der Entwicklung des Absatzes britischer Produkte auf den kolonialen Märkten. Bezeichnenderweise stammt das antiquarische Exemplar dieses Buchs, das der Verfasser dieses Artikels gekauft hat, aus der Bibliothek, die die Cunardgesellschaft den Passagieren ihrer Ozeandampfer zur Lektüre zur Verfügung stellt; Propaganda für den britischen Reichsgedanken wird wirklich bei jeder Gelegenheit und sehr geschickt gemacht.

sich immer positiv zu dieser Frage gestellt. So auch der älteste Sohn Joseph Chamberlains, Joseph Austen Chamberlain. Er trat 1892 als liberaler Unionist in das Unterhaus ein, war von 1895 bis 1900 Zivillord der Admiralität, 1900 bis 1902 Finanzsekretär des Schatzamts, 1902 bis 1903 Generalpostmeister und vom September 1903 bis 1905 Schatzkanzler, blieb also als Schildhalter des Imperialismus in einer Zeit im Kabinett, da der 27 Jahre ältere Vater durchs Land zog, um bis zum körperlichen Zusammenbruch unermüdlich die Lehre von der Reichseinheit zu verkünden. Austen Chamberlain hat von 1915 an bis 1924 eine Reihe der größten Ämter verwaltet; schließlich wurde er im 2. Kabinett Baldwin 1924 für 5 Jahre Außenminister, und als solcher wirkte er 1925 daran mit, daß der Locarnovertrag zustande kam, durch den sich Deutschland und Frankreich einander näherten, freilich nur in Formen, wie sie dem britischen Imperialismus akzeptabel schienen.

Austen Chamberlain ist heute auch schon fast 70 Jahre alt, seine politische Laufbahn ist in der Hauptsache beendet. Nun aber tritt sein 6 Jahre jüngerer Bruder, Arthur Neville Chamberlain, in den Vordergrund der britischen Geschichte. 46 Jahre war er alt, als er 1915 Bürgermeister von Birmingham wurde, 49 Jahre, ehe er 1918 ins Parlament kam. 1922 wurde er Generalpostmeister und damit zum erstenmal Minister, und schon 1 Jahr später ist auch er, nach einem kurzen Zwischenamt als Wohlfahrtsminister, für $\frac{1}{2}$ Jahr Schatzkanzler, dann im 2. Kabinett Baldwin wieder 5 Jahre Wohlfahrtsminister und nun, mit 62 Jahren, Schatzkanzler im 4., dem gegenwärtigen Kabinett MacDonald. In diesem Amt fiel ihm am 4. Februar 1932 die Rolle zu den britischen Schutzzolltarif dem Unterhaus vorzulegen. Damit ist der Zollschutz zur britischen Handelspolitik geworden. Aber nicht nur der Gedanke des Schutzzolls hat mit diesem Zolltarif gesiegt, der inzwischen Gesetz geworden ist, sondern auch der Gedanke der Vorzugszölle für die britischen Kolonien; denn dieser neue Wertzoll tritt gegenüber den Dominions, Rhodesien und Indien nicht in Kraft, bis die Reichswirtschaftskonferenz, die im Lauf dieses Jahres in Canadas Hauptstadt Ottawa abgehalten werden soll, ihre Beschlüsse über die künftige wirtschaftliche Zusammenarbeit des Britischen Reichs gefaßt haben wird, und gegenüber den übrigen Kronkolonien und den Mandatsgebieten werden diese Zölle überhaupt nicht angewandt werden. In dem Bericht der Vossischen Zeitung vom 5. Februar 1932 über die Unterhausitzung vom Tag vorher lesen wir:

»Am Schluß erinnerte Neville Chamberlain an den erfolglosen Kampf seines Vaters Joseph Chamberlain für eine Zollunion und wies mit hörbar bewegter Stimme auf die heutige geschichtliche Stunde hin, wo das Unterhaus in Gegenwart des älteren seiner Söhne (Austen) und aus dem Munde seines 2. Sohnes die Ankündigung einer Politik höre, die ein Kind seiner Vision sei. Als er sich niedersetzt, springen die Massen der Konservativen, also bis auf 4 Bänke das ganze Haus, von ihren Sitzen auf, jubeln ihm zu und schwenken Taschentücher und Druckfächer. Selbst auf der Galerie, wo unter den Lords der Prinz von Wales und der Herzog von York und unter den "vornehmen Fremden" der jüngste Sohn des Königs, Prinz Georg, saßen, hört man (etwas Unerhörtes) ein einmaliges Händeklatschen.«

Das Bewußtsein, daß eine geschichtliche Wendung an diesem Tag vollzogen wurde, hat den Beteiligten also nicht gefehlt. Der Wirtschaftsverband des Britischen Reichs war nun, im Sinn engster Verzahnung, bei gegenseitiger Respektierung aller Sonderinteressen, eigentlich erst begründet; ein politisches Machtfeld war nun Weltwirtschaftsgebiet geworden, die Organisation der Welt um einen großen Schritt vorgerückt.



Am 18. Februar stimmte das Unterhaus in 3. Lesung der Schutz-zollresolution Neville Chamberlains mit ungeheurer Mehrheit zu⁴. Am 1. März trat der 10prozentige Generaltarif auf alle Einfuhren in Kraft, nur einige Rohstoffe und Lebensmittel sind davon noch ausgenommen. Bis zum 30. April bleiben die seit Kriegsmitte bestehenden, freilich im einzelnen oft abgeänderten Safeguardingzölle des Schatzkanzlers im Kriegskabinett Lloyd George, Reginald MacKenna, in Kraft, ebenso die in den letzten Monaten eingeführten sogenannten Antidumpingzölle des Handelsministers Walter Runciman, die in Wirklichkeit Strafzölle für Verharren auf dem Goldstandard der Währung sind. Alle weiteren Beschlüsse sind auf die Reichskonferenz in Ottawa im Sommer dieses Jahres verschoben; inzwischen sollen die Grundlagen für alle Entschlüsse gelegt werden, in welchem Umfang und bei welchen Waren im einzelnen (unter dem Namen von Zusatzzöllen) die Zölle weiter (bis zu 100% des Werts) erhöht werden. Die Kronkolonien und Mandatsgebiete Großbritanniens bleiben dauernd von diesen Zöllen ganz frei, die Dominions jedenfalls bis zur Konferenz von Ottawa, wo das weitere ausgehandelt werden soll.

In der Tat werden manche Probleme noch zu lösen sein, ehe die Politik der Empire Preference verwirklicht sein wird. Das geht besonders aus der jüngsten Vorgeschichte der großen handelspolitischen Schwenkung Großbritanniens hervor. Sie erklärt auch, weshalb grade Weizen (der doch für die Lebenshaltungskosten in England allein keine ausschlaggebende Rolle spielt) aus den gegenwärtigen Zöllen noch ausgenommen ist. Deshalb muß aus dieser jüngsten Vorgeschichte einiges hier kurz erwähnt werden.

Am 1. Oktober 1930 wurde in London mit einer Plenarsitzung unter dem Vorsitz James Ramsay MacDonalds die Reichskonferenz eröffnet. Hier wurden neben formalen Begrüßungsreden die Ausführungen des australischen Ministerpräsidenten James Henry Scullin vorgetragen, die das wichtigste Thema der Konferenz bereits klar umrissen. Scullin erklärte, daß die natürlichen Hilfsquellen des Empires als dauernde Grundlage gemeinsamer Prosperität ausreichen. Das Hauptproblem sei aber mehr ein Problem des Absatzes als der Produktion. Innerhalb des Empires könnten Vorzugsabkommen getroffen werden, die mit der Außenwelt unmöglich seien⁵. Die überseeischen Teile des Reichs führten aus fremden Ländern für wenigstens 5 Milliarden Mark jährlich Fabrikate ein, in denen Großbritannien konkurrieren könne. Australien komme mit seinen 6400000 Einwohnern als Absatzgebiet für das Mutterland gleich hinter Indien mit seinen 340 Millionen

4) Ein gutes kurzes Resümee des Inhalts der Zollgesetze bietet Schwab *Verkehrte Welt* (Das Gegenteil einer Lösung: Englands Übergang zum Schutzzoll), im Berliner Tageblatt vom 19. Februar 1932. Schon der Titel zeigt, daß Schwab eine ganz andere als die hier vertretene Auffassung von der Sache hat. Charakteristisch dafür ist, daß er die Briten gegen den Vorwurf, auch sie seien jetzt »der in der ganzen Welt herrschenden Seuche des Hochschutzzolls erlegen«, verteidigen zu müssen glaubt; und ebenso charakteristisch, daß er es mit dem Argument tut: Der nichtbritischen Welt widerführe von England nur das, was sich England selbst lange gefallen lassen mußte. Wenn also der Standpunkt Schwabs das richtige Verständnis von Ursache und Wirkung, Schuld und Recht in dieser Sache vermitteln läßt, so muß doch anerkannt werden, daß der Aufsatz mit der bisher so beliebten Bagatellisierung der Bedeutung der Schwenkung Englands zum System der Reichsvorzugszölle klar und ehrlich Schluß macht und auch alle Flausen darüber, daß die Briten den beschrittenen Weg bald wieder verlassen würden, entschieden abweist.

5) Diese Darstellung stützt sich hauptsächlich auf die sehr ausführlichen Angaben der *Canadian Annual Review of Public Affairs* 1930-1931 /Toronto 1931/, eines Werks, das auch in diesem (30.) Band wieder eine Fülle von Stoff klar und mit großem Reichtum an Einzelheiten bringt und eine sehr gute Quelle für alle Fragen der Stellung Canadas zur Politik des Britischen Reichs darstellt; Hauptstellen Seite 309 bis 317, 346, 349 bis 355.

Menschen; das sei auf Vorzugszölle, Bevorzugung durch freiwillige Wahl und durch Verwaltungsmaßregeln in Australien zurückzuführen. Ein Vergleich zwischen Australien und Argentinien ergebe folgendes:

Land	Einwohnerzahl	Wert der Einfuhr (in Pfund Sterling)	
		insgesamt	aus Großbritannien
Argentinien	8 600 000	180 000 000	31 000 000
Australien	6 400 000	144 000 000	55 000 000

Das zeige, was die 3fache Vorzugsbehandlung vermöge. Und doch sei in der nicht aus dem Mutterland stammenden Einfuhr Australiens noch immer ein Teilbetrag von weiteren 45 Millionen Pfund Sterling enthalten, der Fabrikate darstelle, die auch Großbritannien den Australiern liefern könne. Er hoffe, auch dieser Absatz könne durch weitere Präferenzmaßnahmen noch den britischen Fabrikanten zugewendet werden. Aber, so fuhr er fort:

»Ich möchte bemerken, daß Australien von Großbritannien eine, wenn auch nicht in der Methode, so doch in der Wirkung ähnliche Behandlung zu erfahren hofft, wie es sie Großbritannien schon zuteil werden läßt, und wie es sie in noch größerem Umfang zu gewähren bereit ist.«

Ähnlich äußerte sich der Ministerpräsident Neuseelands George William Forbes. Einen Grad schärfer klang schon, was der britisches Ministerpräsident der Südafrikanischen Union, James Barry Munnik Hertzog, sagte: Es sei ganz klar, daß der gegebenenfalls von den Dominions zu haltende Kurs in der Hauptsache von der Art und Ausdehnung abhängen müsse, in der ihre Interessen von der von Großbritannien gewählten Politik getroffen würden.

Die 2. Plenarsitzung, am 8. Oktober, brachte dann mit der Rede des canadischen Ministerpräsidenten Richard Bedford Bennett die Vervollständigung des Bildes. In der Tat: Für die übrigen Dominions und Indien spielt die Ausfuhr industrieller Erzeugnisse nach Großbritannien kaum eine Rolle. Auch ihre Rohstoffausfuhr bietet keine Probleme, denn die indische Baumwolle konkurriert zum Beispiel mit der Ägyptens und der Vereinigten Staaten von Amerika wegen der großen Qualitätsunterschiede kaum auf dem englischen Markt. Australiens Hauptausfuhrartikel sind Butter (Hauptkonkurrenten auf dem großbritannischen Markt: Neuseeland, Canada, Dänemark), Weizen (Vereinigte Staaten von Amerika, Canada, Argentinien), Fleisch (Argentinien, Uruguay, Vereinigte Staaten von Amerika, Neuseeland), Wolle (Südafrika, Argentinien, Neuseeland), ferner unedle Metalle; irgendein größerer Posten industrieller Erzeugnisse (mit Ausnahme von Mehl) ist in der Ausfuhr nicht zu finden. Ähnlich auch die Südafrikanische Union: Mais (Vereinigte Staaten von Amerika, Argentinien), Diamanten, Gold, Wolle (Australien, Argentinien, Neuseeland). Ebenso Neuseeland: Butter (Australien, Canada, Dänemark), Käse (Canada, Dänemark, Niederlande, Schweiz), Wolle (Australien, Argentinien, Südafrika)⁶⁾. Hier besteht also höchstens das Interesse jedes Reichsteils, daß der in dem einzelnen Erzeugnis mit ihm konkurrierende andere Reichsteil im Mutterland keinen höhern Zollnachlaß genießt; und wenn man von Weizen, Butter, Käse und Fleisch absieht, besteht auch kein Konkurrenzverhältnis zur Eigenproduktion im Mutterland, so daß in der Tat für die Handelsbeziehungen des Mutterlands zu diesen Dominions außer dem allgemeinen Problem des Agrarschutzes für die britischen Inseln keine Schwierigkeiten bestehen.

6) Zusammengefaßt nach *Statistical Abstract for the Several British Oversea Dominions and Protectorates 1922 to 1925* / London 1928/, Seite 83 bis 101.

rigkeit besteht. Jeder Zoll, der das nichtbritische Gebiet höher trifft als die Gesamtheit der dominialen Exporteure, kann diesen nur recht sein, und wenn Großbritannien gegen die Agrareinfuhr aus seinen Kolonien den Getreidebauer und Viehzüchter im alten Land schützen will, so kann es wohl kaum einen Augenblick dazu ergreifen, in dem es Empire Tariff Union herbeiführen will. Um gerecht zu sein: nach Jahrzehnten agrarischen Freihandels kann man von dem kleinen, jetzt noch verbliebenen Rest landwirtschaftlicher Betriebe in Großbritannien, im Zusammenhang mit der dominialen Erzeugung von Körnerfrüchten, Molkereierzeugnissen und Fleisch wohl sagen: Sie sinkt mit euch, mit euch wird sie sich heben. Deshalb ist, wenn man das bloße Preisinteresse der mutterländischen Konsumenten von Agrarprodukten nicht gelten läßt, die Gewährung von Zollvorteilen auf die diese Dominions hauptsächlich interessierenden Ausfuhrgüter kein großes Problem.

Anders aber mit Canada. Sehen wir zuvor die Liste derjenigen Erzeugnisse, von denen Canada Mengen von großem Wert exportiert, so finden wir zwar, wie zum Teil schon erwähnt, Butter, Käse, unedle Metalle, Fisch, Ölsaaten, Äpfel, Häute und Felle, Gold, Getreide, lebendes Vieh und Fleisch, Zucker, Holz, daneben nun aber eine ganze Reihe von mehr oder weniger umfangreichen Industrieausfuhren, bei denen Canada nicht nur mit nichtbritischen Gebieten in Wettbewerb steht sondern auch mit dem Mutterland. Hiervon seien, unter Beifügung des gesamten Ausfuhrwerts im Jahr 1926 in Millionen Pfund Sterling, die folgenden genannt: Aluminium und Waren daraus 1,4, Kalziumkarbid 0,3, Kohle 0,8, Düngemittel 1,1, Eisen und Halbzeug daraus 2,52, Maschinen und Siedlerausrüstung 5,5, Papier 22,6, Kautschukwaren 4,2, Automobile und Teile davon 8,8, chemische und mechanische Holzmasse 10,2, zusammen in jedem Jahr Waren für 57,42 Millionen Pfund Sterling oder mehr als 1 Milliarde Mark, bei denen Canada in Großbritannien und auf kolonialbritischen und nichtbritischen Märkten zum Teil in heftigem Wettbewerb mit mutterländischen Industrien steht, ja bei denen es sich in vielen Fällen sogar im Angriff auf die bisher mutterländischen Absatzgebiete befindet und sich durchaus als der Erbe fühlt, der den Erbfall kaum noch erwarten kann. Dies muß man bedenken, wenn man die Rede Bennetts und die dadurch gekennzeichnete Haltung Canadas in der ganzen Frage würdigen will. Die Politik der canadischen Regierung, führte er aus, gehe auf Schutz des canadischen Erzeugers agrarischer und industrieller Produkte vor »schädlichem« Wettbewerb aus, das heißt, sie bekämpfe Einfuhren fremder Produkte, die eine Senkung der Lebenshaltungshöhe bewirken. Dieser Grundsatz gelte auch für die Probleme der imperialen Wirtschaftspolitik. Dies bedeute nicht den Ausschluß nichtbritischer Erzeugnisse vom canadischen Markt, schon deshalb nicht, weil Canada ja auch in die nichtbritische Welt exportieren wolle, aber es bedeute Vorzugsbehandlung der Reichsteile unter einander, jedenfalls, soweit dies mit seiner Parole »Canada first!« vereinbar sei. An der Spitze stehe heute Canadas Interesse am Absatz seines Exportweizens; daher liege die Lösung des ganzen Problems vor allem in Gewährung eines bessern Markts hierfür in Großbritannien. »Diesen Markt«, sagte Bennett, »brauchen wir, und für ihn sind wir bereit zu bezahlen, indem wir britischen Produkten auf dem canadischen Markt eine Vorzugsstellung einräumen.« Hier gebe es keinen Kompromiß, der Entscheidung könne nicht ausgewichen werden; es sei jetzt Zeit eindeutig zu reden, die Völker des Empires müßten sich ein

für allemal entscheiden, ob ihr Heil in engerer Verbindung liege oder nicht. Die Vorzugszollbehandlung bedeute aber nicht, daß Canada den Schutz seiner eignen Produktion gegen die des Mutterlands aufgebe. Die gegenwärtigen Zölle sollten für die nichtbritischen Herkünfte weiter gesteigert werden, für die Waren aus dem Britischen Reich in der gegenwärtigen Höhe bestehen bleiben, so daß also diejenige Gütermenge, die bei der gegenwärtigen Zollhöhe überhaupt noch eingeführt werden kann, den britischen Lieferanten vorzugsweise offenstehe. Die Rate des Vorzugsatzes solle knapper bemessen werden bei Rohstoffen von solchen Waren, in denen die Erzeugung des Empires der Nachfrage im Empire nicht voll entspricht, und höher bei denjenigen Erzeugnissen aus dem Empire, bei denen die durchschnittlich in Aussicht genommene Rate⁷ nicht ausreiche, um dem Empireprodukt einen wirklichen Konkurrenzvorsprung zu verschaffen. Dabei komme es auf eine Regelung für längere Zeit an; eine Präferenz, die nicht von Dauer sei, wäre schlimmer als gar keine. Es gelte bald zu handeln; deshalb lade er zu einer Konferenz möglichst früh im Jahr 1931 in Ottawa über diese Fragen ein.

Die Erklärungen der übrigen dominialen Ministerpräsidenten gingen mit den Forderungen Bennetts gut zusammen; keiner widersprach der von ihm vortragenen Zurückweisung der Propaganda des Freihandels innerhalb des Britischen Reichs. Besonders bemerkenswert war, daß Sir Geoffroy Corbett, der Vertreter Indiens, Canadas Standpunkt besonders billigte: Indien sei bereit alle Pläne zu begünstigen, die dem Handel im Reich aufhelfen sollten, aber es sei nicht bereit von seiner seit 1923 befolgten Politik der »diskriminierenden Protektion« abzugehen, die seine Gewerbe schützte, wenn sie bedroht seien, aber die Forderungen rationeller Erzeugung erfüllten. Zwar zog Sir Geoffroy daraus eine andere und viel stärker zurückhaltende Folgerung: Indien könne sich nicht auf einen allgemeinen Plan von Vorzugszöllen im Britischen Reich einlassen sondern behalte sich seine Entscheidung von Fall zu Fall vor. Zieht man aber von dieser Stellungnahme Corbetts ab, was taktische Rücksicht auf die Swaradschbewegung ist, so ist dieser Standpunkt praktisch so ziemlich identisch mit dem Bennetts für Canada.

Zu Beginn der 2. Sitzung hatte der Staatssekretär für die Dominions James Henry Thomas erklärt, daß das Mutterland die bisher gewährte Vorzugsbehandlung seiner Erzeugnisse in den Dominions wohl zu würdigen wisse, aber von Gegenleistungen nicht gesprochen. Am 20. Oktober erklärte der damalige Schatzkanzler Philip Snowden, daß die Labourregierung die von Bennett geforderte Reichspräferenz (die die Einführung von Schutzzöllen, auf die den Reichsgliedern ein Rabatt gegeben werden kann, im Mutterland zur Voraussetzung hat) ablehnen werde; am 28. Oktober hatte bei der Parlamentsöffnung der Ministerpräsident gesagt: »Wir können es nicht tun«, und am 13. November wiederholte er vor der Konferenz diese Erklärung: Die Interessen des Vereinigten Königreichs schlossen eine Wirtschaftspolitik aus, die seinen Außenhandel schädigen oder die Lasten des Volks vermehren würde; die bereits bestehenden Vorzugszölle (Rabatte auf die MacKennazölle) für die Gliedstaaten des Reichs sollten aber mindestens 3 Jahre lang weiter bestehen bleiben, vorbehaltlich des Budgetrechts des mütterländischen Parlaments.

7) Bennett sprach zunächst von 10% des bestehenden Wertzollsatzes, also, wo dieser bisher zum Beispiel 30% des Werts betragen habe, normalerweise für Erzeugnisse nichtbritischer Herkunft 33% des Werts; später sagte er jedoch, der Satz von 10% sei nur des Beispiels halber genannt, und er ließ durchblicken, daß Canada auch für höhere Sätze zu haben sei.

Über diese, in der Hauptsache negative Erklärung ist die Geschichte hinweggegangen. Die Konferenz von Ottawa findet 1 Jahr später statt. Bis dahin ist die Präferenz für die Reichsglieder bewilligt, und fraglich ist höchstens noch, ob sie auf Weizen ausgedehnt wird. Dabei wird wesentlich sein, ob der Weizen Zoll, um den Wünschen Canadas zu genügen, überhaupt im Mehlp reis steigend zum Ausdruck kommt; im Jahr 1930 zum Beispiel wies das Reich eine gesamte Weizeneinfuhr von 5,8, eine gesamte Weizenausfuhr von 6,95 Millionen Tonnen auf⁸⁾, das heißt eine Überverförgung von 1,15 Millionen Tonnen oder 17% der gesamten verfügbaren Ausfuhrüberschüsse. Aber selbst wenn der Weizen, wie etwa Canada fordert, um 10%, das heißt das Brot um 3 bis 5% verteuert wird, was bedeutet das für den Reallohn des britischen Arbeiters, dem die selbe Regierung, die in Ottawa die Zollfreiheit des Brotgetreides verteidigen soll, die 20prozentige Senkung der Reallöhne durch Preisgabe des Goldstandards der Guinea ohne weiteres zugemutet hat? Der Weg nach Canossa, den MacDonal d ging, ist bis auf den letzten Tagemarsch schon zurückgelegt; es ist wenig wahrscheinlich, daß in Ottawa etwas anderes beschlossen wird als auch noch den letzten Schritt zu tun. Möglich, daß die Minister aus der Liberalen Partei und der Arbeitergruppe ausbrechen und sich nicht mehr mit einer platonischen Oppositionsrede eines von ihnen begnügen. Aber glaubt man, daß die Baldwin, Cunliffe-Lister, Hoare, Londonderry, Hilton Young, MacLean, Ormsby-Gore dem Führer Neville Chamberlain in Ottawa Gefolgschaft beim letzten Tagemarsch verweigern werden?

Canada hat ganz offenbar der britischen Regierung die Entscheidung aufgezwungen. In der Tat, ein längeres Hinausschieben der Entscheidung erscheint kaum möglich. Südafrika und Indien sind schon lange schwer auffällig, ebenso Irland; Canada auch in diese Front zu treiben kann sich heute keine britische Regierung gestatten. Und wem Canada Vorzugszölle gewähren wird, wenn das Mutterland ihm keine Gegenleistungen gibt, das lehrt ein Blick auf die Landkarte. Vorzugszölle im nördlichen Nachbarstaat würden auch die maximal protektionistischen Vereinigten Staaten von Amerika sich etwas kosten lassen. Paris ist eine Messe wert, selbst wenn es nur das Paris in der canadischen Obstprovinz Ontario ist.



GLEICHBERECHTIGUNG mit den Industrien des Vereinigten Königreichs genießt die Industrie des Europäischen Kontinents beim Wettbewerb in den überseeischen Teilen des Britischen Reichs schon längst nicht mehr; selbst in der Zeit des "Freihandels ringsum", wo der Union Jack weht, stand dieses gleiche Recht nur auf dem Papier, war aber nicht effektiv. Geschützter Markt im britischen Sinn waren die Kolonien immer, wie auch die Kolonien anderer Mächte für ihr Mutterland immer geschützte Märkte waren; und als das Altern der englischen Industrie den Marktschutz ohne Zölle unzureichend werden ließ, da gewährten auch die selbständigsten Dominions, selbst das immer zu Rebellionen neigende Südafrika, schrittweise mäßige Vorzugszölle, bis jetzt der Augenblick kam, in dem die wichtigsten überseeischen Gliedstaaten des Reichs weitere Vorzugszölle nur noch auf Gegenseitigkeit dem Mutterland einräumen wollten, das Mutterland aber in größerem Umfang denn je solche Vorzugszölle brauchte, um seinen Absatz im eignen Reich zu halten und, wenn möglich, zu steigern.

⁸⁾ Siehe *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931* /Berlin 1931/ Seite 97 des Internationalen Anhangs.

Damit ist für die europäischen Industriestaaten eine eindeutige Lage geschaffen. Soweit sie etwa noch gehofft hatten in Überseebritannien ihren Absatz weiter ausdehnen zu können, ist alledem nun klirrend ein Riegel vorgehoben worden. Ja, der verbürgte Absatz im Imperium wird es dem Vereinigten Königreich möglich machen nun auch auf den nichtangelfächischen Märkten in Asien, Afrika und Amerika mit gefenkter Rate der Generalunkosten, also mit neuer Kraft, in den Wettbewerb einzutreten, zumal die in der Form der Pfundentwertung vorgenommene Verminderung der Gekstehungskosten der englischen Fabrikate durch Lohndruck und Steuerlenkung um 10 bis 20 % diese Steigerung der Wettbewerbskraft noch verstärkt.

Das festländische Europa hat freilich den Lohndruck auch vollzogen, in manchen seiner Teile sogar in größerem Umfang als Großbritannien. Aber die Senkung der Generalunkosten will nicht glücken; allzu großen Umfang haben die überdimensionierten Industrieanlagen, allzu hoch sind die Generalunkosten der mehreren Dutzend kontinentaler Klein- und Miniaturstaaten (von Deutschland bis Estland und Portugal), die sich in Gestalt gewaltiger Steuerlasten wie ein Heuschreckenschwarm auf die Produktionsstätten legen. Die Zeit schreitet nach der Einheit des kontinentaleuropäischen Wirtschaftsgebiets, das ihm die Möglichkeit des Exportindustrialismus offen halten soll. Frankreich hat in dieser Bewegung die Führung. Das liegt in der Natur der Sache. Wiewohl nicht der volkreichste Staat des Festlands, ist es unter den großen kontinentalen Mächten doch, im Politischen wie im Wirtschaftlichen, die am festesten geschlossene, die am einwandfreiesten funktionierende Demokratie und der reichste und parlamentarische Partner zugleich. Von allen europäischen Großstaaten hat es am meisten zu verlieren, hat es die politisch freieste Stellung, und so fällt ihm auch ganz von selbst die Rolle der aktivsten Triebkraft in dieser Bewegung zu; darum, und nicht etwa deshalb, weil es die meisten Soldaten unter den Waffen hat.

Der Professor an der Juristischen Fakultät in Lille Bernard Lavergne hat ein interessantes Buch über das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich geschrieben, das vielfach zu Widerspruch herausfordert, vielfach Zustimmung erweckt, viele nützliche Tatsachen erwähnt, die in Deutschland, gelinde gesagt, zu wenig beachtet werden, und nach vorsichtiger Abwägung aller materiellen und seelischen Realitäten die Einigung des Kontinents, nicht zwar unter politischer Hegemonie Frankreichs, wohl aber unter seiner vollen und vorwärtstreibenden Mitwirkung fordert; weil Frankreich im letzten Krieg gesiegt hat, habe es »die Pflicht und die Ehre Deutschland gegenüber eine veröhnende und klarblickende Haltung zu beweisen«⁹. Lavergne stellt den Sinn eines europäischen Wirtschaftsverbands klar. Er befaßt sich allerdings

9) Siehe *Lavergne Esquisse des problèmes franco-allemands* (Paris 1931), besonders Seite 67 bis 71 und Seite 120. Viele Einzelheiten fordern Kritik heraus. So wird Seite 69 eine Darstellung der Frage des Zollanschlusses Österreichs und der südosteuropäischen Staaten an Deutschland gegeben, die von der ganz falschen Anschauung ausgeht, daß das neue Zollvereinsgebilde ein agrarisches Überschußgebiet sein würde; das trifft heute noch nicht zu, und das Argument verliert alle Bedeutung für absehbare Zeit, wenn die agrarische Zukunft einer den gesamten nichtrussischen Kontinent umfassenden Zollunion erörtert wird. Die Folgerung, daß jeder agrarische Zollverein Deutschlands mit den Ländern der Kleinen Entente »die endgültige Brachlegung des größten Teils der deutschen Anbauflächen« bedeuten würde, ist falsch. Es kann sich selbst im schlimmsten Fall höchstens um die marginalen unter den ostelbischen Flächen handeln, die im Ganzen der deutschen agrarischen Produktionskraft nur untergeordnete Bedeutung haben: siehe dazu meine Darstellung in dem Aufsatz *Autarkie*, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 114. Lavergne kennt Deutschland aus eigener Anschauung sehr gut; er war noch im Sommer 1931 längere Zeit in Berlin; er ist Mitherausgeber der ungemein material- und gedankenreichen Vierteljahrschrift *L'Année Politique Française et Étrangère*.

nicht mit der in Deutschland häufig vertretenen Auffassung, daß der Europäische Zollbund auch nach außen keinen Zollschutz mehr behalten sollte; diese Auffassung erscheint ihm wohl so wenig durchdacht, daß er ihr weiter keine Worte widmet. Dagegen wendet er sich ausführlich gegen jene vor-eiligen und daher im Utopischen steckenbleibenden Verfechter der Zollunion, die bei Bestehenbleiben einer Außenhaut von Schutzzöllen das Ideal des Empiriefreihandels als die Kur für alle europäischen Leiden erklären. Er weist darauf hin, daß dies wirtschaftlich eine derartige Vernichtung von Absatzmöglichkeiten in den ökonomisch schwächeren Gliedstaaten des neuen Europas zur Folge haben müßte, daß dadurch Millionen von Menschen jeder Möglichkeit beraubt würden noch Arbeit in der alten Heimat zu finden. Gewiß seien die Zölle ein Hindernis für die wirksamste theoretisch denkbare Arbeitsteilung, aber sie seien nun einmal das einzige Mittel, das die Menschen bisher entdeckt hätten, um die Kapitalien und vor allem die Menschen der einzelnen Nationalstaaten zu erhalten. Intereuropäischer absoluter Freihandel würde eine ungeheure Auswanderung in die neuen Länder, zum Beispiel nach Mittel- oder Südamerika, bedeuten, sofern sie möglich ist; es sei bloßes Spekulantentreiben darauf zu rechnen, daß jedes Volk eine oder mehrere Spezialitäten habe, die ihm auch bei intereuropäischem Freihandel volle Beschäftigung seiner Menschen sicherten. Auch der Sinn des Europaprojekts Aristide Briands werde verfälscht, und sein Zweck verfehlt, wenn man es als Aufforderung zur Abschaffung aller Zölle zwischen sämtlichen Gliedstaaten des Europabunds verstehe. Es fordere vielmehr ein System von Vorzugszöllen zwischen den Ländern Europas und gleichzeitig eine Einigung über gegenseitigen Nichtwettbewerb auf den außereuropäischen Märkten. Das entspreche auch der Erfahrungstatsache, daß einerseits die politische Unabhängigkeit eines Volks nicht bestehen kann, wenn es auf jede wirtschafts-politische Selbstbestimmung verzichtet (und das Recht sich mit Zöllen zu gürten sei nun einmal der Kern dieser Autonomie), und daß andererseits noch manche Jahre vergehen, und noch viele halsbrecherische politische Fragen glücklich beantwortet werden müssen, ehe die Völker Europas bereit seien in einer höhern politischen Einheit aufzugehen.

Diese Darlegungen Lavergnes lassen erkennen, daß das im Werden begriffene Europäische Wirtschaftsreich vollkommen analog dem nun zustande kommenden Britischen Wirtschaftsreich ist. Ergänzend muß aber noch gesagt werden, daß, grade wie im britischen Fall, auch im europäischen Fall Kolonialgebiete größten Umfangs in dieses System der europäischen Vorzugszölle mit einbezogen werden müssen. »Die Kolonien sind kein Ausland, eine französische Kolonie ist immer noch Frankreich, asiatisches, afrikanisches, amerikanisches oder ozeanisches Frankreich«, sagt in einem Buch, in dem er entzückend, scharfsinnig und gründlich zugleich über die koloniale Literatur plaudert, der französische Indochinese Eugène Pujarnacle¹⁰. Wie wenig mit dem schematischen Freihandel zwischen allen Teilen eines politisch selbst recht straff zusammengefaßten imperialen Gebildes zu erreichen ist, das haben die Franzosen früh erkannt, und so haben sie von Fall zu Fall das handelspolitische Verhältnis zwischen Mutterland und Kolonien ganz verschieden gestaltet, je nachdem freihändlerisch oder auf der Basis der Vorzugsbehandlung. Dies alles stimmt aber mit ihrem Bestreben nach einer immer engeren

¹⁰) Siehe *Pujarnacle* *Philoxène ou De la littérature coloniale* /Paris ohne Jahr/; das Zitat auf Seite 15.

Verknüpfung von Mutterland und Kolonien vollkommen zusammen; so wenig also in der Französischen Republik solche Differenzierung der wachsenden Einheit widerspricht, so wenig kann man die Unmöglichkeit europäischer Wirtschaftseinheit daraus folgern, daß intereuropäischer Freihandel in der Tat zunächst unmöglich, möglich dagegen fürs erste nur (und gleichzeitig erforderlich) gegenseitige Präferenzbehandlung ist.

Der Hinweis darauf, daß die Einbeziehung der Kolonien der festländischen Europastaaten in das System der Vorzugszölle nicht nur möglich sondern gradezu notwendig ist, hat auch politische Konsequenzen. Lavergne zum Beispiel weist darauf hin, daß die deutschen Kolonien England und Frankreich nur deshalb im Vertrag von Versailles zugesprochen sind, weil David Lloyd George auf der Friedenskonferenz Georges Clemenceau, der solcher journalistischen Scheinargumentation nicht gewachsen war, eingeredet hat, daß diese Kolonien in einem neuen Krieg Unterseebootbasen für Deutschland werden könnten. Er kritisiert diese Phrase vernichtend und fährt dann fort, er erinnere sich deutlich, daß schon 1918 die Franzosen zahlreich gewesen seien, die »es für einen Exzeß gehalten hätten dem Deutschen Reich seine Kolonien fortzunehmen«. Er wäre »überrascht, wenn die Öffentliche Meinung Frankreichs sich der Rückgabe von Togo und Kamerun an Deutschland widersetzen sollte«, falls nur Frankreich für seine Aufwendungen in diesen beiden Mandatsgebieten abgefunden werde. Grade Lavergne, der im Wirtschaftspolitischen so weitgehend mit den darin führenden Franzosen, zum Beispiel Loucheur und Serruys, übereinstimmt, zeigt also auch in dieser Frage, daß unübersteigliche Hindernisse der Einigung unseres Kontinents im Bündnis der Vorzugszollverträge nicht im Weg stehen.

DIE auf die intensive Franzöisierung der Kolonien gerichteten Bestrebungen sind nur die eine Seite der Arbeit für den Aufbau einer größern Wirtschaftseinheit. Die andere Seite zeigt den Plan der europäischen Vorzugszölle, die französische Politik der Zollabwehr gegen das britische Dumping, die Verhandlungen über die Kontingentierung des Austauschs von Produkten, in denen die europäischen Staaten mit einander in Europa konkurrieren, die Organisation europäischer Kartelle und Syndikate, ebenso wie die Ziele der französischen kolonialen Wirtschaftspolitik; und dies alles gehört notwendig zusammen, dies alles ergänzt sich, stützt sich gegenseitig und ist auf das selbe Ziel gerichtet. Alles dies ist auch nicht als eine neue Methode des ewigen Wirtschaftskriegs zwischen dem zu bildenden Vereinigten Europäischen Kontinent und den übrigen Wirtschaftsimperien gedacht. Abwehr: ja, Angriff: nein. Daß Frankreich schon der Unsicherheit des Gelingens des Einigungswerks in Europa wegen nicht alle Brücken zur übrigen Welt abbrechen kann, daß es auch weiß, es dürfe das nicht den Ländern zumuten, die es als Partner im Bund gewinnen will, das ist so klar in der Interessenslage begründet, daß es selbst bei den englischen Imperialisten verstanden wird. Schon Max Cohen hat hier am 16. Januar auf jenen Brief des Kolonialministers im letzten Kabinett Baldwin Leopold Stennett Amery hingewiesen, in dem dieser (übrigens keineswegs zum erstenmal und auch keineswegs als erster britischer Imperialist) erklärt hat, daß mit der Zeit auch außerhalb der britischen Welt große, nicht durch Zollschranken zerrissene Wirtschaftseinheiten geschaffen werden müssen, und daß eine Vorstufe zu dieser Entwicklung die Bildung

eines Systems gegenseitiger Vorzugszollsysteme unter den einzelnen Staaten Europas mit Ausnahme Englands ist, das seinerseits wiederum sich zu einer Zolleinheit mit den Empirestaaten zusammenschließen soll¹¹. Werden demgegenüber immer noch die deutschen Liberalen aller Schattierungen von Graf Reventlow und Hugenberg bis zur Redaktion des Vorwärts britischer sein als die führenden britischen Imperialisten? Die Einheit Europas, zu der Frankreich treibt, bedeutet keine französische Herrschaft über den Kontinent und keinen ewigen Wirtschaftskrieg gegen das Britische Reich; sie bedeutet einen geschichtlichen Fortschritt in der organisatorischen Verwirklichung der wirtschaftlichen Vernunft in der menschenbewohnten Welt, einen Fortschritt auf dem Weg friedlicher Entfaltung aller produktiven Menschenkräfte.

CARL MIERENDORFF · BEDROHTES DEUTSCHLAND



Der Wahlkampf um die Reichspräsidentenschaft hat die Zuspitzung schon des 1. Ganges auf die Frage, ob Hitler der 3. Präsident der Deutschen Republik werden soll, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Entscheidung sehr erleichtert. Um Hitler zu schlagen, tritt sie für Hindenburg ein. Es wird schwerer Anstrengungen und des Aufgebots aller Kräfte bedürfen, um die sozialdemokratischen Wählermassen zur Befolgung dieser Parole zu bringen. Aber an der politischen Richtigkeit dieses Eintretens für Hindenburg ist kein Zweifel möglich. Hindenburg ist jenseits aller parteipolitischen Gegnerschaft zu einem Symbol der Legalität geworden. Dieser Legalität gilt es zum Sieg zu verhelfen und die Bewegung, die trotz allen Beteuerungen das Zeichen der Illegalität an der Stirn trägt, in offener Wahlschlacht zurückzuschlagen. Die taktische Klugheit gebietet solches Handeln, und die politische Zweckmäßigkeit rechtfertigt es. Jedes weitere Wort könnte überflüssig sein. Weil aber der politische Kampf in Deutschland in einer Weise demoralisiert ist, die um der Nation willen beschämend ist, sei mit Vorbedacht hinzugefügt, daß sich hier auch noch etwas anderes vollzieht als nur ein taktisch-politischer Schachzug.

Die Person Paul von Hindenburgs erleichtert es den Millionen deutscher Republikaner, die vor 7 Jahren noch seine Gegner waren, ihm am 13. März die Stimme zu geben. Hindenburg wird für uns immer ein Mensch aus einer andern Welt und von einer andern Weltanschauung sein, aber er repräsentiert als Mensch und Charakter ein Stück Deutschland der besten Art, obwohl er nach Geburt und Beruf grade jener Kaste zugehört, die gemeinhin sonst Deutschland bisher von seiner unvorteilhaftesten Seite zu zeigen pflegte. Der Säbel, die Uniform, der Schnurrbart und die Pickelhaube waren es, die 1925 die deutschen Republikaner aufschrecken ließen und zur Abwehr aufriefen. Man vergibt sich nichts, wenn man nach 7 Jahren seiner Präsidentschaft anerkennt, daß man sich hier im Irrtum befand. Paul von Hindenburg erwies sich anders als die Vermutung. Er hat dem deutschen Volk und grade den Massen der deutschen Arbeiterbewegung den Typus des preußischen Offiziers, die ihr fremdeste und unverständlichste Erscheinung des kaiserlichen Deutschlands, in einem andern Licht gezeigt. Er hat sich damit ein historisches

¹¹) Siehe *Cohen* Reparationslösung und deutsche Politik, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 14.

Verdienst erworben, denn dadurch vollzog sich, unbeschadet aller sachlichen und persönlichen Gegenätze, auch eine merkwürdige Veröhnung zwischen 2 Welten, die sich früher fremd und feindselig gegenüberstanden. Es ist kein persönliches Verdienst, wenn der Begriff Hindenburg heute in Millionen politisch Andersdenkender die Vorstellung von Treue, Gradheit, menschlicher Güte und Aufrichtigkeit auslöst. Sollten sich nicht gerade die Hindenburgwähler von 1925 über diese Entwicklung freuen? Wäre es nicht richtiger, wenn gerade auch sie dieses Ergebnis als einen Triumph buchten? Statt dessen wenden sie sich, aufgestachelt von dem Kleon der Deutschen Republik, mit Haßausbrüchen gegen den frei erkorenen Führer von gestern, nicht ahnend, daß sie damit nicht ihn sondern nur sich selbst schmähen.

Freilich ist trotzdem die Situation für die Sozialdemokratie absurd. Und es bleibt noch die große Frage, ob es gelingen wird die 8 Millionen sozialdemokratischer Wähler vom September 1930 geschlossen zur Stimmabgabe für Hindenburg zu bewegen. Eine gewaltige Belastungsprobe für die Autorität der Sozialdemokratischen Partei, der sie sich hier (politisch durchaus folgerichtig) im Dienst der Verteidigung der Demokratie unterzieht, und für die Bewegung der Eisernen Front, die nun schon, fast noch in der Entstehung, gleich vor die stärksten politischen Aufgaben gestellt wird. Wird es gelingen Hitler im 1. Wahlgang zu schlagen? Gewiß ist die Nationale Opposition durch die Kandidatur Hindenburgs in eine schwere Zwangslage geraten. Sie marschiert mit gespaltener Front, nachdem der Versuch Hindenburg zum Verzicht auf eine Wiederbewerbung zu bringen gescheitert ist. Weder die Lockung (durch Preisgabe des Reichskanzlers Brüning wiederum der "nationale" Kandidat zu werden) noch die Drohung (mit der Gegenkandidatur eines Hohenzollernprinzen, die es ihm menschlich unmöglich machen sollte) hat Hindenburg irre machen können. In sich uncinig und zerplittert ziehen also die Gegner des "Systems" in den Kampf. Trotzdem wird die Entscheidung nicht davon abhängen, wieviel ehemalige Hindenburgwähler dem Feldmarschall die Treue halten und auch diesmal wieder zu ihm stehen, sondern wiederum davon, wie sich die Nichtwähler verhalten. Sie gaben am 14. September 1930 den Ausschlag, als von den früher durchschnittlich bei allen Reichstagswahlen vorhandenen 10 Millionen (zirka 25%) plötzlich 3 Millionen politisch aktiviert wurden. Das Geheimnis der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ist die Mobilisierung der Nichtwähler. Mit einem bis ins letzte Dorf vorgeschobenen Parteiapparat und einer Armee von leidenschaftlichen, jungen und skrupellosen Agitatoren geht diese Partei in diesen Kampf hinein, getragen von dem Gefühl des entscheidenden Endkampfes. Sie weiß, daß sie um Sein oder Nichtsein »würfelt«, so hat es Joseph Goebbels im Reichstag ausgedrückt. Wird es ihr gelingen neue Millionen von den 7 Millionen Nichtwählern der Septemberwahl zur Nachfolge Hitlers zu bringen? Die Kenntnis jener Tatsache und das gleiche Gefühl werden genügen, um den Einsatz der Kräfte auf der republikanischen Front zu vervielfachen.

Wenn es überhaupt zu einer Chance für Adolf Hitler kommen konnte (wer hätte das noch vor einem Jahr ernsthaft für möglich gehalten?), so hat die Politik grade des letzten Jahres leider nur allzuviel dazu beigetragen. Wiederum leben die Gegner von unseren Fehlern. Sie leben davon, daß man sich ständig in den Optimismus gewiegt hat, die nationalsozialistische Welle habe bereits ihren Höhepunkt überflogen: Der Rückgang der Auflage-

ziffer ihrer Presse sollte unter anderm ein Beweis dafür sein. Wahlergebülfe in den Ländern wie Braunschweig wurden mit gefährlichem Optimismus ausgedeutet. Wie trügerisch erwies sich das alles! Man erkannte wohl, daß die Nationalsozialisten ein Kind der Krise sind. Aber man handelte nicht dementsprechend sondern erlaubte eine Politik, die, statt krisendämpfend, krisenverschärfend wirkte. Man verließ sich allzusehr auf staatlich-polizeiliche Abwehrmaßnahmen und eine formale Verteidigung der Weimarer Verfassung auf dem Boden des Parlaments, von dem an sich theoretisch richtigen Gesichtspunkt aus die Machtmittel des Staats, Polizei und Reichswehr, nicht dem Kommando der Nationalsozialisten auszuliefern. Aber man übersah, daß keine Kasernenhofmauer hoch genug ist zu verhindern, daß die Wogen einer Bewegung, die vom ständig wachsenden Sturm der Wirtschaftskrise immer stärker aufgepeitscht wird, eines Tages doch noch über sie hinwegspritzen. Der heftig befahdene Reichswehrrerlaß des Reichswehrministers Wilhelm Groener, der künftighin Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei bei der Bewerbung um Einstellung in die Reichswehr genau so wie jeden andern Staatsbürger behandeln will, ist in dieser ausgesprochenen Kampfstellung bestimmt ein politischer, prestigemäßig unverzeihlicher Fehler. Er ist aber, das muß doch bemerkt werden, auch nur denkbar im Zug dieses Anwachsens der nationalsozialistischen Flut infolge der ständigen Verschärfung der wirtschaftlichen Notlage. Muß immer wieder ausgesprochen werden, was längst als das Selbstverständlichste der Welt zutage liegt? Die formale Verteidigung der parlamentarischen Zinnen ist zwecklos, wenn durch die wirtschaftliche Entwicklung die Fundamente weggelpült werden.



GEFAHR im Verzug. Es muß alles geschehen, um zu verhindern, daß die Lage durch Hinzufügung neuer Fehler noch kritischer wird. Wie gefährlich sich allein die Lage der Wirtschaft gestaltet hat, mag aus einem Handelsbericht der Neuen Zürcher Zeitung hervorgehen. Sie veröffentlichte am 21. Februar in einem Artikel ihres Berliner Handelsredakteurs über die »Verschärfung der deutschen Devisenlage« den nachstehenden Situationsbericht, der in seiner konzentrierten Prägnanz gradezu erschreckend wirkt:

»Deutschlands Ausfuhrüberschuß ist im Januar angesichts des wachsenden internationalen Protektionismus mit 117 Millionen Reichsmark gegenüber noch 218 Millionen Reichsmark im Dezember 1931 beinahe halbiert worden und beträgt nur noch etwa 30% der Rekordziffer des Oktober 1931 von 396 Millionen Reichsmark. Der Ausfuhrüberschuß ist damit unter den Betrag von 130 bis 150 Millionen Reichsmark zusammengelchrumpft, die zur Bezahlung der Zinsen und Amortisation für die deutsche private Auslandsverschuldung im Monatsdurchschnitt benötigt werden, auch die auf der Aktivseite der Zahlungsbilanz stehenden etwa 25 bis 33 Millionen Reichsmark Zinseingänge aus deutschen Auslandsanlagen (deren vollständiger Eingang fraglich ist) sowie etwa 15 Millionen Reichsmark für Dienstleistungen und so weiter genügen nur noch grade zum Ausgleich. Hierbei ist aber zu bedenken, daß ein Teil der Exportüberschüsse in anderen Ländern mit scharfer Devisenzwangswirtschaft (zum Beispiel Österreich und Ungarn) eingefroren ist oder, wie aus Rußland, erst nach vielen Monaten (wenn überhaupt) hereinkommen wird. Gleichzeitig haben im Januar die Gold- und Devisenverluste der Reichsbank die Eingänge um 63 Millionen Reichsmark überstiegen, obwohl sich in diesem Monat die Exporterlöse aus den Rekordausfuhrmonaten des Herbstes bei dem Noteninstitut niederschlagen sollten. Angesichts dieser Verhältnisse ist die besorgte Frage berechtigt, wie sich die Devisenbilanz weiter gestalten wird, wenn erst die sinkenden Exporterlöse späterer Monate eingeht. Natürlich kann in dem Schwinden der Devisenreserven auf einmal eine Unterbrechung eintreten, wie zum Beispiel in der letzten Woche, als infolge knapperer Zuteilungen die Bilanz nur einen Verlust von 2,2 Millionen Reichsmark zeigte. In

der nächsten Woche gelangt aber die letzte Rate der Markguthaben der ausländischen Gläubiger gemäß dem ersten Stillhalteabkommen, die soeben freigegeben wurde, zur Verrechnung; dies verdient besondere Erwähnung, da es der Reichsbank somit trotz allen Schwierigkeiten gelungen ist die im Juli auf 739 Millionen Reichsmark (davon 129 Millionen Reichsmark für die Schweiz) veranschlagten Markbeträge in Devisen zur Verfügung zu stellen, wovon allerdings ein nicht unerheblicher Teil hier auf freiem Konto verblieben ist. Bedauerlicherweise lassen sich keine Tendenzen erkennen, die der gefährlichen Entwicklung der Währungsverhältnisse genügenden Widerstand leisten können. Bei einem Anhalten der derzeitigen Exportentwicklung scheinen nur noch die kaum zu erwartenden Wunder einer baldigen außenpolitischen Verständigung oder einer Befestigung des internationalen Preisniveaus als Folge der amerikanischen Kreditexpansion, durch die eine Stärkung der deutschen Exportmöglichkeiten sich ergeben würde, die einzige ausreichende Möglichkeit zu sein, um auf die Dauer die äußerste Maßnahme eines teilweisen oder vollständigen *Auslandsmoratoriums* zu verhindern, das gegenwärtig alle maßgebenden Stellen noch mit größter Energie zu vermeiden bestrebt sind. . . Die eignen Devisen- und Goldreserven der Reichsbank sind auf 442,9 Millionen Reichsmark gefallen, gegenüber noch 2752,6 Millionen Reichsmark im Vorjahr. Hierzu kommen allerdings jetzt noch die bekannten Auslandskredite der Golddiskontbank und der 100-Millionen-Dollars-Kredit der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich von insgesamt 630 Millionen Reichsmark. Zurzeit sind Verhandlungen zu einer zunächst 10%-Abzahlung auf den Kredit der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich im Gange, da dies als Vorbedingung für seine Verlängerung um 3 Monate gestellt wurde; die ausgewiesenen Währungsreserven würden hierdurch abermals um über 40 Millionen Reichsmark reduziert werden, wogegen schwere Bedenken geltend gemacht werden. Der Umlauf an Reichsbanknoten beträgt jetzt 4155,2 (im Vorjahr 4166,4) Millionen Reichsmark, ihre Deckung durch eigne Gold- und Devisenbestände (unter Abzug der 630 Millionen Reichsmark) errechnet sich aber nur noch auf 10,7%, gegenüber 66% im Vorjahr. Zu dem Umlauf an Reichsbanknoten kommen steigende Beträge an sonstigen Zahlungsmitteln (Rentenbankscheinen, Privatbanknoten, Scheidemünzen) . . . Ungeachtet der angespannten Währungslage haben die Freien Gewerkschaften jetzt wieder die Schaffung zusätzlicher 1,2 Milliarden für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für 1 Million Arbeiter gefordert, doch wird dieses Projekt glücklicherweise selbst in ihren eignen Reihen mit dem Hinweis bekämpft, daß schon das, was die Reichsbank jetzt tue, sich grade noch am Rande des Erträglichen bewege.«

In so gefahrdrohender Lage ist eine ganz klare politische Führung notwendig. Die Sozialdemokratische Partei darf sich unter keinen Umständen die Führung aus der Hand nehmen lassen. Es ist im höchsten Maß bedauerlich, daß in einer so kritischen Situation die Gewerkschaften zu einer Politik auf eigne Faust übergehen wollen. Nachdem schon in der Reparationspolitik durch den Mund des Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds ein Vorstoß gemacht worden war, der geeignet ist die Politik der Sozialdemokratischen Partei in einer gefährlichen Weise festzulegen, erfolgte Mitte Februar in dem Beschluß des Bundesauschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds zur Arbeitsbeschaffung ein weiterer Schritt von nicht geringerer Tragweite. Niemand wird bestreiten, daß die Forderung nach Arbeitsbeschaffung an sich mehr als berechtigt ist. Das wären schlechte Gewerkschaften, die bei einer Arbeitslosigkeit von über 6 Millionen (mit Tendenz zum weitem Anwachsen) die Hände in den Schoß legen wollten. Es kann überhaupt keine dringendere Aufgabe geben. Die Kritik und der Widerstand, die sich gegen das Gewerkschaftsprojekt geltend machen, richten sich lediglich darauf, daß diese Arbeitsbeschaffung richtig finanziert werden soll. Es heißt in der Resolution der erwähnten Bundesauschusssitzung:

»Der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung stehen keine unüberwindlichen Hindernisse entgegen. Nach den verhängnisvollen Deflationsexperimenten der Notverordnung darf sie nicht mit dem Hinweis auf die angeblichen Gefahren für die Währung abgetan werden.«

Hier scheiden sich die Geister. Wenn diese Art von Arbeitsbeschaffungspolitik gemacht werden soll, dann kann ihre Finanzierung äußerstenfalls durch die Auflegung einer Reichsanleihe erfolgen, wie sie jetzt in dem sozialdemokratischen Gesetzentwurf vom 24. Februar 1932 über eine Goldprämienanleihe des Reichs zur Arbeitsbeschaffung beantragt worden ist. Er geht von der Voraussetzung aus, daß mit einer solchen Goldprämienanleihe das gehamferte Bargeld wieder in den Verkehr zurückgeholt wird. Arbeitsbeschaffung durch Inflation muß unter *allen* Umständen ausgeschlossen bleiben.

Es mußte mit Erstaunen erfüllen, daß die Gewerkschaften trotz einer eingehenden Aussprache in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf ihrem Weg beharrten und sogar einen außerordentlichen Gewerkschaftskongreß ankündigen, der sich mit dieser Frage auf der in der Bundesresolution vorgezeichneten Linie beschäftigen soll. Mit Produktiver Erwerbslofenfürsorge (um etwas anderes handelt es sich nicht) für unproduktive Zwecke ist die Situation nicht zu retten. Fritz Tarnow hat in der Diskussion, zuletzt in der Vossischen Zeitung vom 20. Februar 1932, immer wieder darauf hingewiesen, daß von einer Inflation angesichts der geringen Quantitäten zusätzlicher Kaufkraft, die dafür benötigt werden, keine Rede sein könnte. Die Argumentation verblüfft, überzeugt aber nicht. Gesetzt den Fall, die Durchführung des Woytinsky-Tarnow-Baade-Plans erfolgt wirklich in kleinen Dimensionen, dann wird der Effekt der Arbeitsbeschaffung durch die weiter steigende Arbeitslosigkeit sehr bald überkompensiert und unsichtbar gemacht sein (ganz ungeachtet der Tatsache, daß sie eben zu einer Kapitalfehlinvestition von einigen Hundert und mehr Millionen, ja vielleicht sogar Milliarden führt). Oder aber, sie erfolgt großartig, und dann ist sie eben Inflation.

Also sollen wir der Tragödie der Erwerbslosigkeit lässig zuschauen, also sollen wir die Hände in den Schoß legen? Nichts falscher als diese Fragestellung. Die Alternative heißt *nicht*: Arbeitsbeschaffung nach jenem inflationistischen Projekt oder Passivität. Die Therapie muß vielmehr dort einsetzen, wo die Wurzel der Krankheit sitzt.

Die Krise ist primär politisch bedingt. Sie ist eine Folge der Zuspitzung der internationalen Politik, in deren Mittelpunkt das Reparationsproblem steht; genauer das Problem Deutschland-Frankreich. Die Verwirrungen der internationalen Politik werden so lange nicht gelöst werden, als dieses Problem noch ungelöst auf uns lastet. Von Deutschland aus gesehen heißt das: Die deutsche Krise ist durch eine fehlerhafte deutsche Außenpolitik verschärft, sie kann nur durch die baldige und entschlossene Korrektur dieses Fehlers gemildert werden. Auf der Tagung des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds hat Fritz Naphtali von der Forschungsstelle der Partei erfreulicherweise mit Nachdruck auf den entscheidenden Punkt hingewiesen, daß »das internationale Moment bei der Beurteilung der Krisenursache stärker betont werden muß als es geschehen ist«:

»Die Krise erweist sich mehr und mehr als eine internationale Kreditkrise. Diese verschärfenden Momente können nur beseitigt werden durch Wiederherstellung des internationalen wirtschaftlichen Vertrauens und der politischen Beruhigung. Aktive Konjunkturpolitik ist heute identisch mit aktiver Außenpolitik, die auf die internationale, auf die deutsch-französische Verständigung abzielen muß. Der Ruf nach Arbeitsbeschaffung darf nicht Illusionen wecken. Wenn wir 200 000 Mann durch die öffentliche Hand in Arbeit bringen könnten, so wäre das ein Erfolg. Die Schwierigkeiten der Finanzierung sind zu groß, als daß es tatsächlich möglich wäre 1 Million Arbeiter in Beschäftigung zu bringen. Natürlich ist Kredit schöpfung möglich, es

kommt nur auf die Größenordnung an. Die Inflationsfurcht muß in Rechnung gestellt werden, die leicht zu einer Inflationspanik führen kann. Demgegenüber scheint es mir notwendig auf dem normalen Anleiheweg der Öffentlichen Hand Kapital zur Arbeitsbeschaffung zur Verfügung zu stellen. Der Ruf nach Arbeitsbeschaffung ist notwendig. Der Finanzierung sind Grenzen gesetzt, und wir müssen uns bewußt bleiben, daß eine aktive Konjunkturpolitik nicht mit dem Ruf nach Arbeitsbeschaffung erschöpft ist, sondern daß vor allem auch *gute Außenpolitik und Handelspolitik* wichtige konjunkturpolitische Faktoren sind.«

Das ist freilich aber auch genau das Entgegengesetzte der Lösung, die in verschiedenen Artikeln zur außenpolitischen Lösung der Gewerkschaften gemacht worden ist. Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob es die Aufgabe des Gewerkschaftsbunds ist Außenpolitik zu treiben. Es wäre weniger dagegen einzuwenden, wenn es in einem Sinn geschähe, der die Interessen der Gewerkschaften förderte. Da dem nicht so ist, scheint es dringend erforderlich, daß im Interesse der Gewerkschaften selbst von den politischen Instanzen die Außenpolitik der Gewerkschaften einer Korrektur unterzogen wird. Allerdings, hier fehlt es bedauerlicherweise selbst an der erforderlichen Klarheit. Rudolf Breitscheid hat als Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion in der Februartagung des Reichstags erneut sehr mißverständlich erklärt, wir »können keine Reparationen mehr zahlen«, und er hat die Haltung der Sozialdemokratie mit der des Reichskanzlers in dessen am 10. Januar vom Wolffsbureau verbreiteten Interview identifiziert.

Die Sozialdemokratie ist gewiß in einer schwierigen "taktischen" Situation. Diese Politik macht aber den Fehler in einer großen Frage, der Kern- und Existenzfrage der deutschen Politik, die eigne sozialdemokratische Meinung aufzugeben. Will die Sozialdemokratie sich in dem Ringen von heute behaupten, so ist scharfe Abgrenzung vom Gegner und vom Nachbarn durch die Herausstellung eigener, weithin sichtbarer positiver politischer Ziele, für die zu kämpfen sich für unsere Anhänger lohnt, erste Voraussetzung, weil allein ihre Erreichung die Besserung der Klassenlage erhoffen läßt. Die Gefahr der jetzigen Unklarheit besteht aber auch darin, daß sie wie ein Abweichen von der Linie der Erfüllungs- und Verständigungspolitik wirkt.

HAT denn die Erfüllungs- und Verständigungspolitik Fiasko gemacht? Man bekommt den Eindruck, als greife eine solche Auffassung um sich, zumal auch die Haltung der Sozialdemokratie leider so gedeutet wird. Um so deutlicher muß man Front machen. Nicht die Verständigungspolitik hat verlagert. Ich kann nur wiederholen, was hier bereits am 14. September 1931 ausgeführt wurde:

»Nicht die "Erfüllungskatastrophe", um diesen Fachausdruck aus der Terminologie des Freien Deutschlands anzuwenden, ist es... was wir in diesen Sommermonaten erlebt haben und noch erleben, sondern die Revolutionskatastrophe, wie sie von jedem nüchtern Denkenden auf Grund einfacher Überlegungen hätte vorausgesagt werden müssen und warnend hier auch vorausgesagt worden ist.«

Es ist dringend nötig grade diese Tatsache den sozialdemokratischen Wählermassen immer wieder vor Augen zu stellen.

Es ist nicht mehr viel Zeit zu verlieren. Die Sozialdemokratie hat an die Unterstützung der Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten keine Bedingungen geknüpft. Sie unterscheidet sich damit bewußt von der Methode der Nationalsozialisten, die von Joseph Goebbels auf die drastische Formel gebracht worden ist: »Wir verlangen Ware für unser Geld.« Trotzdem ist zu sagen, daß, rein politisch gesehen, die Nationalsozialisten im Prinzip recht

haben. Und der König absolut, wenn er unfern Willen tut: dieses Wort aus der Zeit der preußischen Verfassungskämpfe gilt noch immer. Bei Gefahr der Selbstpreisgabe und des Verlustes der demokratischen Staatsform muß die Sozialdemokratie ihren Machtwillen unmittelbar nach Vollzug der Reichspräsidentenwahl von der Aktivierung der deutschen Außenpolitik in dem hier immer wieder dargelegten Sinn geltend machen. Entweder es gelingt den Youngkonflikt durch einen baldigen Verständigungsfrieden abzuschließen: dann kann die Republik noch gerettet werden. Oder aber, aus Angst vor der parteipolitischen Konkurrenz der Nationalsozialisten, weichen wir Entscheidungen aus, verlegen uns lediglich aufs "Durchhalten": dann weiß niemand, was sich im Lauf dieses Jahres innenpolitisch noch vollzieht. Wir wollen, wir dürfen uns nicht mitverantwortlich machen. Tolerieren heißt nicht von der Bildfläche verschwinden. Tolerieren heißt gleichzeitig die höchste Aktivität in der Ziellsetzung entfalten. Wir sind in dieser Konstellation gegenüber Brüning nur genau so schwach, wie wir uns machen, und genau so stark, wie wir sein wollen. Die Massen unserer Wähler irren ziellos und unorientiert umher. Mit um so größerer Genugtuung verzeichnen wir deshalb einige Artikel, die sich im Freien Wort fanden. Albert Kranold /Breslau/ zeigte ebenso ruhig wie klar die »Realitäten« der Reparationspolitik. Das Liebäugeln mit Inflationsbestrebungen wurde von Alfred Schneider /Altona/ entschieden zurückgewiesen. Ganz besonders erfreulich ist der Artikel Abrüstung der Reparationen von Hans Cohn /Berlin/, dessen prinzipielle Übereinstimmung mit den Thesen der Sozialistischen Monatshefte sich auch auf die Abrüstungsfrage erstreckt. Möchten diese mutigen Darlegungen die verdiente Beachtung finden! Es ist nicht wahr, wenn man sagt, daß die Wählermassen von uns wegliefen, sobald man ihnen ein verständigungspolitisches Ziel zeigt. Die Aufforderung der Sozialdemokratie zur Stimmabgabe für den frühern Gegner und Generalfeldmarschall von Hindenburg stellt eine viel größere Belastung für die Partei dar als etwa die Ausgabe der Lobung des Verständigungsfriedens in dem »blinden Wirtschaftskrieg« (um mit Heinrich Brüning zu reden) um die Reparationen. Mit aller Deutlichkeit müssen von der Sozialdemokratie als Partei folgende Punkte für die Erörterung der Reparationsfrage herausgestellt werden:

1. Nicht Frankreich, sondern Amerika ist der unerbittliche Gläubiger. Solange Amerika auf seinem Schein besteht, kann Frankreich, das nur den kleinern Teil der deutschen Reparationsleistungen als Wiedergutmachung der Kriegszerstörungen für sich behält, naturgemäß nicht nachgeben.
2. Wir fordern die europäische Solidarität gegenüber den amerikanischen Gläubigerinteressen, im Sinn der hier stets vertretenen und vor 4 Wochen noch einmal formulierten Parole »Wiederaufbau: ja, Tribute: nein«.
3. Zur Klärung der Streitfrage über die Höhe der bisher von Deutschland geleisteten Reparationen und ihr Verhältnis zu den Ausgaben für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete wird von der deutschen Sozialdemokratie der Vororschlag Léon Blums aufgenommen: Entscheidung durch ein internationales Schiedsgericht in objektivem Verfahren.
4. Zum Zweck der Arbeitsbeschaffung wird für die Zeit des Moratoriums, solange Deutschland infolge der Krise überhaupt unfähig zu Barleistungen ist, die Fortsetzung des Wiederaufbaus in Sachleistungen gefordert, in der Erwartung, daß, solange die finanzielle Schwäche Deutschlands anhält, Frankreich diese Sachleistungen auf dem Kreditweg finanziert.

Wir nähren uns wiederum von Illusionen. Die eine heißt: Hoffnung auf England. Brüning hat bereits im Januar durch die lang- und klanglose Vertagung der Lauffanner Konferenz erlebt, wie wenig er auf Englands Hilfe bauen kann. Jetzt ist ihm wiederum bei der Frage der Festsetzung des Konferenztermins das wahre Machtverhältnis deutlich vor Augen gestellt worden. Kein englischer Einfluß vermochte, wie viele wohl gehofft hatten, die Reparationskonferenz schon früher als Ende Juni zusammenzuberufen. Möchten doch recht viele von denen, die die deutsche Politik verantwortlich zeichnen, die Veröffentlichungen lesen, die die Vossische Zeitung aus dem Nachlaß Gustav Stresemanns bringt. Man höre auf die Worte, die er bei seinem Situationsbericht in der Fraktionsitzung der Deutschen Volkspartei am 12. September 1923 sprach, also in den Tagen, als die Frage des Abbruchs im Ruhrkampf zur Entscheidung stand: »England verlagst! Keine Unterstützung, stürmisches Lob, als wir uns direkt an Frankreich wandten.« Die Veröffentlichung trägt den Titel Gustav Stresemann: Vermächtnis. Möge diese Erkenntnis »England verlagst«, für die Stresemann, wie schon so mancher andere vor ihm, viel Lehrgeld zahlen mußte, wirklich zu einem »Vermächtnis« der deutschen Politik werden.

Aber noch vor einer andern Illusion muß gewarnt werden. Es gibt Kreise in Deutschland, die als Ergebnis der bevorstehenden französischen Kammerwahlen mit einem Linkskartell rechnen und sich von einer solchen Konstellation eine wesentlich veränderte Haltung der künftigen französischen Regierung in der Reparationsfrage versprechen. Salcha Grumbach, Mitglied der französischen Abgeordnetenkammer, Vizepräsident ihrer Kommission für Auswärtige Angelegenheiten, hat sich am 9. Januar zu diesem Punkt in einem aufschlußreichen Artikel in der Zeitschrift La Lumière geäußert. Er behandelt die Frage, wie die französischen Sozialisten zu der von der Dépêche de Toulouse angeregten allgemeinen Schuldentreibung stehen, die in der deutschen demokratischen Presse sehr stark als ein »befreiender Vorschlag« begrüßt worden ist, und er kommt zu einer ablehnenden Haltung:

»Wenn diese Anregung keinen begeisterten Widerhall findet, wenn sie sogar in denjenigen Kreisen, die mit dem deutsch-französischen Bündnis (entente) völlig vertraut sind und eine gerechte Liquidation des Kriegs, ein verständiges Vergessen des Vergangenen wünschen, auf Zögern, ja sogar auf Widerstand stößt: wer könnte sich in Anbetracht der Stärke der Hitlerbewegung darüber wundern? ... Das Mißtrauen, das die Hitlerbewegung der Welt einflößt, dieses Mißtrauen, das schon im September 1930 die große Auswanderung der fremden und deutschen Kapitalien, die in den Banken des Reichs angelegt waren, nach sich gezogen hatte, dieses Mißtrauen, das Deutschland schon so viel geschadet hat, es richtet sich jetzt noch einmal gegen eine Lösung des Reparationsproblems auf, die nur dann zweckentsprechend (utile) wäre, wenn die deutschen Republikaner ihre Wohltaten genießen würden. Die Endlösung wird von Hitler, dem Verkünder des Dritten Reichs, aufgehalten.«

Es gibt nichts anderes: Nicht Drohungen können Frankreich zur Lösung des Reparationsproblems zwingen. Wir müssen uns mit Frankreich verständigen.



RFORDERLICH ist eine realistische Außenpolitik, die die Tatsachen mutig und unbeirrt ins Auge faßt. Man wirft uns als den Verfechtern der Verständigung mit Frankreich immer wieder vor, daß wir zu weich und nachgiebig gegenüber den französischen Forderungen wären, ja man versteigt sich sogar zu dem Anwurf der "nationalen Würdelosigkeit". Man höre endlich auf uns mit schelmoralischen Kategorien zu kommen, wo es sich um Politik, das heißt um Machtfragen, handelt. Der Versuch heute, 13 Jahre nach Kriegsende, eine

Politik gegen Frankreich zu machen läßt sich, ganz drastisch gesprochen, nur mit dem des Hundes vergleichen, der den Mond anbellt. Man kann über Machtpolitik denken, wie man will, aber das Schlimmste ist doch wohl Machtpolitik zu machen, ohne wirklich Macht zu haben. Der Ausgang des Kriegs hat Frankreich die entscheidende Vormachtstellung auf dem Kontinent gegeben. Unsere gesamte Politik ist durch die militärische Niederlage im Krieg zwangsläufig bestimmt. Nicht die größten Tiraden vermögen dieses Faktum aus der Welt zu schaffen. Vielleicht wird es nach einigen Generationen anders sein. Aber jeder Politiker, der diese Tatsachen nicht sieht und sie nicht als selbstverständliche Voraussetzungen in seine Politik einbezieht, ist zum Scheitern verurteilt. Sprechen wir ganz ohne Sentimentalität, und lassen wir alle Ideologie beiseite. Auch derjenige, der Frankreich nicht "liebt", auch derjenige, der nicht in der deutsch-französischen Entente die Sicherung und Rettung der europäischen Kultur erblickt, muß als verantwortlicher Politiker sich diesen Tatsachen fügen. Nicht um Frankreichs sondern um Deutschlands willen erstreben wir diese Politik des Ausgleichs und der Kooperation mit Frankreich. Denn noch immer hat Deutschland verspielt, wenn es das Augenmaß für seine Kräfte verlor. Das war im Weltkrieg so wie im Ruhrkrieg und droht diesmal wieder so zu werden.

Eine solche realistische Politik führt allerdings zu einer andern Haltung, nicht bloß in der Reparationsfrage sondern auch in der Abrüstungsfrage.

Seit dem 2. Februar ist die Abrüstungskonferenz in vollem Gang. Was prinzipiell zu diesem Thema zu sagen ist, ist von mir hier bereits am 16. Januar gesagt worden. Der Weg zur Abrüstung geht nur über die Sicherheit. Aber alle deutschen Zeitungen verharren auf dem entgegengesetzten Standpunkt, mit der einzigen Ausnahme des Montag Morgen, in dem sich Leopold Schwarzschild zu den Grundgedanken des französischen Abrüstungsmemorandums bekennt: 1. Rüstungsminderung ist kein Schutz gegen den Krieg. 2. Vor Kriegen kann man sich nur schützen, wenn man eine überstaatliche Schieds- und Spruchinstanz auch mit der Exekutivgewalt zur Vollstreckung ihrer Beschlußgewalt ausrüstet. Er äußerte sich am 8. Februar wie folgt:

»Niemand ist imstande die theoretische Richtigkeit beider Gedanken zu bestreiten. Kriege sind in der Tat nicht ausgeschlossen, wenn die Staaten mit ihren Präsenzfiguren herabgehen. Man kann auch die verkleinerten Armeen gegen einander in Marsch setzen und mit dem Wettrüsten nach der Kriegserklärung beginnen. Auch „Rüstungsgleichheit“ ist keine Sicherheit gegen Krieg. Im Gegenteil: Fast alle bisherigen Kriege brachen zwischen einigermassen gleich gerüsteten aus.«

Im krassen Gegensatz dazu steht eine Rede, die Rudolf Breitscheid in London in einer großen Versammlung der Labour Party hielt, wo er sich vorbehaltlos für die These »Sicherheit durch Abrüstung« einsetzte, denn, sagte er, »Rüstungen sind eine Gefahr an und für sich für den Frieden«. Sollte Breitscheid wirklich nicht die Unlogik empfinden, die in diesem seinem Satz liegt? Er muß doch wissen, daß praktisch bestenfalls nur eine *Rüstungsbefchränkung* in Frage kommt. Will er wirklich seine Meinung dahin verstanden wissen: *Rüstungsbefchränkungen* seien eine Beseitigung der »Gefahr an und für sich für den Frieden«? Es genügt deshalb nicht, wie Breitscheid in seiner Londoner Rede gesagt hat, daß die Arbeiterklasse, um »die internationalen Regierungen vorwärtszutreiben«, ihnen in die Ohren ruft, »daß sie die *Abrüstung* wolle«. Diese Forderung bleibt notgedrungen so lange leere Deklamation, als wir nicht den Weg zu ihrer Erfüllung zeigen. Er

führt über die Sicherheit. »Safety first!« ist das Schlagwort des englischen Wirtschaftslebens geworden. Es ist auch die Parole der Abrüstung. Und wir sollten uns hüten aus der durch den Versailler Vertrag geschaffenen singulären deutschen Situation heraus von dieser allein logischen Richtlinie abzuweichen. Wenn wir bloß Abrüstung sagen, ohne Sicherheit zu fordern, spielen wir ungewollt das Spiel aller derjenigen, die zwar auch Abrüstung sagen, aber genau wissen, daß durch ein Scheitern der Abrüstungskonferenz der Weg für eine Aufrüstungspolitik geöffnet würde.

Auch wenn Deutschland heute politisch stark genug wäre sich eine entgegengesetzte Ansicht "leisten" zu können, bliebe das fachliche und logische Übergewicht der französischen Abrüstungsthese bestehen und damit auch das Übergewicht des in Konsequenz dieser These von Frankreich in Genf vorgebrachten Abrüstungsvorschlags. Man kann über Einzelheiten des Tardieuschen Memorandums streiten, man kann die Motive (über Motive wird bekanntlich nicht abgestimmt) anzweifeln: über die prinzipielle Richtigkeit dieses Vorschlags ist kein Streit möglich. Aus dem »Si vis pacem, para bellum« ist das »Si vis pacem, para pacem« geworden. Wer den Frieden will, *rülte* den Frieden. Das Ziel, um das es sich handelt, und das von Frankreich aufgestellt ist, heißt: die Organisierung des Friedens. Das Genfer Protokoll war der erste Versuch. In den Sozialistischen Monatsheften war oft auf ihn hingewiesen worden. Er wird in dieser oder jener Form erneuert werden müssen. Die eigentliche Schwierigkeit der Abrüstungskonferenz besteht darin, daß seit dem Scheitern des Genfer Protokolls kein weiterer Schritt in dieser Richtung getan wurde. So müssen jetzt in Genf 2 Fragen auf einmal behandelt werden: die Organisierung des Friedens neben der rein technischen Rüstungsverminderung, die besser und richtiger hinter einander behandelt würden, weil sie naturgemäß nur nach einander gelöst werden können.

Das Echo, das der französische Abrüstungsvorschlag: Abrüstung zugunsten einer übernationalen Schiedsinstanz, in der internationalen Presse gefunden hat, war dementsprechend positiv. Abgesehen von den italienischen und, wie schon erwähnt, den deutschen Blättern, die ihn ablehnten, fand dieser Plan eigentlich überall in Europa prinzipielle Zustimmung. Vor allem stimmten auch die großen englischen liberalen Zeitungen sehr stark zu, neben der Presse des neutralen Auslands. (Wie es denn überhaupt mehr Beachtung verdient, daß grade die kleineren europäischen Länder sich in hohem Maß der französischen These angeschlossen haben: man lese beispielsweise nur die Rede des dänischen Außenministers Peter Munch.) Das Tagebuch erwarb sich ein Verdienst, als es am 13. Februar einige dieser Stimmen wiedergab. Die Neue Zürcher Zeitung schrieb:

»Im Licht dieser Tatsachen muß die Initiative Tardieus beurteilt werden, und der unparteiische Leser erkennt, daß es sich nicht um ein Manöver, einen Bluff handeln kann, sondern daß das beste politische Gedankenerbe der Elite der französischen Kriegs- und Vorkriegsgeneration in diesem Vorschlag zum Ausdruck kommt . . . Es gibt eine Abrüstung, die nur Lippenbekenntnis ist, und eine solche, die wirklich den organisierten Frieden will.«

Das Journal de Genève nannte die französischen Vorschläge eine »bedeutende Ehrung der Entwaffnungsidee«. Unter den englischen Blättern sei News Chronicle zitiert, deren Urteil wie folgt lautet:

»Das sind ernsthafte Vorschläge, und sie müssen ernst genommen werden . . . Es ist durchaus nicht unmöglich, daß sie eine wichtige Linie des Fortschritts aufzeigen.«

Noch entschiedener war das Urteil des Manchester Guardian, in dem es heißt: »Die französischen Vorschläge in Genf, ebenso weitreichend wie unerwartet, bringen mindestens frisches Blut in einen etwas anämischen Körper . . . Was vorgeschlagen wird, ist eine Revolution, sowohl militärisch wie politisch.«

Dieses Urteil deckt sich sehr stark mit der Ansicht Léon Blums, der bei aller sonst zum Ausdruck gebrachten Reserve sich folgendermaßen äußerte:

»Der Plan wirft die Abrüstungskonferenz in eine entscheidende Debatte, während sie dazu verurteilt schien sich Monate hindurch in hinauszögernden Prozeduren zu erschöpfen. Der französische Plan schafft Interesse, schafft Leben.«

Der Friede muß gerüstet werden. Welche aktuelle Bedeutung dieser Forderung zukommt, zeigt nicht nur der Konflikt im Fernen Osten, fast noch drastischer lehrt es uns der Konflikt im nahen europäischen Osten, die Memel-Litauen-Affäre, daß zur Sicherung des Weltfriedens dringend ein überstaatlich geführter starker Arm erforderlich ist, um dem international anerkannten Recht unter allen Umständen mit Nachdruck Autorität zu verschaffen. (Hans Hartmann erzählte am 1. März in der Vossischen Zeitung, wie er bei einer Friedenskundgebung in Lüttich von fanatisierten jungen Nationalisten überfallen wurde, und wie er dann zu dem Polizeikommissar gesagt hätte, »die Polizei dürfe man nicht abrüsten, denn sie muß die Menschen, die nur an die Faust und nicht an den Geist glauben, dahin befördern, wo sie hingehören«. Das gilt nicht nur für die Polizei einer Stadt.) Wohin man blickt, überall tritt als springender Punkt hervor, daß nicht einmal eine totale, geschweige denn eine partielle Abrüstung den Frieden sichert.

Infolgedessen ist auch über die deutschen Abrüstungsvorschläge im Grunde erst dann zu reden, wenn die Sicherheit durch Organisierung des Friedens geschaffen ist. Ist dies erst einmal geschehen, so verdienen die deutschen Vorschläge zweifellos die ernsteste Beachtung, wenn auch in Einzelheiten sehr viel darüber zu bemerken bleibt. Warum fehlt zum Beispiel darunter die Forderung nach einem Verbot der Blockade, obwohl doch dieses brutale Kampfmittel grade Deutschland am eignen Leib heftig genug zu spüren bekam? Sollte hierbei die Rücksicht auf England den Ausschlag gegeben haben, das sich bei der Erwähnung dieses Mittels mit Recht unangenehm berührt fühlen könnte? Es wäre um so merkwürdiger, als sonst in puncto Imponderabilien die Abrüstungsvorschläge der deutschen Delegation keineswegs sehr sensitiv gehalten sind. Dieses Entgegenkommen gegenüber England wird sich wiederum nicht lohnen. Schon kündigte die Frankfurter Zeitung Mitte Februar über den bisherigen Verlauf der Abrüstungskonferenz sehr bestimmt an: England werde Frankreich »in der Sicherheitstheorie entgegenkommen«. Das eröffnet sehr deutliche Ausblicke auf den Ausgang der »Frontalangriffe gegen die französische Position«, die ebenfalls nach der Frankfurter Zeitung bei der Durchsetzung der deutschen Anträge »fast immer notwendig« sein werden. »Wir werden im Laufe des Sommers viel von diesen Gefechten zu hören bekommen«, fügt sie hinzu. Wie aber wird der Ausgang sein?



UNTER dem Vorwand, die Nation müsse nach außen hin geschlossen dastehen, verbergen sich heute in Deutschland neben gefährlicher Gleichgültigkeit Kritiklosigkeit und ein Hang zum Treibenlassen in den politischen Lebensfragen der Nation. Sachliche Kritik bedeutet aber nicht: in den Rücken fallen, und Loyalität heißt nicht: die eigene Meinung preisgeben. Es steht zu viel auf dem Spiel, für die Nation wie für die deutsche Arbeiterklasse, deren Kern

von der Sozialdemokratie gebildet wird. Die ungeheure Kraftanstrengung, die in dem Ringen um die innenpolitische Macht bei der Präsidentschaftswahl in diesen Wochen zum Ausdruck kommt, verpflichtet (speziell die Sozialdemokratische Partei ihre Kräfte besonders einzusetzen. Der entscheidende Punkt liegt in der Außenpolitik: Nicht Verschärfung sondern rascheste Lösung der Konflikte müssen wir bewirken. Es ist, wenn nicht alle Zeichen trügen, die letzte Chance für die junge deutsche Demokratie, um sich dem Zugriff der Gegner zu entziehen. Die Sozialdemokratie muß und kann von der Regierung Brüning verlangen, daß sie in diesen Fragen endlich Stärke, Rückgrat und Entschlußkraft zeigt, den Mut zum Handeln, auch auf die Gefahr der Unpopularität hin. Es wäre eine nur scheinbare Unpopularität. In Wirklichkeit wird derjenige der Populärste sein, der durch klares und rasches Handeln in diesen Sommermonaten das Elend und die Not mildert, die den größten Teil des deutschen Volks so furchtbar bedrücken.

WALTHER PAHL · WAS BEDEUTET DIE EISERNE FRONT?

MAG der Nationalsozialismus noch so gewaltig anschwellen, er verfügt nicht über ein dauerhaftes soziologisches Fundament im deutschen Volkskörper. Seine Wähler hat er sich bisher aus der großen Masse der Enttäuschten und Verzweifelten aller gesellschaftlichen Gruppen geholt. Er kann nicht damit rechnen diese Massen, die hauptsächlich den Mittelschichten angehören, zu einer festen sozialen Einheit zusammenzuschmieden. Er weiß, daß er nur eine einmalige Chance bekommen hat, die er nur einmal ausnutzen kann. Die Erstarrung der Bewegung zu einer Partei unter anderen wäre das Ende des Nationalsozialismus. Deshalb kann er sich auch nicht lange mit Teilerfolgen begnügen. Er muß alles daran setzen so bald wie möglich den Sieg auf der ganzen Linie zu erringen. Als Partei, die sich mit anderen Parteien nach den Regeln der Demokratie in die Macht teilt, ist der Nationalsozialismus nicht lebensfähig.

Der Nationalsozialismus muß seine einmalige Chance nutzen, solange die Wirtschaftskrise anhält. So gewiß es ist, daß er auch anderen Kräften seine Entstehung verdankt: sein rapides Wachstum ist ohne die Wirtschaftskrise undenkbar. Nach dem Willen der Nationalsozialisten soll die Entscheidung in diesem Jahr bei der Reichspräsidentenwahl und bei den preußischen Landtagswahlen erzwungen werden. Auf diese beiden Wahlkämpfe konzentriert er heute alle ihm zur Verfügung stehenden Kräfte.

Auf der andern Seite muß die sozialistische Arbeiterklasse auf alle Fälle verhindern, daß die Nationalsozialisten zur Macht kommen. Alle Legalitätsbeteuerungen der Führung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei können nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Nationalsozialismus die Vernichtung seiner Gegner will. Die Regierung Brüning gibt sich noch häufig der Illusion hin, die Nationalsozialisten könnten durch Entgegenkommen veranlaßt werden ihren Kampf gegen das "System" demokratischen Regeln zu unterwerfen. Dafür zeugt der Reichswehrrerlaß über die Aufnahme von Nationalsozialisten in die Reichswehr. Vor allem aber war die Außenpolitik des Kabinetts Brüning in den letzten Monaten sichtbar von der Absicht diktiert dem Nationalsozialismus den Boden abzugraben. Der Reichskanzler

bediente sich in der Reparationspolitik einer Methode, die nicht zuletzt von innenpolitischen Rücksichten bestimmt war. Die Folge ist nur, daß sich das Kabinett durch Konzessionen an die Staatsfeinde der Chance außenpolitischer Erfolge begibt. Die sichere Fundierung der Republik ist heute die Voraussetzung für eine erfolgreiche Außenpolitik. Nur durch eine Zusammenarbeit mit Frankreich kann das Problem der Arbeitsbeschaffung gelöst werden. Am verhängnisvollsten wäre es heute aus der Not der Abperrung vom Ausland die Tugend der nationalen Autarkie zu machen. Autarkie ist eben nicht im eigenstaatlich-nationalen, ist nur im wirtschaftsimperialen Rahmen möglich¹. Aktive Arbeit an der deutsch-französischen Verständigung eröffnet allein die Aussicht mit normalen Mitteln Arbeit zu schaffen². Die aus einer Arbeitsbeschaffung resultierende Milderung der Wirtschaftskrise ist wiederum das sicherste Mittel, um dem Nationalsozialismus wirklich Boden zu entziehen.

Durch die Sicherung der Republik zur aktiven Außenpolitik, durch aktive Außenpolitik zur Überwindung des Nationalsozialismus: das ist das Ziel, das in diesem Jahr erreicht werden muß. Die sozialistische Arbeiterbewegung ist sich dieser Zusammenhänge wohl bewußt. Zunächst muß sie alle ihre Kräfte auf den Kampf gegen den Nationalsozialismus konzentrieren und verhindern, daß ihm die Kommandohöhen des Staats ausgeliefert werden. Wenn die Sozialdemokratische Partei in dem Präsidentenwahlkampf positiv für den Volkskandidaten Hindenburg eintritt, so handelt es sich dabei nicht um einen neuen Fall der Politik des "kleinern Übels". Die Begründung für die Wahl Paul von Hindenburgs ist sichtbar und überzeugend in der Tatsache gegeben, daß die Wahl Adolf Hitlers den Anfang vom Ende der Republik bedeuten würde. Die Person Hindenburgs ist die Garantie der Verfassung. Das entscheidet unsere Stellungnahme. Es müßte gradezu verhängnisvolle Auswirkungen haben, wenn die Sozialdemokratische Partei für die Wahl Hindenburgs mit einer Art schlechten Gewissens einträte. Gewiß ist Hindenburg gleichzeitig auch der Generalfeldmarschall des alten Heers, der "Sieger von Tannenberg". Aber grade darin, daß er nicht nur Garant der Verfassung sondern auch gleichzeitig konservativer Führer ist, liegt die große Chance dieser Kandidatur für die Sicherung der Republik. Die Kandidatur Hindenburgs hat, das ist ein entscheidender Erfolg, die Harzburger Front zerftört. Das Bürgertum wird vor eine schwere Entscheidung gestellt: Hindenburg oder Hitler, das heißt: Verantwortung oder Flucht in das Abenteuer. Die Kandidatur Hindenburgs ist für das Bürgertum eine deutliche Mahnung wieder zu verantwortungsbewußtem politischen Denken zurückzukehren. Es ist sicher, daß es Hindenburg gelingen wird die wirklich konservativen Kräfte des Bürgertums wieder vom Nationalsozialismus wegzuziehen. Die Bedenken, die viele Sozialdemokraten der Wahl Hindenburgs entgegenbringen, werden wirksam kompensiert durch die Aktivität, mit der seit Beginn dieses Jahres von den Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung der Kampf gegen den Nationalsozialismus vorgetrieben wird. Die Nationalsozialisten verdanken ihre ungeheure Aufblähung in den letzten Jahren nicht zuletzt ihrer Einschüchterungstaktik. Ihr siegesgewisses Auftreten hat den "Mann auf der Straße" eingeschüchtert. Große Teile der Wählerschaft haben auch heute noch kein politisches Eigenbewußtsein. Ihr Leben konzentriert sich so auf die Sorge um

1) Siehe *Kranold* Autarkie, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 114.

2) Siehe dazu auch *Mierendorff* Primat der Innenpolitik?, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 106.

die Sicherung der persönlichen Existenz, daß sie zu der Politik keine andere Beziehung haben als die: sich auf den Boden der jeweiligen Tatsachen zu stellen, um die Stetigkeit ihrer Existenz nicht zu gefährden. Die Nationalsozialisten wissen das und haben deshalb mit großem Erfolg auf die Angst derjenigen spekuliert, die bloß nicht den Anschluß verpassen wollen.

Die sozialistischen Arbeiterorganisationen haben sich in den letzten beiden Jahren den Nationalsozialisten gegenüber durchaus in der Defensive befunden. Während die Nationalsozialisten ihren durch eine straffe militärische Organisation unterstützten Angriff unternahmen, appellierten wir an die Einsicht und an die Vernunft der Menschen. Der Appell an das Denken, der unsere Partei fundiert und recht eigentlich gefestigt hat, mußte gegenüber einer Bewegung verlagen, die sich hauptsächlich auf sogenannte irrationale Kräfte stützt, ja, den (falsch verstandenen) Terminus der Irrationalität als Schlagwort zu Tode hetzt, um nur kein folgerichtiges Denken aufkommen zu lassen. Die sachliche Stellungnahme der Nationalsozialisten zu dieser oder jener Frage interessiert die Anhänger kaum. Die Agitation der Nationalsozialisten ist darauf ausgerichtet die Person zu erfassen. Die Rede in der Versammlung will nicht so sehr überzeugen als vielmehr mitreißen, umnebeln. Es fällt auf, daß sich die Reden der nationalsozialistischen Agitatoren inhaltlich immer wieder gleichen. Sie sind einer Predigt, einer stetig wiederholten Predigt sehr ähnlich. Der Schwerpunkt der Versammlungen liegt in der Regie. Fahne, Uniform, Fanfare, Trommel, "Faschiltengruß" gehören zu den Faktoren, die der nationalsozialistischen Versammlung recht eigentlich Leben und Gestalt geben. Zeremonie ist in ihrer politischen Agitation keine Nebensache sondern von entscheidender Bedeutung. Die große Rolle, die das politische Symbol in der Agitation der Partei spielt, zeugt davon, daß man sich des gestaltenden Werts der Form bewußt ist. Von vornherein hatte die nationalsozialistische Führung erkannt, daß die Anziehungskraft der Bewegung von ihrem äußern Auftreten stark bedingt ist. Sie hat von jeher großes Gewicht auf straffe lebendige Organisation, auf disziplinierte Formierung gelegt. Die Militarisierung der Bewegung kommt nicht nur in der politischen Uniform zum Ausdruck. Der Straffheit im äußern Auftreten entspricht die Straffheit des innern Organisationsaufbaus. Der Führer ist nicht ausführendes Organ des Massenwillens, sondern er bestimmt den Massenwillen. Die Befehlsgewalt der Führung sichert der Organisation Schlagkraft und Elastizität.

Um kurz zusammenzufassen: Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei verdankt ihre Anziehungskraft nicht zuletzt ihren Methoden, ihrer auf bildhafte Wirkung zielenden psychologischen Technik, ihrer symbolkräftigen Zeremonie, ihrer Regiekunst und ihrem militärischen Organisationsaufbau.

Die sozialistische Arbeiterbewegung hat demgegenüber ihre politische Agitation fast ausschließlich auf die Werbekraft des Worts aufgebaut, das an die Einsicht appellierte, aber das Herz nur selten mitzureißen vermochte. Nur zögernd hat sie sich in den letzten Jahren die politische Uniform dienstbar gemacht, erst neuerdings wurde sie sich der Bedeutung der agitatorischen Regie bewußt. Es ist noch heute vielfach so, daß man in der Technik der Agitation eben "Technik" erblickt, die zwar notwendig sei, aber ein notwendiges Übel, etwas ganz Äußerliches, das die inhaltliche Aufgabe nicht berührt. Jetzt beginnt man zu erkennen, in wie hohem Maß die Form der

politischen Agitation die Wirkungskraft ihres Inhalts bedingt. Das ist vor allem das Verdienst des Reichsbanners, dem man lange Zeit sehr reserviert gegenübergestanden hat, weil man in seiner militärischen Organisation sehr zu unrecht "Soldatenspielererei" erblickte, die von der eigentlichen Aufgabe wegzog. Heute ist die Notwendigkeit einer Organisation wie der des Reichsbanners wohl den meisten bewußt geworden. Das Reichsbanner ist es auch, das den Anstoß zur Bildung der Eisernen Front gegeben hat. Deren Bedeutung liegt zunächst grade darin, daß sie den Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus mit Methoden führt, die sich (in den Grenzen, in denen das bei der sozialistischen Arbeiterbewegung möglich ist) denen des Gegners anpassen. Die Eisernen Front demonstriert die endliche Bereitschaft der sozialistischen Arbeiterorganisationen den Feind mit denjenigen Mitteln zu bekämpfen, die er ihnen gegenüber anwendet. Schon heute kann man feststellen, daß durch diese neue Formierung der Arbeitermassen die Selbstsicherheit gegenüber dem nationalsozialistischen Gegner wesentlich gestärkt worden ist.

Mit der Bildung der Eisernen Front ist ein wichtiger erster Schritt in der Richtung getan die Partei aus dem Turm, in dem sie sich in den letzten Jahren zu verbauen drohte, wieder ins Freie zu führen. Wir hatten in den letzten Jahren oft vergessen, daß die Partei keinen Selbstwert hat, sondern daß sie die politische Form einer Volksbewegung ist. Von der Partei zur Bewegung: die Bildung der Eisernen Front ist ein bedeutender Schritt zur Auflockerung der Organisation und gleichzeitig zur Straffern Zusammenfassung der Kräfte. Die innere Entfremdung zwischen der Partei und großen Volkskreisen kann nur überwunden werden, wenn die Partei erkennt, daß ihre Mitglieder nicht die sozialistische Volksbewegung ausmachen, und deshalb die großen Probleme nicht bloß von einem innerorganisatorischen Standpunkt aus beurteilt werden dürfen. Sehr wichtig ist die in der Eisernen Front endlich durchgeführte Mobilisierung der Betriebsbelegschaften für den Kampf gegen den Nationalsozialismus durch die Bildung der Hammerschaften. Damit wird sichtbar demonstriert, daß dieser Kampf hauptsächlich auf außerparlamentarischem Feld geführt werden muß. Der Staat, von dem du verlangst, daß er gegenüber dem Terror zupackt, bist du: werde dir deiner Kraft bewußt.



IE durch die Gründung der Eisernen Front neu angefachte Aktivität wird aber nur Erfolge haben, wenn sie nicht nur Aktivität pour soi bleibt sondern auch inhaltlich eine Intensivierung der Agitation bedeutet. Das Pulver wird bald verschossen sein, wenn es der Eisernen Front nicht gelingt sich geistig zu fundieren. Die Eisernen Front muß organisatorisch und ideologisch zum Träger einer neuen politischen Praxis werden. Ein Wechsel in den Agitationsmethoden wird auf die Dauer nur wirksam sein, wenn dahinter auch eine geistige Umstellung sichtbar wird. Es muß gezeigt werden, daß der Sicherheit im äußern Auftreten auch eine Sicherheit in der politischen Haltung entspricht.

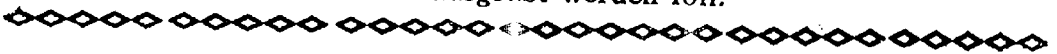
Eine feste politische Haltung ist gefordert, die nicht mehr zuläßt, daß man politische Maßnahmen zwar durchführt, aber mit schlechtem Gewissen verteidigt, daß man zwar die richtige Politik treibt, aber bei ihrer Verteidigung zur Theorie des kleinern Übels die Zuflucht nimmt³. Die Unsicherheit gegen-

3) Das geschah zum Beispiel in beschämender Weise in der Behandlung der sogenannten Panzerkreuzerfrage, die ganz anders hätte angepackt werden müssen: siehe *Kranold Der Panzerkreuzerstreit*, in den Sozialistischen Monatsheften 1931 I Seite 441.

über den eignen politischen Entscheidungen hat der sozialistischen Arbeiterbewegung im letzten Jahrzehnt schweren Schaden zugefügt. Eine als notwendig erkannte Entscheidung muß auch fest und sicher vertreten werden. Die Entscheidung in Einzelfragen wird aber um so eher als eine politisch notwendige Entscheidung anerkannt werden, mag sie noch so "unpopulär" sein, wenn es sichtlich ist, daß die Einzelentscheidung in eine Generallinie sozialistischen Handelns eingeordnet ist. An dieser Zielgewißheit hat es in den letzten Jahren häufig gemangelt. Es besteht die Gefahr, daß die sozialistischen Zielvorstellungen sich in der praktischen Reformtätigkeit vollständig auflösen. Unserer praktischen Reformtätigkeit droht die spannungsvolle Ausrichtung auf das sozialistische Ziel verloren zu gehen. Wenn man von der Richtigkeit der Einzelmaßnahme, von der Richtigkeit des Wegs überzeugen will, muß man das Ziel sehen, das auf dem gewiesenen Weg erreicht werden soll.

Die Ausrichtung der Tagesarbeit auf das Ziel muß heute neu geschaffen werden. Das gilt sowohl für die politische wie für die ökonomische Arbeit der sozialistischen Bewegung. Es scheint, daß jetzt im Zusammenhang mit der Gründung der Eisernen Front die Notwendigkeit erkannt worden ist die Zielvorstellung der sozialistischen Arbeiterbewegung zu konkretisieren und dadurch den Bezug der Tagesarbeit auf die Ziellsetzung wieder herzustellen. Das gilt vor allem auch für die wirtschaftspolitische Arbeit. In einer Krise wie der gegenwärtigen, die ein ungeheuerliches Verlagen der kapitalistischen Wirtschaftsführung aufzeigt, warten die Massen auf eine Beantwortung der sie bedrängenden Frage, was der Sozialismus dieser Krise nicht nur an Einzelorderungen sondern als System, als Perspektive entgegenzusetzen hat. So gewiß die Einsicht in den Wachstumscharakter der Sozialisierung nicht mehr verloren gehen darf, so muß doch der reformistische Sozialismus aus der Einordnung in einen ganzheitlichen Plan neubegründet werden, wenn er nicht in Taktik erstarren soll. Von "opportunistischer" Haltung und "radikaler" Verkündigung unverbindlicher "Endziele" gleich weit entfernt müssen wir uns heute um eine Konkretisierung der Sozialisierungsaufgabe bemühen, um einen Plan, der sich nicht in abstrakter Selbstherrlichkeit von der tatsächlich gegebenen differenzierten Lage entfernt, doch dem Willen zur sozialistischen Aktion ein Ziel zeigt. Auf dieses gerichtet, werden wir jeden Vorsprung anderer einholen. Ein sozialistisches Aktionsprogramm wird vorbereitet, das die hier erhobenen Forderungen erfüllen soll. Wir hoffen, es wird so ausfallen, daß es eine geistige Fundierung des Eisernen-Front-Willens ermöglicht.

Die Errichtung der Eisernen Front gibt der sozialistischen Arbeiterbewegung eine Möglichkeit die schon längst fällige geistige Umstellung zu vollziehen. Sie muß mit aller Kraft genutzt werden. Diese geistige Umstellung wiederum bedingt einen Generationswechsel in der Führung. Die junge Führerschaft muß in die vorderste Linie gestellt werden. Das geschieht heute schon beim Reichsbanner, das mit Recht nicht so sehr die "Prominenten" als vielmehr junge unbekannte Kräfte in die vordere Front der politischen Kampagne schickt. Die Partei sollte das gleiche tun. Die Eisernen Front ist ein großes Versprechen auf Erneuerung der sozialistischen Bewegung. Wenn die gesteigerte Aktivität nicht bald im Sand verlaufen soll, muß sie mit einer moralischen Erneuerung verbunden sein. Der neue Geist erfordert eine neue Führung, die von neuen Menschen ausgeübt werden soll.



WALTHER MAAS · DIE BALKANKONFERENZEN

PROBLEME des Balkans sind europäische Probleme. Das dürfte jedem klar geworden sein, der sie in ihren Auswirkungen betrachtet¹. Gleichwohl sind die Staaten der Balkanhalbinsel berufen sie selber zu lösen: in gemeinsamer balkanischer Arbeit, aber ohne direkt die europäischen Großmächte zu bemühen, deren Rivalitäten vorläufig nur stören, wengleich das Endergebnis der Bildung des Vereinigten Europäischen Kontinents zugute kommen wird. Dieses Balkanwerk wird nun von den Balkankonferenzen in Angriff genommen, denen wir uns jetzt zuwenden wollen.

Die 1. Balkankonferenz wurde vom 6. bis zum 13. Oktober 1930 in Athen abgehalten. Sie war auf dem 27. Internationalen Friedenskongreß angeregt worden, der 1929 in Athen tagte. Daher erschien auch das Internationale Friedensbureau als Einberufer dieser Konferenz. Die Schlußsitzung fand im Antiken Theater in Delphi statt, dort, wo einst die Amphiktyonen tagten, als man zum erstenmal versuchte, was sich jetzt die Organistoren der Balkankonferenzen als Ziel setzen, und was im offiziellen Wortlaut des Artikels 1 ihrer Statuten also formuliert wird:

«La Conférence Balkanique aura pour but de contribuer au rapprochement et à la collaboration des peuples des Balkans dans leurs rapports économiques, sociaux, intellectuels et politiques, afin de diriger finalement ce rapprochement vers l'Union des Etats Balkaniques (Albanie, Bulgarie, Grèce, Roumanie, Turquie et Yougoslavie).»

Die Sitzungen fanden in verschiedenen Sektionen statt. Es wurde beschlossen ein Institut für Geistige Zusammenarbeit der Balkanvölker zu schaffen. Die Wirtschaftssektion stellte fest, daß alle Balkanvölker Agrarvölker seien (die Agrarbevölkerung stellt in der Türkei 80 % der Gesamtbevölkerung dar, in Rumänien 87, in Bulgarien 76, in Jugoslawien 70, in Griechenland 48 und mit Filcherei und Ölbaumzucht sogar 60 %), daß aber der Anteil der Agrarbevölkerung am Nationaleinkommen gering sei (nur 38 % in Rumänien, 49 % in Griechenland, 45 % in Jugoslawien, 68 % in Bulgarien); man müsse daher gegen den Agrarprotektionismus der Industrieländer geschlossen auftreten. Man verwies auf die Beschlüsse von Sinaja und Warschau². Interessanterweise trat der jugoslawische Delegierte G. Gregoritich für eine Industrialisierung ein; seine Argumente dafür beweisen, daß er die Überindustrialisierung Europas noch nicht begriffen hat. Die Verkehrssektion setzte sich für eine Balkanische Postunion ein, wünschte den Bau einer Eisenbahnlinie Bukarest-Sofia-Athen, verlangte Automobilstraßen, Fluglinien, Telephonverbindungen, Erleichterungen des Reiseverkehrs durch Abschaffung der Visten, gleiche Rechte für die Schiffe aller Balkanstaaten in allen Balkanhäfen. In die selbe Kerbe schlugen die Beschlüsse der Kommission für Soziale Fragen, in denen man eine Freizügigkeit für balkanische Arbeiter auf dem ganzen Balkan verlangte, Erleichterungen der Wanderungen, Aufstellung eines allbalkanischen Code du Travail nach den Beschlüssen des Internationalen Arbeitsamts. Doch interessieren uns besonders die Beratungen der Politischen Kommission. Die Bulgaren wünschten die Behandlung der Minderheitenfragen, und man sprach auch darüber. Der bulgarische Vertreter Stefan Kyrow hielt eine Rede, der Vertreter Albaniens stimmte ihm warm zu, während der griechische abzulenken suchte. Der Vertreter Jugoslawiens (dort sind die meisten Minder-

1) Siehe *Maas* Balkanprobleme, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 129.

2) Siehe darüber *Maas* Das andere Europa, in den Sozialistischen Monatsheften 1931 I Seite 237.

heiten) schwieg. Der Vertreter Rumäniens Vespasian Pella protestierte gegen die Tatsache, daß manche Staaten Minderheitenschutzverträge haben abschließen müssen, andere nicht. Das sei ungerecht. Überhaupt solle man die Regelung der Minderheitenfragen den Staaten selbst überlassen, schon die rumänische Verfassung von 1864 enthalte Minderheitenschutzbestimmungen. (Trotzdem waren die Juden in Rumänien rechtlos, obwohl sich auch der Berliner Kongreß 1878 zu ihren Gunsten aussprach.) Der türkische Vertreter erklärte, die Türkei habe keine Minderheitenprobleme. (Der Führer der Armenier im Ausland, der General Torkom, sandte mir aber seinen Bericht an die Konferenzmitglieder, der die Leiden der Armenischen Minderheit in der Türkei in grellen Farben schildert.) Über die äußerst gemäßigte bulgarische Minderheitenresolution wurde im Plenum nicht abgestimmt. Bei der Behandlung der allgemeinen politischen Thesen erklärte Janko Sakalof, Unionen gäbe es nur zwischen Gleichen, die Bulgaren fühlten sich aber nicht als gleichberechtigt neben den anderen Balkanvölkern, denn der Vertrag von Neuilly enthalte zu viele Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten. Alexander Papanastassiou erwiderte, alle Verträge enthielten Ungerechtigkeiten, aber die Union sei dazu da sie allmählich aufzuheben. Sicherheitswünsche brachte Pella vor: Völkerbundsakte und der Kelloggspakt genügen nicht, er schlage vor das Genfer Protokoll von 1924 in einer für Balkanverhältnisse modifizierten Form anzunehmen. Die schließlich angenommene Resolution lautet:

»La première Conférence Balkanique, consciente de la nécessité d'assurer le plus tôt possible une ère de paix féconde entre les nations balkaniques, constatant le sincère désir de sécurité et de protection qui anime lesdites nations, considérant qu'à cet effet il est nécessaire de faire disparaître toutes les difficultés qui s'opposent actuellement à la détente morale et au rapprochement politique entre les nations balkaniques, estimant que pour arriver à un tel résultat il est nécessaire de donner aux nations Balkaniques des garanties complémentaires de sécurité dans le cadre des traités en vigueur et d'assurer l'exécution de toutes les autres obligations qui découlent des dits traités, y compris celles concernant les minorités, émet les vœux suivants:

1. que les Ministres des Affaires Etrangères des Etats balkaniques se réunissent régulièrement chaque année, dans une des villes de ces Etats, à l'effet d'échanger leurs vues sur les affaires balkaniques et sur les moyens d'assurer la solidarité entre leurs pays,
2. qu'il soit procédé à l'étude d'un acte entre les nations balkaniques sur la base des principes suivants: a) la mise hors la loi de la guerre, b) le règlement par des moyens pacifiques de tout différend, de quelque nature qu'il soit, qui pourrait surgir entre les nations balkaniques, c) l'assistance mutuelle de leur part, en cas de violation de leurs engagements de ne pas se faire la guerre,
3. que le conseil de la Conférence charge un comité spécial de l'examen d'un avant-projet de pacte balkanique et de l'étude de toutes les difficultés qui s'opposent à la détente morale et au rapprochement politique entre les peuples balkaniques. Ce comité présentera un rapport à la prochaine Conférence sur toutes les questions contenues dans la présente résolution.»



Wie stand nun das Ausland zu den Balkankonferenzen? Diese Frage ist für uns von besonderer Bedeutung, weil ihre Beantwortung grade den europäischen Charakter der Balkanprobleme besonders zutage treten läßt, mag man in den einzelnen Ländern sich auch gar nicht dessen bewußt sein oder ihn ignorieren.

Den deutschen Standpunkt brachte die Vossische Zeitung auf die einfache (vielleicht allzu einfache) Formel: Deutschland wartet ab.

Die französische Auffassung formulierte der Temps. Er äußerte sich zur Zeit der 1. Balkankonferenz folgendermaßen:

»Wenn irgendwo das System regionaler Ententen angebracht ist, dann auf dem Balkan. Hier, wo die Völker einmal verbündet, ein andermal verfeindet, ihr bestes Blut in Kämpfen vergossen haben, mußte die Idee eines Balkanlocarno entstehen, mit der Devise »Der Balkan den Balkanvölkern!« Daß es so lange dauerte, ist darauf zurückzuführen, daß die Balkanvölker einander mißtrauen und sich mehr auf auswärtige Kräfte verlassen. Die 1. Balkankonferenz legte den Grundstein, aber man wird noch einen langen Weg zu durchlaufen haben, voller Widerstände und Hindernisse, bis man zum Ziel kommt. Besonders die Wiedergewinnung des Vertrauens wird schwierig sein. Man versucht, wie wir sehen, die rein politischen Fragen zu vermeiden und die wirtschaftlichen zu lösen. Wir wissen nicht, ob das gehen wird. Denn für die Balkanunion gilt wie für die europäische: Die Politik regiert die Wirtschaft. Eine Balkanunion kann der Sache des Friedens dienen, unter der Bedingung wohlverstanden, daß man sich an den Sachverhalt hält, wie er kraft der Dinge in einem gegebenen Moment entstanden ist, gegen irgendeine andere europäische Gruppierung, und daß man sich davor in acht nimmt sie von ihrem Anbeginn an zu verfälschen, indem man versucht aus ihr ein Instrument für eine Politik der Eroberung und Herrschaft zu machen.«

Deutlicher kann man wohl nicht nach Rom zielen. Darauf kam der Temps noch einmal am 22. Dezember 1930 zurück, als er über den Besuch des jugoslawischen Außenministers Woslaw Marinkowitsch in Athen berichtete: Jugoslawien und Italien seien Gegner; Griechenland habe 1928 einen Freundschaftsvertrag mit Italien geschlossen, 1929 einen mit fast dem selben Wortlaut mit Jugoslawien. Marinkowitsch hätte bei der Zusammenkunft mit Wenizelos erklärt, die Verständigung zwischen Jugoslawien und Griechenland sei besonders eng in den Fragen der Balkanordnung, aber da die beiden Länder verschiedene geographische Lagen haben, können sie die außerbalkanischen Probleme nicht in der selben Weise behandeln. Das Journal de Genève berichtete über die 1. Balkankonferenz in einem Artikel, den es also schloß: »Solange Frankreich eine Politik in Belgrad betreiben wird, und Italien eine andere in Sofia, und England wieder eine andere in Athen, wird jeder Versuch einer wahren Verständigung zwischen den Staaten, die einander den Rücken kehren, illusorisch bleiben. Darum muß eine offizielle Konferenz [die Balkankonferenz war ja inoffiziell] über die Balkanfragen nicht im Schatten der Akropolis sondern im Schatten des Kapitols stattfinden.«

Die italienische Presse äußerte sich wie folgt. Die Zeitung Regime Fasciste publizierte einen Artikel, der den Mißerfolg der Konferenz vorausagt, weil eine Balkanföderation die Situation in Mitteleuropa verändern und den europäischen Schwerpunkt auf den Balkan verlegen würde; außerdem würden Jugoslawien und Rumänien durch die politische Konstellation mit Frankreich gehemmt werden, und schließlich fehle die psychische Atmosphäre, die für eine Union notwendig sei. Die Balkanhalbinsel sei voll von Unzufriedenheit und imperialistischen Tendenzen. Eine Balkanunion könne nicht verwirklicht werden, solange auf dem Balkan nicht Friede herrsche; dieser käme durch die definitive Lösung ihrer Differenzen und vor allem durch die ehrliche Anwendung der Bestimmungen über die Minderheiten. Die Balkankonferenz könne nicht einmal das Eisenbahnproblem in Angriff nehmen, da mehrere Staaten gegen das aggressive Eisenbahnnetz Jugoslawiens Sicherheitsmaßnahmen ergreifen müßten. Die Organisatoren der Konferenz beschäftigten sich mit der Herstellung einer Fahne und einer Hymne für die Balkanunion, wodurch sie zeigten, daß sie sich mehr mit den äußeren Formen befassen und darüber den Kern der Balkanfrage, das heißt die Minderheiten, außer acht lassen. Der Messaggero hält den jugoslawischen Vorschlag Verbindungen zwischen Balkanländern und außerbalkanischen Mächten zu verbieten für stupid. Das Ziel Jugoslawiens sei verständlich, aber es sei unvernünftig zu glauben, man könne

um die Balkanhalbinsel eine diplomatische Barriere errichten, um eine anti-italienische Aktivität zu entwickeln. Das Popolo di Roma stellt fest, daß Italien nur der Freund Albaniens sei. Eine große Macht wie Italien müsse überall gegenwärtig sein. Die Tätigkeit, die Italien auf dem Balkan entwickle, dürfe niemanden überraschen, denn sie entspreche der, die es in Asien und in Afrika betreibe. Aber die sanguinische Geistesart der Jugoslawen könne nicht verstehen, daß die italienische Politik eine Verbrüderung durch Handlungen und nicht durch Worte erstrebe. Die Stampa endlich läßt sich aus Paris melden, die Balkankonferenz sei in das Werk der französischen Hegepolitik einbezogen und ein Werk ebenso Briands wie Weniselos'; N. Politis sei einer der Hauptagenten Frankreichs. Die Times schreiben am 10. November 1930, Italien habe sich bisher stets bemüht eine Einigung der Balkanstaaten zu unterbinden. Es habe versucht Rumänien zur Zeit des Generals Averescu gegen Jugoslawien aufzuhetzen, habe den jugoslawisch-ungarischen Vertrag von 1925 zerstört, habe Albanien als Basis gegen Jugoslawien ausgebaut. Die mazedonischen revolutionären Organisationen fänden in Italien finanzielle Hilfe, auch Bulgarien suche Italien in sein System einzuspannen. Doch läßen die Serben weiße Mäule, wenn sie glaubten, dies sei bereits gelungen, die Regierung Burow sei Anhänger einer Verständigung mit Jugoslawien. Außerdem wachse Frankreichs Einfluß in Sofia.

In Griechenland sind alle Parteien Anhänger der Idee einer Balkanunion. Der Messenger d'Athènes brachte vom 18. bis zum 22. Mai 1930 Artikel der 4 Parteiführer Papanastasiu, Kaphandaris, Michalakopoulos, Tsalderis. Der Leiter der Republikanischen Union Papanastasiu entwickelte die uns schon bekannten Ideen von der Vorherrschaft der Politik. Wichtig ist die Bemerkung, daß die Konferenzen und die Union nur unter der Bedingung möglich seien, daß man den territorialen Status quo respektiert; soweit territoriale Differenzen existieren, verlören sie ihre Bedeutung durch das Bündnis und könnten sicherlich mit der Zeit auf der Grundlage einer freundlichen Übereinkunft beigelegt werden. Der Progressistenführer Kaphandaris hatte auf dem Kongreß der Internationalen Handelskammer in Berlin 1929 eine balkanische Interparlamentarische Konferenz angeregt, die alljährlich tagen sollte. So verlangte er auch für die 1. Balkankonferenz die Delegation von Parlamentariern aus den Demokratien, von Regierungsabgesandten aus den nicht demokratisch regierten Balkanländern, ebenso die Schaffung eines Balkanischen Wirtschaftsinstituts. An eine bald zu erreichende Zollunion glaubt er nicht. Der gegenwärtige Außenminister Michalakopoulos erklärt kurz und bündig, er glaube, daß die Gründung einer Balkanentente und die Zusammenarbeit der Balkanvölker realisierbar sei. Der Führer der (monarchistischen) Volkspartei P. Tsalderis erklärt sich ebenfalls hoffnungsvoll über die Idee der Balkankonferenzen und rückt wirtschaftliche Fragen in den Vordergrund. Auch in der Sitzung des griechischen Parlaments am 9. Juni 1930 kam zum Ausdruck, daß alle griechischen Parteien sich für die Idee der Balkanunion einsetzen. Außer den obengenannten sprachen sich der Führer der Fortschrittlichen Union Zawitfianos, der Nationaldemokrat Kondylis, der Agrarier Anthrakopoulos, der Ministerpräsident Weniselos und der Kammerpräsident Tsimokos enthusiastisch dafür aus. Die einzige Gegenstimme, die ich fand, kam von Sophianopoulos in der Zeitschrift Peitarchia im Mai 1930. Er wünscht nicht Balkanunion sondern Anschluß an Mitteleuropa und Rußland; auch solle man versuchen den griechischen Bevölkerungsüberschuß in Kleinasien

unterzubringen. Leon Makkas antwortete ihm in der Ergaffia. Seit 7 Jahren sei die Idee einer Wiederanliedlung der griechischen Zwangsrückwanderer aus Kleinasien als Utopie aufgegeben, Rußland könne Griechenland nicht helfen, selbst wenn es kommunistisch werden wolle, wofür keine Voraussetzungen beständen, und die Zusammenarbeit mit Mitteleuropa sei am besten in einer Europäischen Union verbürgt; außerdem könne man ja auch im Zusammenfluß mit den anderen Balkanstaaten, also als Balkanunion, mit Mitteleuropa zusammenarbeiten, soweit man nicht unter Mitteleuropa das deutsche Kriegsziel Berlin-Bagdad verstehe.

UND damit sind wir auf die Bestrebungen unserer deutschen Südostpolitiker gekommen. Es läßt sich natürlich keinen Augenblick lang leugnen, daß die Nachfolgestaaten der ehemaligen Habsburgermonarchie unter einander oder auch zum Deutschen Reich nähere Beziehungen haben als etwa Portugal zu Schweden. Regionale Ententen sind also hier durchaus angebracht. Aber nur, wenn sie sich in das europäische Ganze einordnen. Das ist jedoch keineswegs die Absicht unserer neuen "Mitteleuropäer", die veraltete Gedanken aufwärmen. Sie stellen die Frage, zum Beispiel Wilhelm Guerge: Mitteleuropa oder Paneuropa? (Daß der ungenaue Terminus Paneuropa statt des präzisen Kontinentaleuropa gebraucht wird, versteht sich bei diesen geistig zu spät kommenden Politikern von selbst.) So kommen sie immer wieder auf das verengte Naumannsche Mitteleuropa als deutsches Kriegsziel hinaus. Nicht umsonst will man von Friedrich Naumann grade in der Tschechoslowakei nichts wissen. Das Gerede vom "deutschen Raum" hat schon unendlich viel Schaden für die legitimen Interessen des Deutschtums im Südosten angerichtet, wie dies am 17. Dezember 1931 sogar die Vossische Zeitung feststellte. Der Verdacht ein mitteleuropäisches Imperium gründen zu wollen erweckt dann den Argwohn der "Anzugliedernden". Es wurde hier schon festgestellt: Die Augen richten sich immer wieder auf Berlin, wo man den Herd der Unruhe zu sehen glaubt. Den Schutz sieht man dann in Paris. Sollte es wirklich unmöglich sein, daß beide zu einander kommen, so daß dann sonst in Europa die Angst verschwindet, und man sich nicht mehr nach Schutz umzusehen braucht³⁾

Wirtschaftlich liegt die Sache so, daß Deutschland als Absatzmarkt für diese Agrarstaaten unbedingt nötig ist, Frankreich aber als Kreditgeber. Die Zusammenarbeit mit nur einem oder gar das Auspielen beider gegen einander reißt diese Staaten immer weiter in den Abgrund. Es ist ganz richtig, daß die bloße Neuaufnahme von Kapitalien gewisse Industriezweige in Jugoslawien und Rumänien stärken kann. Aber die Hauptsache für diese Bauernländer ist der Absatz. In Rumänien rechnet man mit einem bisher unverkäuflichen Ausfuhrüberschuß an Weizen im Wert von 85 Millionen Mark, an Mais von 125 Millionen Mark, in Jugoslawien mit einem solchen von 26 Millionen Mark an Weizen, von 35 Millionen Mark an Mais, von 5 Millionen Mark an Bohnen und so weiter. Politische Angst führt zu einem für die Wirtschaftsstruktur dieser Länder unsinnigen Industrie protektionismus. Trotzdem spielt Deutschland in der Ausfuhrhandelsstatistik auf Einfuhr- und Ausfuhrseite eine große Rolle, fast überall steht es an 1. Stelle: in Österreich mit 21 respektive 17,3%, in der Tschechoslowakei mit 25,4 respektive 17%, in Ungarn mit 21 respektive

³⁾ Siehe dazu Maas Deutschlands Politik von außen gesehen, in den Sozialistischen Monatsheften 1931 II Seite 738.

tive 10,2 %, in Rumänien mit 22 respektive 18,6 %, in Südflawien mit 17,6 respektive 11,7 %. Auch die Deutsch-Österreichische Zollunion konnte ja als eine regionale Entente gedacht sein, aber seit den Wahlen vom 14. September 1930 ist das Mißtrauen so groß, daß das Ausland in jenem Projekt nur eine machtpolitische Organisation sah. Einig sind die Südoststaaten über folgendes. Man will die kreditpolitische Verknüpfung mit Frankreich, die das Sterben verhindert, durch eine handelspolitische Verknüpfung mit Deutschland ergänzen, die das Leben ermöglicht. So formulierte es Fritz Klein in der Volkslichen Zeitung vom 17. Dezember 1931. Nach dem Scheitern der Deutsch-Österreichischen Zollunion befürwortete auch Frankreich das System der Präferenzen. Es räumte selbst den Südoststaaten Kontingente ein, doch helfen diese bei dem geringen Handelsverkehr zwischen Frankreich und dem Südosten nicht allzuviel. Die hoffnungsvollen Ansätze deutscher Präferenzen in den Handelsverträgen mit Ungarn und Rumänien sind durch Einsprüche (wegen des Prinzips der Meistbegünstigung) von Argentinien, Rußland und anderen verhindert worden sich auszuwirken.

Eine von Wilhelm Guerge und Wilhelm Grotkopp herausgegebene Sammelschrift will nach dem Untertitel zur »europäischen Einheit« hinführen⁴. Aber ihr Titel ist leider nicht ganz gerechtfertigt. Es handelt sich nämlich mehr um Mitteleuropa als um Gesamteuropa. Es wurde hier schon bei der Besprechung einer andern Arbeit Guerges darauf hingewiesen, daß nicht recht einzusehen sei, was die (gewünschten) nichtdeutschen Teilnehmer an Mitteleuropa eigentlich veranlassen sollte dieses Mitteleuropa einem Kontinentaleuropa vorzuziehen⁵. Bezeichnenderweise wird das auch in der genannten Sammelschrift niemals gesagt, und erst recht bezeichnend ist es, daß der jugoslawische Mitarbeiter Otto von Frangesch auch Frankreich und Italien in den Kreis der Betrachtungen zieht, daß Robert Siegert auf die Kapitalnot und Richard Kerfchagel auf den französischen Kapitalexporth in den Südosten zu sprechen kommen. Deutschland plus Frankreich plus Südosten: das ist nämlich die Lösung. Erfreulich ist auch, daß Grotkopp selber von der Idee eines deutschen mitteleuropäischen Imperiums abrückt.



OM 30. Januar bis zum 2. Februar 1931 tagte der Rat der Balkankonferenz in Saloniki. Man wünschte stärkere Beteiligung amtlicher Stellen an den Sitzungen. Die wirtschaftlichen Ausschüsse sollen sich mehr um die Messe in Saloniki kümmern als es bisher der Fall war. Für den April wurden vorgeesehen (und dann auch größtenteils abgehalten): in Jugoslawien eine Arbeiterkonferenz, in Albanien ein Städtetkongreß, in Griechenland eine Konferenz der Bankiers und Kaufleute, in der Türkei eine Touristen- und Jugendzusammenkunft, in Bulgarien ein Bauerntag, in Rumänien eine Intellektuellenkonferenz, alles zur Propagierung der Allbalkanischen Idee. Außerdem bereitete man ebenso sorgfältig wie eifrig die 2. Balkankonferenz vor, die dann vom 20. bis zum 26. Oktober 1931 in Konstantinopel und Angora stattfand.

Auf dieser führte Alexander Papanastassiou aus, die Konferenz bestehe zwar nur aus Privaten, habe aber um so mehr die Pflicht einen Schritt vorwärts zu tun. Dieser Schritt sei der Abschluß eines Balkanpakts, für den die Griechische Delegation einen Entwurf vorlegte. Er sieht Ächtung des Krieges,

⁴ Siehe Guerge und Grotkopp *Großraumwirtschaft, der Weg zur europäischen Einheit* (Berlin 1931/).

⁵ Siehe die Rundschau *Außenpolitik*, in den Sozialistischen Monatsheften 1930 III Seite 1010.

Schiedsgerichtsverfahren (nicht durch den Völkerbundsrat sondern durch eine nur balkanische Kommission) sowie gegenseitige Unterstützung (nur bei Bruch des Balkanpakts, also nicht gegen dritte Mächte) vor; dagegen sei eine besondere Garantie des Status quo überflüssig; sie sei in § 10 der Völkerbundsakte enthalten und würde bei besonderer Betonung nur böses Blut machen. Von den Begrüßungsansprachen ist noch die des türkischen Ministerpräsidenten Ismed hervorzuheben. Die Außenpolitik der Türkei sei auf Frieden und Verständigung der Völker abgestellt. Es sei bereits gelungen mit Griechenland alle alten Feindschaften zu begraben und einen Freundschaftsvertrag zu schließen. Die Verallgemeinerung dieses politischen Systems würde die sicherste Garantie für eine Entente und internationale Zusammenarbeit bilden. Die türkische Zeitung Djumhouriet schrieb: Die Balkanstaaten, obwohl sie in Europa als Pulverfässer behandelt werden, wünschten heute die Fragen zu lösen, die sie trennen. Sie sei überzeugt, daß jeder der anderen Balkanstaaten dem Beispiel der griechisch-türkischen Freundschaft nachkommen, und daß die Konferenz dieses Werk der Versöhnung stark erleichtern werde.

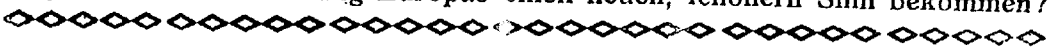
Die Konferenz tagte dann in Kommissionen. Von den Beschlüssen seien einige hervorgehoben. Auf Grund des Berichts der Verkehrskommission wünschte man neben einer Konvention über die Bildung einer Balkanpostunion die Verbesserung des Seeverkehrs, der Eisenbahn und der Luftwege vom Norden zum Süden des Balkans und vom Schwarzen zum Adriatischen Meer. Papanastassiou stellte fest, daß die Anregungen, die die 1. Balkankonferenz gegeben hat, verwirklicht zu werden beginnen. Er betonte dann die Notwendigkeit der Öffnung von schnellen postalischen Verbindungen zwischen den Balkanländern und schlug vor, das Projekt über die Postunion solle in Kraft treten, sobald es von 2 Balkanstaaten ratifiziert sei, auch ohne die Zustimmung der anderen. Dieser Vorschlag und der Entwurf der Konvention wurden angenommen. Dann verlas man den Bericht der Hygienekommission. Der Berichterstatter Akil Mughtar beantragte die Errichtung eines Bureaus zum Studium der sanitären Fragen auf dem Balkan sowie die Bildung einer autonomen Sanitätskommission. Diese Organe, sagte er, werden den Weg zu einer Balkanunion auf dem Gebiet der Hygiene öffnen. Der griechische Delegierte gab den Bericht der Kommission über die Kodifizierung des Rechts, der nach Diskussion angenommen wurde, nachdem ein Ständiger Ausschuß von Juristen gebildet war. Die Kommission für Sozialpolitik befaßte sich mit der Freizügigkeit der Balkanstaatsangehörigen auf dem Territorium der Halbinsel. Sie nahm auch den Vorschlag an, nach dem die verheirateten Frauen ihre Staatsangehörigkeit behalten können und sie nur auf eignen Wunsch zu ändern brauchen. Das Plenum nahm gleichfalls die Statuten für die Balkanische Handelskammer an wie auch Berichte über den Schutz des Balkantabaks und über die Regelung der Geschäfte mit Zerealien zwischen den Balkanländern. Bei der Schlußsitzung in Angora hielt der Chef der Türkischen Republik, Mustafa Kemal, eine Ansprache für den Frieden, gegen das »unmenschliche und unwürdige System« des Krieges. Nach Reden des türkischen Außenministers Tewfik Rüşdi und des griechischen Delegierten Papanastassiou wurde die Sitzung geschlossen. Der Präsident der Türkischen Republik sandte warme Telegramme an die Oberhäupter der 5 übrigen Balkanstaaten, dabei auch an den König Zogu, was, wie die türkischen Blätter hervorhoben, der (bisher verweigerten) Anerkennung des Königreichs Albanien gleichkam. In der letzten Sitzung wurden noch folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Der Kongreß übergibt

einem Studienkomitee das Projekt eines Balkanpakts über Kriegsächtung, Schiedsgericht und gegenseitige Hilfe; das selbe Komitee wird sich mit den Vorschlägen über die loyale Ausführung der Friedensverträge einschließlich der Minderheitenfrage befassen. 2. In Erwartung der Ausarbeitung eines Balkanpakts stellt die Konferenz die dringende Notwendigkeit fest, daß die Balkanregierungen so schnell wie möglich einen multilateralen Schiedsgerichts- und Freundschaftsvertrag schließen; sie wiederholt die einstimmigen Beschlüsse der 1. Konferenz auf jährliche Zusammenkünfte der Außenminister der Balkanstaaten und bittet die türkische Regierung die Initiative hierzu zu ergreifen. 4. Die Konferenz drückt den Wunsch der Balkannationen aus, die Allgemeine Abrüstungskonferenz in Genf möge eine internationale Konvention erreichen, die eine Herabsetzung der Rüstungen betrifft.

Im ganzen ist der Erfolg der 2. Balkankonferenz geringer als der der 1. Wir wollen nicht so scharfe Worte gebrauchen, wie Leon Makkas im Messenger d'Athènes vom 31. Oktober 1931, aber diese Feststellung ist unabweisbar. Hoffnungsvoller ist Hellmut von Gerlach in der Vossischen Zeitung vom 30. Oktober und 12. November 1931. Er führte dort aus:

»Eine Postunion für den Balkan... wird schon in wenigen Monaten das Licht der Welt erblicken... Die Handelskammer für den Balkan mit dem Sitz in Konstantinopel kann als gesichert angesehen werden. Schon in Funktion getreten ist in Stambul eine Zentrale für den Balkanreiseverkehr... Postunion für den Balkan, Handelskammer für den Balkan, Reisezentrale für den Balkan; ein mageres Ergebnis, gemessen an der Wucht der politischen und wirtschaftlichen Probleme des Balkans. Absolut genommen gewiß. Aber wenn die 3. Balkankonferenz, die 1932 voraussichtlich in Bukarest tagen wird, wieder ähnliche reale Ergebnisse zeitigt, und jede folgende entsprechende, so können sich die kleinen Resultate der einzelnen Konferenzen zu einer ganz stattlichen Größe summieren. Vor allem jedoch: Die erfolgreiche Zusammenarbeit in Einzelfragen der Praxis erzeugt nach und nach eine Stimmung, die es möglich macht auch an die Lösung der großen grundsätzlichen Frage heranzugehen. Die Minderheitenfrage namentlich, die schwierigste von allen, wird man niemals lösen, wenn nicht zuvor durch Jahre gemeinsamer Verhandlungen eine Stimmung des gegenseitigen Vertrauens hergestellt worden ist... Es war sehr klug von den Bulgaren [bekanntlich den stärksten Vorkämpfern der Minderheitenrechte], daß sie in ihrer Delegation dem intransigentesten Bestandteil ihres Volkes, den Mazedoniern, einen großen Raum zugestanden hatten. Auf der 1. Balkankonferenz in Athen 1930 waren die Mazedonier nicht vertreten. Ein Sturm der Presse in Bulgarien hatte darauf zum Sturz des Delegationsführers Kyrow geführt. Diesmal waren von 7 offiziellen Delegierten 3 Mazedonier. Diese Mazedonier kamen voll tiefen Mißtrauens nach Istanbul und äußerten sich anfangs reichlich radikal. Aber selbst sie konnten sich der Atmosphäre der Konferenz nicht entziehen. Schließlich enthüllten sich auch diese sogenannten Fanatiker als denkende Menschen, die einfahen, daß jeder Fortschritt nur in Etappen vor sich gehen kann. Sie stimmten Kompromissen zu, da ja jede internationale Zusammenkunft nur mit Kompromissen zu arbeiten in der Lage ist. Aber man stelle sich vor, was das sagen will: Mazedonier, angeblich lärmlich eingeschworen auf das Komitadchitum, für Kompromisse.«

Alexander Papanastassiu bezeichnete im Messenger d'Athènes vom 2. November 1931 die Konferenz als einen großen Schritt vorwärts. Griechen und Türken haben den Weg gezeigt: Man kann die Vergangenheit begraben und völlig neue Beziehungen anfangen. Sollte das nicht auch anderswo möglich sein? Sollten nicht Franzosen und Deutsche ("Erbfeinde"), Polen und Deutsche ("1000jährige Kämpfe") einen Strich unter die Vergangenheit ziehen können? Die Balkanvölker wollen uns ein Beispiel geben, grade sie, die bisher als abschreckendes Beispiel in den Auswärtigen Ämtern zitiert wurden. Sollte so der Begriff der Balkanisierung Europas einen neuen, schönern Sinn bekommen?



GERHARD GLIENKE · WAS LEHRT UNS HEUTE DAS DÄNISCHE BEISPIEL?



LEHRREICH ist es doch zu beobachten, wie bis auf den heutigen Tag die agrarpolitischen Maßnahmen der europäischen Staaten einzig und allein das Ziel verfolgten die Produktionskraft der eignen Landwirtschaft gegenüber dem überseeischen Ansturm von Produkten sowohl der Getreidewirtschaft als auch der Veredlungswirtschaft nicht zugrunde gehen zu lassen, vielmehr zu erhalten. Man kann zunächst auf den Versuch verweisen, den die überseeischen Exportländer mit aller Anstrengung ihrer finanziellen Möglichkeiten unternahmen: einmal die Getreideüberschüsse überhaupt, sodann den Umständen gemäß noch zu möglichst annehmbaren Preisen abzusetzen. Man kann wohl behaupten, daß diese Bemühungen den betreffenden Ländern teuer genug zu stehen kamen. Den europäischen Einfuhrländern war es ohnehin ganz und gar unmöglich die ungeheuren Überschußmengen aufzunehmen, und dazu kamen noch die steigenden Ernten in Europa selbst, die die Menge des benötigten Getreides stark einengten. So blieb naturgemäß, mit einigen Ausnahmen, allen Staaten nichts weiter übrig als Gegenmaßnahmen zu treffen, um die ruinösen Weltmarktpreise auf den innereuropäischen Märkten nicht zur Auswirkung kommen zu lassen. Verschärft wurde der Kampf um den Getreideabfatz noch dadurch, daß auch das agrarische Südosteuroopa gezwungen war Getreideüberschüsse in beträchtlichen Mengen auf den Weltmarkt zu werfen. Der Getreideexport Rußlands, der von der bolschewistischen Regierung forciert wurde, tat ein übriges, um eine Absatzkrise von noch nie erlebter Schärfe hervorzurufen. Es war der Kampf der Getreideüberschußländer um den schon stark eingeengten Markt der europäischen Importländer. Er hatte zum Ergebnis, daß zunächst, von den sogenannten Freihandelsländern Holland, Dänemark und England abgesehen, alle Staaten agrarpolitische Maßnahmen zur Abwehr dieser Überschußmengen trafen. Hierbei kann man feststellen, daß vieles, was Deutschland im Interesse der Erhaltung seiner landwirtschaftlichen Produktionskraft einrichtete: Vermahlungszwang, Beimischungszwang, Regelung der Ein- und Ausfuhr und Verteilung landwirtschaftlicher Produkte durch halböffentliche Gesellschaften und anderes mehr, von einer Reihe anderer Staaten übernommen wurde.

Nun sollte man meinen, daß grade diejenigen Länder, die den Genuß der niedrigen Weltmarktpreise auszunutzen in der Lage waren, ganz besonders blühen und gedeihen und, frei von allen verteuernenden Maßnahmen, die Verwertung des Getreides als Rohstoff für die Veredlungswirtschaft ganz besonders rentabel durchzuführen vermochten. Ganz gewiß haben diese Länder, vornehmlich Dänemark und Holland, dies ja auch getan, da sie als reine Agrarländer mit einer ausgesprochenen Veredlungsproduktion, und zwar Überschußproduktion, gezwungen sind die Rohstoffe zu kaufen und nun in die angenehme Lage versetzt waren diese auf dem Weltmarkt angebotenen billigen Rohprodukte entsprechend billig zu verwerten. Man kann also eine große Gruppe der Getreideüberschußländer erkennen: zunächst die überseeischen Staaten, also Canada, die Vereinigten Staaten von Amerika, Argentinien und Australien, sodann die Getreideüberschußgebiete Europas, also vor allem die Gebiete der südosteuropäischen Staaten, endlich das in

letzter Zeit exportierende Rußland. Die Verkaufsinteressen dieser 3 großen Getreideüberschußgebiete prallten auf dem Weltmarkt auf einander und erzwangen einen Preissturz innerhalb einer verhältnismäßig kurzen Zeit, wie ihn die Welt bisher noch nicht erlebt hatte. Eine andere große Gruppe setzt sich aus den vorwiegend Veredlungsprodukte für den Weltmarkt liefernden Ländern zusammen: so Holland, Dänemark, Neuseeland, Finnland und einige der Ostseerandstaaten. Auch diese Staaten kämpfen um den Absatz ihrer Überschüsse auf dem Weltmarkt. Das Ergebnis dieses Kampfs war eine starke gegenseitige Unterbietung der Preise, die trotz aller Billigkeit der Rohstoffe dennoch die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe vor allem in Europa in immer stärkerem Maß in Frage stellte.

Besonders war hier die Landwirtschaft Dänemarks betroffen. Durch die Entwertung des englischen Pfunds war der Absatz ihrer Erzeugnisse auf ihrem Hauptmarkt, nämlich England, mit einemmal aufs Schwerste bedroht. Dänemark war gezwungen die Stabilität der Krone aufzugeben und ihren Kurs dem des englischen Pfunds anzupassen. Die Konkurrenz mit neuseeländischer Butter, die England ebenfalls importierte, verursachte schon allein dem dänischen Bauern einiges Kopfzerbrechen. England ist ja nun von seiner Freihandelsdoktrin abgegangen und hat sich zum Schutzzollsystem bekannt, zu einem System, das bestimmt ist das British Empire zu einer Wirtschaftseinheit zu machen. Agrarwirtschaftlich gibt es daher, bei einer allgemein verminderten Einfuhr, den landwirtschaftlichen Produkten seiner Dominions den Vorzug. Die Abkehr Englands vom Freihandel, seine Orientierung nach einer ausgeprägten Nationalwirtschaft des Imperiums muß diejenigen Länder, deren Existenz zum größten Teil von dem Absatz ihrer Veredlungsprodukte auf dem englischen Markt abhängt, stark beunruhigen. In der Tat ist die Agrarkrise auch in Dänemark im Wachsen begriffen. Augenblicklich beträgt die landwirtschaftliche Verschuldung dort etwa 4 Milliarden Kronen. Während sich im Jahr 1929 die landwirtschaftliche Produktion noch mit 5% verzinsite, mußte man 1931 schon einen Verlust von 2% hinnehmen. Ein typisches Beispiel des Kriseneinbruchs zeigt auch die Anzahl der Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Betriebe. Im Jahr 1929 betrug sie insgesamt noch nicht 50, im darauf folgenden Jahr dagegen schon etwa 700, um 1931 auf über 1200 anzusteigen. Die Zahlen zeigen, daß eine Landwirtschaft in ihrer Rentabilität auch erschüttert werden kann, wenn sie alle Segnungen einer Rohstoffverbilligung seltensten Ausmaßes auszukosten vermochte. Und diese Ereignisse in einem Land, das von liberaler Seite vor dem Krieg stets als das Paradebeispiel landwirtschaftlicher Betriebsweise und Betriebsverteilung der amtlichen Agrarpolitik Deutschlands vorgehalten wurde. Was es mit diesem berühmten dänischen Beispiel auch schon vor dem Krieg in Wahrheit auf sich hatte, wurde hier von Arthur Schulz in einem seiner tiefdringenden (leider, zum Schaden der deutschen Wirtschaft, viel zu wenig beachteten) Aufsätze aufgehehlt¹. Jetzt, in der großen Nachkriegskrise, wird es wohl manchem einleuchten. Auch in Holland hat man sich dazu bequemt den Vermahlungszwang für Inlandsweizen einzuführen, und was die Veredlungsproduktion anlangt, so scheint auch hier der Absatz ihrer Erzeugnisse bei der stark rückgängigen Einfuhr anderer Länder einschließlich Deutschlands auf große Schwierigkeiten zu stoßen.

1) Siehe Schulz Das dänische Beispiel und Freihandel in der Landwirtschaft, in den Sozialistischen Monatsheften, 1909 III Seite 1350 und 1910 I Seite 168.

Kann man angehts dieser Vorgänge, die tief in die Agrarwirtschaft jener Freihandelsländer eingreifen, noch behaupten, daß es Deutschland besser ergangen wäre, wenn es, im Gegenlatz zu feiner protektioniftischen Politik, Anftluß an den fo lehr gepriefenen Weltmarkt, den vermeintlichen Heilquell der deutichen Wirtschaftskrise, gefucht hätte? Wir hätten dann nicht 25 Millionen Schweine am 1. September 1931 fondern deren vielleicht über 30 Millionen gezählt, da wir neben der Verarbeitung gewaltiger Kartoffelernten nun auch noch eine übermäßig hohe Einfuhr ausländifcher billiger Futtermittel hätten "veredeln" müffen. Unter diefen Umständen wäre Deutschland mit größter Schnelligkeit ein Schweineüberschußgebiet geworden, und wir hätten diefen Überschuß eben auf dem Weltmarkt absetzen müffen. Dadurch aber hätten wir uns zu einem nicht ungefährlichen Konkurrenten Dänemarks entwickelt. In engem Zusammenhang damit aber wäre gleichzeitig eine völlige inländifche Schweinepreiskataftrophe keineswegs aufzuhalten gewesen. Auch die gewerblichen nordweltdeutichen Schweinemalbetriebe hätten dabei kaum ein rentables Geschäft finden können. Auch dann nicht, wenn fie im Interesse ihrer "Landwirtschaften" eine Einfuhrscheinerteilung auf Schweine gefordert hätten. Das dänifche Beispiel zeigt uns jedenfalls zur Genüge, daß eine Überfpißung der Produktion auch auf dem Gebiet der Veredlungserzeugnisse bei uns auf alle Fälle zu wirtschaftlichen Entgleifungen mit nicht grade harmlofen Folgen für die Gesamtwirtschaft geführt hätte. Da wir Dänemark organiftatorifch bei weitem nachstehen, wir auch diefe genoffenschaftliche Förderung der Veredlungsproduktion, die in Dänemark ja nur dem Export dient, gar nicht durchsetzen können, wäre auch die Produktion niemals in fo großen Mengen ftandardifert durchgeführt und damit auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig geworden.

Wir können wohl zufrieden fein, daß unsere bisherigen agrarpolitischen Maßnahmen einmal zu einer Verwertung unferer agrarifchen Überschüsse im eignen Land geführt und ferner durch eine stärkere Drosselung der Futtergetreideeinfuhr eine Überproduktion eines der wichtigsten Veredlungserzeugnisse verhindert haben. Man kann mit Befriedigung feststellen: Unfere Außenhandelsbilanz für das Jahr 1931 zeigt gegen 1927 eine um 2 Milliarden Mark verminderte Einfuhr von Lebensmitteln, die auch die heimifche Landwirtschaft hervorzubringen in der Lage ift. Eine Erfparnis, die wertmäßig weit höher anzufchlagen ift, wenn wir die selben Mengen auf dem Weltmarkt hätten kaufen müffen. Man kann auf diefe Tatfache, die als eine Folge der agrarpolitischen Maßnahmen der letzten Jahre anzufehen ift, nicht genug hinweisen²⁾. Für die dänifche und auch für die holländifche Veredlungswirtschaft liegt die Gefahr in der drohenden Verengung ihrer Absatzmärkte. Die dänifche Landwirtschaft ift auf Leben und Tod auf den englifchen Markt angewiefen. Der deutichen Landwirtschaft hingegen bleibt ftets der innerdeutiche Markt ganz überwiegend als Absatzfeld ihrer Erzeugnisse vorbehalten. In immer stärkerem Grad liefert fie, unter gleichzeitiger Ausnutzung der keineswegs verteuerten Kraftfuttermittel für die Milchviehhaltung, für den deutichen Markt. Während die Überschußgebiete des Auslands, fei es, daß fie Getreide, fei es, daß fie Veredlungsprodukte ausführen, völlig davon abhängen, ob die Bedarfsländer ihre Überschüsse abzukaufen gedenken oder nicht, ihr Schickfal also durch Entfchlüsse Dritter bestimmt ift.

2) Siehe auch Glienke Othilfe, in den Sozialiftischen Monatsheften 1931 II Seite 1153.

Wenn die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich verantwortungsbewußt für eine rentablere Preisgestaltung und damit Erhaltung der landwirtschaftlichen Produktionsbasis einsetzen soll, hat sie das Recht zu fordern, daß der Gedanke einer engeren Zusammenarbeit zwischen Erzeuger und Verbraucher nicht durch Demagogie "radikaler" Landbundelemente in irgendeiner Weise gestört wird. Er muß vielmehr weitestgehend gefördert und vertieft werden. Je mehr die landwirtschaftliche Produktion mit ihrem Absatz auf den innerdeutschen Markt verwiesen wird, in um so höherem Grad muß sich der verantwortungsbewußte Teil der Landwirtschaft auch für die Erhaltung der Kaufkraft der Verbraucherkreise einsetzen und Bestrebungen, die der Erhaltung und Vermehrung dieser Kaufkraft dienen, unterstützen. Der niedrige Preisstand der Veredelungsprodukte aus der Rindviehhaltung steht in engem Zusammenhang mit den niedrigen Schweinepreisen. Es ist aber ein völliger Irrtum zu glauben, man könnte die Absatzmöglichkeiten in Zeiten einer derartigen schweren Wirtschaftskrise erweitern, wenn man die Preissteigerung der Butter in dem Maß zuläßt, wie es in den letzten Wochen und heute noch zu verzeichnen ist. Infolge der geringen Kaufkraft wendet sich der Verbraucher sehr zum Schaden der Landwirtschaft immer mehr dem Margarinekonsum zu. Eine genaue Beobachtung aller Preisbewegungen agrarischer Erzeugnisse, insbesondere der Aufschläge des Handels und des Lebensmittelgewerbes, ist das beste Hilfsmittel einer richtigen Preisreglung. Das dänische Beispiel lehrt uns unter anderm auch dies: daß wir andere Methoden für die Erhaltung der landwirtschaftlichen Produktivität und Kaufkraft der Verbraucher anzusetzen haben, weil an Stelle des für Dänemark so lebenswichtigen Exports bei uns der innerdeutsche Markt die Aufgaben zu übernehmen hat, denen sich der englische Markt für den Absatz dänischer Veredelungserzeugnisse in höherem Maß entziehen wird.

THEODOR HAUBACH • DIE KAVALLERIE IM MODERNEN KRIEG • BEMERKUNGEN ZUR ENTWICKLUNG DES HEERESWESENS

NACH der allgemeinen Auffassung, die mit und nach dem Weltkrieg entstand, ist die Kavallerie eine überholte, ja beinahe sagenhafte Waffe. Und doch hat ihre Entwicklung nach dem Krieg eine Wendung genommen, die gewisse Glaubenssätze aus der Erfahrung des Weltkriegs durchaus erschüttert.

Ein wesentlicher Glaubenssatz jener Art besagt, daß der moderne Krieg durch die Anhäufung von Menschen und Material zu immer starrereren Formen gezwungen würde, daß moderner Materialkrieg und Stellungskrieg ein und das selbe seien. Richtig ist, daß der Krieg im Westen nach Beendigung der Marne-Schlacht "einfror" und von da an bis zum Spätherbst 1917 in einer beinahe knöchernen Starre verharrte. Die großen Angriffshandlungen des Jahres 1916, wie sie in der Verdun-Schlacht, den Somme- und Flandern-Schlachten zu finden sind, änderten an dem starren Charakter der westlichen Schlacht nichts. Auch die große Rückzugsbewegung im Raum von Saint-Quentin, die im Frühjahr 1917 vorübergehend die westliche Front aufzulockern schien, hat weder die Form noch die Methoden des Stellungskriegs, wie sie bereits im Jahr 1915 ausgereift waren, verändert oder gar beseitigt. Gewiß hatten die alliierten Angriffe an der

Somme und in Flandern die Absicht des Durchbruchs, aber alle strategische Absicht blieb taktisch stecken; jene Angriffe führten nicht zur Auflösung des Stellungskriegs, sie entwickelten sich vielmehr zu besonderen Formen dieser Kriegsort, in denen mit ungeheurem Materialeinsatz um eine Zertrümmerung der vordern Stellungfront des Gegners gerungen wurde, wobei niemals die Kette des Stellungskriegs wirklich abgestreift wurde. Bei der Verdunschlacht fehlte deutscherseits offenbar eine weitergreifende Durchbruchsabsicht. Die von Falkenhayn angelegte Operation zielte bekanntlich auf einen lokal begrenzten Erfolg, auf Abrundung der Front, auf "moralischen" Gewinn: eine Zielfetzung, die man hier nicht mehr mit irgendeinem Kommentar zu verstehen braucht. Das Kämpfen in der besetzten Feldstellung erwies sich trotz den gewaltigen Erschütterungsmitteln, die man zum Sprengen der Schützengrabenfessel einsetzte, als unglaublich zähe, beispiellos widerstandsfähige Kampforn. Da geschah es bei dem englischen Tankwagenangriff bei Cambrai im Jahr 1917, daß ein taktischer Durchbruch tatsächlich gelang. Der Überraschungsvorstoß mit dichtmassierten geländegängigen Kampfwagen, unterstützt durch gewaltig konzentriertes, schlagartig ausbrechendes Artilleriefuer, brachte zum erstenmal seit Jahren eine (wenn auch nur lokale und vorübergehende) Erschütterung des Stellungskriegs. Der deutsche Gegenstoß, der die Engländer in ihre Ausgangstellungen zurückwarf, war durch die englische Initiative selbst von den Fesseln des Grabenkriegs befreit worden. Es mag dahinstehen, ob die deutsche Überlegenheit im bewegten Gefecht allein die Schlacht von Cambrai entschieden hat; soweit dem Verfasser bekannt ist, hat die englische Führung selbst eine weitreichende Ausnutzung des Anfangserfolgs von Cambrai nicht ins Auge gefaßt, das heißt, sie hatte ihr strategisches Denken von den Fesseln des materialgebundenen Grabenkampfs nicht befreien können, es fehlte ihr auch an der operativen Elastizität, deren Mangel den Deutschen in den Frühjahrsoffensiven 1918 ebenfalls zum Verhängnis wurde. Immerhin begann mit der Tankschlacht von Cambrai ein neuer und entscheidender Abschnitt in der Geschichte des Westfrontkriegs, der mit den großen Durchbrüchen der Deutschen im Frühjahr 1918 und den alliierten Gegenoffensiven im Sommer des selben Jahrs seine dramatische Fortsetzung fand.

Es ist also nicht richtig, wenn man die starre Form des Grabenkriegs als das geschichtliche Ergebnis des Weltkriegs hinstellt, es ist auch nicht richtig, wenn man die im Westen entwickelten Bewegungsformen: die auf Lastkraftwagen marschierende Infanterie, die zum Grabenkampf abgelesene Kavallerie, als endgültig ansieht. Denn um auf die hier in Rede stehende Spezialwaffe zurückzukommen, so ist ja nicht nur der im Schützengraben abgelesene Kavallerist bei der Erörterung in Betracht zu ziehen, sondern auch der zum Grabeneinsatz zu Pferd marschierende Reiter. So gesehen kämpft der Reiter nicht mehr als Reiter sondern als Infanterist, der seine Märsche allerdings nicht zu Fuß, nicht mit Lastkraftwagen oder Eisenbahn zurücklegt sondern eben mit seinem Pferd. Der Kavallerist ist also ein berittener Infanterist geworden, der bei zerstörten oder verstopften Straßen sogar dem motorisierten Infanteristen überlegen ist, besonders dann, wenn für das Motorfahrzeug der Infanterie durch Nachschubstörungen Treibstoffe, Schmiermittel und Ersatzteile auszufallen beginnen. Betrachtet man die Reitertruppe so unter dem Gesichtspunkt des Anmarsches zum Gefecht, so hat sie mit einernmal eine erneute Bedeutung, die die Entschlüsse der modernen Militärpolitik nachhaltig beeinflussen wird. Man wird überhaupt den Gesichtspunkt des Anmarsches zum

Gefecht immer stärker bei der Betrachtung des modernen Gefechts in Ansatz bringen müssen. Alles, was heute unter dem Schlagwort Motorisierung vorgebracht wird, behandelt nicht so sehr die Frage der Bewegungsmöglichkeit im Gefecht (freilich auch diese) als die Bewegungsmöglichkeit im Anmarsch zum Gefecht. Es geht also auch sinngemäß um die Frage der Bewegungsmöglichkeit nach beendetem Gefecht im Anmarsch zum neuen Gefecht. Das bedeutet aber, daß die Kavallerie als besonders "geländegängige" Marschtruppe eine Spezialbedeutung zurückerhalten hat, die sie nach dem Ende der lagenhaften Reiterattacke dem Anschein nach endgültig verloren hatte.

BETRACHTET man den letzten kritischen Abschnitt des Kampfs an der Westfront, etwa vom 8. August bis zum 11. November 1918, so wird der Mangel an taktischer und operativer Bewegung auf beiden Seiten immer wieder zu nachdenklichen Betrachtungen anregen, die zunächst den Charakter des modernen Kriegs angehen, dann aber weit über Kriegs- und Heereswesen hinaus auf das Gebiet der gesellschaftlichen Neugestaltung übergreifen.

In jenem letzten Abschnitt des Weltkriegs versuchte man nirgends durch großzügige Ablösung vom Feind, durch Sammlung und Neugruppierung der eignen Kräfte das Kriegsglück noch einmal zu zwingen. Nutzlos darüber zu streiten, ob durch ein derartiges Verfahren auf deutscher Seite das Verhängnis wirklich hätte abgewandt werden können. Sicher ist jedoch, daß das andere, das tatsächlich angewandte Verfahren: dem Gegner täglich aufs neue den Schädel hinzuhalten, nicht einmal mehr den Keim einer Möglichkeit enthielt das drohende Geschick zu bändigen. Foch konnte so seine Kanonen, Tanks und Gase auf die erschütterte deutsche Front sozusagen automatisch wirken lassen. Für die Deutschen gab es nach dem 8. August vielleicht wirklich keine Rettung mehr. Aber wenn es noch eine Rettung gab, und sei es nur die Rettung vor der ganz schlimmen Niederlage und die Erkämpfung einer weniger schlimmen, so nur in der Bewegung.

Hier stoßen wir auf ein besonders ernstes Problem, das nicht nur ein Problem der im Rückzug kämpfenden deutschen Westfrontarmee ist: das Problem der Bewegungsfähigkeit im modernen Materialkrieg. Bewegungsfähigkeit, das heißt ja zunächst Verfügung über Straßen, Fahrzeuge und Bahnen, kurz Verfügung über einen gewaltigen Verkehrsapparat, der nicht nur Zehntausende von Menschen sondern kaum zu zählende Tonnen von Material zu befördern hat. Nun zeigt die deutsche Lage in den letzten Monaten des Weltkriegs, wie problematisch eine noch so großartige Ausrüstung mit Motorfahrzeugen sein kann, wenn der Erlatz an Reparaturstücken, an Treib- und Schmiermitteln zu stocken beginnt. Aber nicht nur das. Gesezt, alles dies wäre vorhanden gewesen, so bleiben als weitere, kaum zu meisternde Hemmungen die Überlastung der Straßen, ihr schlechter Zustand und die immerhin begrenzte Leistungsfähigkeit der Bahnen. So ist denn in solcher Lage der Hauptteil der Truppe auf den Marsch zu Fuß und nicht zuletzt zu Pferd angewiesen. Und das heißt: Die Reitertruppe hat im modernen Krieg eine Reihe durchaus wichtiger Funktionen zu erfüllen. Es ist allerdings wenig wahrscheinlich, daß beim deutschen Weltrückzug 1918 die Kavallerie derartige Aufgaben hätte erfüllen können. Die Verwendung der Kavallerie im Weltkrieg ist überhaupt ein Kapitel für sich, geschmückt zwar mit heroischen Szenen und kühnen Episoden, im ganzen aber belastet mit einer allseitigen Unkenntnis von der Wand-

lung des modernen Kriegsbilds. Selbst da, wo der Kavallerieeinsatz noch die Reiterwaffe als solche zur Geltung brachte: an der Ostfront, war nach der Meinung vieler Sachkenner das Ergebnis mehr als zweifelhaft. Die Kavallerie aller kriegsbeteiligten Länder war mit durchaus veralteten Anschauungen in den Weltkrieg eingetreten. Sie hatte die ungeheure Steigerung der Feuerkraft, die die Infanterie durch das moderne Mehrladegewehr und das Maschinengewehr, die Artillerie durch die Massierung der Geschütze, die Steigerung ihrer Reichweiten und ihrer Feuergeschwindigkeit erfahren hatte, unterschätzt, sie hielt im Grunde noch immer an den Regeln der friderizianischen Reiter Schlacht mit ihren Überflüglungen, Umgehungen, Flankierungen und nicht zuletzt ihren Attacken fest. Kein Wunder, daß dann die moderne Schlacht mit ihrer gewaltigen Feuerwirkung die Bedeutung der Reiterwaffe in einem Maß einschränkte, wie es die Kriegsgeschichte wohl kaum je gekannt hat. Konnte nun die Kavallerie im Osten wenigstens einen Teil ihrer alten Aufgabe noch erfüllen, als Aufklärung, Vorhut, Seitendeckung, ja auch als selbständig operierender Heeresflügel mit durchgreifenden strategischen Zielen, so beraubte die Materialschlacht im Westen die Kavallerie jeglicher Funktion, die ein Existenzrecht dieser Waffe noch verbürgen konnte. So schien es wenigstens. Auf jeden Fall hat die landläufige Geringschätzung der Reiterwaffe ihre Grundlage in den angeblichen oder wirklichen Erfahrungen der westlichen Materialschlacht. Demgegenüber wurde in den bisherigen Ausführungen zu zeigen versucht, daß in Wirklichkeit die westliche Materialschlacht, sobald sie einmal nach den Ereignissen von Cambrai, mehr aber noch nach den Offensiv- und Defensivschlachten des Jahres 1918 die neue Form der schwerfällig bewegten Materialschlacht angenommen hatte, der Kavallerie eine neue Aufgabe zuwies, zu deren Erfüllung sie allerdings nicht mehr gekommen ist, die aber, und das ist für unsere Betrachtung entscheidend, die Bildung und Entwicklung des modernen Heers, besonders aber des deutschen Reichsheers, bestimmt.



FASSEN wir unsere bisherigen Ergebnisse zusammen: Die Kavallerie hat fast alle ihre früheren wichtigen Sonderaufgaben verloren. Ihre Aufklärungsaufgabe ist beinahe restlos auf die Luftwaffe übergegangen, als Durchbruchswaffe kommt sie überhaupt nicht mehr in Betracht, die Aufgaben der taktischen Umgehung und Überflüglung sind ihr größtenteils von den gepanzerten Kampfwagen abgenommen worden, kurz, alle Ipezifischen Reiteraufgaben während des Gefechts mußte sie teils ganz teils in erheblichen Grenzen abgeben. Soll der Kavallerist heute fechten, so muß er als Infanterist fechten, als Gewehr- und Maschinengewehrschütze, als Bedienungssoldat des Tankabwehrgeschützes oder im Rahmen einer Bedienungsmannschaft für Grabenkanonen, Flammenwerfer, Granatwerfer und dergleichen. Reitet aber der Kavallerist, so reitet er *vor* dem Gefecht und *nach* dem Gefecht, sein Pferd soll nicht mehr mit ihm kämpfen sondern mit ihm marschieren. Man kann also sagen, daß der moderne Kavallerist nichts weiter ist als der moderne Univerfalsoldat, zu dem sich der Infanterist gleichfalls entwickelt hat, nur mit der einen, allerdings wichtigen Sondereigenschaft ausgezeichnet, daß er mit einem relativ raschen, besonders geländegängigen Transportmittel ausgerüstet ist, seinem Pferd, das ihm zudem ein starkes Kampf- und Marschgepäck tragen hilft, das, anspruchsloser und unempfindlicher als der Motor, weniger an Straßen gebunden, dem mit ihm marschierenden Soldaten eine Bewegungsfähigkeit verleiht, die für die moderne Kriegshandlung von großer Wichtigkeit ist.

Um die Auswertung der hier skizzierten Entwicklung bemüht sich heute fast die gesamte Militärliteratur. Um ein Beispiel zu geben, sei hier das Buch des ehemaligen Generalleutnants Georg Brandt über die moderne Kavallerie erwähnt, das im vorigen Jahr bei Mittler & Sohn in Berlin herauskam, und das in knapper Zusammenfassung die moderne Entwicklung der Kavalleriewaffe aufzeigt. Brandt, zuletzt Inspekteur der Kavallerie des Reichsheers, entwickelt ein Programm der modernen Kavallerieverwendung, das im wesentlichen mit den hier aufgestellten Behauptungen übereinstimmt. Man gibt seine Meinung am besten mit seinen eigenen Worten wieder: »Die Kavallerie muß reiten, um zur rechten Zeit schießen zu können, und sie muß schießen, um wieder reiten zu können, das heißt, um wieder für bewegliche Verwendung frei zu werden.« Das ist nicht genau das selbe, was hier als Ergebnis der Untersuchung festgehalten wurde. Brandt hält nämlich nicht nur an dieser Stelle daran fest, daß die Reitertruppe nur vorübergehend, in Spezialfällen also, den Infanteriekampf führe, er betont mehrfach, daß er die alten Kavallerieaufgaben, weniger zwar die Aufklärung als die Flankierung und Umgehung, noch immer für maßgebend hält. Es sei bemerkt, daß auch viele andere Autoren trotz allen Weltkriegserfahrungen an dem alten Gefechtschema festhalten, das den nicht angelehnten Frontalangriff mit Seitendeckung, Umgehung und Überflügelung und mit Abwehr der Umgehung immer wieder in den Mittelpunkt der taktischen Erörterungen stellt. Die jedem Frontsoldaten geläufige Erfahrung, daß die Umgehung und die Überflügelung häufig ganz ohne taktische oder strategische Wirkung bleiben, wird hier geflissentlich übergangen. Man sehe sich zu diesem Punkt einmal das Militärwochenblatt an, das bei der Erörterung fast aller Aufgaben an dem Flankierungsschema alten Stils festhält. Am wichtigsten ist bei Brandt die Beschreibung der Ausrüstung, Organisation und Führung des modernen Kavallerieverbands. Immer wieder betont Brandt, daß eine Kavallerieverwendung nur dann noch einen Sinn hat, wenn sie als Masseneinsatz stattfindet. Die beste Verwendung sieht er in der Verwendung als Heereskavallerie, wobei die Reitertruppe, als Schlachtentscheidende Masse vorsorglich zurückgehalten, den Augenblick selbständigen Handelns erfassen muß, um dann, womöglich ohne Anlehnung an irgendeine andere Truppe, eigne Aufgaben mit eigenen Mitteln zu lösen. Das bedeutet aber, daß die Kavallerie von sich aus über alle Waffen verfügt, die zur Führung des modernen Gefechts nötig sind. Die Kavallerie verwandelt sich also in ihrer Bewaffnung (Lanze, Kürass und Pallasch müssen oder sollten verschwinden). Kurz, alle Bestrebungen gehen dahin die Truppe möglichst feuerstark zu machen. Sie wird also nicht nur einheitlich mit Karabiner bewaffnet sondern mit leichtem und schwerem Maschinengewehr. Sie erhält zudem leichte und schwere Artillerie mit starker Motorisierung, eigne Kampfwagenverbände, eigne Fliegerstaffeln, Funkertruppen und dergleichen. Besonders weist Brandt auf die französische Einrichtung der dragons portés hin, das sind auf Lastkraftwagen ständig beförderte Fußtruppen, die vielfach in Verbindung mit Fahrradtruppen zur beweglichen Verstärkung des Kavalleriekorps gehören. Ausdrücklich wendet er sich an vielen Stellen gegen den Einsatz kleinerer Reiterverbände. Das Kavalleriekorps ist für ihn die maßgebende Einheit. Von der Kavalleriedivision sagt er ausdrücklich, daß sie nicht mehr allein verwendbar ist sondern nur als Bestandteil des Kavalleriekorps in Betracht kommen kann. Was die Division als solche angeht, so ist sie beileibe keine reine Kavallerieformation mehr. Sie ist ein gemischter Ver-

band, der alle vorhin erwähnten Waffenarten besitzt, zudem noch eigne Pionierformationen, die auch in technischer Beziehung den Kavallerieverband völlig selbständig machen sollen. Was den eigentlichen Sinn der Reiterwaffe angeht, so weist Brandt unermüdlich auf den Begriff der Bewegungsfähigkeit hin. Die Kavallerie soll vor allem marschieren können, lang und rasch marschieren. Sie muß sich also gleiche Aufgaben stellen wie die motorisierten Truppen aller Art, sie muß lernen den Motor gleichzeitig als Konkurrenten und als Verbündeten zu betrachten. Sie muß, mit einem Wort, der neuesten Wendung der Kriegsentwicklung gerecht werden, die den materialbelasteten, technisch gewaltig intensivierten Bewegungskrieg gebracht hat. Die Reiterei kann viel packen und viel marschieren, sie hat daher im modernen Krieg und im modernen Gefecht ihre ernstzunehmenden Aufgaben.

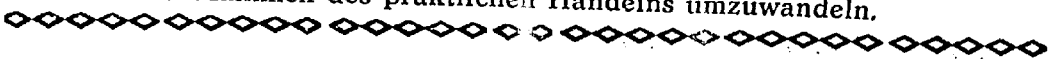


N dem Beispiel einer allgemein wenig beachteten Spezialwaffe, der Reiterwaffe, kann die Wandlung des modernen Kriegswesens sichtbar gemacht werden. Dieses Beispiel ist besonders geeignet für derartige Demonstrationen herangezogen zu werden, da die Reiterwaffe den besonderen Anforderungen der modernen Schlachttechnik an Schnelligkeit und große Feuerkraft in erheblichem Maß entspricht.

Die Weltkriegserfahrung hatte, wie jede Kriegserfahrung, schematische Vorstellungen erstehen lassen, die einer politisch wie fachlich richtigen Behandlung der Kriegs- und Militärfragen mehr als hinderlich sind. Eines dieser Schemata hat eben dieser Aufsatz behandelt: das Schema von der Unmöglichkeit der Kavallerie im modernen Krieg. Hinzuzufügen wäre, daß die anderen Schemata, die den modernen Krieg nicht anders denn als Gas- und Luftkrieg darstellen, eine ebenfalls gefährliche Verzerrung der wahren Sachverhalte hervorbringen. Gerade die Entwicklung der Luft- und Gaswaffe haben der am Boden kämpfenden Truppe ganz neuartige Aufgaben gestellt, die keineswegs nur mit den Schlagworten vom Luft- und Gaschutz gelöst werden können. Die Gas- und Luftwaffe ist eine Waffe von gewaltiger, kaum übersehbarer Vernichtungskraft, aber sie ist eine Hilfswaffe, die genau so wie die Artillerie, genau so wie schließlich jede Maschinewaffe eine Exekution des von ihr errungenen Vernichtungserfolgs durch die marschierende Truppe, ganz zuletzt durch den Einzelkämpfer benötigt. Nun erzwingt die Gas- und Luftwaffe eine besondere Schnelligkeit und Beweglichkeit der am Boden kämpfenden Truppe; eine nur zu Fuß marschierende Infanterie wird kaum in der Lage sein vergaste Räume mit der nötigen Schnelligkeit zu durchschreiten oder zu umgehen. Fliegerangriffe nötigen zu einer raschen Zerlegung größerer Verbände, erzwingen eilige Nachtmärsche, um die öfter nicht zu vermeidende Muße im Tagesversteck auszugleichen. Aus allen diesen Gründen denkt der moderne Kriegstechniker zunächst an die Motorisierung der Infanterie, an die Übergabe vereinzelter infanteristischer Aufgaben an Panzerwagenverbände, an Ausrüstung mit Fahrrädern und dergleichen. Vor allem aber ist der Gedanke an die Kavallerie hierdurch erstaunlich wiederbelebt worden. Diese Waffe, die schon zur toten historischen Würde verurteilt schien, hat mit einemmal in neuen Formen einen kriegerischen Verwendungszweck erhalten, der ihr zwar, vom Krieg aus gesehen, ein neues Existenzrecht gibt, ihr zugleich aber auch einen wesentlichen Teil ihrer früheren Aufgaben und damit auch Vorrechte nimmt. Man kann es überspitzt ausdrücken und sagen, daß die Kavallerie als Kavallerie tot, als reitende Infanterie aber wiederauferstanden ist.

Diese Wandlungen in der Funktion der Waffe bringen mannigfache Folgen mit sich. Man verfolge zum Beispiel die Debatte im Militärwochenblatt über die Reitvorschrift. Immer wieder wird die Frage des Dressur- und Galoppferds auf der einen Seite, des Marschpferds auf der andern erörtert, wobei die Freunde des Galopp- und Dressurpferds in die Verteidigung gedrängt sind. Was diese Debatte jedoch besonders interessant macht, ist die gesellschaftliche Symptomatik, die hier sichtbar wird. Gesellschaftlich war die Reiterwaffe früher die schlechthin vornehme Waffe, in der die Feudalität fast sämtliche Kommandoposten besetzte und von hier aus eine besondere Form der gesellschaftlichen und politischen Ideologie entwickelte. Mit dieser Vornehmheit ist es jetzt vorbei. Die Reiterattacke als Kampfform der Kavallerie ist erledigt, alle Dressur- und Galoppieransprüche, die die alte Schule an den Kavalleristen mit mehr oder weniger Recht stellte, sind sinnlos geworden. Was das Pferd selbst angeht, so ist das überzüchtete Schöngliedrige Rassepferd hinfort einem mehr proletarischen Typus unterlegen, der besonders stark in den Beinen ist, hart im Tragen, zäh und ausdauernd im Marsch und möglichst unempfindlich gegen Wetter und Futter. Die oben erwähnte Debatte im Militärwochenblatt zeigt jedoch, daß die neuen Erkenntnisse keineswegs freudig akzeptiert werden sondern auf einen teilweise erbitterten Widerstand stoßen, einen Widerstand, den man nur dann in seiner ganzen Schärfe verstehen kann, wenn man nicht die sachlichen Gründe des Für und Wider sondern die gesellschaftlichen Hintergründe ins Auge faßt. Die gleichen Kämpfe vor den gleichen Hintergründen spielen sich heute in der Gesamtentwicklung des Kriegswesens ab, doch gestattet gerade die Entwicklung der Kavallerie einen besonders klaren Einblick in die grundlegenden Umstellungsprobleme. Ist das moderne Heer technisch gesehen auf dem Weg zum Massenheer mit stärkster Feuerkraft und größtmöglicher Bewegungsfähigkeit, so verlagert sich, gesellschaftlich gesehen, der Schwerpunkt des Heers vom Bürgerheer, das zwar den Proletarier mitnahm und zur Bildung der auch schon früher notwendigen Massengrundlage benutzte, zum Massenheer der technisch Geschulten, in dem der Proletarier nicht mehr nur ein Objekt des Kommandos und ein mechanisches Element der soldatischen Masse darstellt sondern als technischer Spezialist ganz anders als früher zum Subjekt der kriegerischen Handlung heranwächst. Man kann gewiß einwenden, daß diese Entwicklung in der wirklichen Ausformung der Heerespraxis noch keineswegs überall sichtbar und mehr der Tendenz als der Tatsache nach vorhanden sei. Das ist ganz gewiß richtig, da sich jeder Entwicklungstendenz die Beharrungswiderstände entgegenstellen. Gerade darum wurde hier das Beispiel der Kavallerie eingehend untersucht, weil sich bei dieser Waffe der Umstellungsprozeß mit besonderer Kraft durchgesetzt hat.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß, wie immer so auch heute noch, die Entwicklung des Kriegswesens für die Erforschung der gesellschaftlichen Veränderungen die einfachsten und übersichtlichsten Objekte bietet. Das verwandelte Bild einer Spezialwaffe, der Reiterwaffe, gibt uns wichtige Aufschlüsse über die gesellschaftlichen und geschichtlichen Veränderungen innerhalb des gesamten Kriegswesens, und diese wiederum Aufschlüsse über die Strukturwandlungen und Strukturverlagerungen innerhalb des gesellschaftlichen Kosmos überhaupt. Es ist Sache der Politik die neugewonnenen Erkenntnisse zu Maximen des praktischen Handelns umzuwandeln.



HANS PFANNENSCHMIDT · DIE DEUTSCHE BILDUNGSINFLATION

SOLL man es Mangel an Zielficherheit nennen, daß erst die große Not des Jahres 1931 der Anlaß war das Höhere Schulwesen in Deutschland finanzkritisch zu betrachten und finanziell zu beschneiden? Die Maßnahmen der Einsparung, die bisher bekannt wurden: Erhöhung der Pflichtstundenzahl der Lehrer, Verminderung der Pflichtstundenzahl der Schüler und Erhöhung der Klassenfrequenzen, leiten einen Leistungsabbau ein und werden den Bildungsstand des deutschen Volks lenken. Sie lassen vermuten, daß tatsächlich die einzigartige gegenwärtige Situation verpaßt wird, in der sich keine Standesvertretung, angelichts der großen Nöte, ernsthaft gegen tiefgehende Maßnahmen wenden könnte. Tiefgehende Sparmaßnahmen sind bis jetzt nicht festzustellen. Es braucht an dieser Stelle nichts für die Notwendigkeit angeführt zu werden so lange von Sparmaßnahmen schlimmer Art abzusehen, als andere, weniger gefährliche und ebenso erfolgreiche, angewendet werden können.

Über Aufwendungen für allgemeinbildende Höhere Schulen in Deutschland im Jahr 1930 berichten im Auschnitt die folgenden beiden Tabellen.

Die 1. Tabelle umfaßt 7 Gemeinden. (Dabei ist zu bemerken, daß die letzten beiden Zahlen für Magdeburg nur geschätzt sind. Ferner, daß Wolfenbüttel und Helmstedt Zuschüsse von den Landkreisen erhalten, die mit verrechnet sind; ohne sie lägen die Kosten pro Schüler um ungefähr 40 Mark höher.)

Stadt	Einwohnerzahl	Ausgaben insgesamt (in Mark)	für Höhere Schulen		Schülerzahl	Zuschuß pro Schüler (in Mark)
			(in Mark)	(in % der Gesamtzahl)		
Berlin	4 227 860	1 028 910 580	39 933 390	3,88	76 270	523
Leipzig	695 000	228 239 300	6 700 400	2,94	11 510	582
Frankfurt	543 000	155 677 000	4 962 200	3,19	8 420	589
Magdeburg	229 230	72 065 182	2 070 400	2,87	3 550	583
Braunschweig	153 000	19 017 800	781 400	4,11	2 150	363
Wolfenbüttel	19 300	2 528 900	159 830	6,32	530	302
Helmstedt	17 530	1 875 200	158 500	8,45	430	368

Die 2. Tabelle umfaßt 4 deutsche Länder. (Von ihnen zahlt Thüringen nur 70 % der persönlichen Lasten, die hier berechnet sind. Mit den restlichen 30 % der Gesamtheit der Gemeinden und mit den sachlichen Lasten der Gemeinden erhöht sich die Kostensumme pro Schüler auf 550 Mark.)

Land	Größe (in Quadratkilometer)	Ausgaben insgesamt (in Mark)	für Höhere Schulen		Schülerzahl	Zuschuß pro Schüler (in Mark)
			(in Mark)	(in % der Gesamtzahl)		
Preußen	293 077	2 945 000 000	47 870 000	1,63	108 634 unbekannt zirka 19 000	441 unbekannt 391
Bayern	76 420	510 531 000	18 903 900	3,70		
Thüringen	11 754	139 250 000	7 424 600	5,33	3 480	441
Braunschweig	3 672	33 760 000	1 534 200	4,54		

Der Aufwand der Gesamtheit der deutschen Länder liegt bei 85 Millionen Mark. Für die Gesamtheit der deutschen Städte beträgt die Summe (bei einer städtischen Gesamtbevölkerung von 32,5 Millionen) rund 280 Millionen Mark, so daß man die öffentlichen Aufwendungen für die deutschen Höheren Schulen im Jahr 1930 mit 365 Millionen Mark annehmen kann. Die Kosten der Ausbildung pro Schüler wollen wir bei zirka 600 000 Schülern jener Anstalten mit einem Betrag von jährlich 500 Mark ansetzen.

Alle bisherigen Maßnahmen gehen darauf aus diese Summe dadurch zu verringern, daß die Kosten pro Schüler gelenkt werden. Da damit aber ein Leistungsabbau Hand in Hand geht, ist die folgende Fragestellung vorzuziehen: Bilden wir nicht zu viel Schüler aus? Bilden wir sie nicht zu lange aus?

Der Altersaufbau der Höheren Schule in Deutschland ergibt dieses Bild:

Klasse	VI	V	IV	U III	O III	U II	O II	U I	O I
Schülerzahl (in Tausenden)	91	86	83	81	71	69	51	34	34

Wir liefern in diejenigen Berufe, für die ein Studium für unerlässlich gehalten wird, zurzeit jährlich 30 000 Personen. Der Rest der Abiturienten wird Lehrer, Offizier und so weiter. Bei einer Gesamtzahl von $\frac{1}{2}$ Million akademisch Vorbildeter beträgt der notwendige Nachwuchs rund 12 000 Personen jährlich, wozu sich nach der Einstellung der noch unbefähigten Junglehrer in einigen Jahren 5000 weitere notwendige Abiturienten gesellen. Trotzdem bemüht sich Deutschland noch immer die doppelte Zahl jährlich bereitzustellen, so daß schon im Lauf von 6 bis 7 Jahren 100 000 Akademiker ohne Stellung oder in Stellen zu finden sind, für die eine weniger kostspielige Ausbildung ausreicht. Schon eine Reglementierung des Zugangs zur Höheren Schule, auf eine Bedarfsziffer hin, ohne weitere Maßnahmen, würde beachtliche Ersparungen bringen.

Bei dem Abflinken der Altersziffer sind 2 Etappen festzustellen. Ein Teil der Schüler verläßt bald, spätestens mit dem 14. Jahr, die Höhere Schule und tritt dann in das Erwerbsleben ein, ein anderer Teil besucht die Höhere Schule bis zur mittlern oder bis zur Primareife. Auch die Kosten für diejenigen, die nur den Unterbau oder einen Teil des Unterbaus der Höheren Schule besuchen, für die also der Unterschiedsbetrag zwischen Höherer Schule und Volksschule nutzlos vertan ist, sind durch Vorfrage zu ersparen. Wir haben ferner in Deutschland die eigentümliche Erscheinung zu verzeichnen, daß man die Mittlere Reife billig und teuer erwerben kann: billig in der Mittelschule und teuer in der Höheren Schule. Nach den Abmachungen aller deutschen Länder untereinander ist sie gleichwertig. Würde man alle diejenigen, die nur die Mittlere Reife erwerben wollen, der Mittelschule zuweisen, so wären die Kosten für diese Schüler pro Jahr um je 200 Mark geringer; denn um so viel billiger arbeitet die Mittelschule im Durchschnitt. Auch diese Sparmöglichkeit ist beachtlich. Beschränkung des Zugangs zur Höheren Schule, nicht Senkung der Kosten pro Schüler, sollte die Sparparole lauten.

Für die Beantwortung der Frage, ob wir unsern Nachwuchs zu lange ausbilden, ist ein Blick auf ein anderes Land, das erheblich reicher als Deutschland ist, von Interesse. In England drängt man nicht so schnell von der Volksschule weg wie bei uns. Die Grundschule, die bei uns in 4 Jahren oder gar in 3 Jahren durchlaufen wird, umfaßt dort 6 Jahre, sie dauert bis zum 12. Lebensjahr. Der 12jährige Schüler entscheidet sich dann für die Höhere Schule,

als deren Typus die Grammar School genannt sei, die ihn in 6 Jahren zur Hochschulreife führt, oder für die Mittelschule (in London Central School genannt), die ihn in 4 Jahren zu einer Mittlern Reife führt. Die Gesamtvorbildung des Studenten beträgt 1 Jahr weniger als bei uns, der Bildungsgang auf der Höhern Schule ist 3 Jahre kürzer als bei uns. Die Ausbildung der Anwärter für die Mittlere Reife ist insgesamt zwar nicht kürzer als bei uns, aber billiger; denn die Mittelschule selbst hat 2 Jahre weniger. Es ist zwar so, daß die Engländer große Hochachtung vor dem deutschen Schulwesen haben, wie ich vor Jahren bei einer Studienreise festzustellen Gelegenheit hatte. Trotzdem haben sie nicht nur aus Sparlichkeit sondern aus dem demokratischen Gefühl heraus die Kinder eines Volks so lange wie möglich in einem Schulsystem zu erziehen die Volksschule weit mehr als wir in den Vordergrund geschoben. In Deutschland dagegen haben wir vor dem Krieg den Nachwuchs der Führungsschicht möglichst ganz vor der Volksschule bewahrt oder von ihr nichts weiter erwartet, als daß sie dem künftigen Besucher der Höhern Schule die Bildungselemente: Rechnen, Schreiben und Lesen, beibrachte; in allen übrigen Dingen fing die Höhere Schule ohne jede Voraussetzung an: Der demokratische Wille des Nachkriegsdeutschlands hat sich wohl in der Festlegung der Grundschulpflicht betätigt, aber an dem 9jährigen Gefüge der Höhern Schule hat er kaum gerüttelt. Statt die Volksschule zu erhöhen öffnete man die Höhere Schule etwas weiter, aber ohne sie zu demokratisieren. Der Bildungsdünkel hat sich vergrößert und nur dazu geführt, daß die wenigen, die aus proletarischem Milieu der Höhern Schule zugeführt wurden, sich im Kampf gegen den Standesdünkel zerrieben oder ihre Minderwertigkeitsgefühle überkompensierten und dem Volksstaat allergründlichst verloren gingen. Doch haben wir wenigstens bei einer Form der Höhern Schule, der Deutschen Oberschule, den Versuch eines abgekürzten Bildungsgangs, der Aufbauform, festzustellen. Nach 7jährigem Besuch der Volksschule erlangt der Oberschüler in 6 Jahren die Hochschulreife. In diesen Schulen finden wir Elemente, die verdienen zu Grundätzen für den Aufbau aller Höheren Schulen zu werden (ohne daß Charakter und Lehrsubstanz der Deutschen Oberschule als richtig hingestellt seien): strenge Auswahl, wenig Ausfall "unterwegs", Fundierung auf der Volksschule, nicht Negierung ihrer Arbeit.

Dieses System wäre nun dem gesamten deutschen Bildungswesen zuzufügen: längere Grundschulpflicht, Trennung der Ausbildung nach Hochschul- und Mittlerer Reife in 2 Zügen, dem 6jährigen Zug der Höhern Schule, dem 4jährigen Mittelschulzug. Sehen wir von den großen Werten gänzlich ab, die dadurch geschaffen werden, daß die gemeinschaftliche Erziehung des deutschen Volks sich um $\frac{1}{3}$ verlängert, und daß die Berufsentscheidung hinausgeschoben wird, und nehmen wir nur den Standpunkt des Sparorganistors ein, so wären natürlich mit dieser Neuorganisation außerordentliche Ersparungen zu machen. Mit einer Verweisung derjenigen Schüler, die nur die Mittlere Reife anstreben, auf die Mittelschule, die auf die 3. Klasse der 8stufigen Volksschule aufgesetzt wird, ist bei einem Anteil von rund $\frac{1}{3}$ unter den Höheren Schülern eine erste beachtliche Ersparnis zu machen. Die Isolierung der Abiturienten kann für deren Ausbildung nur von Vorteil sein. Mit der Verkürzung des Lehrgangs der Höhern Schule von 9 auf 6 Jahre und Aufbau auf die 3. Klasse der Volksschule ist eine weitere, man kann sagen: ungeheure, Ersparnis zu machen. Die 3. Ersparnis ist die Beschränkung des Zugangs zur Höhern Schule; sie macht die Verkürzung durch Intensivierung der Arbeit wieder wett.

Der Altersaufbau der Höheren Schule wäre nach den hier vorgeschlagenen Plänen einer Säule ähnlicher als einer Pyramide. Der Abfall aus Intelligenzdefekt verschwände bei scharfer Aufnahmeprüfung. Es bleiben nur häusliche Gründe. Er hätte vielleicht folgendes Aussehen:

Klasse	U III	O III	U II	O II	U I	O I	Zusammen
Schülerzahl (in Tausenden)	18	17	17	17	17	17	103

Statt 600 000 Schüler hätten wir in den Höheren Schulen deren nur rund 100 000 auszubilden. Die jährliche Aufwendung betrüge 52 Millionen Mark. Hierzu kommen die Mehraufwendungen der Volksschule für 2 Jahrgänge mit zirka 6 Millionen Mark. Die Mehraufwendungen der Volksschule für die zur Mittelschule Abgehenden betragen ungefähr die gleiche Summe. Der Mittelschule erwachsen durch den Zutrom der Realschüler und Lyzealschülerinnen wegen der Verkürzung des Kurses um $\frac{1}{3}$ kaum Mehraufwendungen. Die Gesamtkosten wären mit rund 65 Millionen um 300 Millionen geringer als heute.

Wer würde bei einer Regelung, wie sie hier vorgeschlagen wird, geschädigt? Die Jungen und Mädchen, die die Mittlere Reife anstreben, erleiden keinen Schaden, denn sie erhalten die gleiche Befähigung, es sei denn, sie nehmen Schaden an ihrer Seele, weil sie nicht mehr "höhere" sondern nur "mittlere" Schüler sind. Diejenigen, die durch schärfere Auslese verhindert werden die Höhere Schule für einige wenige Jahre zu "absolvieren", erleiden gleichfalls keinen Schaden, denn eine abgeschlossene Volksschulbildung ist viel mehr wert als eine abgebrochene höhere Bildung. Für die Zweitrangigen, die wir heute durch die Höhere Schule dem Abiturientenexamen zuführen, besteht kein öffentliches Interesse, sie mögen sich in privaten Anstalten die Bildung aneignen, die ihre Eltern ihnen bezahlen können. Die 17 000 Erstrangigen, deren intensive Ausbildung im Interesse der Nation notwendig ist, verbürgen die Aufrechterhaltung des Bildungsstands. Die ganze Reglementierung mit ihrer Erhöhung des Werts der Volksschule, mit der längern gemeinamen Erziehung der gesamten Jugend, mit der Intensivierung der Ausbildung der unbedingt danach Strebenden, mit der Erdrosselung der Halbbildung und der energielichen Abftauung eines Nachwuchses verzweifelter akademischer Proletarier liegt über 80% unter den Kosten unseres "blühenden" Bildungswesens.

Für die Durchführung wären folgende Maßnahmen unerlässlich: Mit der Anmeldung für die Höhere Schule muß eine Verpflichtung der Erziehungsberechtigten verbunden werden, daß sie den Besuch des Schülers bis zur Hochschulreife durchzuführen beabsichtigen, und daß sie die wirklichen Selbstkosten der Ausbildung zu erstatten haben, wo nur unmaßgebliche Gründe bei einer frühern freiwilligen Abchulung vorgebracht werden. Aus diesen Mitteln sind Zuschüsse für die Ausbildung Mitletloser zu finanzieren, denen sonst die Höhere Schule verschlossen bliebe. Eine weitere Notwendigkeit wäre es jedem Land die ihm nach seiner Größe zustehende Zahl von Anfangsklassen zuzuteilen sowie eine oder einige Durchschnittsbefuchsziffern festzulegen.

Die Verringerung der Philologenanzahl wird die häufig ins Treffen geführte Gefährdung des allgemeinen kulturellen Lebens, besonders in der Kleinstadt, kaum nach sich ziehen. Im Zeitalter der Funktechnik kann das Bildungsbedürfnis der Erwachsenen billiger befriedigt werden. Zudem ist die Einrichtung von Volkshochschulen als geistiger Brennpunkte der Kleinstädte

mit Hilfe der Volks- und Mittelschullehrerschaft, die überall in der erforderlichen Stärke vorhanden ist und sich noch nirgends der Arbeit an der Volkshochschule entzogen hat, mit so wenig Kosten verbunden, daß der umständliche Weg über das Kollegium der Höheren Schule nicht notwendig erscheint. Es soll gespart werden, aber nicht mit der Schere sondern durch Abkehr vom Liberalismus, durch Vorausberechnung des Bedarfs und Verzicht auf ungelunde Aufblähung des Höheren Schulwesens auf Kosten der Gemeinschaft.

ROLF ITALIAANDER · WENN MAN EINMAL SO RICHTIG MÜDE WAR



Es ist so schön
Einmal so richtig müde zu sein,
Müde
Wie ein Hund,
Den man einem Auto nachjagte,

Das Verbrecher barg,
Oder den man mitnahm
Weitumher
Zu suchen fischgerechtes Getier.

Wenn man einmal so richtig müde war,
Daß man in sich zusammenfiel,
Weil es keine Stütze mehr gab,
Nicht in den Knochen,
Nicht im Kopf,
Dann erst bekommt man in sich etwas,
Was einem hinweghilft
Über die Schlappen aller Tage.

Wenn man einmal so richtig müde war
Und in sich Hoffnungen wecken mußte:
Du wirst wieder stark werden
Zu bestehen die Welt,
Dann erst wächst in einem der Glaube,
Daß man die Kraft hat
Abzuändern die Dinge
Im Geist einer neuen Zeit.

Deshalb, schuftet,
Ihr Menschen, ihr Brüder,
Die ihr mit uns gestalten wollt,
Schuftet, ihr Brüder,
Für die großen Ideen,
Schuftet, bis ihr zusammenbrecht!
Auf diesen Zusammenbrüchen
Können wir erst recht
Aufbauen
Die neue Zeit.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialpolitik / Erwin Rawicz

Deutschland:
Notverordnung
gen

Die Vierte Verordnung (siehe die Rundschau Innenpolitik, in diesem Band Seite 154) bedeutet eine Devaluation der Werte durch die Dekretierung einer Herabsetzung der Preise und der Löhne. Unter dieser Devise hat die Reichsregierung Eingriffe in das Kartellrecht, eine weitgehende Zinslenkung, eine Herabsetzung preisbildender Steuern, eine Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft festgesetzt, sie hat Maßnahmen auf dem Gebiet der Zwangsvollstreckung getroffen, die weitgehend den Ablauf des wirtschaftlichen Lebens in Deutschland beeinflussen müssen. Sozialpolitisch entscheidend ist die erneute Lohnlenkung auf den Stand der Löhne am 10. Januar 1927, die im allgemeinen einer 8- bis 15prozentigen Senkung der Löhne entsprechen wird, eine 3. Senkung der Beamtengehälter. Die Regierung glaubte nicht darauf verzichten zu können neben Änderungen in der Krankenversicherung starke Abstriche in der Unfallversicherung vorzunehmen. Vor allen Dingen handelt es sich da um eine Streichung der Unfallrente unterhalb einer 20prozentigen Grenze der Minderung der Arbeitsfähigkeit der Versicherten. Neben Verschlechterungen in der knapp-schaftlichen Versicherung, der Invalidenversicherung und der Angestelltenversicherung, in denen ein Nebeneinander-beziehen aus verschiedenen Ansprüchen ausgeschaltet wird, ist vor allem der tiefe Eingriff in das Tarifrecht herauszufellen, der in den arbeitsrechtlichen Vorschriften dieser Verordnung vorgenommen wurde. Alle Tarifverträge, die am 8. Dezember 1931 liefen, wurden, sofern sie nicht eine längere Dauer hatten, mit der Maßgabe bis zum 30. April 1932 verlängert, daß vom 1. Januar ab die Löhne in der Regel auf den Stand vom 10. Januar 1927 gekenkt würden. Eine stärkere Senkung ist für den Kohlen- und Kalibergbau sowie bei seit Juli 1931 nicht geminderten Löhnen respektive Gehältern möglich. Diesen Eingriffen in das Tarifrecht mit dem Ziel der Lohnlenkung in diesem großen Umfang entspricht die Senkung der Beamtengehälter in Reich, Ländern und Gemeinden und öffentlichen Körperschaften. Alle diese Maßnahmen stellen Eingriffe in das tägliche Leben des einzelnen Menschen dar, in einem Ausmaß, wie man sie seit der Kriegszeit nicht mehr gekannt hat.

Sie sind nur erträglich, wenn mit der Hoffnung auf eine Besserung die Zuversicht auf ihren Eintritt kommt. Aber sie werden für sich genommen die Wirtschaftskrise nicht beseitigen, auch nicht mildern, sie müssen sich in eine konstruktive Gesamtpolitik eingliedern.

Arbeitslosigkeit Mitte Februar zählten wir in Deutschland über 6 100 000 Arbeitslose, ungerechnet diejenigen, die bei den Arbeitsämtern mangels Unterstützungsmöglichkeit nicht mehr erscheinen und infolgedessen auch nicht registriert werden können. Die Zahl der wirklich Arbeitslosen wird sich wohl zwischen $6\frac{1}{2}$ und $6\frac{3}{4}$ Millionen bewegen, das heißt, sie liegt um rund $1\frac{1}{2}$ Millionen höher als im Winter 1931, wo sie die 5-Millionen-Grenze grade erreicht hatte. Die Ausichtslosigkeit diese Zahlen bald durch eine Aktivierung der Wirtschaftspolitik herabdrücken zu können, die Währungs- und Zollmaßnahmen des Auslands, die den Export untergraben, die linkende Kaufkraft, die dem Inlandsmarkt immer wieder neue Herzstöße verleiht, alles dies läßt viele an der nächsten Zukunft des Arbeitsmarkts verzweifeln. Dazu kommt, daß die Unterstützungsleistungen ein so niedriges Niveau erreicht haben, daß es gradezu unbegreiflich ist, womit die Millionen arbeitsloser Familienväter die Ihren ernähren. Die Ablichten, die der ehemalige Staatssekretär Johannes Popitz und der Preislenkungskommissar Carl Goerdeler in der künftigen Konstruktion der Arbeitslosenhilfe verfolgen, rufen den Sozialpolitiker zu schärfster Wachsamkeit auf. Die Sozialdemokratische Partei widersetzt sich, in engster Zusammenarbeit mit den Freien Gewerkschaften, jedem weiteren Abbau der Leistungen und jeder Suspendierung der Arbeitslosenversicherung. Sie verkennt nicht die Not der Gemeinden, die heute $\frac{1}{2}$ der unterstützten Arbeitslosen bereits als Wohlfahrtserwerbslose zu betreuen haben. Aber die Erkenntnis, daß der Verteilungsschlüssel aller für die notwendige Verlorung erforderlichen Mittel geändert werden muß, darf, wie die Vertretung der Arbeiterklasse betont, keinesfalls zu einer Zerchlagung des Rechtsanspruchs auf die Unterstützung und zu einer Zertrümmerung planmäßiger Arbeitsmarktpolitik führen. Deren Trägerin ist die vor 5 Jahren errichtete Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung; mit

ihren 13 Landesarbeitsämtern und 360 Arbeitsämtern führt sie die Arbeitslosenversicherung und die Kräftenfürsorge sowie die Arbeitsvermittlung aller Arbeitslosen in den mehr als 50 000 Gemeinden durch, die das Deutsche Reich heute umfaßt. Wie gewaltig die Leistungen dieser Organisation sind, mag aus ein paar Zahlen für das Jahr 1931 hervorgehen. Über 17 Millionen Arbeitsgesuche hatten die Arbeitsämter zu bewältigen, mehr als 13 Millionen Unterstützungsanträge zu bearbeiten, 400 000 Ratfluchende in der Berufsberatung zu betreuen, 4½ Millionen Arbeitsstellen wurden durch sie besetzt, und 120 000 Lehrlinge in Lehrstellen vermittelt; die gesamte Kurzarbeiterunterstützung, die Produktive Arbeitslosenfürsorge, der Freiwillige Arbeitsdienst, die beruflichen Bildungsmaßnahmen für jugendliche Arbeitslose werden von ihren Angestellten und Beamten einheitlich im ganzen Reich durchgeführt, Millionen von Bezugs Scheinen für Kohle und Fleisch durch ihre Vermittlung weitergegeben, der gewaltige Apparat des Beitragseinzugs, der einen ständigen Verkehr mit 11 000 Krankenkassen erforderlich macht, und die Auszahlung von 2 Milliarden Mark Unterstützungen mit rund 150 Millionen Einzelzahlungen bewältigt. Diese Reichsorganisation allein ist in der Lage Vermittlung und Unterstützungsbetreuung aller Arbeitslosen gleichmäßig im ganzen Reich sowie verwaltungsmäßig einwandfrei durchzuführen. Für 1932 sind die Finanzgrundlagen festgelegt worden.

Am 7. Februar verabschiedete der Verwaltungsrat der Reichsanstalt den Haushalt für das kommende Haushaltsjahr. Die 6½prozentigen Versicherungsbeiträge werden beibehalten. Sie ermöglichen die Unterstützung von durchschnittlich 1½ Millionen Arbeitslosen in der Versicherung und die Betreuung von 5,6 Millionen Arbeitslosen auf dem Gebiet der Vermittlung. Der voraussichtlich erhöhten Kurzarbeit ist durch Einsetzen von 72 Millionen Mark für Kurzarbeiterunterstützung Rechnung getragen.

Arbeitslosenversicherung

Die Bedeutung der Arbeitslosenversicherung ist in Deutschland im Verlauf der

Krise dauernd zurückgegangen. Noch vor nicht allzu ferner Zeit wurden über ⅔ aller Arbeitslosen in der Versicherung unterstützt. Jetzt ist die Quote auf unter ¼ vermindert worden. Auf Grund der Gefahr der weitem Zuspitzung der Wirtschaftslage im Höchstpunkt dieses Winters mußte für das Winterhalbjahr mit einer Durchschnittszahl von rund 2 Mil-

lionen unterstützten Arbeitslosen gerechnet werden. Da der Beitragsprozentsatz nicht erhöht werden konnte, war der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung gezwungen die Unterstützungsdauer herabzusetzen; eine Herabsetzung der Unterstützungssätze kam nicht in Betracht. Am 1. Oktober wurde die 26wöchige Höchstdauer der Unterstützung für konjunkturell und strukturell Arbeitslose auf 20 Wochen herabgesetzt, und für die Saisonarbeitslosen, bei denen sie bereits 20 Wochen auf Grund der Notverordnung vom 5. Juni 1931 betrug, wurde sie auf 16 Wochen reduziert. Eine besondere Verordnung des Reichspräsidenten im Zusammenhang mit den Schlichtungsstreitigkeiten im Ruhrgebiet vom 30. September 1931 berührt die Beitragsseite. Durch diese Verordnung sollte die Verbindlichkeitserklärung des Lohnschiedspruchs im Ruhrgebiet ermöglicht werden, der eine 7prozentige Senkung der Löhne vorsah. Um sie den Arbeitnehmern zu erleichtern und andererseits den Unternehmern eine Preisenkung zu ermöglichen (nicht zuletzt im Hinblick auf den verschärften Exportwettbewerb durch die Krise der englischen Währung), wurde zunächst für die Zeit vom 1. Oktober bis zum 30. November der Arbeitslosenversicherungsbeitrag für die Ruhrbergarbeiter durch das Reich übernommen, was ungefähr eine monatliche Belastung von 3 Millionen Mark für die Reichskasse darstellt. Inzwischen sind im Zusammenhang mit entsprechenden Lohnschiedsprüchen auch in anderen Bergbaurevieren die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung durch das Reich übernommen worden. Von der Möglichkeit einer Verlängerung über den 30. November hinaus ist im übrigen Gebrauch gemacht worden, zunächst bis Ende März. Einschneidende Verwaltungsvereinfachungen in der Arbeitslosenversicherung stehen wieder bevor. Festgestellt sei die Tatsache, daß all die Reformen in den letzten 2 Jahren dazu geführt haben, daß sich bis zum Erlaß der Dezembernotverordnung die Durchschnittsunterstützung für den einzelnen Arbeitslosen seit 1928 bereits um 30% verringert hat, während die Lebenshaltungskosten noch nicht um 10% gesunken waren; in einer großen Gruppe von Einzelfällen ist der Abschlag der Arbeitslosenunterstützung weit höher, teilweise über 40%.

Die jahrelange gewaltige Arbeitslosigkeit in England, die zurzeit bei 12 bis 13 Millionen Arbeitnehmern auf fast 3 Millionen Arbeitslose angewachsen ist, hat die Staatsdarlehen an die englische

Arbeitslosenversicherung bis auf einen Betrag erhöht, der im September 1931 bereits 2 Milliarden Mark übersteigt. Wie in Deutschland wurde auch in England eine Gutachterkommission eingesetzt, die in außerordentlich sorgfältiger Weise alle einschlägigen Probleme erörtert hat. In engem Zusammenhang mit den Arbeiten dieser Kommission hat die Nationalregierung die Unterstützungsätze in England im Durchschnitt um 10% gesenkt. Aber auch nach dieser Senkung liegen die durchschnittlichen Unterstützungsätze in England noch um rund $\frac{1}{3}$ höher als die durchschnittlichen Versicherungsunterstützungen in Deutschland. Die endgültige Sanierung der englischen Arbeitslosenversicherung wird zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Zu beachten bleibt, daß von den Gesamtausgaben der englischen Arbeitslosenversicherung bisher mehr als $\frac{2}{3}$ durch Beiträge und Zuschüsse des Staats gedeckt worden waren.

Der steigende Druck der Arbeitslosigkeit in Frankreich hat die Regierung zur Errichtung einer der deutschen Krisenfürsorge ähnlichen Institution veranlaßt. Das war um so notwendiger, als die französische Sozialversicherung Regelleistungen an die Arbeitslosen vorerst nicht kennt.

Informationsmittel

Das Internationale Arbeitsamt in Genf gibt zum erstenmal ein *Internationales Jahrbuch der Sozialpolitik* heraus, das dadurch entstanden ist, daß der ursprüngliche Direktorialbericht, der immer ausführlicher zu werden drohte, aufgeteilt werden mußte, und dieser wichtige Teil dadurch seinen buchmäßig literarischen Niedererschlag finden konnte. Das umfangreiche Jahrbuch, in deutscher Sprache fast 600 Seiten, ist ein Dokument dafür, daß aus der Holzbaracke der internationalen Sozialpolitik ein wohlfundiertes Steingebäude geworden ist, das den Stürmen der sozialen Reaktion standhalten wird. Das Internationale Jahrbuch gibt einen ausgezeichneten Querschnitt durch alle Gebiete, die für die Wirksamkeit der internationalen Organisation und für die ewige Bewegung des sozialen Lebens in Betracht kommen, und ist ein Vorbild weltumspannender produktiver Arbeit. Das jedes Jahr erscheinende *Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich* /Berlin, Reimar Hobbing/ liegt für 1931 in seinem 50. Jahrgang vor. Es bietet wiederum die gewohnte Fülle statistisch exakten Materials über das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben Deutschlands und wiederum den ausgedehnten Internationalen Teil, dessen Material jedoch nicht immer einen

Vergleich mit den deutschen Verhältnissen erlaubt. Das ist nur so weit Schuld des Statistischen Reichsamts, als es die Mängel der Qualität und der Vergleichbarkeit wenigstens dadurch hätte mildern können, daß es einige Überlichten kritischer durcharbeitete und gestaltete.

3 Fachleute ihrer Arbeitsgebiete: der frühere Bearbeiter dieser Rundschau Ludwig Preller als Volkswirt, der Arzt Karl Meyer-Brodnitz und der Techniker Hermann Eibel, haben sich zusammengetan, um in populärer Form *Arbeitschutz und Gewerbehygiene* so, wie ihre Praxis heute ist, in einem etwa 200 Seiten starken Büchlein zusammenzufassen /Berlin, Verlag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds/, das trotz dem niedrig gehaltenen Preis ganz ausgezeichnet ausgestattet ist. Es gibt genau Auskunft über die Durchführung des Arbeitsschutzes, seine Rechtsgrundlagen, den Arbeitsschutz des arbeitenden Menschen, den Arbeitsschutz in der Betriebsanlage und schließlich auch über die Hilfe, die geleistet werden muß, wenn trotz allen Vorichtsmaßnahmen ein Unfall eingetreten ist. Auf besonders gut gelungenen Tafeln sind dann noch die Regelung der Arbeitszeit auch nach der Notverordnung, der geltende Kinder-, Jugendlichen- und Familienschutz, die Sonntagsarbeit und schließlich noch die speziellen Schutzbestimmungen für einzelne Gewerbe tabellarisch zusammengestellt. Der sehr niedrige Preis des Buchs ermöglicht es jedem Betriebsratsmitglied, jedem Verbands- und Bezirkssekretär das Buch in seine Greifbibliothek zu stellen.

Die *Reichsgewerbeordnung* in ihrer heutigen Gestalt hat seit ihrem Erlaß 47 teilweise grundlegende Novellen über sich ergehen lassen müssen. Der Kommentar zur *Reichsgewerbeordnung* und zum *Gaststättengesetz*, der von dem (zwischen verstorbenen) Reichsgerichtsrat Ernst Conrad und dem Oberstaatsanwalt bei der Reichsanwaltschaft Johannes Floegel herausgegeben wurde /Berlin, Otto Liebmann/, bringt eine Erläuterung, die nach der juristischen Seite denkbar umfassend ist. Die *Reichsgewerbeordnung* als eines der frühesten sozialpolitischen Gesetze hat auch heute noch für den Sozialpolitiker prinzipielle Bedeutung, so daß Arbeitsrechtler und Gewerkschafter auf diesen Kommentar, in dem die neuellte Rechtsprechung verarbeitet ist, hingewiesen seien.

Die dauernden Änderungen des *Arbeitslosenversicherungsgesetzes* lassen den Strom der Kommentare zu diesem schwierigen Gesetz nicht einsickern.

Nachdem der rührige Stadtrat Rudolf Fischer in der 5. Auflage seines Handkommentars dem ständigen Wandel der Novellen und Notverordnungen zum Arbeitslosenversicherungsgesetz durch eine Loseblattbuchform Rechnung getragen hat, in der die jeweiligen Änderungen durch einfachen Seiten austausch in dem durch ein Schraublytem zusammengebundenen Buch bewerkstelligt werden, haben nun auch die bekannten Kommentatoren Friedrich Syrup, Oskar Weigert, Margarete Ehlert, Bernhard Lehfeldt und Fritz Berndt, die bei der Geburt der deutschen Arbeitslosenversicherung entscheidende Hilfsstellung geleistet haben, ihre neueste Handausgabe auf dieses auswechselbare System eingestellt. Diese Handausgabe zum Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist vom Verlag Reimar Hobbing in Berlin sehr gut und haltbar ausgestattet worden. Der Inhalt des Handbuchs hat sein besonderes Merkmal darin, daß bei jedem Gesetzesparagrafen die grundsätzlichen Entscheidungen des Spruchsenats, die Ausführungsbestimmungen und so weiter vermerkt sind, selbstverständlich jeweils fortgeführt bis zum neuesten Zeitpunkt, gegenwärtig bis zum Stand vom 1. September 1931. Das Handbuch enthält keine eignen Erläuterungen der Herausgeber; die zuverlässig zusammengestellten Texte nehmen einen Raum von mehr als 400 Seiten ein. Obzwar die Verfasser des Werks sich in höchsten amtlichen Stellungen in der deutschen Sozialpolitik befinden, hat ihre Handausgabe natürlich keinen amtlichen Charakter sondern steht in gleicher Reihe mit anderen gleichartigen Werken.

Einen sehr interessanten Versuch das Recht der Sozialversicherung auf einen bedeutenden Wirtschaftszweig, nämlich die Landwirtschaft, zu projizieren macht Theodor Schulte-Holthausen in seinem Buch *Bauer und Sozialversicherung* /Berlin, Paul Parey/. Der in der sozialrechtlichen Literatur sehr bekannte Autor (der übrigens vor kurzem noch Senatspräsident im Reichsversicherungsamt war und neuerdings ins Reichsarbeitsministerium berufen ist, an die Stelle Albert Griesmeyers, der Präsident der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte wurde) stellt die Beziehungen der Landwirtschaft zur Krankenversicherung, zur Unfallversicherung, zur Invalidenversicherung, zur Angestellten- und zur Arbeitslosenversicherung ganz objektiv dar. Rechte und Pflichten der Versicherten, der Arbeitgeber, die Bedeutung der Träger für die Landwirtschaft sind gut herausgearbeitet.

Dieses Handbuch wird seine Leser in den Kreisen finden, die der Titel des Buchs abgrenzt. Je mehr es in das Bauerntum dringt, desto mehr wird sich dort Verständnis für die Sozialversicherung und damit für ihre Notwendigkeit für alle Arbeiter in Stadt und Land finden.

Einen sehr guten Überblick über die Tätigkeit der *Gewerbeaufsicht* bieten die Jahresberichte des Badischen Gewerbeaufsichtsamts und des Badischen Bergamts, die jetzt für das Jahr 1930 vorgelegt werden /Karlsruhe, Macklot/. Trotz der Belchränkung auf einen kleinen Teil des deutschen Wirtschaftsgebiets kommen die wichtigsten Probleme, an deren Lösung die Gewerbeaufsicht arbeitet, recht gut heraus.

Ein im Auftrag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds von Theodor Leipart herausgegebenes Buch über die *40-Stunden-Woche* /Berlin, Verlag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds/ stellt die vorhandenen Untersuchungen über die Probleme des Arbeitsmarkts, des Arbeitsertrags und so weiter in Verbindung mit der 40stündigen Arbeitszeit zusammen. Das Werk ist besonders gelungen, weil die einzelnen Fragen von Sachkennern der Gewerkschaftsbewegung bearbeitet wurden.

Der gewerkschaftliche Standpunkt zur Verkürzung der *Arbeitszeit* ist in einer kleinen Schrift mit gleichem Titel zusammengefaßt, die von Max Weber, einem Züricher Volkswirt, geschrieben ist. Das etwa 30 Seiten starke Heftchen erschien in einer Sammlung gewerkschaftlicher Schriften, die der Schweizerische Gewerkschaftsbund herausgibt /Zürich, Genossenschaftsbuchhandlung/.

Totenliste Am 9. September 1931 starb in München *Lujo Brentano* (siehe die Rundschau Sozialwissenschaften, 1931 II Seite 932). Vor 60 Jahren erschien sein erstes sozialgewerkschaftliches Buch; es führt den Titel *Die Arbeitergilden der Gegenwart*. Seit dieser Zeit war Brentano stets bereit mit seiner ganzen Persönlichkeit sich für wirklichkeitsnahe Ziele eines gleichen sozialen Rechts einzusetzen. Noch in aller Erinnerung ist sein demonstrativer Austritt aus dem Verein für Sozialpolitik vor etwa 2 Jahren, obgleich er selbst zu seinen Begründern gehört hat. Er war keineswegs ein Sozialist, doch ein Streiter für die Gleichberechtigung der Arbeiter, ein Mann, der stets für die Koalitionsidee der Arbeiterklasse eingetreten ist, ein Kämpfer für den Aufstieg der arbeitenden Massen.

Kurze Chronik Vom 7. bis zum 9. Dezember 1931 tagte der Sachverständigenausschuß des *Internationalen Arbeitsamts* zur Beratung über die Arbeitslosigkeit. Deutschland hatte als Arbeitnehmervertreter Hermann Müller, als Regierungsvertreter Friedrich Sitzler entsandt. Der Ausschuß untertrich unter anderm die Notwendigkeit internationaler Übereinkommen über die Arbeitszeit, er tritt für die Beseitigung jeder Überstundenarbeit ein, für die Verkürzung der Arbeitszeit, und in gewissem Sinn auch für das Krümpersystem durch Belegchaftswechsel. ◊ Die Reichsregierung hat eine *Winterhilfsaktion* eingeleitet. Es werden Gutscheine für Fleisch und Kohle an Arbeitslose ausgegeben, die Familienverforger sind. ◊ Unter den Verfuchen zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen gewinnt der Gedanke des *Freiwilligen Arbeitsdienstes* besonders bei den Jugendlichen an Boden. Durch positive Stellung zu der Idee, die zuerst verständlichem Mißtrauen begegnet ist, steigt die Zahl der Maßnahmen, die auf dem Weg des Freiwilligen Arbeitsdienstes Arbeit und Werte schaffen sollen, immer stärker an; für das kommende Frühjahr ist damit zu rechnen, daß die Bewegung Zehntausenden von Arbeitslosen vorübergehend Arbeit bei Fortzahlung der Unterstützung respektive gegen Übernahme des Unterhalts zuzüglich eines Taschengelds ermöglicht. Auch die Jugendlichen der Linken werden sich nicht ausschließen.

Literatur Ein erschütterndes Dokument des Elends, das sich in allen Teilen Deutschlands verbirgt, wo Löhne und Arbeitsbedingungen trotz allen Errungenschaften des letzten Jahrzehnts jeder menschlichen Würde Hohn sprechen, gibt *Alexander Graf Stenbock-Fermors* in seinem Buch *Deutschland von unten* (Stuttgart, J. Engelhorns Nachfolger), in dem er die unmittelbaren Eindrücke aus den deutschen Elendsprovinzen schildert. Eine einzige Anklage gegen Staat und Unternehmertum, die das Hungerelend im Frankwald, in einzelnen Bergrevieren und Heimarbeiterzentren im Thüringerwald, in Schlefien und wo noch überall dulden. Dieses Buch mit seinen den Inhalt wirksam unterstützenden photographischen Aufnahmen rüttelt unfer aller Gewissen auf, es zwingt jeden an seiner Stelle dafür zu sorgen, daß eine Volksbewegung entsteht, die die herrschenden Gewalten zwingt jenen Erniedrigten und Ausgebeuteten ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen.

Kommunalsozialismus / Bruno Neumann

Beims † Am 20. Dezember 1931 starb, an den Folgen eines Unfalls, einer der tüchtigsten Kommunalpolitiker der deutschen Sozialdemokratie, der langjährige Oberbürgermeister Magdeburgs Hermann Beims, in seinem 69. Lebensjahr. Die sozialistische Bewegung verlor einen jener Führer, die sich aus den kümmerlichsten Verhältnissen zu tatkräftigen und charakterfesten Mitarbeitern auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens emporgearbeitet haben. Beims wurde in Haverlah bei Goslar geboren. Er erlernte das Tischlerhandwerk, um dann als Tischlergefelle und später als Hilfsarbeiter im Holzarbeiterverband tätig zu sein. Von 1899 bis 1902 war er Gastwirt und Gemeindeverordneter in Olterode im Harz. Von 1902 ab lebte er in Magdeburg, in den ersten Jahren als Arbeitersekretär, Parteisekretär, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung. Im Jahr 1917 wurde er dort zum unbelobdeten Magistratsmitglied gewählt, am 15. Mai 1919 zum Oberbürgermeister. Dieses Amt hatte er bis zum 15. Mai 1931 inne. Er gehörte außerdem der Verfassunggebenden Nationalversammlung, dem Reichstag von 1920 bis 1924 und seit 1928 an. Seine Hauptwirksamkeit entwickelte Beims auf kommunalpolitischem Gebiet. In Magdeburg hat er führend an dem wirtschaftlichen Aufstieg der Stadt, an ihrer städtebaulichen Entwicklung und an dem Ausbau ihrer sozialen Einrichtungen teilgenommen. Bei dieser Arbeit entwickelte er die Fähigkeiten, die den im öffentlichen Leben Stehenden zum Führer machen: Weitblick, Zähigkeit, Verständnis für die sachlichen Notwendigkeiten und das Vermögen die kleinen Wünsche kleiner Gruppen mit dem Gesamtinteresse zu verbinden. Wegen dieser Eigenschaft hat sich Hermann Beims in allen Kreisen, mit denen er in Berührung kam, die größte Achtung erworben.

Notverordnungen und Kommunen Die Notverordnungen haben den Gemeinden und den Gemeindeverbänden insgesamt 230 Millionen Mark als Reichshilfe zur Verfügung gestellt. Diese Hilfe konnte sich aber nur zum Teil auswirken, weil andere Maßnahmen eine Mehrbelastung von 100 Millionen bewirkten; dazu kamen Steuerausfälle und das weitere Steigen der Wohlfahrtserwerbslosenlasten. Mitte Oktober 1931 mußte deshalb mit einem Fehlbetrag von rund 425 Millionen gerechnet werden. Diese Tatfache veran-

laßte die kommunalen Spitzenverbände Forderungen zu erheben, die durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 erfüllt werden sollten. Die Vierte Notverordnung hat sie nicht erfüllt. Die Reichsregierung stellte sich vielmehr auf den Standpunkt, daß die Sicherung des Reichsetats wichtiger sei als die Vermeidung finanzieller Zusammenbrüche einzelner Gemeinden.

Die Preisenkunftsbestimmungen der Notverordnung bedeuteten dagegen für die Gemeinden das Signal zu weiteren Ausgabekürzungen, insbesondere zu Senkungen der Richtsätze bei der Wohlfahrtsunterstützung. Von dieser Möglichkeit machte man weitgehend Gebrauch, und es ist zu erwarten, daß weitere Kürzungen vorgenommen werden. Zu einem Abbau der öffentlichen Tarife dürfte es im allgemeinen nicht kommen, da die Werktarife heute die Funktion einer indirekten Gemeindesteuer übernommen haben, auf deren Erträge man nicht verzichten kann. Dagegen sind die Verkehrstarife vielfach gelenkt worden. Die Bestimmungen über die Zinsenkung wirken sich örtlich sehr verschieden aus. Die gesamte finanzielle Entlastung für die Gemeinden dürfte 100 Millionen Mark jährlich betragen. Die Einnahmeausfälle, die die Gemeinden als Gläubiger erleiden, fallen demgegenüber weniger ins Gewicht. Die Vorschriften über die Gebäudeentlastungssteuer werden erst vom Rechnungsjahr 1932 ab wirksam. Die Gemeinden erleiden dann aus der generellen Senkung um 20% einen Ausfall, der durch das Mehraufkommen wegen der Ablöfung der Hauszinssteuer ausgeglichen werden soll. Ob das tatsächlich der Fall sein wird, hängt davon ab, ob ein allgemeines Vertrauen in die Endgültigkeit der getroffenen Regelung besteht.

Insgesamt ergeben sich Verbesserungen der Finanzlage aus Gehalts- und Lohnsenkungen, Senkung der Richtsätze bei der Wohlfahrtsunterstützung, Zins- und Preisenkung, sowie aus der Erhöhung der Umlatzsteuer und der Lockerung der Realsteuerperre. Sie werden auf 135 Millionen Mark geschätzt, wozu eine einmalige Mehreinnahme aus der Vorverlegung der Zahlungstermine bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer im Betrag von rund 75 Millionen kommt. Trotzdem ist die Finanzlage der Gemeinden nach wie vor außerordentlich schlecht. Am Ende des Rechnungsjahrs 1931 sind gegen 1929 durch Wohlfahrtslasten, Verzinsung, Steuerausfälle und Rückgänge der Werkeinnahmen insgesamt 2,1 Milliarden Mehrbelastungen entstanden, denen

durch einschneidende Einsparungen (800 Millionen), Befoldungskürzungen (260 Millionen), neue oder erhöhte Steuern (500 Millionen) und durch Reichs- und Länderzuschüsse (250 Millionen) insgesamt nur eine Entlastung von 1,8 Milliarden gegenübersteht. Die Kommunen rechnen also mit einem ungedeckten Defizit von rund 300 Millionen Mark. Viele von ihnen sind nur noch in der Lage Unterstützungen, Löhne und Gehälter auszuführen, während alle anderen Verpflichtungen unerfüllt bleiben. Die sich daraus ergebenden Schädigungen und Reibungen in der Wirtschaft, in der kulturellen und in der sozialen Arbeit führen zu verhängnisvollen Erscheinungen und sind ein Ausdruck des finanziellen Zusammenbruchs, der in vielen Fällen tatsächlich schon eingetreten ist. Die Ernährung der Arbeitslosen und die Sicherung des sozialen Lebens sind aufs stärkste gefährdet. Soweit durch kommunal- und finanzpolitische Maßnahmen überhaupt geholfen werden kann, ist die Neuordnung der gesamten Erwerbslosenunterstützung, die den Gemeinden eine Entlastung bringen muß, eine beschleunigte Durchführung der Umschuldung der kurzfristigen Kredite und die Schaffung eines neuen kommunalen Steuerlystems unerlässlich. Auf diesen 3 Gebieten müssen schnelle und durchgreifende Reformen erfolgen, wenn es nicht weiter bergab gehen soll.

Aber freilich: Die Wurzel des Übels liegt jetzt nicht mehr in der Kommunalpolitik sondern in der Außenpolitik des Reichs. Von der "Geldseite" her (wie der bequeme, verhüllende Ausdruck jetzt lautet) kann die Not der deutschen Wirtschaft nicht beseitigt werden. Nur durch eine produktive Politik, die das nationale Interesse erkennt und keinem nationalistischen Ressentiment nachgibt.

Berlin: Finanzen Über finanzielle Probleme der Stadt Berlin sprach der Berliner Kämmerer Bruno Afch im Kommunalwissenschaftlichen Institut der Universität Berlin. Berlin hatte bereits im Frühjahr 1931 ein Etatsdefizit von rund 130 Millionen Mark. Für die Fehlbeträge im Berliner Haushalt sind nach Afch 3 Gründe ausschlaggebend. An 1. Stelle stehen die Wohlfahrtslasten, die jede ordentliche Finanzgebarung fast unmöglich machen. Berlin hat, nach Breslau, die größte Arbeitslosigkeit, und fast 50% aller unterstützten Erwerbslosen fallen der kommunalen Wohlfahrtspflege zur Last. Dagegen werden im Reichsdurchschnitt nur rund 30% der Erwerbslosen von der Wohlfahrtspflege unter-

halten. Die Ausgaben für die Wohlfahrts-erwerbslosen werden durch den der Stadt zufallenden Anteil am Aufkommen der Einkommensteuer nur zu 35 bis 40% gedeckt. Welche Bedeutung die Unterstützungslasten in der Gegenwart haben, zeigt die Tatsache, daß in früheren Jahren die Wohlfahrtsausgaben der Stadt durch den Anteil an der Einkommensteuer 4- bis 5mal gedeckt werden konnten. Während im Rechnungsjahr 1931 mit einer Durchschnittszahl von 185 000 Wohlfahrts-erwerbslosen gerechnet wurde, werden bei der Etatsaufstellung für 1932 rund 300 000 Wohlfahrts-erwerbslose angenommen. Den Berliner Haushalt bedrohen 2. die Ausfälle respektive Zuschüsse bei der Berliner Verkehrs-gesellschaft. Der Zinsdienst für die beim Ausbau des Verkehrswesens (insbesondere der Untergrundbahn) aufgenommenen Kapitalien erfordert immer wieder die größten Anstrengungen. Hinzu kommen die Einnahmeverminderungen wegen des sehr beträchtlichen Verkehrsrückgangs infolge der Arbeitslosigkeit. Während 1929 rund 1½ Milliarden Personen befördert wurden, waren es 1931 nur noch rund 1 Milliarde. Die Benachteiligung Berlins beim Finanz- und Lastenausgleich stellt eine 3. außerordentliche Belastung der Berliner Finanzen vor. Berlin muß von dem örtlichen Aufkommen aus der Einkommensteuer und aus der Hauszinssteuer Beträge von mehreren Hundert Millionen Mark abführen. Hinzu kommen Benachteiligungen bei der Kraftfahrzeugsteuer und anderes. Bei dieser Sachlage kann Berlin seinen Verpflichtungen nur durch einen starken Ausgabenabbau auf allen Gebieten nachkommen. Aber auch diesem Abbau sind Grenzen gesetzt, so daß zur Vermeidung des finanziellen Zusammenbruchs eine Änderung des Finanz- und Lastenausgleichs, ferner die Schaffung einer einheitlichen Reichsarbeitslosenfürsorge und damit die Entlastung von den Wohlfahrtsausgaben unaufschiebbar ist. Der Berliner Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine Nachweisung der von der Stadt aufgewendeten Kosten an Aufwandsentschädigungen, Diäten und Fahrgeldern für die Stadt- und Bezirksverordneten und die Wohlfahrtskommissions- und Bezirksvorsteher zugehen lassen. Diese Denkschrift gibt Aufschluß über die persönlichen Unkosten, die mit dem Berliner Parlamentarismus in der Zentrale und in den 20 Bezirken verbunden sind. Rund 1,3 Millionen Mark muß die Stadt Berlin in jedem Jahr für die "ehrenamtlich" tätigen Bürger aufwenden. Den größten Teil beanspruchen

die Wohlfahrtskommissionsvorsteher mit 435 000 Mark; auf die Bezirksvorsteher entfallen 259 000 Mark. Der eigentliche parlamentarische Betrieb der Stadt Berlin erfordert für die Stadtverordneten- und Bezirksverordneten-sitzungen jährlich 205 000 Mark an Sitzungsgeldern. Dazu kommen weitere 116 000 Mark für die Ausschuss- und Deputationsberatungen. Die Stadtverordneten beziehen allein jährlich über 137 000 Mark für die Teilnahme an den Sitzungen, 20 750 Mark für die Beratungen in den Ausschüssen und 70 000 Mark für Freifahrtkarten der Berliner Verkehrsaktiengesellschaft, so daß die Berliner Stadtverordnetenversammlung die Stadtkasse jährlich fast 230 000 Mark kostet, das sind rund 1000 Mark für jeden Stadtverordneten.

Totenliste Am 16. Mai 1931 starb in Berlin der frühere Obermagistratsrat *Heinrich Meyer*, im Alter von 71 Jahren. Er hatte in Heidelberg, Straßburg und Berlin studiert, wurde 1892 von Robert Zelle in die Berliner Kommunalverwaltung als Magistratsassessor berufen. Dort war er viele Jahre in der Gewerbedeputation tätig, namentlich als Kommissar für die Invalidenversicherung. 1904 wurde er deshalb von Pofadowsky mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs über die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden betraut. Sein Entwurf bildete später die Grundlage für die entsprechenden Vorschriften in der Reichsversicherungsordnung. Nachdem diese in Kraft getreten war, wurde Meyer Direktor des neu eingerichteten Versicherungsamts der Stadt Berlin. Einige Jahre später machte der Berliner Oberbürgermeister Adolf Wermuth ihn zum Obermagistratsrat. Im Jahr 1925 wurde er pensioniert und dann von Heinrich Brauns in das Reichsversicherungsgericht berufen, wo er bis zum Beginn des Jahres 1931 tätig war.

Kurze Chronik Die Reinüberschüsse aus den Erträgen des *kommunalen Erwerbsvermögens* nehmen in Deutschland seit 1928 dauernd ab. Während sie im Jahr 1928 620 Millionen Mark betragen, werden sie für 1930 mit 590 und für 1931 mit 555 Millionen veranschlagt. Wahrscheinlich werden die tatsächlichen Überschüsse diese Beträge nicht erreichen, da sich die Wirtschaftsschrumpfung auch in der öffentlichen Wirtschaft stärker auswirken dürfte. ◊ Am 19. Oktober 1931 besuchte der Präsident des Pariser Stadtrats François Latour zusammen mit dem Pariser Stadt-

ratsvizepräsidenten René Failliot und dem Kabinettschef René Weiss Berlin, um verschiedene Berliner Einrichtungen zu belichtigen. Sie wurden von dem Oberbürgermeister Heinrich Salm, dem Stadtverordnetenvorsteher Johannes Haß und anderen Stadtvertretern in das Kraftwerk Klingenberg und in das Pergamonmuseum geführt, waren dann bei dem preußischen Innenminister Carl Severing zu Gast und besuchten schließlich eine (künstlerisch hervorragende) Aufführung der Boheme in der Städtischen Oper. Solche Fühlung zwischen *Frankreich und Deutschland* könnte grade auch auf dem kommunalen Gebiet sehr fruchtbar werden; nur müßte sie Teil eines Ganzen der Politik sein, wovon augenblicklich weniger als je gesprochen werden kann. \diamond Der Privatdozent an der Universität Frankfurt Ernst Kahn erhielt dort einen *Lehrauftrag für Wohnungswesen*, auch wurde ihm die Leitung der Forschungsstelle für Wohnungswesen übertragen, die in Verbindung mit der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät ins Leben gerufen worden war.

Literatur Über die Entwicklung der kommunalen Elektrizitätswerke und ihre Stellung zu den Expansionsbestrebungen der Großkraftwerke schrieb *Kurt Wendland* eine Dissertation, die von aktuellem Interesse ist (Nowawes, Brönnert). Der Kampf gegen die wirtschaftliche Tätigkeit der öffentlichen Hand geht heute besonders um die kommunalen Elektrizitätswerke, auf die privatwirtschaftliche Interessenten einen maßgebenden Einfluß zu gewinnen suchen. Diese Tendenz konnte sich in der letzten Zeit wegen der Finanznot der Gemeinden verschiedentlich durchsetzen. Die Frage, ob es nur an der augenblicklichen Finanzlage der Gemeinden liegt, oder ob dabei andere Elemente mitspielen, versucht Wendland zu beantworten, wobei er auf die größeren organisatorischen und technischen Möglichkeiten der privaten Unternehmungen hinweist. Deshalb bezweifelt er, ob die Selbständigkeit der kommunalen Betriebe auf die Dauer aufrechterhalten werden kann. Diese Forderung erscheint nicht beweiskräftig. Die Gemeinden werden sich in Zukunft, sobald sie wieder ein wenig Luft haben, zu wehren willen. \diamond In seiner Schrift *Zur Neuordnung des Haushaltsrechts in den preußischen Großstädten* (Berlin, Carl Heymann) gibt *Hans Trumpler* einen Überblick über die jetzt zur Diskussion stehenden Reformpläne des kommunalen Haushaltsrechts.

Genossenschaftsbewegung / Erwin Hallermann

Stein †

Die deutsche Genossenschaftsbewegung, vornehmlich des Bürgertums, verlor am 5. Februar durch den Tod Philipp Steins, der in seinem 64. Lebensjahr stand, eine ihrer stärksten Persönlichkeiten. 7 Jahre lang war er als Nachfolger Hermann Schulze-Delitzchs und Hans Crügers Anwalt des Deutschen Genossenschaftsverbands, der Zentralorganisation der deutschen gewerblichen Genossenschaftsbewegung. Er führte die gewerblichen Genossenschaften in der schweren Nachinflationszeit, in der Zeit der Scheinblüte und der Zeit der Krise, in Zeiten, in denen das Kreditgenossenschaftswesen wiederaufgebaut, die Handwerker-genossenschaften neu organisiert und rationalisiert wurden. Scharfer Blick für die Zeitnotwendigkeiten, klares Wissen um Weg und Ziel der Genossenschaften und umfassende Allgemeinkenntnisse zeichneten ihn neben seiner menschlichen Größe und seltenen Fähigkeit als Führer aus. Sein Rat war wegweisend für die ihm anvertrauten Genossenschaften und hat sie vor manchem Schaden bewahrt. Auch für die Genossenschaften der Bauern und der Arbeiter, so für die Konsumgenossenschaften, ist Stein mit Wärme eingetreten. Wohl war ihm Hilfe für den unabhängigen Bürger Ziel, niemals aber trieb er engstirnige Mittelstandspolitik im Genossenschaftswesen. Stein hat seit 1901 in seiner Geburtsstadt Frankfurt doziert, zuerst an der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften, dann an der Universität, seit 1919 als Honorarprofessor. Genossenschaftswesen und Sozialpolitik waren seine Lehrfächer. Im Krieg hatte er an verantwortlicher Stelle in verschiedenen Organisationen der Lebensmittelverföhrung mitgewirkt. Oft hat er auf Genossenschaftstagen gesprochen und immer große Anerkennung gefunden. Am 7. Februar 1925 wurde er einstimmig zum Anwalt des Deutschen Genossenschaftsverbands gewählt. Als solcher leitete er auch die Blätter für Genossenschaftswesen, in denen er zu allen Fragen des gewerblichen Genossenschaftswesens und zu allgemeinen Problemen gründlich und fachkundig Stellung nahm.

Deutschland Die Krise erschwert Neugründungen und zerstört schwach gegründete Unternehmungen in großer Zahl, auch in der Genossenschaftsbewegung. Die Entwicklung des Genossenschaftsbestands im

Jahr 1931 zeigt diese Wirkungen der Krise. Die Gesamtzahl der deutschen Genossenschaften verminderte sich im Jahr 1931 um 476 (eine Rekordzahl); im Jahr 1930 waren es nur 56 gewesen. Die Anzahl der Genossenschaftskonkurse stieg von 145 im Jahr 1930 (1929 94) auf 187 im Jahr 1931. Insgesamt wurden im Jahr 1931 1193 Genossenschaften neugegründet (im Jahr 1930 1466, im Jahr 1929 1685), und 1669 aufgelöst (1930 1522, 1929 1274). Die Anzahl der Auflösungen nimmt also seit der Entfaltung der Krise etwa in gleichem Maß zu, wie die der Neugründungen abnimmt. Die einzelnen Genossenschaftsgruppen hatten am 1. Januar 1932 folgenden Bestand:

Kreditgenossenschaften (städtische und ländliche)	21 880
Landwirtschaftliche Genossenschaften	18 800
Handwerker-genossenschaften	1 726
Produktivgenossenschaften (gewerbliche)	558
Produktivgenossenschaften der Arbeiter	164
Einkaufsgenossenschaften der Händler	1 296
Konsumgenossenschaften	1 695
Baugenossenschaften	3 939
Sonstige Genossenschaften	2 270

Die Veränderung in den einzelnen Gruppen, die 1931 vor sich ging, ergibt sich, wenn man diesen Bestand mit dem am 1. Januar 1931 (siehe diese Rundschau, 1931 I Seite 375) vergleicht.

In der Wirtschaftskrise haben sich die deutschen Genossenschaften in allen Zweigen bisher widerstandsfähig gezeigt. Die Konsumgenossenschaften haben zwar überall mehr oder minder große Umlatzrückgänge aufzuweisen, doch kann, entgegen falschen, kritiklos an den Durchschnittsumsatzzahlen pro Mitglied orientierten Preßmeldungen, festgestellt werden, daß der Umlatzrückgang keineswegs den allgemeinen Umlatzrückgang übersteigt, obgleich die Mitgliedschaft vieler Konsumvereine außerordentlich viele Arbeitslose umfaßt und auch sonst naturgemäß stark in ihrer Kaufkraft geschwächt ist. Die Finanzverhältnisse der Konsumgenossenschaften sind durchaus gesund, so daß bisher kein großer Konsumverein in ernste Schwierigkeiten geraten ist, wenn man einmal von dem weniger durch die Krise als durch geschäftliche und politische Mißwirtschaft zugrunde gerichteten Hallenser Konsumverein abliest. Daß auch die Werbekraft der Konsumgenossenschaftsidee trotz Krise und verschärftem Kampf gegen die Konsumgenossenschaften (die Hetze der Nationalsozialisten im Kampf gegen die Konsumgenossenschaften hat an Maßlosigkeit und Unanständigkeit alles bisher Gewohnte weit übertroffen) noch

ihre Anziehungskraft ausübt, beweisen die Erfolge der konsumgenossenschaftlichen Werbeweche des Zentralverbands Deutscher Konsumvereine vom 8. bis zum 15. November 1931. In dieser einen Woche haben die 424 berichtenden Konsumvereine allein fast 35 000 neue Mitglieder gewonnen. Der Reichsverband Deutscher Konsumvereine, der im Sommer eine Werbeweche durchführte, meldet ähnliche Ergebnisse. Der Stillstand in der wirtschaftlichen Entwicklung darf also nicht zu dem Schluß verleiten, daß die Bewegung stagniere.

Auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die jetzt zu etwa 88% im Reichsverband der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften Raiffeisen zusammengefaßt sind, haben sich in der Krise relativ gut gehalten. Die steigende Kreditbedürftigkeit der Landwirtschaft führte zwar zu einer sehr starken Beanspruchung der ländlichen Spar- und Darlehnskassen und, da kein entsprechendes Wachstum der Spareinlagen eintrat und eintreten konnte, zu einer starken Verschuldung der Genossenschaften bei ihren Zentralkassen. Trotzdem wurden die Zeiten der akuten Finanzkrise und der dauernden Beunruhigungen relativ gut überwunden, und im großen und ganzen aus eigener Kraft. Um das auch in Zukunft zu können, wird man allerdings auf vorichtigste Kreditpolitik und ängstliche Wahrung der Liquidität achten müssen. Die übrigen landwirtschaftlichen Genossenschaften, Absatz-, Bezugs-, Molkereigenossenschaften und so weiter, wurden freilich stark von der landwirtschaftlichen Krise in ihrer Wirksamkeit und Entwicklung gehemmt.

Die gewerblichen Genossenschaften haben sich mit einigen Ausnahmen (wie der Darmstädter Volksbank) bisher recht gut gehalten. Allerdings harret das Problem der Vereinheitlichung des zentralen Kreditwesens der gewerblichen Genossenschaften noch immer der Lösung.

Zentralverband Deutscher Konsumvereine In den Entwicklungszahlen der Kalenderjahrstatistik des Zentralverbands Deutscher Konsumvereine für 1931 spiegelt sich die allgemeine Wirtschaftskrise wider. Die Mitgliederzahl blieb stabil, die Säuberung des Mitgliederbestands von Nichtkäufern wurde durch Erfolge in der Werbung wettgemacht, der Umsatz verringerte sich um 13,5% (dieser Prozentsatz dürfte unter dem des allgemeinen Umlatzrückgangs liegen), der Durchschnittsumsatz pro Mitglied fiel, ein sinnfälliger Ausdruck der Kaufkraftschwä-

chung, von 397 auf 347 Mark. Die eigenen Betriebsmittel wuchsen etwas an, während die Spareinlagen sich beträchtlich, um mehr als 20% des gesamten Bestands, verminderten. Die wichtigsten Zahlen für 1931 und 1930 seien hier gegenübergestellt: Im Jahr 1931 betrug die Anzahl der berichtenden Genossenschaften 952 (1930 958), die Anzahl der Mitglieder 3 020 730 (3 050 431), der Umsatz 1 047 500 000 (1 212 000 000) Mark, der Wert der Geschäftsguthaben 71 508 000 (57 296 000) Mark, der der Rücklagen 68 365 000 (64 871 000) Mark, der Spareinlagen 318 860 000 (406 362 000) Mark, der Umsatz der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine 428 420 000 (495 257 000) Mark, davon aus Eigenproduktion 145 327 000 (137 620 000) Mark.

England

Über die britische Genossenschaftsbewegung im Jahr 1930 berichtet People's Year-Book 1932. Die britischen Konsumgenossenschaften haben trotz Krise, trotz Preiszusammenbrüchen und Kaufkraftschrumpfung ihre Aufwärtsentwicklung fortsetzen können, wenn auch in etwas verlangsamtem Tempo. Die Anzahl der Genossenschaften hat sich durch Verschmelzungen vermindert, sie betrug Ende 1930 1210. Die Anzahl der Mitglieder stieg von 6 169 000 auf 6 403 000, das sind 13% der Bevölkerung Großbritanniens. Da es sich hier um Familien handelt, kann man annehmen, daß heute mehr als die Hälfte der Bevölkerung Großbritanniens konsumgenossenschaftlich organisiert ist; ein Beweis sowohl für die Werbekraft der Idee als auch für die wirtschaftliche Leistung der Genossenschaften und ihrer Zentralen. Der Umsatz stieg wertmäßig von 216 967 000 auf 217 318 000 Pfund Sterling; mengenmäßig ist die Steigerung weitaus größer, da die Kleinhandelspreise beträchtlich gesunken sind. Auch die Finanzkraft der englischen Konsumgenossenschaftsbewegung hat sich trotz der Krise verstärkt. Die Gesamtsumme des Anteil- und Leihkapitals vermehrte sich von 127,72 auf 135,93 Millionen Pfund Sterling. Der Reinüberschuß stieg von 26,13 auf 26,94 Millionen Pfund Sterling.

Nicht so günstig wie die Konsumgenossenschaften haben sich die Großeinkaufsgesellschaften entwickelt. Sowohl Umsätze als auch Reinüberschüsse der englischen, ebenso der schottischen und der englisch-schottischen Großeinkaufsgesellschaft sind zurückgegangen. Bei der englischen Großeinkaufsgesellschaft sank der Umsatz von 90 auf 85,87, bei der

schottischen von 18,35 auf 17,69, bei der englisch-schottischen von 8,65 auf 7,72 Millionen Pfund Sterling. Die 3 Großeinkaufsgesellschaften beschäftigten Ende 1930 rund 54 000 Menschen, ungerechnet die nichtweißen Arbeiter in den überseeischen Betrieben (meist Teeplantagen). Die britische Genossenschaftsbewegung (die mit der Konsumgenossenschaftsbewegung ungefähr identisch ist, denn die wenigen und unbedeutenden Produktivgenossenschaften fallen kaum ins Gewicht) gab Ende 1930 mehr als $\frac{1}{4}$ Million, nämlich 257 500 Menschen Arbeit. Im Jahr 1930 hat sich die Zahl der in der genossenschaftlichen Eigenproduktion Beschäftigten um 7% erhöht. Der vergenossenschaftete Teil der britischen Volkswirtschaft wächst also trotz Krise, die genossenschaftliche Gemeinwirtschaft ist heute schon eine der ersten wirtschaftlichen Großmächte Englands.

Welche Reserven die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung noch hat, zeigt die folgende Gegenüberstellung der deutschen und der englischen Bewegung: In Deutschland gab es im Jahr 1930 bei 62,4 Millionen Einwohnern 3 843 000 Konsumgenossenschaftsmitglieder mit einem Gesamtumsatz von 1413 Millionen Mark und einem Durchschnittsumsatz pro Mitglied von 397 Mark im Zentralverband und 258 Mark im Reichsverband. In England gab es bei 44 Millionen Einwohnern 6 403 000 Genossenschafter mit einem Gesamtumsatz von 4346 Millionen Mark und einem Durchschnittsumsatz pro Mitglied von 679 Mark. England hat also nur gut $\frac{2}{3}$ der Einwohner Deutschlands, aber um etwa 67% Konsumgenossenschafter mehr und einen mehr als 3mal so großen Umsatz der Genossenschaften.

Totenliste

Am 17. April 1931 starb in Mainz, an den Folgen eines Unfalls, der Geschäftsführer der Mainzer Spar-, Konsum- und Produktivgenossenschaft *Josef Bauer*, in seinem 57. Lebensjahr. Er war von Beruf Kaufmann, setzte sich mit der Gründung der Mainzer Konsumgenossenschaft aktiv für den Genossenschaftsgedanken ein. 1901 wurde er ehrenamtliches Vorstandsmitglied der Genossenschaft, 1902 beförderter Kassierer und 1908 Geschäftsführer. Er gehörte dem Aufsichtsrat Südwestdeutscher Konsumvereine, dem Generalrat des Zentralverbands und dem Aufsichtsrat der Großeinkaufsgesellschaft an. Auch in der Arbeiterbewegung seiner Heimatstadt war Bauer an führender Stelle tätig, als Stellvertretender Bürgermeister und Landtagsabgeordneter.

Am 3. Mai starb der Sekretär des Reichsverbandes Deutscher Konsumvereine *Karl Hölterhoff*, im Alter von 28 Jahren, infolge eines Herzschlags. Er war zuerst Sekretär der Evangelischen Arbeitervereine in Duisburg und Aufsichtsratsmitglied der Konsumgenossenschaft Selbsthilfe in Mülheim, bis er Sekretär des Reichsverbandes wurde, dem er als sehr aktiver Mitarbeiter gedient hat.

Am 9. Juli starb, im Alter von 59 Jahren, der Verbandsdirektor *Carl Penther* in Landsberg an der Warthe. Er hat mehr als 32 Jahre in der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung der Ostmark gestanden; 20 Jahre lang war er an der Spitze des Verbands der Landwirtschaftlichen Genossenschaften für die Provinz Posen. Nach dem Zusammenbruch gründete und leitete er den Verband der Landwirtschaftlichen Genossenschaften der Grenzmark Posen-Westpreußen. Nach dem Zusammenschluß der Verbände in der Spitze trat er mit Energie für die Vereinheitlichung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in der Grenzmark ein, deren Gelingen vor allem sein Verdienst ist.

Kurze Chronik Die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 sieht die Bereitstellung eines Fonds von 20 Millionen Mark für die *Rationalisierung des gewerblichen Genossenschaftswesens* vor. Preußenkasse und Genossenschaftsabteilung der Dresdner Bank sollen, je zur Hälfte, an diesem Fonds beteiligt werden, der die genossenschaftliche Zusammenfassung dort, wo mehrere Genossenschaften am gleichen Ort bestehen, fördern und gefährdete, aber an sich lebensfähige und wichtige Genossenschaften erhalten und rentabel machen soll. ◊ Die schwedische Großeinkaufsgesellschaft hat ihre *Superphosphatfabrik* für 5 Jahre an den Reichsverband Schwedischer Landwirte verpachtet, der für die Großeinkaufsgesellschaft Düngemittel liefern wird. ◊ Die Wahlen zum Genossenschaftsrat des *Baseler Konsumvereins*, die Ende 1931 stattfanden, ergaben für die bürgerlich-neutrale Liste 74 (gegen 69), für die sozialdemokratische Liste 39 (gegen 34) und für die "kommunistische" Liste 22 (gegen 31) Mandate. Der vorbildliche Baseler Konsumverein ist der weitaus stärkste Konsumverein der Schweiz. Er umfaßt den größten Teil der Bevölkerung und gebietet über einen sehr festgefühten wirtschaftlichen Apparat. ◊ Der *Londoner Konsumverein* zählte Ende 1931 429 000 Mitglieder, etwa 35 000

mehr als Ende 1930, sein Umsatz erreichte 9 842 000 Pfund Sterling; im Jahr 1925 betrug er noch 3 494 000 Pfund Sterling, bei einer Mitgliederzahl von 141 000. ◊ Zusammen mit dem 75. Geburtstag Edouard Anseeles (siehe die Rundschau Sozialistische Bewegung, in diesem Band Seite 72) feierte man in *Belgien* das 50jährige Bestehen des Vooruit, der von ihm gegründeten vorbildlichen Genet Konsumgenossenschaft. Auf Anseele geht die besondere Gestalt der belgischen Konsumgenossenschaftsbewegung zurück, die organische Verbindung der Konsumgenossenschaften mit den übrigen Sparten der Arbeiterbewegung, die aus den besonderen belgischen Verhältnissen resultiert. L'Avenir Social, die von Camille Huysmans redigierte Monatschrift der belgischen Arbeiterbewegung, schrieb über Anseeles Werk: »Le coup de génie d'Anseele, ce fut de substituer à cette coopération neutraliste, qui vivait assez péniblement, sans perspectives et sans larges vues d'avenir, une chose absolument nouvelle; la coopération socialiste, dont le Vooruit devait être la première réalisation.«

Literatur 17 Jahre Handelsgesellschaft Produktion, die Geschichte eines umtrittenen konsumgenossenschaftlichen Experiments, betitelt sich eine von der Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg herausgegebene Schrift *Ferdinand Vieths*. Der Verfasser ist Sekretär des Verbandes Nordwestdeutscher Konsumvereine, er hat die Geschichte der hamburgischen Konsumgenossenschaft Produktion miterlebt und in verantwortlicher Stellung mitgestaltet. Seine Chronik will aber weder eine Apologie noch eine Anklage sein sondern Darstellung der Geschehnisse und Materialsammlung. Als solche ist sie lückenlos. Wer ein ebenso wichtiges wie interessantes Stück genossenschaftlicher Geschichte studieren will, der greife zu diesem Buch, es wird ihm Aufschlüsse und Einsichten geben. ◊ In seiner Dissertation Die Rechtsformen der Zentralgenossenschaften /Hamburg, Selbstverlag/ hat sich *Harry Böttlein* die Aufgabe gestellt das »lebendige Recht« der Zentralgenossenschaften zu erforschen. Die Unterfuchung, deren Lektüre auch dem Nichtjuristen viel Interessantes bietet, gibt Einblick in die mannigfachen Beziehungen zwischen wirtschaftlichem Wesen und Rechtsform der Zentralgenossenschaften, in ihre Wechselwirkungen und in deren vielfach noch ungeklärte juristische Probleme.

Frauenbewegung / Meta Corssen

Pazifismus Seit Monaten entfalten die großen Frauenverbände im Hinblick auf die Abrüstungskonferenz eine lebhaft propagandistische Friedensgedanken. Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit sammelte Unterschriften für eine in 17 Sprachen verfaßte Kundgebung an die Regierungen, die zu energiegelichen Maßnahmen für die Verwirklichung der vollständigen Abrüstung aller Völker aufgefordert werden. Der Weltfriedensbund der Mütter und Erzieherinnen verbreitet eine Botchaft seiner Französischen Sektion, in der eine französische Mutter die deutschen Mütter zu gemeinsamer Bekämpfung des Krieges aufruft. Der Bund Deutscher Frauenvereine beschloß auf seiner Leipziger Generalversammlung sich einer allgemeinen Petition an die Abrüstungskonferenz, in der durchgreifende Herabsetzung der Rüstungen gefordert wird, anzuschließen, allerdings unter dem Vorbehalt, daß die Verhandlungen von dem Grundsatz unbedingter Rechtsgleichheit zwischen den bereits abgerüsteten und den anderen Nationen ausgehen, und daß sie den Konventionsentwurf der Vorbereitenden Abrüstungskommission als ungeeignet betrachten. Also die offizielle deutsche These, die von den Frauen übernommen wird. Alle diese Kundgebungen zeigen wohl den ehrlichen Willen der Frauen zur Überwindung des Krieges zu gelangen, zeigen aber auch gleichzeitig dadurch, daß jede einzelne, sei es auch mehr oder weniger verhüllt, den Standpunkt ihres Landes vertritt, wie groß die Schwierigkeiten und die Gegenläufe sind, die diesem Ziel im Weg stehen. In der Kundgebung des Bundes wie in verschiedenen Aufsätzen, in denen Gertrud Bäumer in der Frau die Abrüstungsfrage behandelt, kommt das sehr deutlich zum Ausdruck. Bäumer sagt, daß es eine unabwendbare geschichtliche Pflicht der Frau sei in diesem Augenblick sich ganz für die Abschaffung des Krieges einzusetzen, der mit dem Frauenstimmrecht, mit der politischen Mitverantwortung der Frauen unvereinbar sei. Aber es genügt doch nicht, daß die Frauen ihre Friedensbereitschaft demonstrieren. Der Wille praktisch zu einer Überwindung des Krieges zu gelangen müßte dazu führen auch den Standpunkt der anderen Nationen, insbesondere den Frankreichs, unvoreingenommen zu prüfen. Statt dessen wird die französische These »Erfst Sicherheit, dann Abrüstung« ohne weiteres abgelehnt, die englisch-amerikanische »Durch

Abrüstung zur Sicherheit« angenommen. Und doch ist der erstgezeichnete Weg praktisch allein gangbar. Denn was kann es helfen die Kriegsinstrumente zu beseitigen, wenn nicht der Wille zum Krieg beseitigt ist? Sie sind ja in jedem Augenblick wiederherzustellen. Vielleicht glauben Bäumer und ihre Anhängerinnen, wenn sie die angelfächliche Formel wählen, daß sich in der Abrüstung und der Abrüstungsforderung der Wille zum Frieden ausdrücke. Daß dies nicht ohne weiteres angenommen werden kann, zeigt schon die Haltung der rechtsstehenden Verbände innerhalb des Bundes Deutscher Frauenvereine, die auf der Leipziger Verammlung hervortrat, und mit der Bäumer sich im Dezember 1931 in der Frau auseinandersetzte. Sie bezeichnete es dort als einen »sehr unfrommen Betrug« sich dem internationalen Frauenchor der Abrüstung mit dem Hintergedanken anzuschließen, daß sich durch die Abrüstung der anderen die Aussichten für einen deutschen Krieg günstiger gestalten. Die Sicherheit, die eine Abrüstung ermöglicht, ist nur durch die deutsch-französische Verständigung und den kontinentaleuropäischen Zusammenschluß zu erreichen. Es ist klar, daß in einem Vereinigten Europäischen Kontinent die Frage der Rüstungsungleichheit ein ganz anderes Gesicht erhält, und der deutsche Anspruch auf Gleichberechtigung mit einer ganz andern Aussicht auf Erfolg geltend gemacht werden kann. Auf die moralische Voraussetzung der Abrüstung, die innere Annäherung der Völker, muß das größte Gewicht gelegt werden, und hier liegt vor allem die Aufgabe der Frauen. In der Christlichen Frau erschien im November 1930 ein Aufsatz Elfe Hocks' Die Aufgabe der Frauen im Ringen um den Frieden. Dort wurde mit Recht betont, daß die Naturtatsache der Mütterlichkeit die Frau noch keineswegs für die Herbeiführung des Völkerfriedens prädestiniere, sie führe ebenso oft zur Bejahung des Krieges. Aber die Frau könne ihre schon in der Familie geübte Fähigkeit des Verstehens und Ausgleichens in den Dienst der Annäherung zwischen den Nationen stellen.

Nationalismus Unerläßlich wird es dabei sein, daß die Frauen, die wirklich zu neuen Lebensformen vordringen wollen, die klare Trennung von einem Nationalismus vollziehen, der das Heil in der Abschließung des eignen Volks von den anderen Völkern oder gar in einer rassenmäßigen Verengung des Nationsbegriffs erblickt. Hier

Brücken schlagen und eine gemeinsame Frauenfront herstellen zu wollen kann zu nichts führen, weil der sachliche Gegensatz auch grade im Hinblick auf die Aufgabe der Frau im politischen Leben unüberbrückbar ist. Eine Ausprache wie die zwischen Lenore Kühn und Dorothea von Velfen in der Frau zeigte das im Februar 1931 ganz klar. Kühn bekennt sich hier zu nationalsozialistischen Anschauungen und sucht zu beweisen, daß die Frauen, die den Nationalsozialismus unterstützen, damit keineswegs ihr staatsbürgerliches Bewußtsein verleugnen sondern es im Gegenteil durch Zurückstellung ihrer besonderen Interessen bewußt deutlich bekennen. Es konnte ihr darauf wohl mit Recht entgegnet werden, daß dies in einzelnen Fällen zutreffen mag, daß aber im allgemeinen die Frauen grade deshalb dem Nationalsozialismus zustimmen, weil er sie von unbequemer Verantwortung entlastet, an geheime Wünsche nach Unterordnung und Geborgenheit appelliert. Im übrigen zeigte die Auseinandersetzung, daß eine Verständigung hier tatsächlich unmöglich ist, und daß die auf das gleiche nationale Verpflichtungsgefühl begründete letzte Zusammengehörigkeit, von der Gertrud Bäumer in der Einleitung der Diskussion sprach, praktisch jedenfalls nicht in die Erscheinung treten kann. Vielmehr ist es so, daß grade das nationale Verpflichtungsgefühl die Frauen, die an der Umgestaltung der Welt und insbesondere an der Beseitigung des Krieges mitwirken wollen, zu einer Handlungsweise treiben muß, die der nationalitätlich orientierter Frauen ganz entgegengesetzt ist.

Gewerkschaftliche Organisation

Die Befreiung der arbeitenden Frau, ihr Aufstieg zur Gleichstellung mit dem Mann liegt auf dem Weg gewerkschaftlicher Organisation und lebendiger gewerkschaftlicher Mitarbeit. Leider ist in den letzten Jahren, wie in der Gewerkschaftszeitung vom 7. März 1931 ausgeführt wurde, die Mitgliederzahl der Frauen in den Freien Gewerkschaften in Deutschland prozentual zurückgegangen, und zwar seit 1924 von 19% auf 14,2% im Jahr 1930. Im Jahr 1929 ist die Gesamtmitgliedschaft in den Verbänden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds um 80 000 gewachsen, während die weibliche Mitgliedschaft sich um 20 000 vermindert hat. In 6 Verbänden ist der Prozentsatz der Frauen gestiegen, in 9 gesunken, meist allerdings betragen die Schwankungen weniger als 1%. Am 31. Dezember 1930 betrug die

Anzahl der weiblichen Mitglieder in den Gewerkschaften 669 285; sie hat gegen das Vorjahr um 49 322 abgenommen. Die Veränderungen der weiblichen Mitgliedschaft in den Gewerkschaften entsprechen vielfach dem Ab- und Zunehmen der Frauenarbeit in den verschiedenen Berufen, doch liegt darüber nur vereinzelt Material vor. Im allgemeinen nimmt man an, daß die Frauenarbeit infolge der Rationalisierung zugenommen hat; so berichtet Käthe Gaebel, die Leiterin des Frauenberufsamts des Bundes Deutscher Frauenvereine, in dem Nachrichtenblatt des Bundes. Im Jahr 1930 hat sich nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbehörden die Zahl der Arbeiterinnen prozentual weniger vermindert als die der Arbeiter, die Zahl der Angestellten hat in manchen Gewerben sogar zugenommen. Aber es wirken sich, wie im Jahrbuch des Textilarbeiterverbands ausgeführt wird, alle Krisen auf dem Arbeitsmarkt bei den Frauen stärker aus, weil sie ihre Bindung an die Gewerkschaft mehr von Augenblickserfolgen abhängig machen. Die Verbände bemühen sich, wie ihre Jahrbücher berichten, die Frauen stärker zur gewerkschaftlichen Mitarbeit heranzuziehen. In den Betriebsräten ist die Anzahl der Frauen sehr gering, sie steht in starkem Mißverhältnis zu ihrer Zahl in den Gewerkschaften wie in den Betrieben. So berichtet der Textilarbeiterverband, daß in den Betriebsräten etwa 30% der Mitglieder Frauen sind, während der Verband 57,5% weibliche Mitglieder hat, und aus der Erhebung des Metallarbeiterverbands über die Frauenarbeit in der Metallindustrie geht hervor, daß in 2748 Betrieben mit 784 562 Arbeitern der Anteil der Frauen an den Betriebsräten meist weniger als $\frac{1}{3}$ ihres Anteils an der Belegschaft betrug. Die Verbände betonen in ihren Jahrbüchern, daß sich die Mitarbeit der Frauen in den letzten Jahren zwar nicht quantitativ, wohl aber qualitativ gehoben habe, und daß sich die Frauen mit großem Eifer an den Bildungsveranstaltungen der Gewerkschaften beteiligen. Ein Artikel Susanne Pflugbeils in der Gewerkschaftlichen Frauenzeitung vom 15. August 1930 ließ allerdings erkennen, daß die Frauen bei ihrem Bestreben stärker an der Gewerkschaftsarbeit teilzunehmen keineswegs immer auf Verständnis und Förderung seitens der männlichen Kollegen stoßen. Man fordert deshalb jetzt, daß gesonderte Arbeiterinnenabteilungen zur Förderung der Propaganda eingerichtet werden, wie es in Dresden im Metallarbeiterverband

geschehen ist; dort gelang es in einem Jahr die Zahl der weiblichen Betriebsratsmitglieder von 45 auf 75 zu steigern. Eine Sonderstellung der Frauen innerhalb der Gewerkschaften wird zwar grundsätzlich abgelehnt, aber eine besondere Schulung scheint für den Anfang doch notwendig.

Auf dem Gewerkschaftskongreß des Jahres 1931 wurden verschiedentlich Fragen der Frauenberufsarbeit behandelt, und 12 weibliche Delegierte, eine größere Zahl als auf früheren Kongressen, nahmen an den Verhandlungen teil. Ein Antrag des Metallarbeiterverbands das Thema Frauenarbeit und Gewerkschaften auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses zu setzen wurde einstimmig angenommen.

Veranstaltungen In den Pfingsttagen 1931, am 24. und 25. Mai, fand in Stuttgart die 21. Tagung des *Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins* statt, die mit einer Gedenkfeier für Helene Lange eröffnet wurde. Man sprach dann über die Erziehung der Frau zum Völkerbundsgedanken; ein Jugendabend war der Frage nach Inhalt und Formung des Lebens der berufstätigen Frau gewidmet, und 3 Vorträge behandelten Gegenwartsforderungen an die Höhere Schule, die Volksschule und die Berufsschule. In einer öffentlichen Versammlung sprach Gertrud Bäumer über die Erziehung der Mädchen zu ihren Aufgaben als Frau und Staatsbürgerin und betonte gegenüber den heute vielfach auch in der Jugend wirklichen Tendenzen die Frau wieder auf ihre Aufgaben in der Familie zu beschränken die Notwendigkeit an der Gestaltung des öffentlichen Lebens mitzuwirken.

Am 30. und 31. Mai tagten in Paris zum 3. Mal die *Generalltauten der Frauenbewegung*. Im Zusammenhang mit der Internationalen Kolonialausstellung wurden Fragen aus dem Leben der Frauen in den Kolonien behandelt. Frauen, die selbst in den Kolonien eine wissenschaftliche, ärztliche oder soziale Tätigkeit ausgeübt hatten, berichteten über ihre Beobachtungen und Erfahrungen unter Europäerinnen und Eingeborenen.

Vom 9. bis zum 11. Juni tagte in Mannheim der *Reichsverband Deutscher Hausfrauenvereine*. Die Frage, ob die Erwerbsarbeit mit der Verantwortung für die Familie zu vereinigen sei, wurde von Else Ulich-Beil bejaht, von Berta Hindenberg-Delbrück verneint. Man behandelte außerdem Wohnungsfragen und zeigte eine Ausstellung von Grundrissen zur Teilung von Altwohnungen.

Totenliste Anfang 1931 starb in London *Ethel Bentham*, 70 Jahre alt. Sie war Ärztin und stellte ihr Leben in den Dienst der Arbeiterinnenbewegung. Sie gründete in London ein Hospital, wirkte als Stadtverordnete und seit 1919 als Mitglied des Unterhauses. Seit 12 Jahren gehörte sie dem Vorstand der Arbeiterpartei an.

Anfang Februar starb *Joseph Mausbach*, der für die katholische Frauenbewegung gewirkt und 1919 eine Schrift über das Wahlrecht der Frau verfaßt hatte (siehe über ihn die Rundschau Religionswissenschaft, in diesem Band Seite 281).

Im März starb in New York, 79 Jahre alt, *Anna Garlin Spencer*, Mitbegründerin des Internationalen Frauenbunds. Sie war eine der ersten Theologinnen in den Vereinigten Staaten.

Am 13. März starb in Berlin *Katharina von Haxthausen*, im Alter von 62 Jahren. Sie leitete seit 1916 dort den Letteverein, den bekannten Verein zur Förderung der Bildung und Erwerbsfähigkeit von Frauen und Mädchen.

Am 5. Juli starb in Berlin *Ernestine Elchelbacher*, 3 Tage vor ihrem 73. Geburtstag. Sie hatte als Vorstandsmitglied des Jüdischen Frauenbunds in der Frauenbewegung und in vielen Verbänden mit großem Eifer und Erfolg gewirkt.

Kurze Chronik Katharina von Kardorff gründete in Berlin eine Nationale Arbeitsgemeinschaft, die sich die *politische Schulung* der Frauen zum Ziel gesetzt hat. Sie dürfte mit dieser überparteilichen Institution, so gut sie gemeint sein mag, schwerlich viel Glück haben. ◊ In Spanien wurde von der Nationalversammlung die *Ehescheidung* auf Grund gegenseitiger Einwilligung oder auf begründeten Antrag eines Gatten eingeführt. ◊ Der Haushaltsausschuß des Deutschen Reichstags nahm am 9. Dezember 1931 einen Gesetzentwurf an, nach dem *verheiratete Beamtinnen* entlassen werden können, wenn ihre Versorgung gesichert erscheint. In Holland sind die Anträge auf Entlassung der verheirateten Beamtinnen in den Stadtverwaltungen abgelehnt worden. ◊ Am 13. Februar 1931 wurde *Lou Andreas-Salomé* 70 Jahre alt. Sie ist eine Frauenpersönlichkeit von starkem Gepräge. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts, in der Zeit des Aufstiegs der Frauenbewegung, wandte sie sich in ihren Dichtungen den seelischen Problemen zu, die für die Frauen aus der neuen Selbständigkeit erwuchsen. Sie war mit Nietzsche befreundet und verfaßte im Jahr 1894 eine Ana-

lyle seiner Werke. In allen ihren literarischen Arbeiten zeigt sie eine besondere, unkonventionelle Art, namentlich durch ihr tiefdringendes Verständnis für bestimmte Seiten des russischen Wesens. \diamond Am 6. April wurde *Thekla Friedländer* 80 Jahre alt. In ihrer schlesischen Heimat beschäftigte sie sich mit der Fürsorge für weibliche Gefangene, in Berlin wirkte sie für eine Reform des Strafvollzugs und für Verbesserung der Frauengefängnisse; sie arbeitete für die Kriegsblinden und hielt vor Arbeiterinnen literarische und kunstgeschichtliche Vorträge.

Literatur

In einem Buch Nietzsche und die Frauen will *Hellmut Walther Brann* durch psychoanalytische Untersuchung Nietzsches Verhältnis zu den Frauen und sein Urteil über die Frau erklären /Leipzig, Felix Meiner/. Der Verfasser geht dabei auch auf den Widerspruch ein, in dem dieses Urteil, das die Frau für minderwertig erklärt, zu der auch an die Frau gerichteten Forderung steht den höhern Menschen zu schaffen. Man kann nicht sagen, daß diese Untersuchung, die das Problem mit dem Schema von Minderwertigkeitsgefühlen und unbefriedigten und verdrängten Wünschen aufzuheben glaubt, viel Wissenswertes an den Tag gebracht hätte. Wenn manchmal die psychologische Erklärung für Nietzsches Stellung zu den Frauen zutreffen sollte (auch das ist meistens sehr fraglich), über die geistige Bedeutung seines Urteils über die Frau sagt sie gar nichts aus. Hier wäre vielmehr die Frage zu stellen, die in dem Buch nur flüchtig gestreift wird: ob die meisten seiner Äußerungen über die Frau nicht im wesentlichen als Teil seiner Kritik an der Kultur und am Menschen überhaupt aufzufassen sind, und ob hinter ihnen nicht die Sehnsucht nach dem höhern Menschen steht. Das Ehekapitel des Zarathustra, das ganz auf der Vorstellung von der Gleichwertigkeit der Geschlechter beruht, das »Ehrfurcht vor einander« zur Grundlage der Ehe macht, ist ein Beweis dafür. Freilich beschränkte Nietzsche sich dann darauf den Weg zu neuem Menschentum dem Mann zu zeigen. In seinen Forderungen an die Frau gewinnt wieder die alte Vorstellung, die eigentlich das zu Überwindende darstellt, die Oberhand, er bestimmt das Weib »zur Erholung des Kriegers«. Daß er hier seinen Weg nicht zu Ende ging, mag vielleicht mit seinem Leben zusammenhängen; doch hält man mit solcher persönlichen Erklärung besser zurück.

WISSENSCHAFT

Biologie / Hans Haufflein

Atmungsferment

Der Nobelpreisträger *Otto Warburg* (siehe diese Rundschau, 1931 II Seite 1131)

legte am 10. Dezember 1931 in Stockholm seine Forschungsergebnisse über das Atmungsferment zusammenfassend vor. Mit der Feststellung, daß in allen Zellen Eisen vorkommt, mußte die Vorstellung vom Wesen der Sauerstoffübertragung in den Zellen einer Revision unterzogen werden. Galt doch seit Liebig als Lehrmeinung, daß nur die Blutkörperchen eine Eisenverbindung enthalten, und daß das Blutfarblösungsmittel die Nahrungstoffe verbrennt und räumlich wie katalytisch-chemisch den Sauerstoff von den Lungen nach den anderen Teilen des Körpers überträgt. In Wirklichkeit ist aber der Vorgang so, daß eine in allen Zellen vorkommende Eisenverbindung bei der Zellatmung als Oxydationskatalysator wirkt, was Warburg bereits 1914 begründen konnte. In den Jahren seit 1926 gelang es dann Warburg im endgültig entscheidenden Experiment den genaueren chemischen Bau des Sauerstoff übertragenden Ferments der Atmung zu erkennen und den Mechanismus der Zellatmung zu klären. Die katalytische Oxydation wird durch einen Valenzwechsel dieser Eisenverbindung bewirkt. Die Konzentration dieses Fermenteisens in der lebendigen Substanz ist äußerst gering, sie liegt in einer Größenordnung von 1 Gramm auf 10 000 000 Gramm Zellsubstanz. »Die Sauerstoffübertragung durch das Eisen des Sauerstoff übertragenden Ferments ist nicht der Inbegriff der Atmung. Zur Atmung gehört nicht nur Sauerstoff übertragendes Ferment und Brennstoff, sondern Sauerstoff übertragendes Ferment und die lebende Zelle.« Bei der Ermittlung der chemischen Konstitution des Sauerstoff übertragenden Ferments mußte von vornherein auf die gebräuchlichen Methoden der analytischen Chemie verzichtet werden, da ihre Anwendung bei der fast unendlich kleinen Konzentration des Ferments und seiner Empfindlichkeit als aussichtslos erschien. Seit Warburgs Entdeckung, daß die Atmung von Zellen durch Kohlenoxydgas gehemmt werden kann, wurde die Hemmungstechnik ausgebaut. 2 Stoffe, die die Atmung der lebendigen Substanz spezifisch und reversibel hemmen, die von Claude Bernard vor ungefähr 50 Jahren entdeckte Blausäure und das oben schon hervorgehobene Kohlenoxyd, wurden hierbei verwendet. Dabei

reagiert die Blaufäure mit dem Sauerstoff übertragenden Fermenteisen, und zwar mit dem Fermenteisen im 3wertigen Zustand. Blaufäure hemmt die Reduktion des Fermenteisens. Anders als die Blaufäure greift Kohlenoxyd an dem 2wertigen Eisen des Ferments an. Es hemmt die Oxydation des Fermenteisens. Die Kohlenoxydhemmung der Atmung ist im Gegensatz zur Blaufäurehemmung der Atmung abhängig vom Partialdruck des Sauerstoffs. Die Giftwirkung der Blaufäure auf den Menschen rührt deshalb von der Hemmung der Zellatmung her, während die des Kohlenoxyds nichts mit Zellatmungshemmung zu tun hat sondern auf einer Reaktion des Kohlenoxyds mit dem Bluteisen beruht, worauf schon die alten blutpektroskopischen Befunde hinwiesen. Die Idee bei der Hemmungstechnik war folgende: »Da es nicht anders sein kann, als daß ein Stoff, der das Ferment inaktiviert, mit dem Ferment chemisch reagiert, so lassen sich aus der Art der hemmenden Stoffe und aus den Bedingungen, von denen die Hemmung abhängt, Schlüsse ziehen auf die chemische Natur des Ferments. Man untersucht also chemische Reaktionen des Ferments, benutzt aber als Indikator nicht wie üblich Farbreaktionen oder Niederschlagsbildungen sondern die Hemmung einer katalytischen Wirkung.« So Warburg und Fritz Kubowitz 1926, die dann fortfahren: »Setzt man dem Sauerstoff, in dem lebende Zellen atmen, Kohlenoxyd zu, so hört die Atmung auf. Belichtet man (mit Ultraviolett oder mit Licht des sichtbaren Spektralgebiets), so kehrt die Atmung zurück. Indem man lebende atmende Zellen in Kohlenoxyd-Sauerstoff-Gemischen abwechselnd belichtet und verdunkelt, kann man Atmung entstehen lassen und zum Verschwinden bringen. Im Dunkeln ist das Eisen des Sauerstoff übertragenden Ferments an Kohlenoxyd gebunden, im Licht wird das Kohlenoxyd von dem Eisen abgespalten, und damit das Eisen für die Sauerstoffübertragung wieder frei.« Bei der einfarbigen monochromatischen Lichtbestrahlung von kohlenoxydvergifteten Zellen fand Warburg nun bei gleicher Lichtintensität verschiedene Wirkungen auf die Atmung je nach der Lichtfarbe. Rotes Licht war kaum wirksam, blaues Licht so stark, daß es die Kohlenoxydvergiftung fast völlig aufhob. Das Atmungsferment absorbiert also Licht verschiedener Farbe verschieden. Und auf Grund der Lichtquantentheorie konnte Warburg das Absorptionsspektrum des Atmungsferments aus der Messung der

Lichtwirkung auf kohlenoxydvergiftete Zellen berechnen. Das Spektrum ähnelte außerordentlich dem des Blutfarbstoffs, es war das Spektrum eines Hämins, einer Eisen-Porphyrin-Verbindung, womit das Sauerstoff übertragende Atmungsferment als eine derartige Verbindung identifiziert war.

Aus den sonstigen epochemachenden Ergebnissen Warburgs sei nur noch hervorgehoben, daß die eigentümliche Zwischenstellung der fermentähnlichen Hämine die Vermutung nahelegt, daß Blut- und Blattfarbstoff in der Entwicklung aus dem Ferment entstanden sind, der Blattfarbstoff durch Reduktion, der Blattfarbstoff durch Oxydation. Das Sauerstoff übertragende Ferment scheint also mit dem Blutfarbstoff nicht näher verwandt zu sein als mit dem Chlorophyll.

Kastenbildung bei Termiten Der Zoologe S. F. Light, der Chemiker Merle Randall und der Chefingenieur Frank

White in Berkeley /Californien/ haben im 318. Bericht der Landwirtschaftlichen Versuchsstelle ihre Erfahrungen über die Verhütung und Bekämpfung der von Termiten ausgehenden Schädigungen zusammengefaßt. In dieser Schrift werden auch die wichtigsten biologischen Tatsachen über die Termiten mitgeteilt. Die Termiten, 6beinige Insekten, sind Staatenbildende Tiere, die wie die Bienen und Ameisen in Kolonien leben und in verschiedene Kasten spezialisiert sind. Jede Einzelkolonie lebt ganz für sich abgeschlossen. Ihre Nahrung besteht aus Holz, dessen Zellulose durch die Anwesenheit von Protozoen im Darm verdaut werden kann. Tötet man die Protozoen, indem man die Termiten unter hohem Sauerstoffdruck bringt, den diese selbst überleben, so verhungern die Termiten. Die Termiten zerfallen in 3 Kasten: Geschlechtstiere, Arbeiter und Soldaten. Das Problem der Kastendifferenzierung bei den Termiten hat Fritz Weyer im 51. Band des Biologischen Zentralblatts diskutiert. Hierfür, also für die Entstehung und die definitive Konstitution der sozialen Insektenverbände, ist die Herausbildung unfruchtbarer Männchen wie Weibchen, der Arbeiter, von grundlegender Bedeutung. Hans Bilchoff kennzeichnet dies in seiner Biologie der Hymenopteren /Berlin, Walter de Gruyter & Co./ mit den Worten: »Die Grundlage der Staatenbildung liegt in der Verkümmern der Geschlechtsorgane.«

2 Ansichten über die Ursachen der Kastendifferenzierung lassen sich der wissenschaftlichen Literatur entnehmen.

Die eine hält sie für blastogen, die andere für somatogen respektive trophogen. Die eine Ansicht nimmt also die definitiven Formen als im Keimplasma vorgebildet an, während die andere alle Eier für gleichwertig hält und äußere Einflüsse von Umgebung, Temperatur oder Ernährung für die Herausbildung der einzelnen Körperformen verantwortlich macht. Für die Bienen haben Enoch Zander und Franz Becker in dem Erlanger Jahrbuch für Bienenkunde 1925 durch verschiedene Fütterungseinflüsse sämtliche Zwischenformen zwischen der Arbeiterin und der Königin erzeugen können. Bienenkönigin und Arbeiterin sind genetisch also nur als phänotypische Grenzformen einer experimentell durch Zwischenstufen auszufüllenden Bildungsreihe zu betrachten. Da die plötzliche Umprägung des Organisationsbilds genau mit der Aufnahme des ersten Pollens durch die Arbeiterin zusammenfällt, ist hiermit der deutlichste Beweis für die trophogene Ursache dieses Phänomens geliefert. Für die Termiten fehlen die exakten Beweise für die trophogene Grundlage der Kastebildung. Die von C. B. Thompson ausgesprochene Ansicht einer Vorbestimmung der Termitenkasten im Ei läßt sich auf Beobachtungsfehler oder Verwendung nicht ausreichenden Materials zurückführen, und die angeführten Gründe können auch nicht zwangsläufig im Sinn einer blastogenen Kastendifferenzierung gedeutet werden. Sicher ist, daß auch bei Termiten Ernährungseinflüsse wie überhaupt äußere Reize die morphologische Struktur sehr stark modifizieren können, wie vor allem die Formenmannigfaltigkeit der Ersatzgeschlechtstiere beweist, über die sich Fritz Weyer im 19. Band der Zeitschrift für Morphologie und Ökologie ausgelassen hat. Bei dieser Umzüchtung von Nymphen zu Ersatzgeschlechtstieren spielen Ernährungseinflüsse eine sehr wichtige Rolle, was an der Zusammensetzung des Darminhalts der Tiere erkennbar ist. Unter Verwendung des vorichtigen Urteils C. Emerys über die Arbeiterbildung bei den Ameisen und Hymenopteren kommt Weyer zu folgendem Schluß: »Abgesehen von der Geschlechtsdifferenzierung sind sich die frisch abgelegten Eier alle gleich, das heißt in jedem Ei liegen die Potenzen sich zu einem Geschlechtstier oder zu einem Arbeiterfoldaten zu entwickeln. Es liegt im Rahmen einer natürlichen Variation, daß in Ausnahmefällen die mitgegebenen Erbanlagen so verteilt sein können, daß sie das Bild der spätern Kaste schon

ganz früh erkennen lassen. Äußere, somatogene Reize, deren Handhabung und Normierung von den erwachsenen Arbeitern geübt wird, realisieren diese Potenzen und schaffen damit das Bild einer Kastendifferenz. In einer bestimmten Richtung realisiert sind diese Anlagen in den meisten Fällen erst nach der ersten Häutung, bei einigen Formen (zum Beispiel Termopsis) und bei besonderen Anlässen noch später, bei gewissen Arten vielleicht schon früher. In jedem Fall können die einzelnen Entwicklungsrichtungen im Bedarfsfall (zum Beispiel bei Weisellosigkeit) durch Ernährungseinflüsse abgeändert oder doch wenigstens stark modifiziert werden.«

Bluhm

Am 9. Januar wurde eine der ältesten deutschen Ärztinnen, zugleich eine Forscherin von hohem Rang, Agnes Bluhm, 70 Jahre alt. Ihr Vater war Bluhm Pascha, deutscher Instrukteur für das türkische Festungswesen. Sie wurde in Konstantinopel geboren. Mit 18 Jahren bestand sie ihr Examen als Lehrerin; der einzige "höhere" Beruf, der damals den Frauen in Deutschland offenstand. Dann ging sie nach Zürich, legte 1884 die Gynasialreiseprüfung ab, studierte Medizin, eng verbunden mit dem berühmten Kreis der damaligen Züricher Studenten und Studentinnen, Dichter und Professoren, den wir aus dem schönsten Roman Ricarda Huchs Vita somnium breve kennen, darunter dem Rassehygieniker Alfred Ploetz (dem Vorbild des Alfred Loth in Gerhart Hauptmanns Vor Sonnenaufgang), der Agnes Bluhm bei der offiziellen Geburtstagsfeier am 9. Januar im Harnackhaus in Berlin an diese gemeinsam durchlebte Züricher Zeit erinnerte. Sie promovierte in Zürich 1889. Dann ließ sie sich, nachdem sie sich an den Universitätskliniken in München und Wien gynäkologisch ausgebildet hatte, 1890 in Berlin, mit nur schweizerischer Approbation, als Frauenärztin nieder und widmete sich ihrer ausgedehnten Praxis, bis zunehmende Schwerhörigkeit sie zu deren Niederlegung zwang /1905/. Von dieser Zeit an widmete sie sich ausschließlich wissenschaftlichen Arbeiten. Diese betrafen im allgemeinen sozialhygienische und eugenische Probleme, unter besonderer Berücksichtigung des weiblichen Geschlechts, so Probleme der Stillfähigkeit, der generativen Tüchtigkeit, Ursache und Bedeutung der Geburtsgewichte, Beeinflussung des Geschlechtsverhältnisses bei Tieren unter Zufuhr bestimmter Gifte in den männlichen Körper. Weiterhin be-

schäftigten die Forscherin erbbiologische Fragestellungen, vor allem in ihren großangelegten Unterfuchungen über Alkohol und Nachkommenfchaft, die ihr 1931 die Silberne Leibnizmedaille der Preußifchen Akademie der Wiffenfchaften einbrachten; diese ftellte Bluhm feit 1919 als Mitarbeiterin des von Carl Correns geleiteten Kaifer-Wilhelm-Inftituts für Biologie in Berlin an. Ihre wiffenfchaftlichen Arbeiten werden fo gefchätzt, daß bei der oben erwähnten Feier, neben zahlreichen, im öffentlichen Leben ftehenden Frauen, eine große Reihe von Wiffenfchaftlern ihr Glückwünsche überbrachten, fo Gustav von Bergmann als Dekan der Berliner Medizinifchen Fakultät, Carl Correns für das Kaifer-Wilhelm-Inftitut, Eugen Fischer für die Deutsche Gefellfchaft für Raffenhygiene und Eugenik. Alfred Ploetz hielt bei dieser Gelegenheit einen Vortrag über raffenbiologische Kriegseinflüsse auf den deutschen Menschen, die er für fo furchtbar hält, daß ein Ausgleich der Einflüsse des Weltkriegs feiner Meinung nach erst in unabfehr langer Zeit eintreten könne, und auch dies nur dann, wenn man nicht verhindere, daß durch eine ungünstige Gegenauslese die minder wertvolle Erbmafse sich vermehre. (Inzwifchen geht die Glorifizierung des Kriegs in Schriften und Filmen weiter, und die "Erbfeind"-hetze ftcht heute in ftärkerer Blüte noch als in den Jahren der fogenannten Befreiungskriege gegen Napoléon.) Bluhm gedenkt ihre Forfchertätigkeit noch fehr lange fortzulezen, und es ift nicht daran zu zweifeln, daß ihre geiftige Spannkraft noch für lange Zeit ausreicht.

Veranstaltungen Die neugegründete *Gefellfchaft für Hundeforfchung* hielt vom 15. bis zum 18. September 1931, kurz vor Eröffnung der ebenfalls in Berlin veranstalteten Jubiläumsausftellung des Deutschen Kartells für Hundewelen, in Berlin ihre 1. Hauptverfammlng ab. Es wurden Verfuche über die Leistungen von Hunden, besonders in der Verfolgung von Fährten, besprochen und durch Vorführungen erhärtet. Die Vorträge befchäftigten sich mit der Ernährung, den Krankheiten, dem Geift des Hundes und mit dem Einfluß der Vererbungslehre auf die Hundezucht. Die Jahrestagung der *Paläontologifchen Gefellfchaft* fand in der letzten Septemberwoche in Halle ftatt. Halle war wegen der auffehenerregenden Funde in der eozänen Braunkohle im Geiftal, Grube Cäcilie, gewählt worden; man hat nämlich dort Freß- und Jagdplätze von Krokodilen gefunden.

Gemeinverftändliche Schriften Im 13. Band der Sammlung *Verftändliche Wiffenfchaft* /Berlin, Julius Springer/ behandelt unter dem Titel *Gaben des Meeres* Eugen Neresheimer *das Meer und feine Bewohner* in erfchöpfender Darftellung. Von allen Meerestieren, wie Korallen und Schwämmen, werden intereffante Einzelheiten über Bau, Lebensweise und Verwendung durch den Menschen berichtet, und immer wieder ift erkennbar, wie viele Arbeitsgebiete der Praxis, fo in der Meeresfifcherei, einst von der theoretifchen Wiffenfchaft entdeckt und begründet wurden, wie sich also Beziehungen zwifchen der rein theoretifchen Erkenntnis und tief in das Leben der Menschheit eingreifenden Arbeiten ergeben. Es wird viel zahlenmäßig Interessantes aus Gefchichte und Gegenwart der Fifcherei in den Abfnitten über einzelne Filcharten, zum Beispiel den Hering, mitgeteilt. Dieses Buch, das eine großzügige Gesamtschau vom Leben der Weltmeere gibt, fei Jugendlichen und Erwachsenen gleichermaßen empfohlen. Ein Buch Kenneth Grahames, *Chriftoph Großmaul* und Cornelius betitelt /Stuttgart, D. Gundert/, ftellt die anthropomorphifizierte Gefchichte verschiedener *Tiere in Feld, Wald und Wiefe* dar und wird manchem Kind wohl Vergnügen machen, obwohl folche Einkleidungen nicht dazu beitragen das Gemüt der Kinder für biologifches Denken einzunehmen. Anders das neue Tierbuch Svend Fleurons Tyss und Tuff, *die Schlangen der Trollheide* /Jena, Eugen Diederichs/. Fleuron ftellt ein Kreuzotterpaar in den Mittelpunkt feiner Schilderung. Indem er aber das Tier in feinen charakteriftifchen Lebensraum ftellt, wobei vor uns Heide und Moor in allen ihren Stimmungen lebendig fprechen, indem er die Welten unter dem Ginfterbusch oder auf der Mooshalde vor uns ausbreitet, vermittelt er uns fo viele intensiv beobachtete biologifche Tatfachen, daß man dieses höchft unterhaltfame Buch mit reichem Gewinn aus der Hand legt.

Totenlifte Am 7. Januar 1931 ftarb *Ignatius Urban*, grade an feinem 83. Geburtstag. Er wurde 1889 Unterdirektor am Berliner Botanifchen Garten. Unter feiner Leitung wurde die 40bändige *Flora Brasiliensis* zu Ende geführt /1906/. Seit 1884 bearbeitete er die damals noch kaum bekannte *Flora Weltindiens*, deren befter Kenner er war. Das Berliner Museum kam dadurch in den Befitz des größten Herbariums Weltindiens.

Kurze Chronik Der Verband Deutscher Medizinerfchaften und die Medizinifche Fachgruppe der Deutfchen Studentenfchaft Itimmten auf einer Tagung in Würzburg einftimmig dem Vorfchlag Ludwig Alchoffs /Freiburg/ zu, daß *Pflichtvorlefungen* in Botanik und Zoologie gehalten, und beide Fächer vom Zoologen als Biologie geprüft werden, foweit nicht ein Biologifches Institut befeht. Dort foll ein Dozent ein Pflichtkolleg über Biologie lefen und die Prüfung in Biologie abhalten. ◊ Eine Stunde naturwiffenfchaftlichen Unterrichts vermittelt der vom Mufeum für Naturkunde in Berlin und von der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen eingerichtete *Naturpfad* in dem Bredower Forft, der vom Bahnhof Brielang bei Berlin aus zu erreichen ift. Es muß freilich bemängelt werden, daß dabei nicht biologifche, infbesondere ökologifche Gedanken Itärker zum Ausdruck gebracht wurden, und daß die Zeichnungen der Naturobjekte etwas fparlich find. Was nützt dem lernbegierigen Befchauer der Hinweis, daß an einer befondern Stelle rote Waldameifen Material zum Bau ihres Hügels fammeln? Hier follte man auf die forftwirtschafliche Bedeutung der *Formica rufa* hinweisen, die fo oft von Menschen in ihren Lebensbedingungen gefört wird. Trotz diefer Mängeln fei ein Befuch des Naturpfads angelegentlich empfohlen.

Literatur Von geiftig wie ethifch hoher Warte aus behandelt *Julie Schloffer* in ihrem Buch *Die unbekanntten Brüder* /Berlin, Furcheverlag/ das Problem Mensch und Kreatur. Im 1. Kapitel, Ein Gebiet ohne Ethik überfchrieben, erinnert die Verfafferin daran, daß fchon in der Philofophie Albert Schweitzers eine Ethik gegeben ift, die unausweichlich und pofitiv die Kreatur mit umfaßt. Auch auf diefem Gebiet werden jetzt die Begriffe Schuld, Verpflichtung, Dankbarkeit endlich gültig. Daß Schloffer die Tierversuche der medizinifchen Wiffenfchaft ablehnt, ergibt fich für fie zwangsläufig aus ihrer innern Haltung. Auch für den, der einzelnen ihrer Ausführungen widerprechen zu müffen glaubt, bedeutet das Buch, wie für jeden Menschen, einen folchen Gewinn, daß ihm weiteste Verbreitung gewünscht werden muß. Vor allem legt es dem Erzieher die Verpflichtung auf die Jugend in vollem Verantwortungsgefühl nicht nur dem Menschen fondern allen Gefchöpfen gegenüber aufzuwachen und bewußt handeln zu laffen.

Sozialwiffenfchaften / Kurt Richter

Soziologie Aus den verschiedenften Wiffenfchaften ihre Gelehrten heranholend, aus verschiedenen ihr Material entlehnend, ift die unter dem Namen Soziologie von den einzelnen Vertretern gelehrte Wiffenfchaft heute unter allen Wiffenfchaften wohl die am wenigften einheitliche, fie ift uneinheitlich in ihrer Methode, in ihrem Gegenftand, in ihrem Inhalt. Immerhin ift es ein Anzeichen für eine gewisse Feltigung, daß im vorigen Jahr Alfred Vierkandt ein großangelegtes Handwörterbuch der Soziologie herausgeben konnte /Stuttgart, Ferdinand Enke/, das über den Stand der derzeitigen Schulsoziologie einen fehr guten Überblick gibt. Der Stoff ift in verhältnismäßig wenige umfangreiche Artikel gegliedert. Ferdinand Tönnies hat einige Aufätze über Fragen beigefteuert, die wir als feinen Arbeitskreis kennen, Werner Sombart hat die wefentlichen die Wirtschaft berührenden Beiträge geliefert, Hans Freyer fchrieb über die Kulturftufenlehre, Alfred Weber über Kultursoziologie, Vierkandt feiber ift fowohl mit gefellfchaftsfoziologifchen wie auch mit kulturfoziologifchen Arbeiten vertreten. Die gegenwärtige Schulsoziologie, wie wir fie hier zufammengefaßt vor uns haben, ift ziemlich ftark in eine idealifizierende Methode verfallen. »Einfühlen« verlangt man, eine »verftehende Nationalökonomie« fordert Sombart, den großen an den Schickfalen der foziologifchen Gruppen erkennbaren geiftesgefchichtlichen Tendenzen wird ein Eigenleben zugebilligt. Wie fehr diefe Haltung von der marxiftifchen verchieden ift, zeigt am beften Vierkandt in feinem Artikel *Die Kultur des 19. Jahrhunderts* und der Gegenwart, in dem er die wefteuropäifche Kultur des 19. Jahrhunderts auf 5 Haupteigenschaften zurückführt: den Rationalismus, den Kapitalismus, die Tendenz zur Sachlichkeit, den Individualismus und die demokratische Tendenz. Das Wefen diefer großen Tendenzen umfchreibt er mit den Worten: »Die großen Tendenzen enthüllen fich uns immer mehr als Dämonen, als Wefen von ftärkfter Lebenskraft und Eigengefetzlichkeit, die Licht und Schatten in fich vereinigen, Segen und Fluch zugleich bedeuten.« Schon in der Frageftellung fcheidet fich folche Auffaffung von marxiftifchem Denken. Das zeigt auch ein Aufatz Arthur Salz' in den Soziologifchen Studien, die Freunde, Mitarbeiter und Schüler Alfred Webers ihm zum 60. Geburts-

tag gewidmet haben /Potsdam, Alfred Protte/. Salz fragt dort nach der »eigentlich bindenden und gestaltenden Kraft der modernen kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung«, und er kommt zu dem Ergebnis, die Geschichte der modernen Wirtschaft sei die Geschichte der Entwicklung des Vertrauens. Womit er sich dann begnügt.

Als eine Reaktion auf diese Methoden ist es zu verstehen, wenn Otto Neurath in strenger Folgerichtigkeit das System einer »empirischen« Soziologie aufzubauen sich bemüht hat, das sich scharf gegen jene »Metaphysik« wendet (Empirische Soziologie /Wien, Julius Springer/). Neurath will nicht »verstehen«, er will nicht den »objektiven Geilt« verfolgen, er sucht vielmehr ein geschlossenes System von durch Beobachtung gefundenen Gesetzen über räumlich-zeitliche Vorgänge in der Gesellschaft, das man durch Beobachtung wieder kontrollieren kann. Auf dieser Grundlage stehen im Mittelpunkt seines Systems die gewohnheitsmäßigen Verhaltensweisen der Menschen. Er will »das Verhalten der Menschen in einem bestimmten Zeitpunkt beschreiben, ihre Gewohnheiten, ihre Lebensweise, ihren Produktionsprozeß und so weiter, um dann die Frage aufzuwerfen, wie durch das Zusammenwirken dieser Gewohnheiten mit den sonstigen Umständen neue Gewohnheiten entstehen«. Er unterfucht die Entstehung der Lebensgewohnheiten einer sozialen Gruppe, ihre Ausbreitung auf andere Lebensgebiete, ihre geographische Ausbreitung, ihre Bedeutung für die »Lebenslage«, die Versorgung der Gruppe mit den zum Leben nötigen Gütern. Dieses Buch ist ein Versuch gegen die idealisierende Soziologie eine empirische aufzubauen.

Ansätze zu einer allein auf Beobachtungen aufbauenden Soziologie finden sich natürlich allenthalben, es kann wieder an die oben schon erwähnte Geburtstagsgabe für Alfred Weber erinnert werden. Jakob Marschak knüpft hier in einem Aufsatz über die Interessendifferenzierung in der Arbeiterklasse an ein Wort Alfred Webers an, in dem dieser den »material und partial bedingten Kräften« ein »Fluidum« entgegensetzt, aber er läßt dieses Fluidum für seinen Aufsatz beiseite, um sich mehr an die Interessengrundlagen zu halten. Diese Geburtstagsgabe für Weber gibt auf ganz knappem Raum einen kleinen Überblick über die Mannigfaltigkeit der soziologischen Forschung auch in einem durch die Anhängerschaft an Alfred Weber von vornherein schon beschränkten Kreis.

Konjunkturforschung Während sich mit der Entwicklung der modernen statistischen Methoden die Beobachtung der wirtschaftlichen Vorgänge und ihre Ordnung und Verwertung in den letzten Jahrzehnten erheblich verbessert hat, wurden eigentlich neue theoretische Gedankengänge in die Wissenschaft nicht eingeführt. Das Handwerkszeug wurde vervollkommen, der Geilt, der es lenkt, blieb stehen. Das führt gelegentlich zu einer übertriebenen Wertschätzung der statistisch bearbeiteten Tatsachenreihen, zwischen denen man Korrelationen feststellt, worauf man auf eine weitere, urfächliche Erklärung glaubt verzichten zu können. In immerhin erfreulichem Gegensatz dazu hält sich das Buch Wesley Mitchells *Der Konjunkturzyklus*, das als das Standardwerk der amerikanischen Konjunkturforschung gelten kann, und das dem deutschen Leser jetzt von Eugen Altshul in einer ausgezeichneten, leicht lesbaren Übersetzung zugänglich gemacht wird /Leipzig, Hans Buske/. Mitchell stellt das ganze statistische Rüstzeug der modernen Konjunkturforschung mit aller Sorgfalt dar, er hütet sich aber vor der Gefahr, »daß, sobald einmal Tabellen mit sauber zusammengestellten Daten veröffentlicht sind, ihre Ziffern eine geradezu päpstliche Autorität über die Gemüter erlangen«. Niemals vergißt er, daß Zahlenreihen, aus denen man auf irgendeine mechanische Weise die Saisonchwankungen ausschaltet, den Trend ausfondert, die man darauf »glättet«, und in denen doch alle »Zufälligkeiten« zurückbleiben, nur einen recht bedingten Wert haben, Zahlen sind ihm »wertlos, außer im Licht der Theorie«. Bei der Behandlung der statistischen Methoden verliert er ihren wirtschaftlichen Sinn nie aus den Augen, die Statistik wird ihm nie Selbstzweck. Er benutzt daher neben seinem statistischen Material auch nichtstatistisch geordnetes Beobachtungsmaterial, besonders die *Business Annals*, die bis in das Jahr 1790 zurückgehen, und setzt an die Spitze seiner Abhandlung einen ausgezeichneten Überblick über die bisher vertretenen Theorien. Freilich scheidet er aus dem ganzen Bündel von Theorien, über die er berichtet, keine als falsch aus. Er meint vielmehr, daß im Verlauf des Konjunkturzyklus Größenveränderungen in den Verhältnissen so vielfältiger und so vieler Wirtschaftselemente eintreten, daß jede der von den einzelnen Konjunkturtheorien in den Vordergrund gerückten Ursachen für die Veränderung irgendeines

Wirtschaftselements als Erklärung dienen kann. Die Frage nach einer, der letzten Ursache der Konjunkturbewegung wird gar nicht gestellt, und da für die Erklärung der vielen einzelnen Beziehungsveränderungen im Konjunkturverlauf die bestehenden Hypothesen vollauf genügen, so ist bei aller Sorgfalt in der Tatfassenbehandlung das rein wissenschaftliche Ergebnis des Buchs gering. Mitchell ist sich über die Grenzen seiner Erkenntnisse durchaus im klaren, und dadurch unterscheidet er sich von manchem in Deutschland maßgebenden Theoretiker sehr vorteilhaft.

Veranstaltungen Das starke öffentliche Interesse, das heute naturgemäß den konjunkturpolitischen Fragen entgegengebracht wird, hat in Berlin zu einer Hochflut an Vorträgen über die Wirtschaftskrise geführt. Sie hielten sich meist in längst felt gewordenen, traditionellen Gedankengängen. Für Arthur Prinz, der Mitte Januar in der Humboldt-Hochschule redete, kommt das ganze Unglück von den Kartellen, gegen die er vorgehen will. Alfons Paquet sprach vor dem Verein Berliner Kaufleute Ende Januar über die geistigen Grundlagen der Krise und über eine künftige Planwirtschaft in europäischem Maßstab. Gustav Stolper setzte vor dem Deutschen Demokratischen Studentenbund in Berlin Anfang Februar den Gegensatz zwischen Planwirtschaft und freier Wirtschaft auseinander und trat für eine liberale Politik ein. Werner Sombart entwickelte am 29. Februar vor der Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft seine bekannten Gedanken über die Zukunft des Kapitalismus; er sprach von einer weiteren Entwicklung zur Planwirtschaft, und er hält ein Zurückschrauben der Wirtschaftsorganisation in den Zustand der völlig ungebundenen Wirtschaft nicht für möglich.

Totenliste In Graz starb Anfang November 1931 der ordentliche Professor an der dortigen Universität Kurt Kuler, im Alter von 61 Jahren. Er wurde durch wirtschaftsgeschichtliche Arbeiten bekannt. Am 8. November starb in Kiel einer der fruchtbarsten Forscher auf dem Gebiet der Praktischen Volkswirtschaftslehre, Julius Landmann, in seinem 55. Lebensjahr. Er hatte an deutschen und schweizerischen Universitäten studiert. Später stand er dem Statistischen Bureau der Schweizerischen Nationalbank vor. 1910 wurde er ordentlicher Professor an der

Universität Basel, 1927 folgte er einem Ruf nach Kiel, wo er eine sehr wirkungsvolle Lehrtätigkeit entfalten konnte. Landmann hat sich nie mit rein theoretischen Arbeiten beschäftigt; er veröffentlichte eine Reihe von Untersuchungen auf dem Gebiet der Bankpolitik, der Sozialpolitik, der Wirtschaftsgeschichte und der Steuerlehre. Das Schwergewicht seiner Arbeit lag in einer ganzen Reihe von Gutachten, Denkschriften und anderen Vorarbeiten für die Gesetzgebung, und er hatte als einer der wenigen Gelehrten die Freude viele seiner Gedanken in der Schweiz und in Liechtenstein in die Wirklichkeit umgesetzt zu sehen.

Am 19. Dezember starb in Würzburg der führende Nationalökonom der dortigen Universität Georg von Schanz, im Alter von fast 79 Jahren. Er gehörte der Würzburger Universität, als deren Rektor er wiederholt fungierte, nahezu 50 Jahre an; noch 14 Tage vor seinem Tod hielt er seine Vorlesungen ab. Sein Hauptgebiet war die Finanzwissenschaft. Er begründete das Finanzarchiv und gab auch das Handbuch der Politik mit heraus. Die Wirtschaft und Verwaltung Bayerns, für dessen Sonderstaatlichkeit er stets eintrat, verdanken ihm manche Anregung. Auch die Unabhängigkeit der Universitäten lag ihm am Herzen. Schanz war Doktor aller 4 Fakultäten.

Am 16. Februar 1932 starb in Berlin Julian Borchardt nach schwerer, langwieriger Krankheit, im Alter von 63 Jahren. Er war bis zum Krieg sozialdemokratischer Abgeordneter im Preussischen Landtag, trennte sich dann von der Sozialdemokratischen Partei und wirkte in den letzten Jahren an Blättern der Kommunistischen Partei mit, ohne ihr anzugehören. Von seinen volkswirtschaftlichen Arbeiten sind seine Deutsche Wirtschaftsgeschichte /1922 und 1924/ und Weltkapital und Weltpolitik /1927/ zu nennen. Am meisten bekannt wurde er jedoch durch seine auch hier früher angezeigten populären Schriften, die volkstümliche Ausgabe des Marx'schen Kapitals, die Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus /1919 und 1923/ und die Volkswirtschaftlichen Grundbegriffe nach der Lehre von Karl Marx /1920/. Nicht vergessen sei auch, daß Borchardt den Sozialistischen Monatsheften in ihren ersten Jahren nahe stand. Für ihren Vorgänger, den Sozialistischen Akademiker, landte er aus Brüssel, wo er damals an der Neuen Universität studierte, Berichte; auch überfetzte er für ihn Arbeiten von Hector Denis und anderen.

Kurze Chronik Die Soziologische und die Philosophische Gesellschaft (Ortsgruppe der Kantgesellschaft) in Wien erließen ein *Preis-ausschreiben* über das folgende Thema: »Die Entwicklung der Soziologie des Erkennens und Wissens seit Wilhelm Jerusalem.« ◊ Der Volksverein für das Katholische Deutschland hat ein *Institut für Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung* gegründet. ◊ Als Nachfolger Wilhelm Eduard Biermanns übernimmt *Friedrich Hoffmann* aus Münster den Lehrstuhl der Wirtschaftlichen Staatswissenschaften an der Universität Greifswald. Er hatte sich in Kiel habilitiert, war ordentlicher Professor an der Universität Konstantinopel, von 1918 an Professor und Stellvertretender Direktor des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft. 1922 wurde er nach Rostock berufen, 1924 nach Münster. Er hat hauptsächlich über internationale Wirtschaftsbeziehungen und Handelspolitik gearbeitet. ◊ Ordentlicher Professor in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Abteilung der Universität Frankfurt wurde *Ernst Michel*, bisher Dozent für Soziologie und Politik an der Frankfurter Akademie der Arbeit. Unter seinen Arbeiten wurde besonders das Buch *Zwischen Staat und Gesellschaft* /1926/ bekannt. ◊ Der durch seine historischen und soziologischen Untersuchungen bekannte Münchener Professor *Alfred von Martin* wurde an die Universität Göttingen berufen, um dort über das Fach der Soziologie zu lesen.

Literatur Die in der Deutschen Vereinigung für Staatswissenschaftliche Fortbildung auf dem Herbstlehrgang 1930 in Pyrmont gehaltenen Vorlesungen wurden unter dem Titel *Kapital und Kapitalismus* von Bernhard Harms herausgegeben /Berlin, Reimar Hobbing/. Das Thema ist nicht so weit gefaßt, daß es zu einer vollen Analyse der kapitalistischen Wirtschaft geführt hätte, vielmehr ist die Betrachtungsweise lediglich dem Kapital als solchem, seiner Entstehung und seiner Verwendung, zugewandt. Der Gesellschaft für Staatswissenschaftliche Forschungen ist es gelungen hervorragende Gelehrte zu ihren Kurzen heranzuziehen, jedoch macht das veröffentlichte Buch als Ganzes einen sehr wenig einheitlichen Eindruck. Werner Sombart spricht über begriffliche Fragen der kapitalistischen Wirtschaft, Josef Alois Schumpeter über den wirtschaftlichen Kreislauf, Emil Lederer liefert einen Beitrag

für den Abschnitt über die Kapitalbildung, Julius Hirsch einen für den Abschnitt über Kapitalverwendung; zuletzt noch Beiträge von Alfred Weber, Gerhard Colm und Fritz Naphthali. ◊ Die Deutsche Akademie für Soziale und Pädagogische Frauenarbeit veröffentlicht im Rahmen ihrer Forschungen über Bestand und Erchütterung der Familie in der Gegenwart eine Arbeit *Agnes Martens-Edelmans* Die Zusammenfassung des Familieneinkommens /Eberswalde, R. Müller/, in der die vom Statistischen Reichsamt, dem Hamburger Statistischen Landesamt und von einigen Berufsverbänden veranstalteten Haushaltserhebungen und eine eigene Erhebung der Verfasserin ausgewertet sind. Damit ist eine sowohl für die Einkommensstatistik wie auch für die Sozialpolitik außerordentlich wichtige Frage gestellt, für deren Unterfuchung jetzt nach dem Abschluß der Statistiken einiger Gewerkschaften noch reicheres Material zur Verfügung stände. In Einzelheiten hätte die Arbeit noch etwas verfeinert werden können. ◊ In einer Schrift *Weltkrise — Weltwende* /Berlin, S. Fischer/ behandelt *Carl Steuermann* die Wirtschaftskrise. Seine ersten Kapitel, in denen er den urföchlichen Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Technik, der starken Kapitalakkumulation in den Aufschwungsjahren und der Überproduktion und dem Absatzmangel in der Krise schildert, sind bemerkenswert gut gelungen. Der Verfasser sieht, daß aus dieser Krise die geschichtliche Entwicklung zu einer Planwirtschaft hingeht. Was er aber im letzten Kapitel von der Gefahr ausagt, daß wir auf eine Planwirtschaft der Kapitalisten nach faschistischem Muster lossteuern, die dann aber die selben Unstimmigkeiten im Produktionsprozeß, die selbe Krisengefahr bringen würde wie unsere heutige Wirtschaftsordnung, ist kaum selbständig durchdacht und unscharf begründet. Die Gedankenführung wird, wenn wir von der falschen Beurteilung einiger Einzelheiten schon ganz absehen, unklar, und zuweilen finden sich ganz unhaltbare Ableitungen, wodurch man im ganzen den Eindruck der Oberflächlichkeit erhält. ◊ Die Arbeit *Walter Auerbachs* *Presse und Gruppenbewußtsein* /Berlin, E. Laub/ bildet einen überaus wertvollen Beitrag zu der besonders von Ferdinand Tönnies, Wilhelm Bauer und Otto Groth ausgebauten Soziologie der Presse. Es sei nachdrücklich auf sie hingewiesen. Der wissenschaftliche Ernst der Unterfuchung mindert nicht, erhöht vielmehr ihre Aktualität.

Religionswissenschaft / Theodor Siegfried

Gnade und Freiheit Die Weltkonferenz für Faith and Order, die das Ziel verfolgt die christlichen Kirchen in Verfallung und Lehre einander zu nähern, hat Theologiekommmissionen eingesetzt, die Einzelthemata behandeln sollten. Eine solche Kommission, die das Thema der Gnade zu behandeln hatte, tagte im Sommer 1931 in Gloucester.

Von deutscher Seite wirkten Heinrich Hermelink /Marburg/ und Georg Wobermin /Göttingen/ dort mit. Ein Bericht über die Arbeit der Kommission liegt als 66. Nummer der Veröffentlichungen der Konferenz vor /Bolton, Post Office Box 226/. Zunächst wird eine ausgezeichnete zusammengestellte geschichtliche Übersicht gegeben. Dabei zeigt sich, daß die östliche Kirche keine selbständige Theologie der Gnade ausgebildet hat sondern in ihrem Kampf gegen Manichäismus und Gnostizismus vor allem auf die Betonung der Schöpfung und ihrer Heiligung angewiesen war. Der westliche Protestantismus (Methodismus, Kongregationalismus und so weiter) wird ausdrücklich als eigne Sonderformung evangelischer Prinzipien angesprochen. Charakteristisch ist die Betonung der menschlichen Freiheit, die der Gnade sich hingeben kann. Der Bericht gibt anschließend den Ertrag der Diskussion über einzelne Punkte wieder. Dabei wird zum Beispiel bei dem protestantischen Prinzip der sola gratia ausdrücklich festgestellt, daß man die eigne Tradition der einzelnen Gruppen nicht verletzen, aber auch die Einigung nicht hindern dürfe. Abschließend werden die Gemeinsamkeiten der Auffassung herausgestellt. Diese »conclusions« zeigen zugleich Sinn und Grenze der ganzen Untersuchungen an. Um mit den Grenzen zu beginnen: Der Versuch Gemeinsames hervorzukehren schwächt natürlich die charakteristische Prägnanz der Auffassung. Wir bekommen einzelne Lehrsätze, aber natürlich nicht ein Ganzes aus einem Guß. Dabei ist die große Gefahr kompromißhafter Verschleierung durchaus vermieden worden. Und damit zeigt der Versuch das Gemeinsame zu bestimmen doch seine spezifische Bedeutung: Die Fühlungnahme fördert die wechselseitige Auseinandersetzung und setzt die einzelnen Auffassungen der lebendigen Gegenwarts kritik aus.

Auch sonst ist in letzter Zeit der Begriff der Gnade vielfach behandelt worden. Anlaß dazu gab vor allem das 400jährige Gedächtnis der Überreichung des Augsburger Bekenntnisses. Bei Gelegenheit

der Jahresfeier der Theologischen Fakultät in Paris behandelte *André Jundt* dieses Thema (La théologie de la grâce, leçon d'ouverture des cours de la Faculté Libre de Théologie Protestante /Paris, Selbstverlag der Fakultät/). Er gibt hier in ungemein klaren und scharfgeschliffenen Sätzen fast einen Umriss seiner ganzen Theologie. Sehr eindrücklich ist, wie der Gedanke der Rechtfertigung lebendig gemacht wird. Parallel zur Lutherauffassung Karl Holls wird die Gerechtigkeit Gottes als schöpferische, schaffende Gerechtigkeit interpretiert, die den Menschen in ihren Bereich hineinzieht. Interessant sind die Ausführungen über die Freiheit. Freiheit und Persönlichkeit werden auf einander bezogen; indem die Persönlichkeit in Gott ihren Halt findet, gewinnt sie dort ihre Freiheit.

Von Jundt liegt auch eine Feltpredigt vor der Lutherischen Kirche von Paris, der Eglise Evangélique Luthérienne, vor (Délibération à Paris /Paris, Eglise Luthérienne/). Auch diese Arbeit ist durch eine ganz scharfe Gedankenführung, die einen überaus reichen Gedankeninhalt beherrscht, ausgezeichnet. Wichtig ist an ihr die Betonung des Gemeindeprinzips und eine interessante Weiterführung des Gedankens der Freiheit. Die Freiheit wird hier in ihrem Verhältnis zur Tradition beleuchtet. Sehr wichtig ist, wie Wort Gottes und Tradition qualitativ unterschieden und daraufhin auf einander bezogen werden. Das Wort Gottes ist lebendiges Wort, das das Herz trifft, und schaltet jede menschliche Autorität aus. Wohl aber eröffnet es selber die Freiheit zur Tradition, ohne daß eine Unterwerfung unter sie gefordert werden darf.

Dieser Bericht sei durch den Hinweis auf ein theologiegeschichtliches Werk ergänzt, das sich durch ungewöhnliche Akribie auszeichnet: La doctrine de Port-Royal /Paris, Les Presses Universitaires de France/. Der Verfasser, *Jean Laporte*, Professor an der bretonischen Universität Caen, läßt in einer Reihe scharfsinnigster Einzeluntersuchungen den Geist lebendig werden, der im 17. Jahrhundert das Kloster von Port-Royal, jene Pflegestätte des antijesuitischen Janlenismus, das heißt der Theologie der reinen Gnade, und, man mag wohl sagen, jene letzte gewaltige Weltabkehr des christlichen Geistes an der Schwelle der Aufklärung selbst, bestimmte. Port-Royal war die Oase, in der auch ein Pascal seine Heimat fand. Racine kam von dort. Malebranche und Leibniz standen in Auseinandersetzung mit Port-Royal und waren von dort ent-

scheidend befruchtet. Wenn vor fast 100 Jahren Sainte-Beuve eine in ihrer Plaktheit und sprühenden Lebendigkeit noch unüberholte und wohl unüberholbare Geschichte von Port-Royal gab und mit der ganzen Feinheit französischer Geistes jene Welt der Einsiedler und Nonnen darstellte, so gibt Laporte eine theologisch-dogmatische Untersuchung. So detailliert sie ist, so weit ist doch ihr Ertrag. Es zeigt sich vor allem: Die ganze Bewegung ruhte auf der Kraft und Tiefe seelischer Führung, wie sie von dem ersten »directeur des âmes«, von Saint-Cyran, ausgeübt wurde. Vor der Weltgerichtetheit der Aufklärung steht die ungeheure Energie der Verinnerlichung, die in der Abwendung vom Pomp des Lebens- und Sprachtums die Feinheit der psychologischen Analyse zugleich mit der Klarheit und Nüchternheit des Blicks und des Denkens fand. Nicole, der Entdecker des Unbewußten, und Pascal sind die Exponenten dieses Geistes. Fragt man nach dem Gnadenprinzip, das diese ganze Bewegung in Gang brachte, so liegt zweierlei zutage: die radikale Transzendenz der persönlichen Bindung und jene ungeheure Kraft der Verinnerlichung. Aber zugleich wird nun eben hier die Persönlichkeit geboren, die zwischen dem unendlich Großen und dem unendlich Kleinen glaubend und wagend ihren Weg geht und sich selber auf ihr »coeur« und ihr »sentiment« stellt. Die Gnade ist nicht mehr wie bei Luther die Macht, die den Menschen treibt und jagt wie der Reiter das Pferd. Sondern sie ist grade auch als radikale Prädestination der Rahmen, innerhalb dessen der Mensch seinen Weg sich schaffen und bahnen muß. Es versteht sich, wie von hier aus auf dem Weg von Leibniz zu Kant die Autonomie gewonnen wird, und in der selben Linie zeigen als Beispiel auch die Darlegungen oben, wie die Gegenwart bei der Diskussion der Gnade unvermeidlich auf irgendeine Bejahung der Freiheit gestoßen wird. Die systematische Aufgabe wird darin bestehen die Freiheit selber als Gegenwart der Gnade und die Gnade als Kraft der Freiheit zu verstehen. Dann wird es möglich werden ohne die (unmögliche) Preisgabe der Freiheit dem "Abhängigkeitsgefühl" mehr Raum zu verschaffen als es selbst in Port-Royal geschah.

Jesús
Das Werk des Professors an der Hebräischen Universität Jerusalem *Joseph Klausner* über Jesús liegt jetzt auch in deutscher Übersetzung vor (Jesús von Nazareth: Seine Zeit, sein Leben und seine Lehre

/Berlin, Jüdischer Verlag/). Weder Gotteslohn noch Prophet, weder Messias noch Rabbi ist Jesús für den Verfasser. Wohl aber ein »Lehrer hoher Sittlichkeit«, dessen Geschichte aus der Geschichte des jüdischen Volks nicht weggedacht werden kann. Allgemein anerkannt ist die umfassende historische Basis und die wissenschaftliche Akribie dieses Werks, das hebräisch zuerst schon vor fast einem Vierteljahrhundert erschien. Was die systematische Stellungnahme betrifft, so stellt der Verfasser dem Gedanken der Liebe den Primat der Gerechtigkeit entgegen, und er vermißt bei Jesús die Anerkennung der nationalen und sozialen Normen. Er sieht richtig, daß die Liebe zum Verlorenen, wie sie zum Beispiel in den Gleichnissen vom Verlorenen dargestellt wird, die Grenzen humanitärer Gestaltungsethik überschreitet. Aber es steht damit nicht ganz im Einklang, daß er nun doch Jesús einfach als Ethiker schildert. Die Auseinandersetzung Jesús' mit dem Prinzip der Gerechtigkeit hätte er auch von seinem Standpunkt aus noch tiefer fassen müssen. Dann hätte er dem jesuanischen Gedanken des Gottesreichs doch noch andere Züge abgewonnen als »irdisch-materielle Verprechungen« an die Armen. Auch hier wäre der Gedanke der neuen Gerechtigkeit in das Zentrum zu stellen. Dann würde nicht mehr der Individualismus Jesús' dem jüdischen Heilsgedanken gegenüberreten, sondern ein Universalismus träte dem *andern* gegenüber, und damit wäre erst der Gegensatz wirklich erfaßt. Anders ausgedrückt: Der Verfasser hätte nach der Linie fragen müssen, die Jesús mit Paulus verknüpft. Trotz dieser notwendigen Ausstellungen sei auf die ernste und gründliche Arbeit des jüdischen Gelehrten nachdrücklich hingewiesen. Sie regt jedenfalls den kritisch aufmerksamen Leser an manche althergebrachte Anschauung zu überprüfen.

Gemeinschaften Der Direktor des Methodistischen Seminars in Frankfurt Ernst Sommer veröffentlichte eine zur Geschichte des *Methodismus* interessante Studie über John Wesley und die Soziale Frage /Bremen, Verlagshaus der Methodistenkirche/. Gegen die allgemein herrschende Auffassung wird in ihr gezeigt, wie außerordentlich stark der Prediger der Erweckung die sozialen Nöte ins Auge faßte und konkrete Vorschläge zur Abhilfe machte: Verbot des Branntweimbrennens, Senkung der Pachtzinsen und so weiter. Der Verfasser schließt mit

einem interessanten Wort des frühern englischen Ministerpräsidenten Stanley Baldwin: »Der Gründer des Methodismus übte einen weit größern Einfluß, als ihn je ein englischer Ministerpräsident ausgeübt hat. Die Arbeit der ersten Methodisten schuf ganz ohne Zweifel die Voraussetzungen zu dem industriellen Aufschwung dieses Landes . . . Hier liegt auch die Erklärung dafür, daß von Cornwall aus, wo Wesley besonders stark wirkte, innerhalb der letzten 50 Jahre die ausgezeichneten Führer der Arbeiterschaft gekommen sind.« Interessante Anhänge bringen eine Predigt und einen Aufsatz Wesleys zur Sozialen Frage. Für den Jüdischen Verlag in Berlin übersetzt Aron Steinberg Simon Dubnows Geschichte des *Chassidismus* aus dem Hebräischen. Nachdem Martin Bubers Einführung die großen Gestalten des Chassidismus der Gegenwart verlebendigt hat, ist es außerordentlich dankenswert, daß nun eine historische Darstellung hinzutritt. Dubnow legt darin den Ertrag 40jähriger Forschung nieder. Vor allem hat er sich die Aufgabe gesetzt auf der Grundlage der allgemeinen sozialen Verhältnisse den Chassidismus als Volksbewegung zu verstehen. Der 1. Band, der bis jetzt allein deutsch vorliegt, umfaßt die Periode der Entstehung des Chassidismus, der »seinen unaufhaltamen Siegeszug« in Osteuropa zur selben Zeit antrat, da »im Zusammenhang mit der Aufklärungsbewegung des 18. Jahrhunderts innerhalb der westeuropäischen Judenheit der Vernunftglaube immer mehr die Oberhand gewann«, Wachstum und Ausbreitung des Chassidismus bilden den Inhalt des 2. Bandes, dessen Übersetzung in kurzem erscheinen soll.

Schrempf Am 28. April 1930 wurde Christoph Schrempf 70 Jahre alt. Die stille Schar seiner Freunde nahm die Gelegenheit zum Anlaß mit der Sammlung seiner Werke zu beginnen. Sie erscheinen im Verlag Fr. Frommann in Stuttgart. 5 Bände liegen bis jetzt vor. Vor 40 Jahren vollzog der junge Pfarrer Schrempf den Bruch mit seiner Kirchenregierung, indem er sich weigerte bei der Taufe das sogenannte Apostolische Glaubensbekenntnis zu verwenden. Mit der bequemen Übernahme und laxen Auslegung traditioneller Formeln konnte sich dieser grade, harte Charakter nicht abfinden. Der 1. Band bringt ausführlich die Akten zu jenem Fall Schrempf. Sie haben leider auch heute ihr Gewicht nicht verloren und treten als dringliche Mahner auf den

Plan. Seit dem Verlust des Pfarramts wirkte Schrempf als freier Schriftsteller, dann als Philosophieprofessor an der Technischen Hochschule in Stuttgart. Er war es, der in der Zeit, die noch kein Interesse dafür aufbrachte, die große Kierkegaardüberetzung im Verlag Eugen Diederichs in Jena herausbrachte. Daran war er mit innerster Leidenschaft beteiligt. Der Kampf um die Wahrheit war ihm zugleich Kampf um die eigne Existenz. Er bekämpfte die Flucht in ideologische, weltanschauliche Sicherungen und wird ein leidenschaftlicher Ankläger des offiziellen Christentums. Kierkegaards Idee des einzelnen wird die Richtschnur seines Lebens. In einer Zeit des fortschrittlichen Optimismus rang Schrempf mit den Abgründen der Wirklichkeit, und er errang sich dabei einen Glauben, der abseits der herkömmlichen traditionellen Formulierungen blieb, nicht auf apologetische Reflexionen sich stützte sondern durch die Zerrissenheit der menschlichen Existenz auf deren verborgene Schicksalhaftigkeit durchdrang und ihr gegenüber ein letztes, warnendes Ja fand. Den einzelnen Bänden der deutschen Kierkegaardausgabe sind Einleitungen vorangestellt, in denen Schrempf seinen Lebensgang referiert und an die einstigen eignen Entscheidungen den Maßstab der »Wahrhaftigkeit« legt. Schrempfs Weg war in allen Stadien der Weg derer, die vom Dunkel ins Helle streben.

Freunde und Verehrer Schrempfs, unter ihnen der Philosoph Theodor Häring, Anna Schieber und Hermann Hesse, haben Schrempf eine kleine Festgabe gewidmet, die sehr treffend im Banne des Unbedingten heißt /Stuttgart, Fr. Frommann/. Sie zeugt von der tiefen Wirkung, die von der Persönlichkeit Schrempfs ausging. Der Einsame hat zu den Einsamen gesprochen, indem er den Entscheidungskampf des einzelnen gegen gesellschaftliche und religiöse Konvention, gegen den Zeitgeist und die Flucht in die Tradition vorkämpfte.

Veranstaltungen Mitte November 1931 fand in Jena die 11. Haupttagung des *Euckenbunds* statt, der sich die Aufgabe stellt die idealistische Philosophie Rudolf Euckens zu erhalten und fortzubilden. Die Tagung war dem Thema der religiösen Gegenwartskrise gewidmet. Das Hauptreferat hielt der Bischofsvikar Glondys aus Kronstadt; daran schloß sich eine Diskussion, an der sich unter anderen die Professoren Bruno Bauch /Jena/, Walter Eucken /Freiburg/, der Sohn Rudolf

Euckens, der Pastor Nagel /Hamburg/ und der Lektor Matthew Taylor Mellon /Freiburg/ beteiligten. Glondys fuchte feltzuteilen, wie man der Gottlosenbewegung unserer Zeit am besten auf theoretischem Weg beikommen könne. Wir ständen vor allem in einer Lebenskrise, von der die Gottlosenbewegung nur ein Symptom sei. Bauch hob in seiner Diskussionsrede hervor, daß es falsch sei den Idealismus als Subjektivismus zu bezeichnen. Wie in der Zeit Kants stehe heute neben einer materialistischen Aufklärung eine starre Orthodoxie; ihre Waffenbrüderchaft werde durch den Idealismus zufchanden. Die Katastrophen des Idealismus seien Mißverständnisse. Die auf Neuschöpfung zielende Aufgabe einer Religion in unserer Zeit wurde auf dieser Tagung nicht formuliert.

Totenliste

Anfang Februar 1931 starb der katholische Moraltheologe *Joseph Mausbach*, im Alter von 70 Jahren. Sein Hauptwerk ist die *Katholische Moraltheologie* /1918 bis 1926/. Außerdem seien hervorgehoben: *Kernfragen christlicher Welt- und Lebensauffassung* /1903/, *Ausgewählte Texte zur allgemeinen Moral* aus Thomas von Aquino /1905/, *Grundzüge der katholischen Apologetik* /1916/, *Naturrecht und Völkerrecht* /1918/. Mausbach war eine der repräsentativsten Gestalten der katholischen Theologie. Auch in der katholischen Frauenbewegung hat er eine große Rolle gespielt; 1919 veröffentlichte er eine Schrift über das Wahlrecht der Frau. Seit 1892 lehrte er in Münster. Ende März starb in Göttingen der Professor der klassischen Philologie *Richard Reitzenstein*, kurz vor Vollendung seines 70. Lebensjahrs. Er hatte sich 1888 in Breslau habilitiert und dann in Rostock, Gießen, Straßburg und Freiburg gelehrt; seit 1914 wirkte er in Göttingen. Während der langen Jahre seines Ordinariats in Straßburg erwarb er auf einer Reise nach Ägypten für die Straßburger Landesbibliothek eine große Sammlung griechischer Papyri, die zu den wertvollsten Schätzen der antiken Literatur gehört. Die neutestamentliche Wissenschaft dankt seinen Forschungen viele Anregungen. Berühmt wurden seine Schrift *Poimandres*, *Studien zur griechisch-ägyptischen und frühchristlichen Literatur* /1904/, seine Werke über die hellenistischen Myterienreligionen /1910/ und das iranische Erlösungsmysterium /1921/. Reitzenstein spricht dem Parismus einen besonders Einfluß auf die frühchristliche Religionsentwicklung zu.

Kurze Chronik Die Direktion der *Brüdergemeinde* schlug ihrer Synode vor das seit den Zeiten Zinzendorfs bestehende Theologische Seminar in Herrnhut aus finanziellen Gründen abzubauen. Das Seminar war die Stätte der Wirksamkeit bedeutender Lehrkräfte. Es ist zu befürchten, daß die Brüdergemeinde manches von ihrer theologischen Tradition verliert, wenn das Seminar wirklich eingeht. ◊ Die *Christliche Welt* wird seit dem 1. Januar von Hermann Mulert in Kiel geleitet. Über 4 Jahrzehnte wurde sie von ihrem Begründer Martin Rade herausgegeben. Rade hatte in der Christlichen Welt ein Organ geschaffen, das weitesten Kreisen der Gebildeten die religiösen Fragen nahebrachte. Die Zeitschrift trug in der Weite ihres Horizonts wie in ihrer Feinhörigkeit für die neuen Strömungen ganz das Gepräge ihres Herausgebers. Nicht nur Männer wie Julius Kaftan, Wilhelm Herrmann und Ernst Troeltsch gehörten zum engsten Kreis der Freunde der Christlichen Welt, sondern auch noch die gegenwärtige Dialektische Theologie verdankt Martin Rade ihren erfolgreichen Beginn. Friedrich Gogarten und Rudolf Bultmann veröffentlichten ihre ersten programmatischen Aufsätze in der Christlichen Welt. Die besondere Leidenschaft Rades galt durch alle 4 Jahrzehnte dem Kampf für die Wahrhaftigkeit, und da war der nach vielerlei Richtung aufgeschlossene Mann unbeugsam. ◊ Der evangelische Theologe der Universität Münster *Otto Piper* wurde Ehrendoktor der Theologischen Fakultät in Paris. Er ist nach Albert Einsteins der erste deutsche Gelehrte, dem nach dem Krieg diese Ehrung zuteil wird.

Literatur

Die *Weltreligionen* werden in einer Reihe von Abhandlungen, von Paul Althaus, Hilko Wiardo Schomerus, K. Steck und Walter Freytag, behandelt /München, Chr. Kaiser/. Besonders eindrucksvoll ist, daß Althaus sich ausdrücklich an die Höhepunkte der Religionsgeschichte hält und einen guten Vergleich insbesondere mit den Glaubensreligionen Indiens durchführt. Sehr aufschlußreich ist der Bericht Stecks über das Christentum bei den Primitiven in Neuguinea als Weltgestaltung. Der Verfasser findet eine gradezu klassische Formulierung, wenn er die christliche Haltung als »Dreiecksbeziehung« charakterisiert: Gott-Welt-Mensch, so daß bald Welt und Mensch Gott gegenüber, bald Gott und Mensch der Welt gegenüber sich zusammenschließen.

KUNST

Musik / Herbert Trantow

Pfitzner: Das Herz Man hat mit berechtigter Spannung die neue Oper Hans Pfitzners erwartet.

Der einmalige Wurf seines Palestrina war nicht zu überbieten. Wichtig war die Frage nach dem neuen Weg eines Komponisten, der sich in Wort und Tat in den 15 Jahren, die seit der Uraufführung des Palestrina vergangen sind, so oft gegen alle antiromantischen Bestrebungen der Musik gewandt hat, der der geschworene Feind aller "Mechanisierung" ist und als Schöpfer des Palestrina sicher berechtigt war den (ideologischen) Schild der "reinen" Kunst zu verteidigen. Sein Irrtum bei diesem Kampf ist: die Geburtswehen einer neuen Musikergeneration nicht zu verstehen und mit bedauerlicher Intoleranz von einer Bewegung, deren größtes Plus das Fließende, nicht Erlarrte war, Vollendetes im klassizistisch-romantischen Sinn zu verlangen. Für diejenigen unter seinen Kritikern, die, bei aller Ablehnung seiner intoleranten Ideologien, den genialischen Schöpfer des Palestrina in ihm ehren, und deren Hochachtung für die Lauterkeit und Reinheit der künstlerischen Absicht, die aus jedem Wort und Ton des Palestrina spricht, durch kein Parteigekänk getrübt werden kann, ist die neue Oper Das Herz / Berlin, Adolph Fürstner / eine Ichmerzliche Enttäuschung. Eine Oper darf von ihrem Stoff nicht gelöst werden. Was dem Hörer hier zugemutet wird, ist eine Pseudoromantik, die auch nicht mit "Reinheit" zu entschuldigen ist. Mit allen verfügbaren Registern (der Gegner der "mechanischen Musik" verwendet dabei Sirene und Lautsprecher) wird ein Dämon beschworen, der für seine Dienste das Herz eines Menschen beansprucht; der Held der Oper bedient sich in übersteigertem Ehrgeiz dieses Zaubermittels und macht sich dadurch selbst unglücklich, weil er das Herz der eignen Frau geopfert hat. Er wird am Schluß "erlöst", nachdem er sich, "gelaütet", weigert nochmals zu Zauberei zu greifen, selbst wenn ihn diese Weigerung das Leben kostet. Hans Mahnermons, der Librettist, verfügt zudem sprachlich nur über so abgebrauchte Mittel, daß man sich nur wundern kann, wie Pfitzner, der sich im Palestrina ein so ergreifendes Buch schrieb, diesen Text komponieren konnte. Zugegeben, wir leiden an einer Librettistenarmut, soweit sie die Gedankengänge einer sich als "romantisch" empfindenden Generation

betrifft. Aber sollte darin nicht ein Beweis zu sehen sein, daß die romantische Oper, vielmehr das "Musikdrama", abgewirtschaftet hat? Für eine wirklich lebendige geistige Bewegung hat sich im entscheidenden Augenblick immer noch ein schöpferischer Geist gefunden ihr Gestalt zu verleihen. Eine innerlich tote Bewegung, wie sie die Wagnernachfolge darstellt, kann eben nur noch fossile Überreste hervorbringen. Der beste Beweis dafür ist jetzt wieder das, bei allen Einwänden, die man dagegen haben mag, durchaus produktive Zusammenarbeiten Bert Brechts mit Kurt Weill in Mahagonny (siehe die Rundschau Bühnenkunst, in diesem Band Seite 97).

Bleibt die Frage nach Pfitzners Musik. Das Politivste ist die Auflockerung seines instrumentalen Satzes, eine gewisse Konzentration fällt auf einzelne Nummern. Teilweise fällt ihm eine wirklich "herzliche" Musik ein, wie im Vorspiel zum 2. Akt, das im Verlauf der Oper zu einem wichtigen Erinnerungsmotiv wird. Daneben steht wieder viel Ergrübeltes oder aus üblicher Orchestermotivtechnik Gewonnenes. Da uns die gefangliche Linie wieder mit Recht als oberstes Prinzip der Oper gilt, wie die machtvolle Verdirenaissance erweist (siehe diese Rundschau, 1931 II Seite 1240), bleibt hier ein Rest von Unbefriedigtsein zurück, da die große befreiende gefangliche Linie sich nicht einstellen will. (Typisch die ungechickte Verwendung des oben erwähnten Vorspiels zum 2. Akt als Gesangsnummer; allerdings ist hierbei der Komponist vom Librettisten vollkommen im Stich gelassen worden.) Schade. Das moderne Operntheater braucht dringend neue Werke; hier wurde eine große Gelegenheit verpaßt. Daß sie von unserer Opernbühne reproduktiv richtig ausgenutzt werden könnte, bewies die Uraufführung des Werks am 12. November 1931 in der Berliner Staatsoper. Sie stand auf hohem Niveau, wenn freilich auch eine Einzelbesetzung als verfehlt erachtet werden muß, und war bemüht ohne vordringliche Gewalttätigkeit einfach das Werk selber zu gestalten.

Oratorium Konnte vor einem Vierteljahr in dieser Rundschau (1931 II Seite 1242) über Werke des Nachwuchses berichtet werden, die sich mit einem neuen Gefangstil auseinandersetzen, so haben jetzt die anerkannten Meister der Neuen Musik Werke geschaffen, die, über bloßes Experimentieren hinaus, Standardwerke einer neuen Vokalmusik darstellen.

Das Oratorium *Paul Hindemiths Das Unauhörliche* /Mainz, B. Schotts Söhne/ vertont einen Text von Gottfried Benn, der geistige Grundlagen unserer Kultur und des Lebens untersucht, Nicht in der Form des Lehrstücks, wie seinerzeit Brecht (die Beziehung dazu gibt übrigens Hindemith durch Zitierung des parodistischen Marches aus dem Lehrstück) sondern in effektiven Feststellungen. Benn kommt nach den pessimistischen Untersuchungen der ersten beiden Teile am Schluß mit der Versicherung, daß bei aller Unsicherheit unserer Lebensgrundlagen es sich immerhin lohnt weiterzuarbeiten und nicht zu verzweifeln. Ein Anklang an den Schluß des Fault, doch keine positiv aktuelle Antwort, die ein so hervorragender, aus tiefer Unerbittlichkeit (keptischer Geist wie Benn zu geben sich nicht getraut. Zu dieser produktiven Aufgabe wird der Hörer selbst herangezogen. Und die Möglichkeiten der Lösung werden ihm durch die musikalische Potenz Hindemiths gegeben. Nach einer gewissen Stagnation, die ihn teilweise zur Wiederholung bereits erprobter Formeln geführt hatte, ist dieses Werk der Schritt in ein neues Schaffensstadium. Hier ist, wie noch niemals bei Hindemith, alles formale und technische Rüstzeug in den Dienst einer wirklich "erfüllten" Musik gestellt; hier gibt es keine Artistik mehr, keine Motorik und geläufige Betätigung eines musikantischen Nurtspieltriebs. Solche Musik, wie die antikisierenden Wechselchöre des 3. Teils, gehören zum Bedeutendsten, was europäische Kunst in unserer Zeit hervorgebracht hat. Die Berliner Aufführung des Oratoriums durch den von Otto Klemperer geleiteten Philharmonischen Chor am 21. November 1931 war in der unbedingten Hingabe an das Werk diesem angemessen.

Man könnte das selbe von *Igor Strawinskis* Pfalmenymphonie /Berlin, Rufischer Musikverlag/ sagen; Hindemiths Werk ist freilich abendfüllend, dagegen Strawinskis umfaßt nur 3 Chöre mit Orchester. Gegenüber der mehr artistischen Ausgestaltung alter Stile, der sich Strawinskij in den letzten Jahren oft widmete, ist dieses Werk ebenfalls ein Schritt in Neuland. Besonders im 3. Chor gewinnt Strawinskij eine bei ihm in letzter Zeit ganz seltene Frische und Einfachheit des Musizierens.

Bewußt auf Volkstümlichkeit gestellt ist das Oratorium *Joseph Haas' Die Heilige Elisabeth*, nach einem Text von Wilhelm Dauffenbach /Mainz, B. Schotts Söhne/. Beglückend zu sehen, wie es dem Kom-

ponisten gelungen ist eine volkstümliche, im ersten Augenblick eingängige Musik zu schreiben und doch in der Haltung im Stil der durch die Entwicklung der Neuen Musik gewonnenen Erkenntnisse zu bleiben. Knappheit der Diktion, Übersichtlichkeit der Formen geben die Möglichkeit die Zuhörer selbst als Agierende mitlingen zu lassen: ein Ziel, das dem neuen Gemeinschaftsmusizieren vorgefetzt ist, wie es in Hindemiths Lehrstück zuerst verwirklicht wurde und auch hier in überraschender Weise gelungen scheint.

Der 90. Psalm, den ein junger Dresdener Komponist, *Gottfried Müller*, mit 16 Jahren schrieb, ist eine große Talentprobe. Müller beherrscht sehr geschickt das kompositorische Können einer altklassischen Tradition; seiner Jugend stellt dieses halbstündige Werk für 6stimmigen Chor und Orchester ein gutes Zeugnis aus. Mehr ist zunächst nicht zu sagen, denn ein Befangensein im Formelhaften der Altklassik läßt es bei ihm noch nicht zum Durchbruch des wirklich schöpferischen Einfalls kommen; immerhin ist sein Erstling bei der heute so brennenden Frage des Nachwuchses ein tröstlicher Wechsel auf die Zukunft.

Violinkonzert Das neue Violinkonzert *Igor Strawinskis* (Concert en ré pour violon et orchestre /Mainz, B. Schotts Söhne/) ist ein modernes Virtuosenstück im besten Sinn. Die Entwicklung dieses Musikers seit seinem monumentalen Oedipus rex bewegte sich mehr in intellektuell artistischem Kreis als im Zwang einer blutlich starken, innerlich fundierten Musik. Im letzten Satz der Pfalmenymphonie ist dieses spielerische Element vollkommen überwunden. Das neue Violinkonzert faßt auf anderer Grundlage alle Qualitäten des Strawinskischen Schaffens zusammen: In der Tokkata lebt das aggressiv burleske Stilelement der Geschichte vom Soldaten in einer ganz neuerlebten Intensität wieder auf, in der Aria I ist das pathetische, große Linien schreibende, in der Aria II das spielerische Element der von Strawinskij in so durchaus persönlicher Weise wiederbelebten Altklassik vorherrschend; das Capriccio bringt eine Erweiterung der in seinem Klaviercapriccio gewonnenen virtuosen Möglichkeiten, alles aber viel freier und selbstverständlicher als dort. Meisterhaft die Einarbeitung des Soloviolinparts in den gesamt-musikalischen Ablauf, hier ist alles vorhanden, was von einem modernen Violinkonzert verlangt werden kann: eine sprühende Komposition mit einer dankbaren Solo-

partie, die dem Geiger ausgezeichnete Gelegenheiten gibt sein Können zu zeigen. Teilweise völlig neue technische Aufgaben für den Streicher beweisen, wie sich alles Technische in der Kunst organisch aus dem geistigen Gehalt eines Werks heraus entwickelt. Gleichzeitig damit erscheint ein früheres Werk: Scherzo fantastique für großes Orchester /Mainz, B. Schotts Söhne/, das rein illustrativ-impressionistisch eine Episode aus dem Leben der Bienen behandelt, sehr virtuos, aus Strawinskis klangvoller Periode. Sein junger Landsmann *Igor Markewitsch*, über den auch schon in dieser Rundschau (1931 II Seite 808) berichtet wurde, veröffentlicht eine Serenade für Violine, Klarinette und Fagott /Mainz, B. Schotts Söhne/, ein gutes Werk der linearen Schreibart, in den Einfällen nicht sehr originell, aber viel überlegener gestaltet als seine ersten Veröffentlichungen und mit der sympathischen Frische, die ihn auszeichnet, flott hingelchrieben.

Veranstaltungen In Homburg fand vom 6. bis zum 8. Juli 1931 ein

Amerikanisches Musikfest

statt, dessen Hauptkonzert auch nach Amerika übertragen wurde. Weshalb dieses Fest in Deutschland veranstaltet wurde, ist nicht recht einzusehen. Andere Nationen, die musikalisch mehr zu sagen haben, sollten uns näher stehen.

Unter der Leitung Hermann Scherchens fand am 17. Januar 1932 in der Städtischen Oper in Berlin ein *Polaunenkonzert* statt, das, außer Erstaufführungen von Gabrieli, Schütz und Frescobaldi, Uraufführungen von Hindemith, Toch, Vogel, Weill, Eisler, Egk, Lendvai, Milhaud und Casella brachte. Die Wirkung auf die Hörer war ungewöhnlich stark und zeigte die Möglichkeit dem musikalischen Schaffen unserer Zeit ein halb vergessenes Gebiet neu zu erschließen.

In Homburg findet vom 6. bis zum 8. Juni eine Tagung *Neue Musik Bad Homburg*, unter der Leitung Oskar Holgers und Heinrich Burkards, statt, die dem zeitgenössischen Schaffen gewidmet ist.

Das Musikfest, das der *Allgemeine Deutsche Musikverein* vom 10. bis zum 14. Juni in Zürich veranstaltet, bringt das Oratorium *Das Unaufhörliche* von Paul Hindemith, die Orchestervariationen von Ernst Krenek, die Musik für Baritonstimme und Orchester von Ernst Toch, die kürzlich ihre Uraufführung unter Erich Kleiber in Berlin erlebte, ein Chorwerk des begabten Heinz Schubert und ein Capriccio für 2 Klaviere und Orchester von Herbert Trantow. Festdirigent ist Volkmar Andreae.

Zeitschriften Der in Mainz erscheinende *Melos*, die führende Musikzeitchrift für Neue Musik, ist immer wieder von einzigartiger Aktualität. In den letzten Heften geht es neben rein fachlichen Erörterungen (Studien über Bela Bartok, Igor Strawinskij) immer wieder um Gegenstände, die den Musikliebhaber besonders angehen (Musikpädagogische Situation, Problem der Musikzeitchrift an sich).

Dieser vitalen Haltung, die sich bemüht stets allen zeitgenössischen Problemen gegenüber ein offenes Auge zu haben, steht der Typus der modernen Musikzeitchrift, wie der in Wien erscheinende *Anbruch* gegenüber, der vor allem einem bestimmten Kreis von Interessierten zu dienen bestrebt ist. Symptomatisch dort das Fehlen des Publikumskontakts; man bleibt immer fachlich unter sich. Das ist im Sinn der Propagandawirkung bedauerlich, hat andererseits den Vorteil, daß Untersuchungen, wie die über die musikalische Situation in Rußland, sehr spezialisiert vorgenommen werden können. Die russischen Komponisten, die auf dem Boden des bolschewistischen Regimes stehen, werden von Staats wegen gefördert. Was aus den anderen wird, erfährt man nicht; Künstler wie Strawinskij oder Prokowjew dürften zurzeit in Rußland nicht viel zu sagen haben.

Eine neue Art von Musikzeitchrift stellt die in Berlin, Wolfenbüttel, Leipzig und Kopenhagen erscheinende *Pro Musica* dar, die an Stelle von Artikeln über Musik Kompositionen junger Autoren veröffentlicht, mit der besondern Absicht dem Laien, der sich für Neue Musik interessiert, auf bequeme Art Material in die Hand zu geben. Das 1. Heft bringt einen ausgezeichneten Chor Schickfal (Text von Max Barthel) von Ernst Lothar von Knorr, das beste Stück dieses Hefts. Hier ist das Problem des modernen Laienchors in überrassender Weise gelöst; dieser Musiker hat wirklich Fingerpitzengefühl für die Erfordernisse neuer Laienmusik. Demgegenüber sind die anderen Stücke schwach; Einem Hindemith merkt man das Herausgerissensein aus größerem Zusammenhang zu deutlich an, ein instrumentales Duett von Wilhelm Maler und ein Klavierstück von John Ireland sind nicht nur in diesem Zusammenhang belanglos; brauchbar dagegen sind 2 kleine Stücke von Jorgen Bentzon, beachtlich ein Chor *Die Jungen* aus Heinz Tieffens großem Chorwerk *Aufmarsch* (Text von Max Barthel). Das Ganze ein Versuch, der unbedingt fortgesetzt werden sollte.

Totenliste Am 20. August 1931 starb in Berlin *Waldemar von Baußnern*, Komponist und Lehrer an der Akademie für Kirchen- und Schulmusik, in seinem 65. Lebensjahr. In seiner Laufbahn war von Anfang an seine Neigung zur Vokalmusik maßgebend; so sind seine 6 Symphonien fast alle zu gleicher Zeit auch Chorwerke. Er war ein sehr ernster und allem Banalen abgeneigter Komponist, der nur eine gewisse akademische Strenge nicht vermeiden konnte, und dem vielleicht deshalb der entscheidende Erfolg verlagst blieb. Am bekanntesten wurde sein Hohes Lied vom Leben und Sterben, das vor dem Krieg entstand; dessen Nachklang ist die 5. Symphonie, auf das Lied Es ist ein Schnitter, der heißt Tod, ein großangelegtes Werk, in dessen Ecklätzen Orgel und Orchester sich wie 2 rielige Kämpfer gegenüberstehen.

Der begabteste Komponist Dänemarks, *Carl Nielsen*, starb in Kopenhagen, am 2. Oktober, im Alter von 65 Jahren. Bereits in seinen frühesten Jugendwerken bekannte er einen offenkundigen Haß gegen Schwulst und Überschwenglichkeit; er gab die nachbachtische Tonalität bald auf und schrieb eine Musik, die sich, auf der Grundlage der alten Kirchentonarten, zu einer ganz eignen herben Polyphonie und Polyrhythmik verdichtete. Kammermusikwerke, 5 Symphonien, die Opern Saul und David und Maskerade, Chorwerke, Lieder und anderes sind seine Leitungen, die ihm, nach harten Kämpfen gegen eine ihm entgegenarbeitende Clique und gegen manche Verständnislosigkeit, seine Führerstellung im dänischen Musikleben verschafften.

Der ungarische Komponist und Pianist *Emanuel Moor* starb Mitte Oktober in der Nähe von Montreux. Er war 1863 geboren. In den letzten Jahren lebte er nur noch für seine Erfindung, das Moorsche Doppelklavier, das zuerst die Firma Pleyel in Paris und dann die Firma Bechstein in Berlin baute.

In Paris starb im Dezember der bedeutendste französische Komponist der ältern Schule, *Vincent d'Indy*, im Alter von 80 Jahren. Seine bekanntesten Schöpfungen sind symphonische Dichtungen; so die Trilogie Wallenstein, die Bergsymphonie und die Cevennensymphonie. Er bekämpfte in Frankreich die Verflachung des Musiklebens und trat für Wiederbelebung Monteverdis und Bachs ein. So gründete er als Widerpart gegen das Pariser Konservatorium die Schola Cantorum, die lange Zeit Mittelpunkt der ernsten Musikpflege Frankreichs war.

Kurze Chronik Der Musikhistoriker Adolphe Boschet entdeckte in der Bibliothèque Nationale eine bisher unbekannte Kantate von *Hector Berlioz*, betitelt *Mort d'Orphée*; sie wird von den Studenten des Konservatoriums in Straßburg aufgeführt. ◊ Die neue Oper *Darius Milhauds Maximilian*, nach Franz Werfel, wurde am 5. Januar in der Pariser Großen Oper uraufgeführt. Es war das erstemal, daß ein junger Komponist der radikalen Richtung an diesem repräsentativen Institut zu Wort kam. Die offizielle Kritik verhielt sich größtenteils völlig ablehnend. Das Publikum aber bereitete dem neuen Werk, das gut aufgeführt wurde, eine sehr freundliche Aufnahme. Was das Werk im Schaffen Milhauds, gegenüber seinem bedeutenden Christoph Columbus (siehe diese Rundschau, 1930 II Seite 624), bedeutet, wird man hier feststellen können, wenn es im Druck vorliegt und auch in Deutschland aufgeführt wird. ◊ Ein Bühnenstück nach Gorkijs Roman *Die Mutter* schrieb *Hanns Eisler*, im Verein mit Bert Brecht. ◊ Der Komponist der Oper Armer Columbus, *Erwin Dressel*, hat eine Spieloper *Die Zwillingsefel* vollendet, die im April in Dresden uraufgeführt werden soll. ◊ Am 11. Januar wurde *Paul Graener* 60 Jahre alt. Er ist besonders durch seine Opern bekannt geworden, deren letzte, *Friedemann Bach*, nach der Uraufführung in Schwerin, jetzt auch in der Städtischen Oper in Berlin, hier vorzüglich dargestellt, guten Erfolg hatte. Früher schrieb er die Opern *Theophano*, *Schirin* und *Gertraude*, *Don Juans letztes Abenteuer*, *Hanneles Himmelfahrt*; überall bewies er sich als geschmackvoller, wenn auch nicht besonders eigen-schöpferischer Musiker. Seinen größten Publikumserfolg hatte er mit den Galgenliedern *Christian Morgensterns*, deren Art ganz witzig nachempfunden ist. ◊ Der Komponist des *Evangelimann*, *Wilhelm Kienzl*, wurde am 17. Januar 75 Jahre alt. Den großen Erfolg dieser Oper, der wohl auf die glückliche Mischung von Volkstümlichkeit und gutem handwerklichen Können in diesem Werk zurückzuführen ist, erreichte er nicht mehr; weder mit seinem *Don Quixote* noch auch mit seinem viel schlagkräftigern *Kuhreigen*. Er hat sich auch als Musikschriftsteller betätigt. ◊ Der Berliner Musikschriftsteller und Komponist *Klaus Pringsheim* wurde als Professor für Komposition und Dirigent an die Staatliche Musikakademie in Tokio berufen. Die Musikkritik in Berlin hat durch seine Abwesenheit viel verloren.

Literatur

Bei dem Interesse, das sich neuerdings, besonders durch die hochstehenden Neubearbeitungen von Karl Kraus, dem Meister der Operette *Jakob Offenbach* erneut zugewandt hat, erfüllt die erste umfassende Offenbachbiographie Anton Henselers /Berlin, Max Hesse/ eine wichtige Aufgabe; die wichtigste liegt vielleicht darin der Gegenwart ein Spiegelbild vorzuhalten und ihr vor Augen zu führen, was aus der geistreichen Offenbachschen Meisteroperette durch unsere Operettenindustrie geworden ist. Offenbachs großartige Satire wurde zur schalen Blödelei degradiert, sein sprühendes Temperament und sein immer offener Witz mußten weichlichster Sentimentalität weichen. Dabei hat kaum je eine Zeit solche Möglichkeiten zu Satire gehabt wie die unfrige. Aber durch ein reines Industriesystem werden immer wieder die selben schablonierten Libretti mit dem verlogenen tragischen 2.-Akt-Schluß geschrieben, weil diese Art angeblich "vom Publikum verlangt" wird. Auf den Gedanken, daß sich das Publikum nur aus Mangel an Besserm diese Pseudounterhaltung eben gefallen läßt, kommen die unmaßgeblichen Herren nicht. Die Niveaulosigkeit des leichten musikalischen Genres in Deutschland ist noch niemals so schlimm gewesen wie jetzt. Um so dringender sei auf diese Offenbachbiographie hingewiesen. Henseler versteht es ausgezeichnet nicht nur das äußere Lebensbild dieses, als Erscheinung so einzigartigen Musikers zu geben sondern auch das Interesse für die vielen unbekanntten Offenbachjaden zu wecken. Man hat eine Fülle von Anregungen und neuen Gesichtspunkten durch dieses Buch bekommen. Man erfährt da auch, daß ein Offenbach, dessen Musik die gesamte Skala der Heiterkeit und des Lebensübermuts umfaßt, bitter hat kämpfen müssen, so daß nach größtem Erfolg Vereinfachung und Mißverstehen im Alter nicht ausblieben. Die größte Tragik dieses Lebens: Offenbach hat die Krönung seines Werks, die Oper Hoffmanns Erzählungen, selber nicht mehr hören können. Welche Ironie des Schicksals in dieser Tatfache liegt, wird beim Zurückblicken auf den mühevollen Lebensweg dieses Meisters evident, der sich aus einfachsten Verhältnissen in immer neuem strebenden Bemühen (eine 15 Jahre vor Hoffmanns Erzählungen geschriebene Oper Die Rheinnixen war bei der Aufführung ein vollkommener Durchfall) bis zur Vollendung seiner Hoffmannoper emporgearbeitet hatte.

Vortragskunst / Felix Stöllinger

Konzertwesen Nachdem Rundfunk und gesellschaftliche Verhältnisse das Solistenkonzert geradezu beseitigt haben, so daß nur noch wenige große Künstler in der Lage sind konzertierend zu wirken, beschränkt sich das Berliner Musikleben immer mehr auf die großen Chor- und Orchesterkonzerte. Bedenkt man, daß in Berlin Otto Klemperer, Wilhelm Furtwängler, Bruno Walter, Erich Kleiber, daneben, leider unregelmäßig, Fritz Stiedry und Hermann Scherchen als Leiter von Orchesterkonzerten tätig sind, dann müßte bei gleichzeitiger Wirksamkeit solcher Persönlichkeiten an einer Stelle das gesamte Konzertleben höchste Leistungen hervorbringen. Daß diese Orchesterkonzerte als Ganzes trotzdem nicht jene geistige Besonderheit haben, durch die sie von selbst zum Mittelpunkt des Musikschaffens würden, kommt wohl daher, daß es ihnen allen mehr um die vollendete und große Einzelleistung als um das Ganze zu tun ist. Die Programme haben, was wohl hier das Entscheidende ist, keinen Charakter. Man kann die meisten untereinander vertauschen, ja es kommt auch oft genug vor, daß sich die Programme von einem Tag zum andern wiederholen. Die Neue Musik kommt in Berlin jedenfalls zu kurz. Zuweilen wird wohl etwas gewagt (am meisten von Klemperer, der aber in diesem Winter merkwürdigerweise sich fast ostentativ aller Neuheiten enthielt), aber die eigentlichen Konzertbesucher halten sich, aus Bildung und Gewohnheit, doch an das seit Jahrzehnten Bewährte. Während nun auch hierbei Klemperer seiner Natur nach dann am Stärksten ist, wenn er mit wirklicher Inbrunst etwas geistig Neues erschafft, wie etwa in seiner gotisch großen Aufführung der Johannespassion, ist Furtwängler in sich vollendet, wenn er sich dem Musizieren schlechthin überläßt. Die Annahme freilich, daß die Berliner Dirigenten über Orchester verfügen, denen nichts vergleichbar ist, gehört zu den Legenden der Berliner Konzertkritik. Ist sie schon bei dem Gastspiel Willem Mengelbergs und Arturo Toscaninis in Frage gestellt worden, so wurde sie durch das einzige Berliner Konzert des Orchestre Symphonique de Paris unter der Leitung Pierre Monteux' am 19. November 1931 gründlich zerstört. Und dies nicht allein infolge der Überlegenheit der französischen Blasinstrumente. Die Sonorität des Ensembles, die strahlende Kraft der Farbe, der fast unbegreifliche Schimmer

der Harfen waren als Klangeffekte ebenso einzigartig wie Farben französischer Bilder. Das Flimmern des Lichts in der Meeresymphonie Debussys wirkte allein wie ein Wunder. Monteux ist ein Musiker von starker Gestaltung. Man möchte ihn einmal als Leiter der Berliner Philharmoniker, Furtwängler als Leiter dieses Pariser Orchesters hören; das ergäbe einen geistigen Austausch, durch den sich Deutsche und Franzosen erst einmal richtig kennen lernen würden.

Oper im Rundfunk Wenn auch die allgemeine geistige Unsicherheit auf die Programmgestaltung der deutschen Sender lähmend wirkt, wäre es doch ein Unrecht die großen Stunden nicht dankbar anzuerkennen, durch die uns der Rundfunk erhebt. In den letzten Wochen hat sich die Intendanz durch 2 Opernaufführungen wahrhaft verdient gemacht. Arrigo Boitos *Mefistofele*, unter der Leitung Max von Schillings', hat von neuem bestätigt, daß Boito zu den großen Meistern der modernen italienischen Musik gehört, und seine Faustkomposition selbst neben Berlioz und Mahler vollgültig ist. Gleich darauf brachte der Berliner Sender Modest Mussorgskijs *Boris Godunow*, und zwar in der Urfassung, die hier zum erstenmal in Deutschland gehört wurde. Das war eines der großen Erlebnisse, wie sie Rundfunk und Oper zusammengenommen nur ganz selten bieten. Mussorgskijs Musik, befreit von der Übermalung Rimskij-Korssakows, erschien in ihrer düstern Gewalt vor uns, endlich auch im Orchester mit dem Umlaut ihrer unheimlichen Mischung von Passion und Drama. Dem Dirigenten Nikolaj Malko ist eine Aufführung großen Stils gelungen. Man möchte wünschen, daß jetzt die Berliner Staatsoper auch das Werk in dieser Fassung herausbrächte. Ohnehin ist dort die Aufführung dieses Werks in letzter Zeit arg verwahrlost; es bedürfte auf jeden Fall einer Neueinstudierung. Die Bearbeitung, die Rimskij-Korssakow vornahm, um das Werk seines Freundes für die Opernbefucher jener Zeit zu retten, ist heute nicht mehr nötig. Man ist in diesen Jahrzehnten im Hören ein ganzes Stück weitergekommen.

Tonfilm Die Entwicklung des Tonfilms in Deutschland hat zu einem Zusammenbruch der amerikanischen Filmherrschaft geführt. Der stumme Film war ganz "Schau" und wurde durch die Zusammenballung konkurrenzlos großer Mittel in Hollywood

dem europäischen künstlich überlegen gemacht. Die Einführung von Wort und Ton im Film macht wieder die künstlerische Potenz zum entscheidenden Merkmal, wodurch von selbst das gegebene Übergewicht Deutschlands und Frankreichs zum Ausdruck kommt. Die Ergebnisse des deutschen Tonfilmjahrs sind zwar künstlerisch nicht groß, aber Einzelfälle zeigen eindeutig, daß die Hemmung allein bei der Industrie liegt, und wir über eine Fülle glänzender Talente verfügen. Nur etwas mehr Mut, und große Glücksfälle wie der hinreißende Film *Mädchen in Uniform* werden nicht mehr Einzelfälle sein. Die Regisseurin Leontine Sagan, sie allein schon ein großer Filmgewinn, hat einen ganzen Schwarm famoser Mädchen um sich geschart und einige jene: Schauspieler an die richtige Stelle gestellt, die durch die erbarungswürdige Unfähigkeit des gesamten deutschen Theaters zu einer kläglichen Muße verurteilt sind. Dagegen haben die Filme, die, nur nach angeblich bewährtem Rezept gearbeitet, keinerlei schöpferische Urkonzeption haben, mehr oder weniger verflagt.

Wenn ein Regisseur die souveräne Beherrschung der Mittel mit dem Glücksgeschenk vereinigt Ausdruck einer nationalen Weltanschauung zu sein, dann entsteht ein Phänomen wie René Clair. Nach *Sous les toits de Paris* und *Le million* beweist Clairs 3. Tonfilm *A nous la liberté*, daß der Tonfilm dem Künstler nur ein Mittel ist eine geistige Welt zum Ausdruck zu bringen. Während unsere Regisseure Textdichter, Romanmotive, historische Anekdoten und ähnliches suchen, um einen Vorwand für Bild und Ton zu haben, holt Clair aus der Welt selber seine Visionen. Er gestaltet ein großes geistiges Prinzip, ohne es zu proklamieren, ja mit der notwendigen Skepsis, die vor dessen Erstarrung zu einem Dogma schützt. Sein Film von der Freiheit ist die wundervollste Satire auf die Unfreiheit des Menschen: Er wird von einem armseligen "laufenden Band" verklärt, dessen Herrschaft sofort zu Ende ist, sobald ein Mensch es wagt eine menschliche Empfindung zu haben. Nur Franzosen, die sich durch ihre Respektlosigkeit dem "Amerikanismus" gegenüber vor den Schlägen der Weltkrise am besten bewahrt haben, konnten die geistige Freiheit haben die angebliche Zwangsläufigkeit der (bloß technischen, daher unrationellen) Rationalisierung durch ein Vagabundenpaar zum besten zu haben. René Clair brauchte das Leben nur als Franzose unserer Zeit anzu-

leben, und die schönsten Filmmotive liefen ihm zu. Das singt und klingt von Freiheit und Natur, daß wir endlich über uns befreit, lachen und uns selbst als Wurzel unseres Übels erkennen können. Daß der Film von Einfällen übertrönt, ist noch nicht einmal sein höchster Wert. Auch nicht, daß er jenes Kennzeichen großer Filmqualität hat, das man als Gegenstück zu dem, was Paul Heyles Novellentheorie den Falken nennt, als Zeichen eines echten Filmkunstwerks feststellen kann: daß nämlich, wie nach Heyle in jeder Novelle, so in jedem Film eine Szene vorhanden sein muß, die von frappierender Neuheit ist und durch ein unverwechselbares Bildmotiv das Gesamtwerk zu einem Originalwerk macht. Hier ist es die Szene, in der ein Orkan einen Regen von Papiergeld über die Feltgäste schüttelt, die erst allmählich ihre steife Förmlichkeit aufzugeben wagen, bis eine wilde Jagd nach dem Geldregen einsetzt. Das Schönste ist aber doch der Dichter Clair, der das Leben wieder als eine Offenbachtade hört, des Tieffinns voll, der nicht in dunkeln Worten und düsteren Symbolen sondern in lustigen, leitmotivischen Chören der Musik von Georges Auric den Zuhörer zum Philosophen macht. Hat Duhamels Spiegel der Zukunft mit Amerika am härtesten abgerechnet, so Clairs Liberté am heitersten. Seine Filme entwickeln sich zu einem Ganzen, in dem das moderne Frankreich in einem klingenden Zyklus dargestellt wird, wie vor ihm in einem erzählenden durch die großen Romanerien von Balzac bis Proust.

Schallplatten Die Wirtschaftskrise hat auch in die Produktion der Schallplattenindustrie stark eingegriffen. Fast alle Plattenpreise sind so stark gesenkt worden, daß auch gute Künstlerplatten nicht teurer sind als ein Kino- oder Theaterbillet. Die Krise hat freilich zu einer starken Einschränkung der Plattenproduktion klassischer Musik geführt. Doch ist ein immenser Vorrat von Werken vorhanden, von dem auch gute Kenner kaum etwas wissen. Nur die besten Platten, die in den letzten Monaten erschienen sind oder zum Ganzen gehören, sind im folgenden genannt. Tschai-kowskij erscheint mit der Pathétique, gespielt vom Bostoner Synchronorchester, dem Sergej Kussewitzkij alle düstere Schönheit des Werks aufprägt /Electrola/, während die viel zu wenig bekannte romantische Ouvertüre zu Romeo und Julia von Willem Mengelberg in großem Zug gespielt wird /Columbia/.

Ein kleines Juwel an Melodie und Form ist die Sérénade mélancolique, ein früherer Tschai-kowskij, dessen Süße einem Milcha Elman /Electrola/ natürlich sehr liegt. Auch das Quartett in F, gespielt von den Budapestern, liegt nunmehr vor /Electrola/, Mufforgskij, den Tschai-kowskij leider verkannt hat, erscheint mit den Bildern einer Ausstellung in der überlebensgroßen Instrumentation Ravels, der die Verwandtschaft des Ruffen mit der neufranzösischen Schule eigenwillig betont, von Alois Melichar rhythmisch stark reproduziert /Grammophon Die Stimme meines Herrn/, Strawinskij's Werk liegt in mehreren Ausgaben vor: unter der Leitung des Komponisten nun auch der schon klassische Petruschka /Columbia/, der Sacre du printemps unter Leopold Stokowskij, der auch dem Dämonischen gerecht wird /Electrola/.

Daß auf Schallplatten auch ein großer Teil der schönsten Kammermusik reproduziert ist, ist viel zu wenig bekannt. Besonders Grammophon pflegt und ergänzt dieses Gebiet immer von neuem. Man dankt besonders für ein Brahmsquartett, von Buxbaum gespielt, für Mendelssohns 1. Streichquartett, geboten von den Guarneris, und vor allem für das herrliche Verdiquartett, diese Fingerübung zum Falstaff, beschwingt von Amar und Genossen vorgetragen. Daß es auch das Klarinettenquintett auf Grammophon gibt, gehört sicherlich zu den Glücksfällen des Lebens; ein Tag, an dem man sich diesen verträumten Mozart vorführt, kann nicht ganz verloren sein.

An Klaviermusik bietet Parlophon das endlich komplette, von Moriz Rosenthal vollendet gespielte 1. Klavierkonzert Chopins, dessen Modernität unverwelkt aus allen Figuren leuchtet. Walter Gieseking spielt Beethovens D-Moll-Sonate, deren Allegretto alle Sehnsucht in uns aufrührt /Columbia/. Ein belgischer Geiger, der Eleganz mit Strenge vereint, Alfred Dubois, spielt auf einer Columbiaerle das 5. Violinkonzert Henri Vieuxtemps', eines Meisters der Violintechnik, dessen Stil wir erst heute wieder würdigen.

Zum Schluß Gesang. Aus der Fülle der modernen Italiener, die höchste Gesangs- und Musikkultur bieten, sei des originellsten aller italienischen Sänger gedacht: Tito Schipa. Eine unverwechselbare, knabenhafte Stimme mit merkwürdig eindringlicher Wirkung des Worts. Auf jeder seiner Electrolaplatten, Solo wie auch in den Duetten mit Amelita Galli-Curci, formt er aus Arien und Romanzen Miniaturkunstwerke, als der Kammermusiker unter den Tenören.

Veranstaltungen Auf Mallorca fand im Mai 1931 ein *Chopinfest* der Internationalen Chopingefellschaft statt. Mieczyslaw Horszowski spielte dort mit dem Casalorchester die beiden Klavierkonzerte Chopins, und Pablo Casals trug die Cellofonate und einige Solostücke vor, die auf Mallorca komponiert worden sind.

Die 8. Deutsche Funkausstellung und Phonoschau fand in Berlin vom 21. bis zum 30. August statt. Sie zeigte wieder eine Fülle von Neuererscheinungen. Diese Messen sind aber schon derart schematisch geworden, daß das Publikum sie mehr wie Rummelplätze als für die Zwecke besucht, denen sie doch mit so großen Unkosten dienen. Hier müßte eben so gut wie alles neu gemacht werden.

Totenliste

Am 3. September 1931 starb in Wien *Franz Schalk*, im Alter von 68 Jahren. Fast die Hälfte seines Lebens war er Dirigent der Wiener Staatsoper. Ihr alleiniger Direktor war er nur einige Zeit. Sein Leben erfüllte sich am Dirigentenpult ganz. Er war nicht daneben noch Komponist, er war über die Technik des Theaterbetriebs hinaus kein Organisator der Oper, und auch als Entdecker von Stimmen, von jungen Musikern, von neuen Werten spielte er in diesen 30 Jahren keine Rolle. Trotzdem war er für die Wiener Staatsoper nicht nur unentbehrlich sondern ein Teil dieses Organismus. Selbst neben Mahler, Weingartner, Strauß hielt er sich durchaus. Er war ein Musiker, der das Gewebe einer Orchesterpartitur in Wohlklang zu verwandeln als seine eigentliche Aufgabe betrachtete. Bei seinen Gastspielen in Paris und Salzburg hat er mit den Wiener Philharmonikern den Stil der Wiener Musikpflege vorbildlich repräsentiert.

Am 7. Dezember starb in Berlin *Marie Lehmann*, derer anlässlich ihres 80. Geburtstags in dieser Rundschau (1931 II Seite 1040) als Meisterin gedacht wurde. Sie hat ihre Schwester Lilli, der seit Jahrzehnten ein großer Teil ihres Lebens galt, nicht lange überleben können.

Auf einem Landhaus bei London starb im Dezember *Raimund von Zur Mühlen*, im Alter von 77 Jahren. Auch er war unserer Zeit nur dem Ruhm nach als Sänger und als großer Erzieher bekannt. Er war ein Freund Clara Schumanns und Johannes Brahms' und galt als am stärksten durchgeistigter Liederlänger. Die spätere Generation Berlins kannte ihn als Bohemien, der stets einer der letzten im alten Café des Westens war.

Kurze Chronik Die Einheit des Britischen Imperiums, das durch die Zollgesetzgebung der neuen Regierung begründet worden ist, wird in einem *Empirerundfunk* zum Ausdruck kommen. 2 Kurzwellensender werden nach 5 Sendezonen Einheitsprogramme übermitteln. ◊ Der Rundfunk findet in Deutschland einen Jahr um Jahr wachsenden literarischen Niederschlag. Für 1931 verzeichnet die Bibliographie *Deutsches Rundfunkschrifttum* 7379 Titel. ◊ Vor 20 Jahren gehörte *Luisa Tetrazzini* zu den berühmtesten und höchstbezahlten Sängerinnen der Welt, sie erhielt lebend ein Denkmal in San Francisco. Dann verlor sie Stimme und Vermögen. Jetzt muß sie in kleinen amerikanischen Kinos im Beiprogramm zwischen Variéténummern auftreten. ◊ Am 19. Februar sang *Julius Lieban* anlässlich seines 75. Geburtstags in der Berliner Staatsoper wieder seinen berühmten vorbildlichen Mime im Rheingold. Auch im Rundfunk erfreute und imponierte er durch seine Unverwundlichkeit. Man sollte ihn noch öfter heranziehen. Manches von dem, was er ehemals gab, hat man seit seinem Abgang nie mehr richtig gehört. Mindestens wäre zu wünschen, daß er noch einmal den Basilio in der Hochzeit des Figaro und den Patriarchen im Palestrina länge.

Literatur

Theodor Hüpkens gibt, unter Mitwirkung der Reichsrundfunkgesellschaft, eine Sammlung *Rundfunkschriften für Leser und Hörer* heraus (Berlin, Max Hesse). Der 1. Band: Der Rundfunk, eine psychologische Untersuchung, von Ernst Jolowicz, enthält im Hauptkapitel über die Sendung wertvolle Bemerkungen für Künstler und Sprecher. Der 2. Band: Das Horoskop des Hörspiels, von Richard Kolb, zieht aus den Geburts Umständen des gefunkten Dramas seine Gesetze und Bedingungen. Neben theoretischen Verallgemeinerungen, die nicht sehr stichhaltig sind, bringt das Buch Analysen gesendeter Hörspiele, in denen ein klarer Sinn für Wirkungen und Verfehlungen Kritik übt. Der 3. Band: Volksmusik im Rundfunk, von Heinrich Werlé, ist bisher der beste der Serie. Er geht auf die Praxis der Volksmusik ein, prüft Wirkungen der verschiedenen Musikformen und Musikmittel und gibt eine sehr gründliche Reihe kritischer Bemerkungen auch über das Verhältnis modernsten Schaffens zur Volksmusik. Mit Recht beruft sich Werlé auf das Wirken Hans Merkmanns, der grade auf diesem Gebiet theoretisch und praktisch Hervorragendes geleistet hat.

KULTUR

Verkehr / Otto Schmidt

Luftfahrt Die Luftverkehrsverhandlungen, die Anfang 1932 zwischen Deutschland und

Frankreich stattfanden, sind von grundlegender Bedeutung für die Zukunft des europäischen Luftverkehrs (siehe dazu den Artikel Meyers, in diesem Band Seite 50). Die Hauptziele der Verhandlungen, an denen auf deutscher Seite unter anderem Hugo Eckener teilnahm, sind: Verbesserung der Zusammenarbeit auf den deutsch-französischen Luftverkehrslinien sowie auf den Linien nach dem Nahen und Fernen Osten, weitgehende Gemeinschaftsarbeit im transatlantischen Luftverkehr nach Südamerika (gegebenenfalls unter Ersatz der bisher hier verwendeten französischen Avios durch Luftschiffe). Ein wirklich erfolgreicher und vor allem wirtschaftlicher Luftverkehr ist, wie in dieser Rundschau wiederholt betont wurde, nur in Kontinenten möglich. Für Europa liegt die Lösung dieser Aufgabe bei Deutschland und Frankreich, deren Luftfahrt im letzten Jahrzehnt die hervorragendsten Pionierleistungen zu verzeichnen hatte. Beide Länder sind jedoch auch hier auf Verständigung und Zusammenarbeit angewiesen, wenn die sich immer deutlicher abzeichnenden Verkehrsprobleme des europäischen Luftverkehrs (Flugverkehr nach Nord- und Südamerika, verkehrliche Erschließung Afrikas, Luftlinien über Rußland nach dem Fernen Osten) in naher Zukunft wirklich und richtig gelöst werden sollen.

Der Verkehrsrückgang der letzten Jahre zeigt, daß diese Vereinigung eine Lebensfrage der Luftfahrt ist. Bei der Deutschen Lufthansa gingen 1930 die Passagiereinnahmen um 9,7% zurück, und im Europadienst wurden nur 76 894 Fahrgäste, gegen 87 019 im Vorjahr, befördert. Im Sonderverkehr hat sich die Zahl der Fluggäste indessen von 19 995 im Vorjahr auf 30 474 erhöht. Auch die beförderte Frachtmenge ist um 10% auf 1,32 Millionen Kilogramm, die der Postfachen sogar um 19,4% auf 0,43 Millionen Kilogramm gestiegen; die Gepäckbeförderung hingegen um 7% auf 0,63 Millionen Kilogramm zurück. Infolge der Zunahme des Luftpostdienstes sind die eignen Gesamteinnahmen um über 1,4 Millionen Mark höher als im Vorjahr gewesen. Die Kilometerleistung stieg im Europadienst um 1,8% auf 9,44 Millionen Flugkilometer; im einzelnen nahmen hierbei die Flugleistungen im Post- und Frachtsonderverkehr um 65,4% und im sonstigen

Erwerbsverkehr (einschließlich Zeitungs-transport) um 31,2% zu. Das Schwergewicht des Flugverkehrs verschiebt sich damit immer mehr zu dem auch ertragreicheren Güter- und Posttransport. Im außereuropäischen Dienst stieg die Flugleistung, hauptsächlich infolge weitem Ausbaus des Verkehrsnetzes, im südlichen Teil des Atlantischen Ozeans um 43,5% auf 0,88 Millionen Flugkilometer und im nördlichen Teil sogar um 74,9% auf 66 984 Flugkilometer; im südlichen Teil wurden 2529 Fluggäste (+ 17,8%), im nördlichen 176 Fluggäste (+ 29,4%) befördert. Im gemischten Dienst wiesen die Ganzjahrestrecken Berlin-London, Berlin-Wien-Prag und Berlin-Paris den stärksten Verkehr auf. Der Flugzeugpark der Lufthansa bestand Ende 1930 aus 131 Flugzeugen, darunter 43 Großflugzeugen. Vor einiger Zeit hat die Lufthansa die ersten Versuche mit Schwerölmotoren aufgenommen, die infolge ihres geringeren Betriebsstoffverbrauchs eine erhebliche Erhöhung des Aktionsradius (bis zu 50%) gestatten sollen. Die Regelmäßigkeit des Flugdienstes betrug im Jahresdurchschnitt 90%. Die Anzahl der Flugzeugbeschädigungen ist gegen 1929 um 35,7% zurückgegangen. Auf 1,51 Millionen Flugkilometer entfiel 1930 je 1 Flugzeugunfall, von dem Menschen betroffen wurden. Finanziell schloß die Lufthansa 1930 bei rund 24,45 Millionen Mark Einnahmen aus Flugdienst und Beihilfen, 2,2 Millionen Mark Gewinn aus Materialverkäufen, 21,4 Millionen Mark Betriebskosten und 5,2 Millionen Mark Abschreibungen, mit einem rechnermäßigen Überschuß von 8423,33 Mark ab. Die Höhe der vom Reich gegebenen Subventionen wird in dem Bericht leider nicht mitgeteilt.

Auch die andere deutsche Luftverkehrsgesellschaft, die Deutsche Verkehrsflugaktiengesellschaft in Fürth, die in Süd-, Mittel- und Westdeutschland vor allem im Sommer 17 Kurztrecken mit 22 Flugzeugen befliegt, hat sich recht günstig entwickelt. Die Anzahl der Fluggäste stieg von 7347 im Vorjahr auf 13 842. Die beförderte Fracht verdoppelte sich von 58 704 Kilogramm auf 119 718 Kilogramm. Von 2514 laut Fahrplan vorgesehenen Flügen (im Vorjahr 1680) wurden 2358 (im Vorjahr 1548) durchgeführt. Bemerkenswert ist, daß sich im Flugdienst der Gesellschaft während der letzten 3 Jahre kein Unfall ereignet hat.

Am 1. April 1931 wurde die Luftverkehrslinie Berlin-Rom eröffnet. Sie wird im Gemeinschaftsdienst der Deutschen Lufthansa und der italienischen Luftverkehrsgesellschaft Avio Linee zunächst wäh-

rend des Sommers und des Herbstes befliegen. Die Strecke Berlin-Rom wird mit Rücklicht auf die meteorologischen Schwierigkeiten einer Überquerung des Alpenmassivs zur Mittagszeit erst von München ab im Flugzeug zurückgelegt, das Rom mit einer Zwischenlandung in Mailand in 6 Stunden erreicht. Die Strecke Rom-Berlin kann demgegenüber in den günstigen Sommermonaten an einem Tag durchfliegen werden.

Die englische Luftverkehrsgesellschaft Imperial Airways nahm im Februar 1931 einen regelmäßigen Luftverkehr von London nach Zentralafrika (Chartum) auf. Die zunächst wöchentlich einmal in jeder Richtung beflogene rund 8200 Kilometer lange Strecke wird abwechselnd von Land- und Wasserflugzeugen befliegen und soll noch in diesem Jahr bis Kapstadt verlängert werden. Die Flugzeit London-Kapstadt (12 800 Kilometer) soll 9 Tage betragen. Die Imperial Airways eröffnete die Postfluglinie London-Australien, die den Weg über Indien nimmt.

Das englische Luftschiff R 100, das mit einem Kostenaufwand von 9 Millionen Mark erbaut wurde, ist jetzt verschrottet worden; es war das Schwesterluftschiff des Luftschiffs R 101, das am 5. Oktober 1930 in Nordfrankreich verbrannte (siehe diese Rundschau, 1931 I Seite 406).

Polen plant die Einrichtung einer Flugverbindung von Gdingen über Warfchau, Bukarest und Sofia bis Saloniki.

Umberto Nobile ist mit Genehmigung der italienischen Regierung für 4 Jahre in den Dienst der russischen Luftfahrt getreten und wird sich dort der Konstruktion von Luftschiffen widmen, auch an arktischen Expeditionen teilnehmen.

Im nordamerikanischen Flugverkehr wurden im Jahr 1930 rund 400 000 Personen befördert, gegen 150 000 im Jahr 1929. Die Betriebslänge des Flugnetzes, das zu 90% von 4 großen Luftverkehrsgesellschaften bedient wird, erhöhte sich von 36 330 auf 47 184 Meilen. Geflogen wurden 43 Milliarden Meilen, gegen 25 im Vorjahr. Die Flugzeit von Küste zu Küste wurde von 48 auf 36 Stunden vermindert. Eine Reihe neuer Spitzenleistungen ist im transkontinentalen Luftverkehr zu verzeichnen: Das deutsche 12motorige Flugschiff Do X, dessen erste Versuchsfahrten nicht besonders glücklich waren, flog Anfang Juni 1931 unter der Führung Claus Christiansens, des erfahrensten deutschen Seeflugpiloten, nach Südamerika. Die 1400 Seemeilen zwischen den Kapverdischen Inseln und Fernando Noronha unweit der brasilianischen Küste legte das Flugschiff, an dessen Bord sich

15 Fahrgäste befanden, in 13 Stunden 18 Minuten zurück und erreichte damit eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 175 Kilometer in der Stunde. Die amerikanischen Piloten Harold Gatty und Wiley Post führten Ende Juni von New York aus in einem 1motorigen Landflugzeug einen Flug um die Welt durch, der einschließlich der Zwischenlandungen zur Ergänzung des Betriebsstoffs 8 Tage 15 Stunden und 51 Minuten dauerte; der vom Luftschiff Graf Zeppelin aufgestellte Rekord ist damit durch diesen, im übrigen durch seine Planmäßigkeit und Zielicherheit bemerkenswerten Weltflug halbiert worden. Den Atlantischen Ozean überquerten die beiden Piloten in etwa 16 Stunden. Dem amerikanischen Fliegerhauptmann Frank Hawks gelang Ende Mai mit einem der schnellsten amerikanischen Flugzeugtypen ein Rundflug Paris-London-Berlin-Paris in 7¼ Stunden; für die 1000 Kilometer lange Strecke London-Berlin brauchte er nicht mehr als 2 Stunden 58 Minuten, was einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 330 Kilometer in der Stunde entspricht. Der österreichische Segelflieger Robert Kornfeld überquerte Mitte Juni im Segelflugzeug 2mal den Kanal zwischen Calais und Dover in einer Höhe von 2000 bis 3000 Meter. Der belgische Stratosphärenforscher Auguste Piccard und der Deutsche Paul Kipfer stellten bei ihrem Ballonflug Ende Mai einen neuen Höhenrekord mit 15 781 Meter auf.

Das neue amerikanische Marineluftschiff Akron, das von Karl Arnstein gebaut wurde, ist fast doppelt so groß wie das deutsche Luftschiff Graf Zeppelin. Es hat bei 240 Meter Länge und 44,6 Meter Höhe ein Fassungsvermögen von 240 000 Kubikmeter Gas (Graf Zeppelin 137 000 Kubikmeter, 236 Meter Länge, 34,5 Meter Höhe) und kann 86,5 Tonnen Nutzlast befördern; seine Maschinen leisten 4480 Pferdestärken und geben dem Schiff eine Höchstgeschwindigkeit von 135,5 Kilometer in der Stunde; der Aktionsradius beträgt 18 000 Kilometer. Die Baukosten des Luftschiffs, das im Vorderteil auch einen Stauraum für Flugzeuge enthalten wird, bewegen sich zwischen 23 und 25 Millionen Mark. Ob seine Leistungsfähigkeit und sein Verkehrswert diesen Aufwendungen entsprechen, bleibt abzuwarten.

Eisenbahn und Automobil Die Notverordnung vom 6. Oktober 1931 schuf auch die gesetzlichen Grundlagen für die planmäßige Regelung des gewerblichen Überlandautomobilverkehrs. Damit ist der wilde Wettbewerb zwischen Eisen-

bahn und Automobil, über dessen die Interessen der Allgemeinheit und des Gesamtverkehrs schwer schädigende Folgen in dieser Rundschau (1931 I Seite 615) ausführlich berichtet wurde, ausgeschaltet oder doch in bestimmte enge Grenzen verwiesen worden. Nach den Bestimmungen jener Verordnung muß in Zukunft jegliche gewerbliche Beförderung von Personen oder Gütern im Automobil vom Staat genehmigt werden. Bei der Güterbeförderung unterliegt jedoch nur der Güterfernverkehr über 50 Kilometer der Genehmigung. Während die Personenbeförderung (Kraftfahrlinien) an öffentliche Tarife gebunden ist, setzt der Reichsverkehrsminister die Beförderungspreise im Güterfernverkehr generell fest. Dieser Reichskraftwagentarif für Güter und Tiere, der in seiner neuesten Fassung seit dem 10. Februar 1932 gilt, baut sich auf der Stückgutsverkehrsklasse und den Wagenladungsklassen A und B des Eilenbahngütertarifs auf und gilt auf Entfernungen über 50 bis zu 1750 Kilometer. Am 1. März 1932 trat auch der sogenannte Schenkervertrag der Reichsbahn (mit der Deutschen Bahnpedition Schenker & Co.), der das An- und Abfuhrgeschäft in Zusammenarbeit mit den Speditionsbetrieben einheitlich regelt sowie die Haus-zu-Haus-Beförderung und den Sammelladungsverkehr verbessern und verbilligen soll, in Kraft. Das Verkehrsmonopol der Reichsbahn ist damit sehr wesentlich gestärkt und erweitert worden; denn auf der einen Seite kontrolliert sie nunmehr die Sammlung und Verteilung ihres Verkehrs, auf der andern hat sie den Lastkraftwagen an ihre höchsten Tarifklassen gebunden und so seinen Wettbewerb zum größten Teil beseitigt. Man wird abwarten müssen, wie sich diese grundlegende Verkehrsreform auswirken wird, und ob sie der Reichsbahn, deren Anlagen und Betriebsmittel heute zu mindestens 30% unausgenutzt sind, den an das Automobil verlorenen Verkehr wieder zurückführen wird. Der in den letzten Jahren stark aufgeblähte und vielfach mit Verlust arbeitende Lastautomobilverkehr wird, besonders auf weite Entfernungen, zurückgehen. Der neue Kraftwagentarif, um dessen Aufbau sehr heftig gekämpft worden ist, wird voraussichtlich in der nächsten Zeit durch Übernahme auch der Klasse C des Eisenbahntarifs beweglicher gestaltet werden.

Postwesen Bei der *Deutschen Reichspost* ist der Verkehr im Jahr 1931 in allen Betriebszweigen zurückgegangen. Die Anzahl der

Briefsendungen sank von 34 Milliarden im Vorjahr auf 32,6 Milliarden, der Paketverkehr von 258,5 auf 232,6 Millionen. Im Zahlungsverkehr wurden 29,5 Milliarden Mark gegen 33 Milliarden im Vorjahr überwiesen. Im Postcheckverkehr stieg die Zahl der Kontoinhaber um 20 600 auf 1,01 Millionen, die Guthaben sanken jedoch von 615,8 auf 546,7 Millionen Mark. An Telegrammen wurden 26,7 Millionen befördert (32,8), die Zahl der Fernsprechtellen ging von 3,24 auf 3,15 Millionen zurück, die der Gespräche von 2,55 auf 2,44 Milliarden. Die Anzahl der Rundfunkteilnehmer ist aber gewachsen: darunter befinden sich allerdings 283 960 von den Gebühren befreite Hörer. Auch das Netz der Kraftpostlinien hat sich von 2350 Linien mit 46 659 Kilometer Länge auf 2441 Linien mit 48 135 Kilometer Länge erweitert. Der Umfang des Luftpostnetzes verringerte sich von 110 Linien mit insgesamt 36 000 Kilometer Streckenlänge auf 94 Linien mit einer Streckenlänge von 33 000 Kilometer.

Die *American Telephone and Telegraph Company*, die den überwiegenden Teil des nordamerikanischen Telephon- und Telegraphenverkehrs bedient, schloß im Jahr 1930 mit rund 267,8 Millionen Dollars Reingewinn ab, das sind 8,8 Millionen weniger als im Vorjahr. Die Verzinsung betrug 5,8%. Die Anzahl der Ortsgespräche hat sich um 2%, die der Ferngespräche um 1% vermehrt. Neu hinzu kamen allerdings nur 122 500 Sprechstellen, gegen 821 400 im Jahr vorher. Das Fernkabelnetz wurde um 5000 Meilen (rund 8000 Kilometer), das heißt um $\frac{1}{4}$ seines Umfangs erweitert.

England Die 4 großen englischen Eisenbahngesellschaften beabsichtigen die Elektrifizierung ihrer Streckennetze nunmehr planmäßig in Angriff zu nehmen. Die Elektrifizierung der Eisenbahnen wird in England bereits seit mehreren Jahren allgemein als notwendig angesehen. Schon 1921 hatte die englische Regierung einen Ausschuß zur Untersuchung dieser wichtigen Frage eingesetzt, der sich vor allem mit den technischen Voraussetzungen beschäftigte und als Stromsystem die Verwendung von Gleichstrom von 1500 beziehungsweise 750 Volt Spannung vorschlug. Zurzeit befaßt sich ein erneut von der Regierung eingesetzter Ausschuß mit der Wirtschaftlichkeit der Umstellung der Eisenbahnen auf elektrischen Betrieb. Die für die Elektrifizierung erforderlichen Anlagekosten werden auf etwa 400 Millionen Pfund Sterling veranschlagt.

In den letzten Jahren hat die Elektrifizierung der englischen Eisenbahnen zum Teil erhebliche Fortschritte gemacht. Insgesamt wurden Ende 1929 einschließlich der Londoner Schnellbahnlinien rund 915 Kilometer Eisenbahntrecken elektrisch betrieben. Das größte elektrische Straßennetz besitzt die Southern Railway mit 434 Kilometer Länge. Alle bisher elektrifizierten Linien, mit Ausnahme der dem Erztransport dienenden Strecke Newport-Shildon, sind allerdings Vororttrecken im Weichbild der Großstädte und werden mit Triebwagenzügen befahren. Von den großen Fernverbindungen ist bisher noch keine einzige elektrifiziert. Als erste wird jetzt die 80 Kilometer lange Strecke London-Brighton auf elektrischen Betrieb umgestellt. Die Elektrifizierung der Vorortbahnen hat sich im allgemeinen wirtschaftlich und verkehrlich günstig ausgewirkt. Durch die erhöhte Geschwindigkeit und dichtere Zugfolge im elektrischen Betrieb haben die elektrifizierten Vorortbahnen einen erheblichen Verkehrszuwachs zu verzeichnen, der sich in steigenden Bruttoeinnahmen ausdrückt. Vor allem ist es ihnen auch gelungen durch diese verbesserte Verkehrsbedienunq einen erheblichen Teil des Verkehrs wieder zurückzugewinnen, der unter dem langamen und vielfach veralteten Dampfbetrieb zum Automobil abgewandert war. Auch für die geplante Elektrifizierung der Hauptbahnen scheinen, neben den allgemeinen wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Vorteilen des elektrischen Betriebs, die großen Verkehrsverluste, die die englischen Eisenbahnen im Personen- und Güterverkehr durch die Konkurrenz des Automobils erleiden, mitbestimmend zu sein.

Stadtverkehr Der Verkehr auf der Straßbahn, dem Omnibus und den Seineschiffen ging in Paris im Jahr 1930 um 3,6 % zurück; insgesamt wurden 1045,5 Millionen Personen befördert. Die Pariser Verkehrs-gesellschaft, die diesen Verkehr bedient, schloß 1930 mit 106 Millionen Francs Verlust ab. Die Pariser Schnellbahnen, die seit 1930 in einer Gesellschaft vereinigt sind, beförderten 1930 auf 11 Linien mit 126 Kilometer Streckenlänge 920 Millionen Personen, gegen 888 Millionen im Vorjahr. Das Schnellbahnnetz soll in den nächsten Jahren um 15 Linien erweitert werden, 4 Linienverlängerungen sind bereits im Bau. Der Zusammenschluß der Pariser Nahverkehrsmittel wird weiter verfolgt; die Vereinigung der Gürtelbahn und der Vorortbahnen mit den

Untergrundbahnen ist als nächste Etappe vorgelesen. In der Innenstadt von Paris werden weitere 14 Straßenbahnlinien stillgelegt und durch Omnibusse ersetzt werden. Es handelt sich um Strecken hinter der Oper, am Triumphbogen, am Nordbahnhof, am Bahnhof Saint-Lazare und an der Madeleine.

In New York ist die Benutzung der Massenverkehrsmittel im Jahr 1930 infolge der ver schlechterten Wirtschaftslage um 30,7 Millionen Fahrten gegen 1929 zurückgegangen; insgesamt wurden 3325 Millionen Personen befördert. Im einzelnen nahm der Verkehr der Schnellbahnen um etwa 5 % zu, während der der Straßenbahnen um rund 7 % zurückging. Der Omnibusverkehr weist bei einigen Gesellschaften eine geringfügige Zunahme auf, so daß von dem Verkehrsrückgang in der Hauptsache die Straßenbahnen betroffen wurden.

Informationsmittel Über den *Personenverkehr der Eisenbahnen*, der zum Beispiel bei der Deutschen

Reichsbahn etwa 30 % aller Einnahmen aufbringt, gibt es verhältnismäßig wenige authentische Darstellungen. Das grundlegende Werk auf diesem Gebiet schrieb das Mitglied der Hauptverwaltung der Reichsbahn Oskar Knebel (*Die Reichsbahnpersonentariife und ihre wirtschaftliche Bedeutung* /Berlin, Verkehrswissenschaftliche Lehrmittelgesellschaft bei der Deutschen Reichsbahn/). Die neue erweiterte Auflage berücksichtigt alle seit 1928 bei den Personentariifen vorgenommenen Änderungen. Besonders aufschlußreich sind die entwicklungsgeschichtlichen Ausführungen und Begründungen der einzelnen Tarifmaßnahmen sowie der neu-eingefügte Abschnitt über die Stellung der Reichsbahn gegenüber dem Wettbewerb des Auslands, des Kraftwagens und des Flugzeugs. Sämtliche statistischen Angaben sind vermehrt und bis auf den neuesten Stand ergänzt worden, so daß das ausgezeichnete Buch über jede Frage des Eisenbahnpersonenverkehrs erschöpfende Auskunft gibt.

Das Jahrbuch des Reichsverbands der Automobilindustrie 1931 /Berlin, E. Valentin/ gibt wieder einen guten Überblick über die wirtschaftlichen und technischen Fortschritte der deutschen Automobilindustrie und die Entwicklung des *Kraftfahrzeugverkehrs* im letzten Jahr. Besonders die statistischen Angaben über die deutsche und die ausländische Kraftverkehrswirtschaft (Ein- und Ausfuhr, Kraftfahrzeugbestand, Verkehrsleistungen und so weiter) machen das Buch wertvoll.

Totenliste

Anfang November 1931 erlag in Halberstadt der Leiter der Halberstadt-Blankenburger Eisenbahn *Otto Steinhoff*, im Alter von 58 Jahren, einem Herzschlag. Er hat sich um den Ausbau der genannten Bahn, namentlich um ihre Anpassung an die Forderungen des modernen Verkehrs sowie um die Entwicklung des Lokomotivbaus verdient gemacht.

Im November starb auch der Leiter des Norddeutschen Lloyds *Carl Stimming*, im Alter von 55 Jahren (siehe die Rundschau Wirtschaft, in diesem Band Seite 68). Der Wiederaufbau des Lloyds nach dem Krieg wurde von ihm in die Wege geleitet. Er setzte sich aber auch für die Entwicklung des Luftverkehrs ein; er finanzierte den ersten deutschen Transozeanflug und baute auf den Lloyd-dampfern Katapultflugzeuge ein. Er war ein Mann von großer Arbeitskraft und durch Sachinteresse bestimmt.

Kurze Chronik Die Reichsregierung hat den mit Preußen bestehenden Staatsvertrag von 1921 über

die Verwaltung der Wasserstraßen zum 1. April 1932 gekündigt, um eine einheitliche Verwaltung der Wasserstraßen durch das Reich, wie sie in der Reichsverfassung vorgesehen ist, durchführen zu können. Von den 9200 Kilometer langen Reichswasserstraßen entfallen rund 90% auf preußisches Gebiet. \diamond Die holländische Kammer hat den Bau des schon lange geplanten *Amsterdam-Rhein-Kanals* beschlossen. Der Bau wird etwa 6 Jahre dauern und rund 120 Millionen Mark kosten. \diamond Die beiden größten *französischen Reedereien*, die *Compagnie Transatlantique* und die *Chargeurs Réunis*, sind eine Interessengemeinschaft eingegangen. Beide Reedereien verfügen mit 1,41 Millionen Bruttoregistertonnen über etwa 40% der französischen Gesamthandelstonnage. \diamond Für den Ausbau seiner Häfen sowie die Verlängerung einiger Bahnstrecken in *Weltafrika* gedenkt Frankreich für die nächsten Jahre insgesamt 1690 Millionen Francs aufzuwenden. \diamond Die Stadt *Manchester* plant den Bau einer Untergrundbahn, die von der Innenstadt ausgehen, die Hauptbahnhöfe verbinden und teilweise bis in die Vororte vorstoßen soll. Die Baukosten sind bei 5jähriger Bauzeit auf 8 Millionen Pfund Sterling veranschlagt worden. $\langle \rangle$ In *Warschau* (1,1 Millionen Einwohner) wird der Bau eines Schnellbahnnetzes geplant, das 7 Linien mit 46 Kilometer Länge umfassen soll (darunter 20 Kilometer Hochbahn). Zunächst ist eine 6

Kilometer lange Nord-Süd-Stammlinie projektiert. \diamond Der Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium *Fritz Gutbrodt* trat in den Ruhestand und wurde Mitglied des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahn. \diamond Sein Nachfolger wurde *Gustav Königs*, Ministerialdirigent im Reichsverkehrsministerium.

Literatur

Auch für 1932 hat der Reichsbahndirektor *Hans Baumann* den *Deutschen Reichsbahnkalender*, bereits zum 6. Mal, herausgebracht (Leipzig, Konkordiaverlag). Er ist nicht nur ein überaus praktischer Abreißkalender, er enthält auch eine Menge von Angaben, die dem Fachmann eine gute Anregung zur Zusammenfassung seines Wissens, dem allgemeinen Publikum neue Kenntnisse über Dinge, die es vielleicht täglich sieht, über die es sich aber gemeinhin keine Gedanken macht, vermitteln werden. Wenn man die einzelnen Blätter im Lauf des Jahres der Reihe nach abreißt, bekommt man so eine Übersicht über die ganze deutsche Verkehrswirtschaft, immer ausgehend von der Reichsbahn, die sich grade durch Zusammenarbeit mit den übrigen Verkehrsmitteln (auf dem Land, auf dem Wasser und in der Luft) als die zentrale Institution Deutschlands erweist. Und nebenbei wird man auch daran erinnert, daß dieser Verkehr nicht nur Maschinen sondern auch Menschen mit ihren Alltagsorgen und Feiertagsfreuden in Bewegung setzt; eine kleine Welt für sich. Das sieht man etwa bei der Betrachtung des Bienenstands eines Eisenbahnkleinwirts in der Lüneburger Heide; hier ist nichts von Verkehr, nur von sommerlicher Ruhe in der Heide, und doch spürt man, daß der große Verkehr ganz nahe dabei auch diese Menschen umfaßt, die hier so zufrieden die Bienenstände betrachten. Daß die Technik eine besondere Schönheit erzeugt, wird jetzt so oft geschrieben, daß man sie in Wirklichkeit kaum noch beachtet. In diesem Kalender wird sie einem auf einem Blatt durch eine Lokomotive, die den Kölner Bahnhof verläßt, plötzlich nahegebracht. Ebenso die Schönheit des wirtschaftlichen Vorgangs durch das Bild einer nächtlichen Kohlenverladung auf einer Grube bei Beuthen. Der Kalender ist geeignet dem Leser wieder Mut für das Jahr 1932 zu machen, wenn er sich selber klarmacht, was dieser große technische Körper leisten könnte, wenn man erst mit konstruktiver Politik die deutsche Wirtschaft in einen Vereinigten Europäischen Kontinent stellte: eine Leistung, die nur von uns selber abhängt.



ARISTIDE BRIAND / HOLZSCHNITT VON
OTTO CLEVÉ-KLEBERT